A 4846 FX

SOPO

44

SOZIALISTISCHE POLITIK
10. JAHRGANG HEFT 2
JUNI 1978 DM 9,80

Dokumentation: Offener Brief zu den Berufsverboten • W. Schwarz, R. Katzenstein - **Zum Transformationsproblem** • R. Bayreuther - **Thesen zur Inflation** • R. Geffken - **Gewerkschaften u. Arbeitsrecht** • H.-W. Franz/ S. Tovar - **Spanien im Übergang** • M. Ellwardt - **Sozialdemokratie** • **DISKUSSION & KRITIK:**
Ch. Butterwegge - **Gramsci-Rezeption in der BRD** • J. Huss - **Automation und Sozialismus** • H.H. Holz - **Bloch für den Marxismus** • V. Gransow - **IMSF-Kulturkongreß** • Literaturberichte

Wert, Preis, Inflation

4.5.

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK

Vierteljährlich herausgegeben in Berlin(West)

Herausgeber: Die Redaktion
Redaktion
Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann,
Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weißbach
Redaktionsleitung
Bernhard Heidtmann und Robert Katzenstein
Wissenschaftlicher Beirat
Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin(West)),
David H. DeGrood (Bridgeport, USA), Werner Goldschmidt (Hamburg),
Johann Josef Hagen (Salzburg), Hans Heinz Holz (Marburg),
Klaus Holzkampf (Berlin(West)), Jörg Huffschmid (Bremen),
Uffe Juul Jensen (Aarhus), Hans Jürgen Krysmanski (Münster),
Dieter Läpple (Eindhoven), Gert Mattenklott (Marburg/Berlin(West)),
Alessandro Mazzone (Rom), Jacques Milhau (Lille),
Michael Nerlich (Berlin(West)), Rainer Rilling (Marburg),
Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko),
Heinz Wagner (Berlin(West))
Redaktionsanschrift
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33
Verlag und Anzeigenverwaltung
das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH,
Thielallee 34, 1000 Berlin 33
Telefon(030) 832 40 51
Preis des Einzelheftes: DM 9,80
Abonnement (4 Hefte): DM 36,— incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei. Für
unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. © 1978 by das
europäische buch, Literaturvertrieb GmbH, Berlin(West)). ISSN 0340-9198
Umschlaggestaltung und Layout
Ralph Christians
Gesamtherstellung
poly-print Druck GmbH, Schmiljanstr. 24, 1000 Berlin 41

SOPO 44 10. Jahrgang Heft 2 Juni 1978

Editorial 2

Dokumentation
Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister
von Berlin zu den Berufsverboten 3

Winfried Schwarz
Viel Lärm um Nichts. Zum sogenannten
Transformationsproblem 6

Robert Katzenstein
Wert und Preis 20

Reinhard Bayreuther
Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation) 32

Rolf Geffken
Gewerkschaften und Arbeitsrecht 49

Hans-Werner Franz/ Santiago Tovar
Spanien: Politik im Übergang von der
Diktatur zur Demokratie 67

Michael Ellwardt
Sozialdemokratische Staatstheorien 90

Diskussion & Kritik
Christoph Butterwegge
Hegemonie und / oder Diktatur
des Proletariats 105

Jürgen Huss
Die Automation — Geburtshelfer des
Sozialismus? 114

Hans Heinz Holz
Über den Ertrag der Philosophie
Ernst Blochs für den Marxismus 131

Volker Gransow
Schönheit durch Mitbestimmung 140

Literaturberichte
Christoph Butterwegge: Probleme der marxistischen
Staatsdiskussion (Robert Katzenstein) 149

Dominique Lecourt: Lenins philosophische
Strategie (Clemens Kammler) 151

Summaries 154

Errata 158
Autorenverzeichnis 159

207346

Editorial

Das Editorial der SOPO hat sich in den letzten Ausgaben nach und nach verändert. Die inhaltlichen Zusammenfassungen der Heftbeiträge wurden ausgegliedert (Summaries), um mehr Raum für die Darstellung der wissenschaftlich-politischen Konzeption der Zeitschrift zu gewinnen. Entwicklungsprozesse- und Probleme der redaktionellen Arbeit sollen für den Leser transparenter gemacht, Anregung und Kritik sollen dadurch provoziert werden, daß in den Editorials Ergebnisse der konzeptionellen Diskussion innerhalb der Redaktion, ihren Kommissionen, mit den Autoren und dem wissenschaftlichen Beirat veröffentlicht werden.

Wenn in zahlreichen Beiträgen der letzten Hefte der SOPO systematische und methodische Grundfragen materialistischer Dialektik im Rahmen der aktuellen Theorieentwicklung in der marxistischen Philosophie und den Einzelwissenschaften erörtert wurden, so wird der weitere Diskussionsverlauf zu zeigen haben, wie konkret Probleme marxistischer Philosophie und Theorie im Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Praxis sozialistischer Politik sich vermitteln und zu begreifen sind. Die Allseitigkeit der Analyse, die Betrachtung der wissenschaftlichen Gegenstände in ihren wechselseitigen Beziehungen, die Erkenntnis des Einheitlichen in unterschiedlichen Zusammenhängen und unter Wahrung ihrer für die praktische Aneignung wesentlichen Belange, ist aber ein Erfordernis, welches an die materialistische Diskussion und Theorieentwicklung in allen einzelwissenschaftlichen Bereichen zu stellen ist. Die Verallgemeinerungsleistung darf sich demzufolge nicht auf die Philosophie beschränken.

So soll der Schwerpunkt dieses Heftes u.a. dazu dienen, solche Zusammenhänge an einem scheinbar nur für Fachökonomen und Mathematiker relevanten Problem (der Transformation der Werte in Preise) zu entwickeln und es damit sowohl für den Nicht-Fachmann nachvollziehbar zu machen, als auch in Beziehung zu politisch-ökonomischen Schlüsselkonzepten (Monopol- und Inflationstheorie) zu setzen.

Indem in einem weiteren Artikel die Politik der Gewerkschaften und die Herausbildung des Arbeitsrechts aus den historischen und gesellschaftlichen Existenz- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse entwickelt werden, ist auch demonstriert, wie die fachspezifische, juristische Analyse zur Erhellung fachübergreifender allgemeiner Zusammenhänge dienen kann.

Mit diesem Heft der SOPO wird eine neue Rubrik „Dokumentation" eingerichtet. Wir eröffnen sie mit einen „Offenen Brief" vom Berufsverbot Betroffener, der, unterstützt durch eine breite Öffentlichkeit, durch Vertreter aller gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Berufe eine weitere Etappe im Kampf um die Realisierung des Grundrechts auf Arbeit dokumentiert. Der „Offene Brief" wurde in einer Tageszeitung (Berlin/West) veröffentlicht.

Durch einen tragischen Unfall ist Hans Georg Sprotte ums Leben gekommen. Wir verlieren mit ihm einen engen, klugen, stets hilfsbereiten Mitarbeiter und Mitstreiter unserer guten Sache. In seinem Sinne und ihm zu Ehren wollen wir versuchen, die von ihm hinterlassenen Arbeiten für die Veröffentlichung in der SOPO aufzubereiten.

Dokumentation

Offener Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin zu den Berufsverboten

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister!
Als Berliner Bürger wenden wir uns an Sie mit einem Problem, das die Öffentlichkeit — nicht nur in unserer Stadt — seit einiger Zeit beunruhigt. Wir gehören zu denjenigen, denen aus politischen Gründen der Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehrt, zumindest erschwert wird. Wir mußten uns besonderen „Anhörungen" unterziehen, Einstellung oder Stellenverlängerungen wurden verzögert oder abgelehnt, gegen uns wurden Verfahren eingeleitet mit dem Ziel der Entfernung aus dem Öffentlichen Dienst. Uns betrifft das Spektrum von Maßnahmen, das in der mittlerweile internationalen Öffentlichkeit mit dem Begriff „Berufsverbot" gekennzeichnet wird.

Wir haben uns in einer nicht zuletzt auch für den Steuerzahler kostspieligen Ausbildung, die für den einzelnen bzw. seine Familie oft mit großen Anstrengungen verbunden war, für unsere Berufe qualifiziert:

Wir sind u.a. Ärzte, Juristen, Lehrer, Erzieher, Architekten und Künstler. An unserer fachlichen Qualifikation bestanden und bestehen keine Zweifel.

Nicht nur wir machen täglich die Erfahrung, wie groß der Mangel an guten Ärzten und Lehrern, an qualifizierten Erziehern und Architekten immer noch ist; um so dringlicher erscheint uns unser Anliegen auch im Interesse derer, die unter diesem Mangel leiden.

Mit dem Ziel, unsere Berufe verantwortungsbewußt ausüben zu können, setzten wir uns ein für Studienreform und Demokratisierung der Hochschulen, an denen wir studierten. Wir bemühten uns, auch auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen unserer zukünftigen Tätigkeit einzuwirken — in Übereinstimmung mit der Verfassung, die dazu auffordert, „Gemeinschaft und Wirtschaft demokratisch zu ordnen, dem Geist des sozialen Fortschritts und dem Frieden zu dienen". Mit diesem Ziel nahmen wir unsere Bürgerrechte wahr: Wir arbeiteten in akademischen Selbstverwaltungsorganen mit, wir nahmen an öffentlichen politischen Veranstaltungen und an genehmigten Demonstrationen teil, wir wurden Gewerkschafter und unterstützten legale Parteien oder Organisationen — z.B. durch Wahlaufrufe.

Genau dies ist uns aber von den Einstellungsbehörden vorgehalten worden, um Zweifel an unserer Verfassungstreue zu begründen. Die Vorhaltungen beziehen sich ausschließlich auf die Wahrnehmung der in der Verfassung verbrieften Rechte auf Meinungs- und Informationsfreiheit und das Recht auf demokratische Opposition.

Weil wir mit der Wahrnehmung demokratischer Rechte auch die Interessen unserer Kommilitonen und Kollegen vertraten, stehen wir nicht allein. Gewerkschaftsgruppen, Personalräte, studentische Vollversammlungen, Fachbereichsräte und andere Universitätsgremien, Persönlichkeiten aus unseren Arbeitsbereichen wandten sich an die Dienstbehörden mit der Forderung uns einzustellen oder unsere Stellen zu verlängern. Diejenigen also, die uns und unser demokratisches Engagement aus

der konkreten, in der Öffentlichkeit sich vollziehenden Arbeit kennen, bejahen die demokratische, verfassungsmäßige Legitimität unseres Handelns, auch wenn sie keineswegs unsere durchaus verschiedenen politischen Auffassungen teilen.

Keinem von uns wurde vorgeworfen, gegen die Verfassung verstoßen zu haben, keiner von uns handelte verfassungswidrig. Jedoch werden nachrichtendienstlich gesammelte „Erkenntnisse" über unser demokratisches Engagement dazu verwandt, uns in die Grauzone der „Verfassungsfeindlichkeit" abzudrängen.

Bei Versuchen, unsere Gesinnung auszuforschen macht uns unser Bekenntnis zur Verfassung nur noch „verdächtiger". Unsere Glaubwürdigkeit wird rundweg bestritten, unsere Integrität in Zweifel gezogen. Was von uns verlangt wird, ist nicht Verfassungstreue, sondern die Distanzierung von Organisationen und Gesinnungen und z.T. von der eigenen Entwicklung.

Wir werden einer Sonderbehandlung unterworfen, die unserer Verfassung widerspricht, deren Art. 13 lautet:

> „Der Zugang zu allen öffentlichen Ämtern steht jedem ohne Unterschied der Herkunft, des Geschlechts, der Partei und des religiösen Bekenntnisses offen, wenn er die nötige Eignung besitzt."

Die für die politischen Überprüfungen zuständige Landeskommission, die mit der Ankündigung, mehr Rechtsstaatlichkeit zu erreichen eingesetzt wurde und die in Wirklichkeit eine Ausweitung und Perfektionierung der rechtswidrigen Überprüfungspraxis gebracht hat, macht die Konformität mit Regierungsmeinungen zur Einstellungsvoraussetzung und spricht uns damit widerrechtlich unsere Grundrechte ab.

Wir berichten Ihnen über den Verfassungsbruch Ihrer Behörden, den wir mit jedem einzelnen unserer „Fälle" belegen können, weil Sie als Regierender Bürgermeister verpflichtet sind, für die Einhaltung der Verfassung in unserer Stadt Sorge zu tragen. Wir fordern Sie auf, die aus unserer Betroffenheit resultierende Warnung vor der Zerstörung der Demokratie durch die politischen Überprüfungen, die auch in Gewerkschaften und Parteien (nicht zuletzt auch in Ihrer) laut wird, sehr ernst zu nehmen.

Gibt es Ihnen nicht zu denken, daß die eigens für Überprüfungen eingerichtete Landeskommission sich inzwischen wie aktuelle „Fälle" zeigen, so verselbständigt hat, daß völlig unhaltbar gewordene Überprüfungsverfahren selbst von den verantwortlichen Senatoren kaum noch gestoppt werden können? Zeigen nicht die jüngsten Auseinandersetzungen über die Praktiken des Bezirksamts Charlottenburg, das auf eigene Faust Reinigungspersonal und ehrenamtliche Sozialhelfer politisch überprüft, die gefährliche Eigendynamik auf, die das Unterlaufen eindeutiger Verfassungsbestimmungen in sich birgt?

Es hat verheerende Konsequenzen für unser Gemeinwesen, wenn die Ausübung von Grundrechten das Risiko einer in die persönliche Existenz eingreifenden beruflichen Behinderung enthält, wenn an die Stelle von demokratischem Engagement und Zivilcourage Selbstzensur und ängstliche Kalkulation tritt. Die Forderung, die politischen Überprüfungen aufzugeben, die die Bezirksleitung der Gewerkschaft ÖTV, in der viele von uns mitarbeiten, 1975 in einem Brief an die Herren

Senatoren für Wissenschaft und Kunst, Inneres und Finanzen richtete, ist nach wie vor aktuell. Wir fordern Sie, Herr Regierender Bürgermeister auf, die Berufsverbotspolitik sofort zu beenden. Respekt vor der Verfassung, vor den dort allen Bürgern verbrieften Rechten, können Sie nicht nur von uns erwarten, wir erwarten ihn auch von Ihnen und der von Ihnen geführten Regierung.

Kontaktadresse: Dr. Helmuth Peitsch Martin-Luther-Str. 85 1000 Berlin 62
Spendenkonto: PschA BlnW Kto.Nr. 32 36 52-102 Kennwort: Tagesspiegelanzeige

Winfried Schwarz

Viel Lärm um Nichts

Zum sogenannten Transformationsproblem

I.

Einer der Hauptpunkte, an denen Marx die Fehler der klassischen Ökonomen überwunden hat, ist bekanntlich die Lösung des Widerspruchs in der Wertbewegung. Dieser besteht darin, daß in der Konkurrenz der Kapitale die Waren nicht zu ihrem Wert, sondern zu einem Kostpreis plus einem von der Größe des Kapitals und nicht von der wirklich in ihnen vergegenständlichten Mehrarbeit abhängigen Durchschnittsprofit — dem Produktionspreis — verkauft werden. Seit seinem Erscheinen im Jahre 1894 stand daher der dritte Band des „Kapital", in dem die Darstellung der widersprüchlichen Durchsetzungsweise des Wertgesetzes abgeschlossen wird, im Zentrum heftigster Kritik seitens der bürgerlichen Nationalökonomen — zunächst in Deutschland. Am einflußreichsten wurde dabei die Polemik Böhm-Bawerks, der genau wie die bürgerlichen Marxkritiker in seinem Gefolge kaum etwas von der von Marx durchgeführten Vermittlung zwischen Wert und Produktionspreis, zwischen Mehrwert und Durchschnittsprofit verstanden hatte. Der Widerspruch in der Realität wurde zum subjektiven Widerspruch von Marx erklärt, zum logischen Widerspruch zwischen dem ersten und dritten Buch des „Kapital". Böhm-Bawerk zufolge ist der dritte Band die vollständige Kapitulation von Marx vor der Wirklichkeit und die totale Aufhebung der in den beiden ersten Bänden behaupteten Arbeitswerttheorie. Kein Wunder, daß nach dem vermeintlichen Zusammenbruch der Marxschen Theorie auch noch andere Marxgegner, auch wenn sie vom „Kapital" nur aus zweiter oder dritter Hand gehört hatten, ihre Chance für gekommen sahen, ebenfalls darüber herzufallen und sich genüßlich und in den buntesten Hypothesen über das Ende der Marxschen Irrlehren zu verbreiten.

Es ist Ladislaus von Bortkiewicz, der im Jahre 1906, unzufrieden über die Trivialität der bisherigen Marxkritik, den Versuch unternimmt, ihr die allzu vulgärökonomische Form zu nehmen und den Widerspruch zwischen der sog. „Wertrechnung" und der sog. „Preisrechnung" endlich wissenschaftlich zu belegen und — das ist das Neue an ihm — um seinerseits „durch eine in sich widerspruchslose theoretische Konstruktion Ersatz zu schaffen".[1] Diesen Ersatz leiste er mit seiner „mathematischen Methode", die der „Marxschen Verfahrensweise" deutlich überlegen sei.[2] Mit ihr gelingt es ihm schließlich, wie er glaubt, nicht nur die Rechenfehler in der Marxschen Ableitung der Preise aus den Werten zu vermeiden, sondern gänzlich die Werttheorie zum alten Eisen zu werfen. „Denn nicht nur lassen sich", so Bortkiewicz, „die wechselseitigen Beziehungen der Preise, des Lohnes und der Profitrate auf ihren korrekten mathematischen Ausdruck bringen, ohne daß man von den entsprechenden Wert- und Mehrwertgrößen auszugehen brauchte, sondern letztere Größen kommen in der Rechnung gar nicht zum Vorschein, wenn man sich der exakten Formeln bedient."[3] Die „Wertrechnung" sei zwar „unschädlich", andererseits aber auch nicht notwendig. Nicht zuletzt ließen sich durch die Überwindung der Marxschen Fehler endlich eine Reihe anderer „Irrlehren von Marx" beseitigen, wie zum Beispiel das Gesetz vom Fall der

Profitrate. Wie man sieht, sind Zweck und Absicht der Bortkiewicz'schen Unternehmung keineswegs originell, wenn auch die Methode durchaus unüblich ist.

Eine Auseinandersetzung mit den Ansichten dieses Marxkritikers wäre heute überflüssig, wenn Bortkiewicz nicht so viele Nachfolger gefunden hätte, die in der Marxschen Verwandlung oder Transformation der Werte in Produktionspreise ebenfalls ein wirkliches Problem, das sogenannte Transformationsproblem, gesehen hätten. Allein 149 Titel zu diesem Thema zählt die Bibliographie im jüngsten Heft von „mehrwert" auf[4], das diesem ansehnlichen Bestand selber gleich weitere sechs Artikel hinzufügt. Obwohl sich seit Bortkiewicz sehr viele um eine Korrektur der Marxschen Fehler bemüht haben, sei es aus wirklicher oder vorgeblicher Sorge um den Gehalt der Marxschen Theorie, und dabei fast ebensoviele verschiedene Lösungsversuche hervorgebracht haben, hat bisher kein einziger Lösungsansatz befriedigt. Auch die sechs „mehrwert"-Aufsätze beanspruchen natürlich nicht, „das letzte Wort zum Wert-Preis-Zusammenhang gesagt zu haben"[5]. Die eigene Bescheidenheit kontrastiert bei den **meisten Transformationskritikern mit einer merkwürdigen Überheblichkeit gegenüber Marx selber, dem sie oft genug die dämlichsten Schnitzer unterstellen — nicht ohne ihr tiefstes Bedauern darüber zu äußern. Vielleicht konnte gerade deshalb das** Transformationsproblem zur Spielwiese vieler Hochschulgehälter verzehrender „Marxforscher" werden.

Wir werden uns im folgenden auf die Bortkiewicz'schen Vorwürfe konzentrieren, weil sie die von fast allen Transformationskritikern akzeptierte, von ihnen nur mehr oder weniger verfeinerte und um einen neuen Lösungsversuch bereicherte, Grundform aller Kritik an der Marxschen Vermittlung zwischen Wert und Produktionspreis bilden.

II.

Es ist oft schwer, aus der wortkargen mathematischen Darstellungsweise der betreffenden Autoren den Vorwurf herauszuschälen. Im wesentlichen besteht er jedoch darin: Beim Übergang vom Wert zum Produktionspreis habe Marx zwar für das vom Kapital hervorgebrachte *Produkt* die Abweichung des Produktionspreises von seinem Wert erklärt; er habe dabei jedoch nicht berücksichtigt, daß auch die Preise der *Produktionsmittel* und der *Arbeitskraft* von ihrem Wert abweichen müssen. Das dem Produktionsprozeß vorausgesetzte konstante und variable Kapital drücke Marx noch in Wertgrößen aus, obwohl doch auch es von der Transformation ergriffen werde und Produktionsmittel wie Arbeitskraft zu Produktionspreisen gekauft werden müßten.

Sehen wir uns zur Verdeutlichung des Vorwurfs zunächst die Marxsche Vermittlung zwischen Wert- und Produktionspreisebene an, und zwar anhand von auf das Wesentliche vereinfachten Zahlenbeispielen. Die gesellschaftliche Produktion bestehe nur aus zwei Sphären. In beiden Bereichen sei die Mehrwertrate gleich, nämlich 100%, und die organische Zusammensetzung verschieden. Einen Unterschied zwischen vorgeschossenem Gesamtkapital und Kostpreis machen wir nicht, was bedeutet, daß konstantes (c) und variables (v) Kapital vollständig in den Produktenwert eingehen. Dabei benutzen wir die bekannten Symbole aus dem „Kapital".

Es ergebe sich folgende Aufstellung vor der Ausgleichung:

Kapitale	Mehrwert	Produktenwert	Profitrate
I 60c+10v	10m	80	14%
II 20c+10v	10m	40	33%

Die organische Zusammensetzung (-) in I ist - und die individuelle Profitrate rund 14%. In II haben wir mit - eine niedrigere organische Zusammensetzung und daher — wegen des höheren Anteils lebendiger Arbeit — eine höhere Profitrate, nämlich 33%.
Nun erfolge die Ausgleichung der Profitraten, d.h. beide Kapitale (70 und 30) beanspruchen vom Gesamtprofit oder Gesamtmehrwert (20) jeweils einen ihrer Größe entsprechenden Anteil. Der Mehrwert (m) verwandelt sich in den Durchschnittsprofit (p) und der Wert (W) in den Produktionspreis (P).

Kapitale	Profit	Produktionspreis	Profitrate
I 60c+10v	14p	84	20%
II 20c+10v	6p	36	20%

Die Profitrate ist nun in beiden Abteilungen gleich groß (- =- = 20%) und ist genauso hoch wie das Verhältnis des Gesamtmehrwerts zum gesellschaftlichen Gesamtkapital (-). Der Produktionspreis von I weicht um 4 Einheiten nach oben, der von II entsprechend um 4 Einheiten nach unten vom jeweiligen Wert ab. *Die Gesamtsumme des Mehrwerts (10m + 10m) stimmt jedoch überein mit der Gesamtsumme des Durchschnittsprofits (14p + 6p). Der Gesamtwert aus beiden Abteilungen (80+40) ist identisch mit dem Gesamtproduktionspreis (84+36).*

Für das gesellschaftliche Gesamtkapital stellt sich folgende Konstellation vor und nach der Konkurrenzausgleichung dar:
dar:

Vorher		Nachher
80c + 20v + 20m	=	80c + 20v 20p

Soweit die bekannte Marxsche Darstellung.[6]

III.

Jene quantitative Harmonie, nämlich die Identität von Gesamtwert und Gesamtpreis (abgekürzt für Gesamtproduktionspreis) und von Gesamtmehrwert und Gesamtprofit vor und nach der Transformation, sei nur dadurch erkauft, daß Marx von einer Ausgleichung der Profitraten in den vorgelagerten Industriezweigen absehe. Der Gedanke ist recht einleuchtend. Wenn wir uns schon auf der Ebene der Konkurrenz befinden, so der Inhalt des Arguments der Kritiker, dann müssen sämtliche Waren zu Produktionspreisen gehandelt werden, nicht nur die Produkte, sondern bereits deren Produktionsfaktoren. Denn was der eine zu Produktionspreisen verkauft, kann der andere nicht zu Wertgrößen kaufen. Bortkiewicz kritisiert: „Diese Lösung kann man aus dem Grunde nicht gelten lassen, weil hierbei die konstanten und variablen Kapitalien von der Umrechnung der Werte in Preise ausgenommen werden, während doch das Prinzip der gleichen Profitrate, wenn es an Stelle des Wertgesetzes im Marxschen Sinne tritt, auch diese Elemente in Mitleidenschaft ziehen muß".[7]

In seinem kurzen Aufsatz „Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des 'Kapital'" stellt Bortkiewicz Tabellen für die gesellschaftliche Gesamtproduktion auf, die in drei Abteilungen untergliedert ist: *I Produktionsmittel, II Konsumtionsmittel für Arbeiter und III Konsumtionsmittel für Kapitalisten*, wobei Abteilung I sich mit dem konstanten Kapital aller Abteilungen tauscht, Abteilung II mit dem variablen und Abteilung III mit dem Mehrwert. Die Zahlenbeispiele in den Tabellen werden jeweils einmal unter „Wertrechnung" und einmal unter „Preisrechnung" betrachtet, wobei Bortkiewicz über Marx hinausgeht und nicht nur für die Endprodukte der Abteilungen die Produktionspreise errechnet, sondern vermittels komplizierter mathematischer Formeln auch das konstante und variable Kapital in vom Wert abweichende Produktionspreise umrechnet, deren Größen wiederum sogar noch die reibungslose Durchführung der einfachen Reproduktion gestatten.

Wir führen ein solches Umrechnungsschema vor:

Tabelle 1: Wertrechnung

Produktionsabteilung	Konstantes Kapital	Variables Kapital	Mehrwert	Wert des Produkts
I	225	90	60	375
II	100	120	80	300
III	50	90	60	200
I-III	375	300	200	875

Tabelle 2: Preisrechnung

Produktionsabteilung	Konstantes Kapital	Variables Kapital	Profit	Preis des Produkts
I	288	96	96	480
II	128	128	64	320
III	64	96	40	200
I-III	480	320	200	1000[8]

Das wichtigste Ergebnis dieser Umrechnung ist die Abweichung der Summe von I-III in der „Preisrechnung" von den entsprechenden Größen in der „Wertrechnung". So ergibt sich durch die Verwandlung der Werte der Produktions- und Lebensmittel in Produktionspreise dies, daß zwar Gesamtprofit und Gesamtmehrwert gleichgeblieben sind (200m=200p), daß aber das variable Kapital und das konstante jeweils in die gleiche Richtung nach oben von ihrer Wertsumme abweichen (von 375 auf 480, bzw. von 300 auf 320), so daß entsprechend *der Gesamtpreis als Summe von gleichgebliebenem Profit und vermehrtem konstanten und variablen Kapital sich ebenfalls vom Gesamtwert wegbewegt – von 875 auf 1000.*

Bortkiewicz' Erklärung für die Abweichungen ist allerdings nur teilweise richtig: „Daß der Gesamtpreis (1000) den Gesamtwert übertrifft rührt davon her, daß die Produktionsabteilung III, aus welcher das als Wert- und Preismaß dienende Gut entnommen ist, eine relativ niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals aufweist".[9] In der Tat ist der extrem hohe Anteil von lebendiger Arbeit am Kapital in III (5oc+90v) daran schuld, daß die Produktionspreise in I und II *gleichermaßen* über den Wert steigen. Denn es wird infolge der Konkurrenz so viel Mehrwert aus III nach I und II übertragen, daß dort die Profite und Preise beidemal in die Höhe gehen müssen. Denn in I und II ist die organische Zusammensetzung weit überdurchschnittlich hoch (relativ wenig lebendige Arbeit). Wäre umgekehrt die organische Zusammensetzung in III sehr hoch — und dieses Beispiel läßt Bortkiewicz folgen —, dann würde der Ausgleichsmechanismus Mehrwert aus I und II abziehen, so daß die Produktionspreise der Produktions- und Lebensmittel unter ihren Wert sinken müßten. Konstantes und variables Kapital würden sich dadurch vermindern, und damit fiele der Gesamtpreis unter den Gesamtwert.[10]

Diese Prozesse haben jedoch nichts damit zu tun, daß sich Bortkiewicz in III die Goldproduktion hineindenkt. Als goldproduzierende kommt die Abteilung in dem Schema überhaupt nicht in Betracht, sondern ausschließlich als Sphäre der gegen Mehrwert zu tauschenden Luxusmittel. Und es liegt lediglich an ihrer extrem niedrigen oder extrem hohen organischen Zusammensetzung, daß das konstante und das variable Kapital in die gleiche Richtung von den Wertgrößen abweichen. Gäbe es keine Abteilung III oder entspräche ihre organische Zusammensetzung dem gesellschaftlichen Durchschnitt, dann müßte bei unterschiedlicher Zusammensetzung der Produktions- und Lebensmittelabteilung die Preis-Wert-Abweichung des konstanten Kapitals derjenigen des variablen Kapitals *entgegenlaufen*. Denn bei Untergliederung der Gesamtproduktion in nur zwei Abteilungen wird durch die Transformation derselbe Mehrwert, welcher der niedriger zusammengesetzten Sphäre entzogen wird, der höher zusammengesetzten zugeteilt. Was die Produktionsmittel teurer würden, würden die Konsumtionsmittel billiger und umgekehrt. Aber nur in dem — hypothetischen — Falle, daß der Gesamtpreis der Lebensmittel vollständig in das variable Kapital eingeht und nichts davon für den Konsum der Kapitalisten abgezweigt wird, gleicht sich die Abweichung des konstanten Kapitals mit der gegenläufigen Abweichung des variablen völlig aus. Der Kapitalvorschuß im gesellschaftlichen Maßstab müßte sich dann als ganzer nicht ändern,

ändern müßte sich nach der Transformation nur seine Verteilung auf variables und konstantes Kapital — also die organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Weil jedoch die Kapitalisten auch bei hoher Akkumulationsrate nicht auf Konsum von Mehrwert verzichten, d.h. auf Konsum von Lebensmitteln, absorbieren sie einen Teil des Gesamtpreises der Lebensmittel. Daher weicht das variable Kapital weniger stark von seiner früheren Größe ab als das konstante — obwohl der Produktionspreis der Lebensmittel genausoweit vom Wert abweicht wie der Produktionspreis der Produktionsmittel. Dies deshalb, weil nur ein Teil des Gesamtpreises der Lebensmittel das variable Kapital bildet, während Preissumme der Produktionsmittel und konstantes Kapital gleich groß sind.

Mitnichten haben wir damit jedoch Bortkiewicz widerlegt. Im Gegenteil. Er wird sogar noch mehr als bestätigt, wenn wir jetzt das Problem auf seine Grundstruktur reduzieren und ein noch einfacheres Schema benutzen, in welchem die Problemstellung noch schärfer hervortreten wird.

IV.

Wir unterteilen die Gesamtproduktion nur in den Sektor Produktionsmittel (I) und Konsumtionsmittel (II), wobei wir die Kapitalisten genau wie die Arbeiter ihre Lebensmittel aus der Abteilung II holen lassen. Dabei verwenden wir das schon bei der Illustration der Marxschen Lösung angeführte Zahlenbeispiel.

Werden Produktionsmittel und Konsumtionsmittel zu Werten bezahlt, so daß konstantes und variables Kapital die Wertgrößen der Waren repräsentieren, dann ergebe sich folgende Aufstellung:

I:	60c + 10v + 1om	W (I) = 80
II:	20c + 10v + 10m	W (II) = 40

Die Gesamtproduktion wäre dann (Summe von I und II):

80c + 20v + 20m	W (I + II) = 120

Wir halten fest: Gesamtwert = 120 und Gesamtmehrwert = 20.

Nun holen wir das Marxsche „Versäumnis" nach und bewerten konstantes und variables Kapital zu Produktionspreisen. Da wir — unserer Annahme nach — in der Produktionsmittelabteilung höhere organische Zusammensetzung als in der Lebensmittelabteilung haben, müssen wir infolge der Profitübertragung für das konstante Kapital eine Steigerung und für das variable Kapital eine — allerdings absolut geringere — Senkung annehmen. Wir unterlassen, da es nur auf die Veränderungen überhaupt, nicht aber auf ihr exaktes mathematisches Ausmaß ankommt, die komplizierten Rechenoperationen mit den Bortkiewiczschen Formeln um v und c festzustellen.[11] Der genaue Umfang der Größenänderung spielt deshalb keine Rolle, weil bereits die einfache Tatsache einer Abweichung des Gesamtpreises aller Endprodukte von ihrer Wertsumme

— und nicht eine mehr oder weniger große Differenz — genügt, deren prinzipielle Größengleichheit zu zerstören. Allein diesem Zweck untergeordnet brauchen die illustrativen Zahlenbeispiele auch keine Rücksicht auf das Reproduktionsproblem zu nehmen.

Das *vorgeschossene Kapial* mag nach der Transformation von c und v in beiden Abteilungen etwa so aussehen:

I: 63c + 9v
II: 21c + 9v

Und gesamtgesellschaftlich:

84c + 18v

Wir sehen vorerst noch vom Profit und Gesamtpreis ab. Es fällt bereits auf, daß der Kapitalvorschuß insgesamt gestiegen ist. Für unseren Fall ist dies jedoch gleichgültig. Ausschlaggebend ist nicht, ob der Kapitalvorschuß gestiegen, gesunken oder gleichgeblieben ist, sondern einzig seine *veränderte Verteilung* auf c und v, also die Verschiebung der organischen Zusammensetzung. Eine solche Verschiebung zwischen c und v ergibt sich zwangsläufig aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung in beiden Abteilungen vor der Transformation. Dabei hängt es davon ab, wo vorher die höhere bzw. niedrigere war, ob sie sich nach der Transformation erhöht oder sinkt. (Wir kommen darauf zurück.) Gehen wir nun zum Kapital über, nachdem es sich den Profit angeeignet hat.

Um die Höhe des Profits zu bestimmen, müssen wir unterstellen, daß die gleiche Menge lebendiger Arbeit wie zuvor in Bewegung gesetzt und damit genausoviel *Neuwert* produziert wird; denn in dem Sinken des variablen Kapitals (von 20 auf 18) schlägt sich lediglich ein Sinken des Preises der Arbeitskraft nieder, nicht aber sinkende Wertproduktion. Der von den Arbeitern produzierte Wert hat ausschließlich mit der Arbeitszeit, aber nichts mit deren Bezahlung zu tun. Da der Neuwert früher 40 war, muß er es auch jetzt sein. Der Profit steigt daher — aufgrund der Verminderung des variablen Kapitals von 20 auf 18 — seinerseits um 2, nämlich von 20 auf 22. Er muß sich aber in unterschiedlichem Ausmaß auf I und II verteilen.

I:	63c + 9v + 15,5p	P (I) = 87,5
II:	21c + 9v + 6,5p	P (II) = 36,5

Gesamtgesellschaftlich ergibt sich:

84c + 18v + 22p	P (I + II) = 124

Der Vergleich des „Preisschemas" mit dem „Wertschema" zeigt folgendes eindeutig: Als das konstante und variable Kapital noch die Werte der Produktionsmittel und der Lebensmittel bzw. der Arbeitskraft ausdrückte, war der Gesamtwert 120 und der Gesamtmehrwert 20. Nachdem das konstante und variable Kapital für die Produktionspreise der entsprechenden Waren stehen, erhalten wir einen Gesamtpreis von 124 und einen Gesamtprofit von 22. Damit haben wir das doppelte Resultat: *Der Gesamtpreis weicht vom Gesamtwert ab und der Gesamtprofit vom Gesamtmehrwert, nachdem die Werte des konstanten und variablen Kapitals in Produktionspreise transformiert worden sind.*

Das Ergebnis läßt sich leicht gesetzesmäßig begründen:

Haben wir in der Produktionsmittelabteilung eine höhere organische Zusammensetzung als bei den Lebensmitteln, dann muß die Verwandlung der Werte von Produktions- und Lebensmitteln in Produktionspreise zu einer Verteuerung der Produktionsmittel und folglich des konstanten Kapitals führen und zu einer Verbilligung der Lebensmittel und folglich zu einer — allerdings geringeren — Verminderung des variablen Kapitals. Weist dagegen die Lebensmittelabteilung die höhere organische Zusammensetzung des Kapitals auf, dann verläuft der Prozeß umgekehrt. (Dies gilt alles nur bei Untergliederung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion in zwei Abteilungen). Weiter: Da nun der produzierte Neuwert des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auch nach der Veränderung des variablen Kapitals der gleiche bleibt[12], *muß jede Verschiebung der organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals infolge der Transformation die Gesamtsumme des Profits und der Produktionspreise der Endprodukte verändern.* Denn der Gesamtprofit ist die Differenz zwischen Neuwert und variablem Kapital, und der Gesamtpreis ist die Summe von Neuwert und konstantem Kapital. Dabei ist die Verschiebung des variablen Kapitals für die Veränderung des Gesamtprofits verantwortlich, wobei das konstante Kapital gleichgültig ist. Und die Veränderung des konstanten Kapitals verändert die Preissumme, wobei das variable Kapital keine Rolle spielt.

Oder kurz: Wird das konstante Kapital kleiner und das variable größer, dann sinkt sowohl der Gesamtpreis als auch der Gesamtprofit unter den Gesamtwert bzw. Gesamtmehrwert. Wird das konstante Kapital größer und das variable kleiner, dann steigt der Gesamtpreis über den Gesamtwert und der Gesamtprofit über den Gesamtmehrwert.

Hiermit ist offensichtlich der vollständige Beweis für den Marxschen Irrtum erbracht. Die soeben in Grundzügen entwickelte Abweichung der Preisgrößen von den Wertgrössen liegt allen moderneren Positionen des Transformationsproblems zugrunde, *nämlich die aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung in Produktions- und Lebensmittelabteilung resultierende Abweichung der Preisausdrücke des konstanten und variablen Kapitals von ihrem jeweiligen Wertausdruck, welche die Ursache dafür sind, daß sich Gesamtpreis und Gesamtprofit von ihren Wertgrößen wegbewegen.*

V.

Dem Beweis der Abweichung der Preisgrößen von ihren Wertausdrücken liegt ein begrifflicher Irrtum zugrunde bzw. der Vergleich von an sich Unvergleichbarem. Denn zurückblickend stellen wir fest, daß wir zwar die Frage gestellt haben nach dem Gesamt*wert* (Gesamtwert) *vor* der Transformation des konstanten und variablen Kapitals und die Frage nach der Gesamtsumme der Produkions*preise*

(Durchschnittsprofite) *nach* der Transformation von c und v, nicht aber — und das hätten wir tun müssen — *die Frage nach dem Gesamtwert (Gesamtmehrwert) nach der Transformation.* Warum wäre dies notwendig gewesen? Wäre eine solche Frage nicht vielmehr unstatthaft?

Keineswegs wäre sie das. Denn nachdem wir zurecht dazu übergegangen waren, die Größen des variablen und konstanten Kapitals zu verändern, weil die Produktionsmittel und Arbeitskräfte zu von ihren Werten abweichenden Preisen gekauft werden müssen, haben wir einen entscheidenden Zwischenschritt ausgelassen. Wir haben nicht den *Mehrwert* betrachtet, welchen das umdisponierte Kapital produziert, und nicht den *Gesamtwert,* aus dem das Kapital nun besteht, sondern wir haben uns sofort dem Durchschnittsprofit zugewandt, den sich das Kapital aneignet. Korrekterweise hätten wir die Transformation von c und v trennen müssen von der Transformation des vom Kapital hervorgebrachten Produkts und Mehrwerts. Durch das Zusammenwerfen beider Prozesse konnten wir den Durchschnittsprofit und Gesamtproduktionspreis des umdisponierten gesellschaftlichen Gesamtkapitals nicht mit dem Mehrwert und Gesamtwert desselben umdisponierten Kapitals vergleichen, was einzig sinnvoll gewesen wäre, sondern haben sie mit dem Gesamtwert und Gesamtmehrwert des Kapitals *vor* der Transformation seines variablen und konstanten Bestandteils konfrontiert, obwohl das Kapital in der „alten" Wertzusammensetzung gar nicht mehr existiert — ja niemals existiert hat. Denn in Wirklichkeit muß der Kapitalist die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte immer schon zu Produktionspreisen kaufen. Daß der Preis dem Wert entspricht, ist nur eine von Marx aus methodischen Gründen vorgenommene Abstraktion. Dagegen ist es keine Abstraktion, sondern Realität, daß das Kapital auch nach dem Kauf von „transformierten" Produktionsfaktoren zunächst Wert und Mehrwert produziert. Erst wird der Mehrwert wirklich produziert — die Konkurrenz in der Zirkulation entscheidet dann darüber wieviel sich die einzelnen Kapitale aneignen können.

Nicht erst der Gesamtprofit und Gesamtpreis des umdisponierten gesellschaftlichen Gesamtprofit und Gesamtpreis des umdisponierten gesellschaftlichen Gesamtkapitals, sondern bereits sein Gesamtmehrwert und Gesamtwert weichen vom Gesamtmehrwert und Gesamtwert des „ursprünglichen" — hypothetischen — Gesamtkapitals ab. Und zwar weicht die Wertsumme des „neuen" Kapitals genausoviel wie die Preissumme des „neuen" Kapitals vom Gesamtwert des „alten" Kapitals ab. Für das Verhältnis Profit — Mehrwert gilt dasselbe. Untereinander sind neuer Gesamtwert und neuer Gesamtpreis größengleich. Und nur auf diese Übereinstimmung kommt es an, nämlich auf diejenige beim umdisponierten Kapital, also beim Kapital, dessen konstantes und variables Kapital die Produktionspreise, nicht die Wertgrößen der Produktions- und Lebensmittel ausdrückt.

Sämtliche Marxkritiker unterlassen es, den Wert und Mehrwert des neuen, in seiner organischen Zusammensetzung veränderten Gesamtkapitals überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Sie können sich die Transformation nur als gleichzeitig das vorgeschossene Kapital *und* seinen Mehrwert ergreifende denken. Dies ist falsch, weil jedes Kapital, gleichgültig ob es seine Produktionsfaktoren zu ihrem

Wert entsprechenden oder davon abweichenden Preisen kauft, erst einmal Mehrwert produziert. Es ist dieser Mehrwert, der in der Konkurrenz unverteilt wird und dabei in seiner Gesamtsumme erhalten bleibt, und nicht der frühere Mehrwert des Kapitals vor der Transformation des konstanten und variablen Kapitals, weil der „frühere" Mehrwert genausowenig existiert wie das „ frühere" Kapital. Könnte das Kapital die Produktionsfaktoren zu ihrem Wert kaufen, dann hätte es z.B. die Zusammensetzung 80c + 20v und produzierte einen Mehrwert von 20m. Da nun aber die Produktionspreise, welche der Kapitalist zu bezahlen hat, von ihren Werten abweichen, hat das Kapital eben eine andere organische Zusammensetzung und produziert einen anderen Mehrwert. Z.B. 84c + 18v + 22m. Die Ursachen dieser quantitativen Verschiebungen haben wir in Abschnitt IV aufgezeigt. (Wir haben dort also etwas anderes erklärt als wir beanspruchten). Das gesellschaftlice Gesamtkapital kann indessen nicht gleichzeitig zwei verschiedene organische Zusammensetzungen haben. Wirklich existent ist nur das letztere.[13]

Wir können den Fehler auch anhand der Zahlenschemata veranschaulichen:

1. Die Ausgangsposition zeigt überall wirkliche Wertgrößen.

   I: 60c + 10v + 1om
   II: 20c + 10v + 1om bzw. 80c + 20v + 2om W = 120

2. Nach der Transformation der Werte der Produktions- und Lebensmittel ergibt sich eine Vergrößerung von c und eine Verminderung von v. Im Unterschied zu vorher betrachten wir jetzt auch den in beiden Sphären wirklich produzierten Mehrwert.

   I: 63c + 9v + 11m
   II: 21c + 9v + 11m bzw. 84c + 18v + 22m W = 124

3. Jetzt erst erfolgt die Verwandlung der Werte in Produktionspreise beim Produkt der Kapitale. Der Mehrwert wird zu Durchschnittsprofit.

   I: 63c + 9v + 15,5p
   II: 21c + 9v + 6,5p bzw. 84c + 18v + 22p P = 124

Was miteinander vergleichen werden darf, ist 2. mit 3. Hierbei ergibt sich völlig im Einklang mit Marx für das gesellschaftliche Gesamtkapital die Gleichheit von Wert- und Preissumme (124 W = 124 P) und von Mehrwert und Profit (22m = 22p), also:

$$84c + 18v + 22m = 84c + 18v + 22p$$

Gleichzeitig erkennen wir die Quelle des Irrtums der Marxkritiker: Sie haben ungerechtfertigterweise 1. mit 3. verglichen, wobei sich selbstverständlich Ungleichheiten ergeben mußten, nämlich 12oW ± 124 P und 2om ± 22p. Konsequenterweise

müßten sie zugeben, daß sie auch die Abweichung des Gesamtwerts vom Gesamtwert und des Gesamtmehrwerts vom Gesamtmehrwert bewiesen haben.

VI.

Warum haben aber die Transformationskritiker diesen Fehler gemacht? Der Kern ihres Mißverständnisses liegt in ihrer verkehrten Auffassung, daß man vom *Wert* des Kapitals dann nicht mehr sprechen könne, wenn man seine produktiven Bestandteile, nämlich Produktionsmittel und Arbeitskraft, bereits in *Produktionspreisen* vor sich hat. Dem *Wert* von Produktionsmittel und Arbeitskraft entspräche demnach der Wert des konstanten und variablen Kapitals, dem *Produktionspreis* von Produktionsmittel und Arbeitskraft der „*Produktionspreis*" oder „Preisausdruck" oder gar „Preis" des konstanten und variablen Kapitals. Folglich wäre es unrichtig, wo das Kapital nun aus Preisen bestünde, sein Gesamtprodukt oder seinen Überschuß noch als Gesamtwert oder Gesamtmehrwert zu bezeichnen. Man habe vielmehr nur noch Gesamtpreis und Gesamtprofit vor sich, und diese Größen wichen — und da haben sie recht — von dem Gesamtwert und Gesamtmehrwert des Kapitals vor der Transformation des konstanten und variablen Kapitals ab.

Dazu ist zu sagen, daß der Ausdruck: „Der Wert des konstanten Kapitals ist gleich dem Wert der Produktionsmittel" (sehen wir einmal vom variablen Kapital ab, für welches dasselbe gilt) zwar korrekt ist. Daraus folgt aber nicht, daß dem Preis der Produktionsmittel auch der „Preis des konstanten Kapitals" entsprechen müsse, daß also auch das Kapital Preisform annehmen müßte, wenn es die von ihm gekauften Waren tun. Deswegen nicht, weil auch im Falle der Übereinstimmung des *Werts* des konstanten Kapitals mit dem *Wert* der Produktionsmittel in Wirklichkeit diese Produktionsmittel immer zu *Preisen* gekauft werden müssen. Daß der Wert des konstanten Kapitals dem Wert der Produktionsmittel entspricht, ist daher nur ein abkürzender Ausdruck dafür, daß der Preis, zu welchem die Produktionsmittel vom Kapital angeschafft werden, sich mit der in den Produktionsmitteln enthaltenen Wertgröße deckt. Es handelt sich dabei um mengenmäßige **Äquivalenz, nicht aber um qualitative Identität der Formen.**

Der Kapitalist muß stets eine gewisse *Wertsumme* konstanten Kapitals — in Geldform — vorschießen, um die *Preise* der Produktionsmittel zu bezahlen, wie auch immer diese Preise sich zu den wirklichen Wertgrößen verhalten. Stimmt Preis und Wertgröße beim Produktionsmittel überein, dann sagt man zurecht: der konstante Kapitalwert deckt sich mit dem Wert der Produktionsmittel oder ist gleich dem Wert der Produktionsmittel. Dies ist die Annahme von Marx in den beiden ersten Bänden des „Kapital". Weicht der Preis aus irgendeinem Grunde vom Wert ab, seien dafür Schwankungen des Marktes verantwortlich, oder weil der Preis ein Produktionspreis geworden ist, dann muß der Kapitalist eine andere Wertsumme vorschießen — aber diese bleibt nichtsdestoweniger eine Summe von Werten. Verändert hat sich lediglich die Größe des konstanten Kapitalwerts. Es gibt aber keinen Grund dafür, daß durch die Preisveränderung

der Produktionsmittel — etwa infolge der Transformation — das konstante Kapital eine Formveränderung durchmachen soll. Dabei tut es nichts zur Sache, daß diese **Wertsumme allemal eine bestimmte *Geldsumme* ist; denn der Wert kann immer** nur in Geldform Preise realisieren, in diesem Falle die Preise der Produktionsmittel. Das konstante Kapital braucht seinerseits keine Preisform, weil es selber ja nicht verkauft werden soll, sondern sogar als Käufer auftritt.[14]

Worauf es ankommt ist dies: Die organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist stets das *Wertverhältnis* zwischen dem konstanten und variablen Kapital, unabhängig davon, in welcher Form der Wert existiert, und unabhängig davon, ob die Kapitalwerte, die immer den *Preisen* der mit ihnen gekauften Waren entsprechen,[15] auch mit den *Werten* dieser Waren übereinstimmen.

Weit davon entfernt, dieser Frage auszuweichen, hat Marx sogar ausdrücklich begründet (wo haben die Kritiker nur ihre Augen?), weshalb es gleichgültig ist, ob das konstante oder variable Kapital Preise der Produktionsfaktoren repräsentieren, die von ihren Werten abweichen, oder Preise, die sich mit den Werten decken. So schreibt er unmißverständlich über die Kapitale mittlerer Zusammensetzung, die wir getrost mit dem gesellschaftlichen Gesamtkapital gleichsetzen können: „Es ist hiernach also möglich, daß auch bei Waren, die durch Kapitale mittlerer Zusammensetzung produziert werden, der Kostpreis abweichen kann von der Wertsumme der Elemente, aus denen dieser Bestandteil ihres Produktionspreises sich zusammensetzt. Angenommen, die mittlere Zusammensetzung sei 80c + 20c. Es ist nun möglich, daß in den wirklichen Kapitalen, die so zusammengesetzt sind, 80c größer oder kleiner ist als der Wert von g, dem konstanten Kapital, weil dies c durch Waren gebildet ist, deren Produktionspreis abweicht von ihrem Wert. Ebenso könnte 20v von seinem Wert abweichen, wenn in den Verzehr des Arbeitslohns Waren eingehn, deren Produktionspreis von ihrem Wert verschieden ist; ... Indes ändert diese Möglichkeit durchaus nichts an der Richtigkeit der für Waren mittlerer Zusammensetzung aufgestellten Sätze. Das Quantum Profit, das auf diese Waren fällt, ist gleich dem in ihnen selbst enthaltenen Quantum Mehrwert. Z.B. bei obigem Kapital von der Zusammensetzung 80c + 20v ist das Wichtige für die Bestimmung des Mehrwerts nicht, ob diese Zahlen Ausdrücke der wirklichen Werte, sondern wie sie sich zueinander verhalten; nämlich daß v = 1/5 des Gesamtkapitals und c = 4/5 ist. Sobald dies der Fall, ist, wie oben angenommen, der von v erzeugte Mehrwert gleich dem Durchschnittsprofit."[16]

Wenn Marx z.B. 80c + 20v schreibt, heißt das nicht, daß die Werte der Produktionsmittel 80 und die Werte der Arbeitskräfte 20 betragen müssen. Sondern gemeint ist das Größenverhältnis zwischen den Kapitalwerten, die zur Bezahlung der Produktionsmittel, und den Kapitalwerten, die zur Bezahlung der Arbeitskräfte vorgeschossen werden müssen, *wie auch immer sich die Preise dieser Produktionsfaktoren zu ihren eigenen wirklichen Werten verhalten.*

Bortkiewicz, der ausgezogen war, die Überlegenheit der mathematischen Methode über die Marxsche zu demonstrieren, hat durch sein Unverständnis der ökonomischen Begriffe und der in ihnen ausgedrückten Verhältnisse in Wirklichkeit nur die engen Grenzen aufgezeigt, die der von qualitativen Einsichten getrennten Anwendung der Mathematik auf die politische Ökonomie gesetzt sind. Daß seine ganze Fragestellung schon in ihren Voraussetzungen falsch ist, entzieht sich dem mathematisch-quantifizierenden Verstand — erschließt sich nur der formellen Analyse der ökonomischen Kategorien. Doch während es für die Mathematik als Mathematik spricht, wenn ihr die Deduktion einer verkehrten Prämissse bis ins Resultat gelingt, blamiert sich damit die politische Ökonomie.

Anmerkungen

1 Ladislaus v. Bortkiewicz, Wertrechung und Preisrechnung im Marxschen System, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 23 (1906) und Bd. 25 (1907). Zitat aus Bd. 25, S. 478

2 a.a.O., S. 479

3 a.a.O., S. 477

4 Mehrwert Nr. 13, Berlin(West) 1977, S. 195—202

5 a.a.O., S. 40

6 vgl. Das Kapital, Bd.3, 9. Kapitel

7 L. v. Bortkiewicz, Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des „Kapital", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 89 (1907), S. 321

8 Bei nährem Hinsehen ist festzustellen, daß in allen drei Produktionsabteilungen die Preise des konstanten Kapitals sich zu den Werten des konstanten Kapitals verhalten wie die Preise des Produkts der Produktionsmittelabteilung zum Wert des Produkts der Produktionsmittelabteilung, und daß die Preise des variablen Kapitals sich zu ihren Werten verhalten wie der Gesamtpreis der Lebensmittel zum Gesamtwert derselben. Durch die Ausgleichung der Profitraten ist aus dem Wert der Produktionsmittel von 375 ein Gesamtproduktionspreis von 480 geworden. Damit das konstante Kapital in Abteilung I, II, III nun zu Produktionspreisen bewertet werden kann, muß jetzt jede Werteinheit davon ebenfalls im Verhältnis $\frac{\text{Gesamtproduktionspreis}}{\text{Gesamtwert}}$, also im Verhältnis $\frac{480}{375}$ wachsen. Daher steigt Ic von 225 auf 288, IIc von 100 auf 128 und IIIc von 5o auf 64. Entsprechendes gilt für die Lebensmittel und das variable Kapital, aber nicht für die Luxusmittel und den Profit. Der Profit weicht aus anderen Gründen vom Mehrwert ab. Näheres darüber bei Bortkiewicz, Zur Berichtigung ..., S. 319 ff.

9 a.a.O., S. 324

10 a.a.O., S. 326

11 So kompliziert werden die Rechnungen deshalb, weil Bortkiewicz erstens auch nach der Umrechnung das reibungslose Gelingen der einfachen Reproduktion verlangt und weil zweitens die Produktionspreise für das vorausgesetzte c und v in I und II sich erst aus den Produktionspreisen der Produkte von I und II ergeben, die ihrerseits jedoch nicht c und v als Werte zur Voraussetzung haben dürfen. Es muß also ein völlig aufeinander abgestimmtes Zahlensystem sein, in dem Voraussetzungen und Resultate sich gegenseitig stützen.

12 Nicht auf die Identität des Neuwerts bei verändertem variablen Kapital geachtet zu haben, ist auch Sweezy zum Vorwurf zu machen. Ihm dürften, im Unterschied zu Bortkiewicz, der von der Werttheorie ohnehin nichts hält, solche Fehler nicht unterlaufen: In seiner „Marxkorrektur" läßt er die Arbeiter nach der Umrechnung ihres Lohns von 200 auf 150 den gleichen Profit wie

vorher (200) produzieren, obwohl er um 50 gestiegen sein müßte. Und ohne Kritik übernimmt er die Tabellen von Bortkiewicz, die in der „Wertrechnung" 300v und 200m aufweisen, und in der entsprechenden „Preisrechnung" 320v und immer noch 200p. vgl. Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Frankfurt 1970, S. 146/7

13 Wie wenig den Transformationskritikern gewöhnlich die objektive Seite der Transformation bedeutet, also die Tatsache, daß die Verwandlung ein wirklicher Prozeß ist, liegt schon in dem von ihnen gebrauchten Begriff „Umrechnung" (Wertrechnung-Preisrechnung) begründet, der nahelegt, daß es sich dabei um eine subjektive Angelegenheit des einen oder anderen Theoretikers handle.

14 Wo wir selber vorher die Diktion „Preis des variablen Kapitals" oder „Preis des konstanten Kapitals" verwendet haben, geschah dies nur, um den Standpunkt der Marxkritiker vorzuführen. Falsch war die Redeweise auch dort.

15 „Die organische Zusammensetzung des Kapitals hängt in jedem aktuellen Moment von zwei Umständen ab: erstens vom technischen Verhältnis der angewandten Arbeitskraft zur Masse der angewandten Produktionsmittel; zweitens vom *Preis* der Produktionsmittel. Karl Marx, Das Kapital, Bd. 3, Berlin/DDR 1966, S. 164

16 a.a.O., S. 217

Robert Katzenstein

Wert und Preis

Zum Transformationsproblem und seiner Lösung

An sich sollte dieser Artikel die verbindende Vorbemerkung zweier Problemkomplexe werden — Transformationsproblem und Inflation —, ein weiterer Ansatz zur Lösung des Transformationsproblems ist dann daraus geworden. Eine Verbindung zwischen Transformation und Inflation sehe ich natürlich nicht unmittelbar in der Wert- und Produktionspreisbeziehung, sondern vielmehr darin, daß bei der Beschäftigung mit dieser Beziehung Formeln erarbeitet wurden, mit denen wahrscheinlich wesentliche Ursachenkomplexe der Inflation mathematisch in ihren Zusammenhang gebracht und untersucht werden können. Beim Transformationsproblem geht es ja um die Lösung des Preises vom Wert der Waren, ein Prozeß, der dem der Inflation sehr ähnlich ist, wenn er inhaltsmäßig sicherlich auch anders gefaßt werden muß. Wir werden gleich sehen, daß die Transformation, so wie von Bortkiewicz sie faßt, eine ganz bestimmte Form der Mehrwertumverteilung betrifft, die im Monopolkapitalismus eine besondere Rolle spielt. Zum anderen aber zeigt eine genauere Untersuchung der mathematischen Seite von v. Bortkiewicz' Problemstellung, daß es in diesem Gleichungssystem verschiedene variierende Möglichkeiten gibt.

Hans Georg Sprotte hat diese Seite untersucht.[1] Nimmt man z.B. die **Übereinstimmung der Mehrwert- und der Profitsumme als vorgegeben an**[2], so löst sich die Preissumme der Waren notwendig von ihrer Wertsumme. Setzt man, umgekehrt, die Übereinstimmung der Wert- und der Preissumme, so löst sich wiederum die Profit- von der Mehrwertsumme. Ich kann das hier im einzelnen nicht nachvollziehen. Wir haben hier aber jedenfalls Formeln, die es erlauben, bestimmte Ursachenkomplexe der permanenten Inflation im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus anhand mathemathischer Gleichungssysteme in ihren Auswirkungen zu verfolgen, man kann z.B. die Mehrwertumverteilung qua Monopolmacht in die Gleichung einführen, indem man die Übereinstimmung von Mehrwert- und Profitsumme fixiert, oder die staatliche Einspeisung von zusätzlichen Geldmengen in die Zirkulationskanäle, indem man die Nichtübereinstimmung der Preis- und der Wertsumme als Ausgangspunkt einsetzt. Im ersteren Fall kann man die daraus folgende Geldmengenaufblähung verfolgen — eine perfekte Monopolprofit — Preis — Spirale, dargestellt anhand des Bortkiewicz'schen Gleichungssystems —, im zweiten Fall die Auswirkungen staatlicher Geldmengenregulierung auf die Kapitalverwertung.

Das sind nur Hinweise und nicht einmal Hypothesen, aber hier eröffnet sich sicherlich ein weites Untersuchungsfeld, in dem auch die bisher so sterile Transformationsdebatte fruchtbar werden kann. Ein Transformationsproblem wie es bisher diskutiert wurde, gibt es nämlich überhaupt nicht. Dieses „Problem" ist vielmehr daraus entstanden, daß sein Urheber, von Bortkiewicz, die schematische

Darstellung des Verhältnisses von Produktionspreis und Wert bei Marx für die Wiedergabe des realen Transformationsprozesses gehalten und dabei den *ökonomischen Inhalt* dieses Prozesses völlig übersehen hat. Was v. Bortkiewicz in mathematische Formeln umsetzte und überprüfte, das war nicht die Transformation der Werte in Produktionspreise, sondern die Bewegung der Marktpreise. Schauen wir uns das näher an.

Im Grunde geht es beim Transformationsproblem um die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige unter kapitalistischen Bedingungen. Wohlgemerkt, es ist ein spezifisch auf den Kapitalismus beschränktes Problem der Warenproduktion, an dem sich, auf den Spuren von Bortkiewicz, eine ganze Generation von Marxkritikern festgemacht hat, um die Arbeitswerttheorie möglichst über Bord werfen oder doch wenigstens die Wertkategorien für zweitrangig und völlig unnütz erklären zu können. Was man **hier für unnütz erklären will, das sind aber gerade die gesellschaftlichen** Zusammenhänge der Warenproduktion und zwar spezifisch in ihrer kapitalistischen Form, denn für die einfache Warenproduktion gibt es das Problem nicht, ja ihre Entstehung selbst ist ohne die Arbeitswerttheorie nicht einmal plausibel zu erklären. Wir wollen auf diese Frage kurz eingehen, denn sie läßt den grundsätzlichen Aspekt im Wert — Preis — Verhältnis deutlich erkennen.

Wie will man z.B. den Übergang von der Natural- zur Warenwirtschaft ohne den Arbeitswert erklären? Wie erklärt es sich, daß sich innerhalb einer Gemeinde von sich selbstversorgenden Bauern besondere Gewerbe aussondern, daß aus einem Bauern, der Ackerbau wie Viehzucht betreibt, der seine Produktionsmittel und sein Mobiliar, sein Haus und seine Kleidung usw. selbst herstellt, wie aus solch einem Bauern nach und nach ein Schmied, Schneider oder Töpfer wird? Genau dies ist doch aber der Prozeß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der sich seinerzeit tausendfach vollzogen hat. Wenn sich heute ein Landwirt auf die Viehproduktion spezialisiert und den Feldbau aufgibt, dann ist das mit Preis und Kosten oberflächlich einfach zu erklären. Aber was heissen Preis und Kosten, wenn es den Preis noch garnicht gibt und die Kosten allenfalls aus Arbeitsaufwand bestehen? Unter solchen Umständen gibt es doch überhaupt nur die Arbeit, d.h. den Arbeitsaufwand bei der Herstellung der Produkte, als Maßstab für ihren Wert im Austausch. Die Frage ist unter solchen Umständen noch ganz konkret auf den Punkt gebracht: Billiger produzieren, das heißt ganz einfach, daß der Bauer X schneller und mit weniger Arbeitsaufwand zu seiner Jacke kommt, wenn der Bauer Y mit seinem besonderen Geschick sie ihm fertigt, und er ihm während der dazu notwendigen Zeit lieber das Feld bestellt; und umgekehrt, daß der Bauer Y schneller, mit weniger Arbeitsaufwand, zu seinen Kartoffeln kommt, wenn er dem X die Feldbestellung überläßt und ihm dafür die Jacke näht. Gegenseitiger Vorteil, gemessen am Arbeitsaufwand! So oder so ähnlich hat es doch wohl einmal begonnen mit der Warenwirtschaft, hat sie sich entwickelt, wenn auch die Anstösse dazu vielfältig gewesen sein mögen./ Vgl. Engels, S. 905 ff./ →

Auf dieser Stufe der Entwicklung ist das Verhältnis zwischen Kartoffeln und Jacke noch ganz klar ein Verhältnis zwischen den Produzenten von Kartoffeln und Jacke und der Austausch ist ein Austausch ihrer jeweiligen Arbeiten und diese Arbeiten, ganz

abstrakt als menschliche Arbeit schlechthin genommen, sind offensichtlich die Substanz des Wertes von Kartoffeln und Jacke, die Arbeitszeit das Maß, nach dem ihr Wert gemessen wird.

Natürlich gibt es auch schon auf dieser Entstehungsstufe der Warenproduktion einen Preis, aber die Existenz des „Preises", der Inhalt dieses Begriffes, muß zu diesem Zeitpunkt noch genauso hinterfragt und entwickelt werden, wie heute der „Wert". Der Preis und der Wert der Jacke sind gleich 2 Sack Kartoffeln. Aber kein Mensch unterscheidet Wert und Preis, weil sie nicht auseinanderfallen können. Die Ware hat einen Preis, weil sich der Wert einer Ware immer nur in der konkreten Gestalt, im Gebrauchswert einer anderen Ware darstellen kann; ein Sack Kartoffeln ist ein Sack Kartoffeln wert, besagt überhaupt nichts. Die Jacke ist zwei Sack Kartoffeln wert und der Preis der Jacke ist deshalb zwei Sack Kartoffeln! Im Sprachgebrauch mögen diese Begriffe eine Rolle gespielt haben. Das man damit tatsächlich zwei Dinge unterschied, die zu unterscheiden notwendig war, ahnte niemand. Wert und Preis waren scheinbar ein und dasselbe, weil sich der Preis vom Wert überhaupt noch nicht loslösen *konnte*. Preisschwankungen waren am Anfang der Entwicklung noch fast unmöglich. Für diese Bauern, die noch *alles selbst machen konnten,* waren Wert und Preis noch unmittelbar mit dem Arbeitsaufwand verbunden und sie reagierten prompt, wenn einer für seine Ware mehr Gegenwert verlangte, als sie *wert* war: Do it yourself! Das heißt, verallgemeinert, jede Lösung des Preises vom Wert hatte eine sofortige *Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit* — denn nichts anderes ist jenes „do it yourself" — zur Folge, die den Preis wieder auf den Wert drückte.

Freilich war *diese* Umverteilung zugleich wieder ein Rückschritt zur Naturalwirtschaft. Was wir aber in diesem Stadium genau und ohne jeden Zweifel erkennen können, ist der gesellschaftliche Zusammenhang der Produzenten bei gesellschaftlicher Arbeitsteilung, ihre Existenz als gesellschaftlicher Gesamtarbeiter, und wie dieser gesellschaftliche Zusammenhang gewissermassen den Inhalt der Kategorie „Wert" bildet. Gesellschaftliche Arbeit, das ist die Substanz des Wertes.

Der Preis steht noch völlig im Hintergrund. Er tritt allerdings in den Vordergrund, sobald sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung verfestigt, d.h. sobald die Arbeit komplizierter und die Rückkehr zur Eigenproduktion eines Produkts schwieriger wird. Solange es sich bei der Arbeit um einfache Arbeit handelt, die ein jeder machen kann, solange kann keiner einen Preis verlangen, der höher ist als der Wert. Wird die Arbeit komplizierter, haben sich die Produzenten schon in festgefügter Weise spezialisiert, so beginnt der Preis ein Eigenleben. Er kann sich jetzt in seiner Bewegung vom Wert lösen. Ein bewußt zugespitztes Beispiel mag das klar sichtbar werden lassen.

Für einen einfachen Bauern, Schuster oder Schneider ist es unendlich viel zeitraubender eine Uhr herzustellen, als für einen Uhrmacher; sie müssten das Handwerk erst erlernen. Für sie wäre es also immer noch vorteilhafter, dem Uhrmacher ein Mehrfaches an Arbeit in Form von landwirtschaftlichen Produkten, Schuhen oder Kleidern für eine Uhr zu zahlen, als er selbst zu deren Herstellung aufgewandt hat. Das Beispiel fällt natürlich aus jedem Rahmen der Zeit, aus der es

gewählt ist. Kaum ein Bauer, Schneider oder Schuster hätte sich eine Uhr leisten können, ohne dadurch seine eigene Reproduktion in Frage zu stellen. Es zeigt aber sehr deutlich, wie durch den Kompliziertheitsgrad der Arbeit ein Spielraum für die Lösung des Preises vom Wert entsteht. Der Uhrmacher kann für die Uhr einen Preis verlangen, der wesentlich über ihrem Wert steht. Er kann dies, weil das „do it yourself" hier nicht mehr geht, weil die Arbeit nicht mehr so ohne weiteres umverteilbar ist. Der Preis der Uhr löst sich also von ihrem Wert. Er kann sich deshalb aber nicht etwa unabhängig von ihm bewegen, sondern er wird notwendig wieder auf den Wert gebracht.[3] Das geschieht ebenfalls durch die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, nur geht dies anders vor sich : Sobald unsere pfiffigen Bäuerlein oder Schneiderlein merken, daß im Uhrmacherhandwerk mehr zu verdienen ist, lassen sie halt einen ihrer Söhne das Handwerk erlernen. Auf diese Weise wird dann gesellschaftliche Arbeit in diesen Zweig geleitet und zwar so lange, bis die Preise dort dem Wert wieder entsprechen. /Engels, S. 909/

Betrachtet man die Dinge von dieser Seite aus, dann kann man gewissermassen feststellen, daß sich das an sich einfache Wert — Preisverhältnis umso mehr verschleiert, je mehr sich Bedingungen herausbilden, die die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit erschweren.[4] Preisschwankungen trüben das Bild zusätzlich, weil sich der Preis scheinbar völlig vom Wert ablöst. Dennoch bleibt der Wert für die Preisbewegung immer bestimmend. Die Schwankungsbreite der Preise mag noch so groß sein, aber sie schwanken immer um den Wert und können weder unendlich nach oben steigen noch bis auf null sinken. Das kann auch nicht anders sein, denn das gesellschaftliche Verhältnis, das sich im Wert verkörpert, der Reproduktionszusammenhang des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters unter diesen Bedingungen (Arbeitsteilung und gegeneinander verselbstständigte private Produzenten), wird ja durch die Entwicklung solcher Bedingungen keineswegs aufgehoben.Deshalb scheint das grundlegende Wertverhältnis auch jedesmal durch, wenn man die Sache genauer betrachtet. Sinkt der Preis einer Ware z.B. unter ihren Wert, so *muß* letzten Endes eine Gegenbewegung in der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, ein Abfluß aus dem betreffenden Zweig, einsetzen, der den im Wert verkörperten Zusammenhang wieder herstellt, und zwar nicht nur, weil in anderen Zweigen mehr zu verdienen ist, sondern weil ein Produzent, der seine Ware unter Wert verkaufen muß, auf die Dauer nicht existieren kann. Er kann deshalb nicht existieren, weil ihm durch den „Nichtäquivalententausch" die Arbeit entzogen wird, die er an sich für seinen Lebensunterhalt aufwenden muß, bei arbeitsteiliger Produktion aber in spezialisierter Form aufwendet und nur über den Austausch in der für ihn notwendigen gebrauchsertmäßigen Form realisieren kann. Unser Bauer Y in der Entstehungsperiode der Warenproduktion hätte das sofort schmerzhaft erfahren: Erhält er für die Herstellung der Jacke vom Bauern X nicht 2 Sack Kartoffeln, dann hungert er; er *muß* seine Arbeit zur Produktion dieser Kartoffeln einsetzen, ob nun direkt oder indirekt.

Diese Zwänge verlieren mit der Entwickung der Produktivkräfte an Unmittelbarkeit. Die Entwicklung von Ausbeutungsverhältnissen verwirrt, wie wir gleich sehen werden, das Bild zusätzlich. Dennoch verschwinden dadurch die im Wert verkörperten

gesellschaftlichen Beziehungen nicht. Das heißt, man kommt um die Wertkategorien nicht herum, wenn man die gesellschaftlichen Grundzusammenhänge der Produzenten wirklich erfassen will. Durch die Entwicklung der Warenproduktion werden zwar Bedingungen gesetzt, die die Bewegungen innerhalb des Wert — Preis — Verhältnisses beeinflussen und verändern — wir haben das gesehen —, aber sie heben dieses Verhältnis selbst nicht auf. Auch die Entstehung der kapitalistischen Warenproduktion setzt solche Bedingungen und damit kommen wir zum Transformationsproblem.

Wenn wir von der Aufgliederung des Warenwertes im Kapitalismus ausgehen — konstantes Kapital (c), variables Kapital (v) und Mehrwert (m̂) —, so orientierte sich die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, ihr Fluß, in der einfachen Warenproduktion am Neuwert insgesamt (v + m). Der Unternehmer aber interessiert sich nur für den Mehrwert oder Profit. Der Neuwert in seiner Gesamtheit ist ihm gleichgültig; variables Kapital ist für ihn Kostenbestandteil, Teil des vorgeschossenen Gesamtkapitals (K). Ihn interessiert der Gewinn und daran orientiert sich daher auch die Bewegung der Kapitale von einem Zweig in den anderen und über diese Bewegung verteilt sich wiederum die gesellschaftliche Arbeit im Kapitalismus./ Vgl. Engels, S. 905 f./

Damit kommt ein neues Moment in das Wert — Preisverhältnis. Es ist logisch, daß das gesellschaftliche Gesamtkapital unter diesen Bedingungen nie zur Ruhe kommen kann — von der Rastlosigkeit seiner Bewegung in bezug auf die Mehrwertproduktion einmal abgesehen —, ehe nicht ein jedes der einzelnen Kapitale im Verhältnis zu seiner Größe den gleichen Profit erhält, ehe sich also nicht eine Durchschnittsprofitrate herausgebildet hat. Solange ein Kapital bestimmter Größe irgendwo anders einen größeren Profit machen kann als in seinem eigenen Zweig, setzt es sich dorthin in Bewegung. Unter diesen Umständen aber können sich die einzelnen Waren nicht mehr zu Werten (c + v + m) austauschen, sondern sie tauschen sich zu Produktionspreisen aus, zu Kostpreisen plus dem Durchschnittsprofit (p), d.h. zu c + v + p.

In der einfachen Warenproduktion schwanken die Preise um ihren Wert, aber die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit bewirkt immer wieder, daß Warenpreis und Warenwert in Übereinstimmung gebracht werden, und zwar sowohl in bezug auf die einzelne Ware, als auch in bezug auf die Warenmasse in ihrer Gesamtheit. Unter kapitalistischen Bedingungen ändert sich das zwangsläufig. Die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit über die Bewegung von Kapitalen kann, die einzelne Ware betrachtet, eben in aller Regel nicht mehr zur Übereinstimmung von Warenwert und Warenpreis führen, sondern immer nur zum Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit, d.h. zum Produktionspreis. Das gilt aber nur für die einzelne Ware. Für die Warenmasse kann es nicht gelten, denn natürlich werden auch durch diese Veränderung, durch die Einschiebung kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse in die Beziehungen der Warenproduzenten, diese Warenbeziehungen nicht aufgehoben; es verändert sich nur der Orientierungsmaßstab für die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. In bezug auf die Warenmasse in ihrer Gesamtheit müssen Preise und Werte nach wie vor übereinstimmen, d.h. die Summe aller Produktionspreise muß gleich der Summe aller Werte der Waren sein.

Auch verteilt sich der Profit zwar als Durchschnittsprofit, aber dennoch kann die Summe der Profite nicht größer sein als die Summe des Mehrwerts, d.h. auch die Summe der Profite und die Summe des Mehrwerts muß übereinstimmen.

An dieser Stelle ist nun das „Transformationsproblem" entstanden. Herr von Bortkiewicz hat den Transformationsprozeß mit Hilfe mathematischer Formeln überprüft und dabei festgestellt, daß sich bei der Transformation der Warenwerte in Produktionspreise eben jene Übereinstimmung ihrer Summen verflüchtigt.

I. Bortkiewicz oder der Marktpreis wird zum Produktionspreis

Bortkiewicz hat recht — und er irrt zugleich. Er irrt, weil er die schematischen Beispiele, mit denen Karl Marx die Ausbildung der Durchschnittsprofitrate *illustriert,* in mathematische Formeln umsetzt, nicht aber den ökonomischen *Inhalt* des Prozesses, den Marx hier analysiert. Inhaltlich handelt es sich um eine Umverteilung des Mehrwerts die einen ganz bestimmten Prozeß verkörpert und daher auch an eine ganz bestimmte Form gebunden ist. Sie ist das Ergebnis der *Kapitalbewegung,* d.h. der kapitalistischen Form der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit. Gerade dieser ökonomische Zusammenhang aber wird bei Bortkiewicz ausgeschaltet; von einer Kapitalbewegung ist in seinen Formeln nichts aufzuspüren.

Man kann das Problem anhand eines Schemas erläutern. Der Einfachheit halber benutze ich dazu das von W. Schwarz gewählte Schema. Dadurch werden sich zwar später, bei der Darstellung des eigentlichen Transformationsprozesses erhebliche Disproportionen zwischen den beiden großen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion ergeben, die vermieden werden könnten, wenn man das Schema von vornherein an diesen Prozeß anpaßt. Es geht hier aber wirklich nur um eine schematische Illustration des an sich inhaltlich zu begreifenden Prozesses und meine Lösungsandeutungen mögen das sogar deutlicher ins Gedächtnis rufen, als es eine glatte Übereinstimmung vermöge.[5]

Zunächst das Ausgangsschema:

Schema A: Wert

I. 60 c + 10 v + 10 m = 80 Warenwert; Profitrate(p') = 14%
II. 20 c + 10 v + 10 m = 40 Warenwert; Profitrate(p') = 33%
80 c + 20 v + 20 m = 120 Summe d. Warenwerte

Schema B: Produktionspreis (Durchschnittsprofit = p)

I.	60	c	+	10	v	+	14	p	=	84	Produktionspreis; p' = 20%
II.	20	c	=	10	v	+	6	p	=	36	Produktionspreis; p' = 20%
	80	c	+	20	v	+	20	p	=	120	Summe d. Produktionspreise

Das ist die scheinbar vollendete Darstellung des Transformationsprozesses (wobei sich allerdings, wie Bortkiewicz vermerkt, Disproportionen zwischen den beiden Abteilungen ergeben).Tatsächlich aber ist es, als Darstellung eines realen Prozeßablaufes genommen, nur die der Marktpreisbewegung. Ein zweiter Blick genügt, um das festzustellen: In keiner der beiden Abteilungen verändert sich die Größe des vorgeschossenen Kapitals. Daraus folgt zweierlei. Erstens, eine *Kapitalbewegung* hat offenbar *nicht* stattgefunden; der eigentliche Prozeß bei der Ausbildung der Produktionspreise wird in diesem Schema also überhaupt nicht erfaßt. Zweitens, ebenso hat offensichtlich *keine Vergrößerung* des Warenangebots in der Abteilung I stattgefunden. Wohl aber zeigt die Steigerung der Preissumme eine *Verteuerung der gegebenen Warenmasse an.*

Wenn man sich nun die Frage stellt, wie denn nun eigentlich die zusätzlichen vier Mehrwertteile unseres Schemas aus der Abteilung I in die Abteilung II gekommen sind, dann wird einem sofort klar, daß es sich hier um die Marktpreisbewegung handelt.

Schema C: Mehrwertumverteilung über den Preis

I.	60	c	+	10	v	+		14	p	=	84	Produktionspreis
II.	20	c	+	10	v	+	4	m	+ 6	p =	40	Produktionspreis
	84	c	+	20	v	+			20	p =	124	Summe d. Produktionspreise

Geht man davon aus, daß dieses Schema die Produktionspreisbildung darstellen soll, dann ist es natürlich unvollständig. Man hätte z.B. die Produktionspreise bei Ic berücksichtigen müssen usw. Ich habe all diese Korrekturen aber garnicht erst vorgenommen, weil es ohnehin widersinnig ist, in diesem Prozeß den der Produktionspreisbildung zu sehen; es ist und bleibt die Marktpreisbewegung.

Schaltet man diese schematische Prozeßstufe der Mehrwertumverteilung in die Überlegung ein, so lösen sich auch all die Bortkiewicz'schen „Widersprüche". Es gibt keine Disproportionen zwischen den Abteilungen mehr.[6] Die Käufer müssen einfach höhere Preise zahlen, weil sich die Nachfrage nach Waren dieser Art über das Angebot erhöht hat.

In unserem Falle erhöht das Kapital in I die Preise um 4 und diese 4 schlagen sich bei ihm als Profit nieder; daher jetzt 14 p statt vorher 10. Für das Kapital in II sind dadurch die Produktionsmittel teurer geworden; statt 20 hat es jetzt 24 dafür zu zahlen. Die Kosten für diese zusätzlich 4 c sind aus dem Mehrwert zu decken. Sie gehen vom Profit

ab; deshalb dort jetzt nur noch 6 p statt vorher 10. Den 24 (v + m)I aber stehen so auch 24 IIc gegenüber, denn diese 4 schlagen sich selbstredend als Kosten nieder und gehen in den Kostpreis ein. Damit ist erneut eine Bortkiewicz'sche Mängelrüge ad acta gelegt: Die Produktionspreise sind für das vorgeschossene Kapital berücksichtigt; in unserem Fall aus den o.a. Gründen nur für IIc.

Schließlich aber ist es bei *dieser Form* der Mehrwertumverteilung auch unvermeidlich, daß sich die Summe der Warenpreise von der Summe der Warenwerte löst. Der Witz bei der Geschichte ist ja, daß hier bereits einmal, in der Abteilung II, *realisierter* Mehrwert über den Preis umverteilt und in der Abteilung I dann erst endgültig *angeeignet* wird. Es findet keine Kapitalwanderung, sondern eine Mehrwertwanderung statt. Preislich erscheint dieser Mehrwertteil doppelt, im Kostpreis IIc und im Profit I; wertmäßig aber existiert er nur einmal. Was von Bortkiewicz' sehen Transformationsproblem übrig bleibt ist eine simple Doppelzählung! Seine Formeln sind absolut einwandfrei, aber der *ökonomische Inhalt* seiner Formeln ist eine Form der Mehrwertumverteilung, die mit der Transformation des Werts in Produktionspreise unmittelbar nichts zu tun hat. Sie spiegelt vielmehr gerade jene Phase im kapitalistischen Reproduktionsprozeß wider, in der die Preise sich gesetzmäßig von den Werten lösen, weil aus der Entwicklung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage her entsprechende Bedingungen entstanden sind; sie spiegelt also jene Phase wider, die der Kapitalbewegung, deren Ergebnis dann der Durchschnittprofit bzw. der Produktionspreis ist, vorausgeht und die diese Kapitalbewegung überhaupt erst auslöst.

II. Der tatsächliche Prozeß der Produktionspreisbildung

Auch bei der Kapitalwanderung erfolgt die Verteilung des Mehrwerts über den Preismechanismus. Aber in anderer Form. Hier verschiebt sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage durch die Wanderung der Kapitale, die das Angebot solange steigern oder vermindern, bis sich der Durchschnittsprofit ausgebildet hat. Das ist der Prozeß, der die Produktionspreisbildung bestimmt und den man schematisch erfassen muß, ehe man ihn in mathematischen Formeln darstellen kann. Nach unserem Schema sieht das folgendermaßen aus (ich fasse dabei zunächst v + m zum vorgeschossenen Gesamtkapital K zusammen):

Schema A: Wert

I.	70	K	+	10	m	=	80	Warenwert; p' = 14,3%
II.	30	K	+	10	m	=	40	Warenwert; p' = 33,3%
	100	K	+	20	m	=	120	Summe d. Warenwerte

Damit sich der Durchschnittsprofit herausbildet, müssen bei unseren Grössenordnungen 20 K von I nach II fließen:

Schema B: Produktionspreis

I.	50 K + 10 p = 60	Produktionspreis;	p' = 20 %
II.	50 K + 10 p = 60	Produktionspreis;	p' = 20 %
	100 K + 20 p = 120	Summe d. Produktionspreise	

Ein Transformationsproblem ist nicht entstanden. Die Summe der Profite stimmt mit der Summe der Mehrwerte überein und ebenso die Summe der Warenpreise mit der Summe ihrer Werte. Ein solches Problem kann auch garnicht entstehen. Es ist in *Geldform* realisiertes bzw. akkumuliertes Kapital, das da wandert und es ist überhaupt nicht erkennbar, wie durch seinen Fluß andere Einflüsse auf das Wert — Preis — Verhältnis entstehen sollten, als jene, die sich aus der Veränderung des Angebots- und Nachfrageverhältnisses ergeben. Auch die von Bortkiewicz so gerügte Nichtbeachtung der Produktionspreise für das vorgeschossene Kapital fällt fort; der Formwechsel des Geldkapitals in produktives Kapital beinhaltet offensichtlich die Beachtung der Produktionspreise, nur das eben bei diesem Formwechsel keine Veränderung der Grössenordnungen eintreten *kann;* Kapital in der Grösse von 20 bleibt Kapital in der Grösse von 20, auch wenn es seine Form aus Geld in die von Waren (Produktionsmittel und Arbeitskraft) wechselt. Deswegen kann man auch, wie Marx das tat, einfach unveränderte Größen für das vorgeschossene Kapital benutzen, um den Prozeß zu illustrieren.

Ganz so unkompliziert, wie sich die Sache bis jetzt darstellt, ist sie allerdings nun auch wieder nicht. Nur durch die Zusammenfassung des vorgeschossenen Kapitals zum Gesamtkapital wurden einige Veränderungen verdeckt, die sonst auftreten. Z.B. fallen die alte Wert- und die neue Preissumme tatsächlich auseinander, wenn wir das Kapital wieder in seine Elemente zerlegen:

Schema A: Wert

I.	60 c + 10 v + 10 m = 80
II.	20 c + 10 v + 10 m = 40
	80 c + 20 v + 20 m = 120

Da wir bei der Kapitalwanderung berücksichtigen müssen, daß sich das nach II wandernde Kapital dort auch in der entsprechenden organischen Zusammensetzung in produktives Kapital verwandelt, sieht das Schema unter diesen Umständen folgendermaßen aus:

Schema B: Produktionspreis

I.	42,9 c + 7,1 v + 11,9 p = 61,9	; p' = 23,8%
II.	33,3 c + 16,7 v + 11,9 p = 61,9	; p' = 23,8%
	76,2 c + 23,8 v + 23,8 p = 123,8	

Wert- und Preis- wie Mehrwert- und Profitsummen stimmen jetzt also nicht mehr überein. Das ist allerdings keinem „Transformationsproblem" geschuldet, sondern ganz einfach der sich verändernden organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. In unserem Falle wandert ein Teil davon aus einem Zweig mit höherer in einen solchen mit niederer organischer Zusammensetzung, d.h. es wird jetzt insgesamt mehr lebendige Arbeit beschäftigt, folglich mehr Wert erzeugt und mehr Mehrwert ausgepreßt (bei unveränderter Mehrwertrate). Setzen wir diese Produktionspreise wieder in Werte entsprechend der neuen organischen Zusammensetzung des Kapitals um, so zeigt sich die Übereinstimmung von Wert- und Preis-, wie Mehrwert- und Profitsumme eindeutig:

Schema C: Wertrechnung auf der Basis der umverteilten gesellschaftlichen Arbeit

I.	42,9 c + 7,1 v + 7,1 m = 57,1
II.	33,3 c + 16,7 v + 16,7 m = 66,7
	76,2 c + 23,8 v + 23,8 m = 123,8

Wie man sieht stimmt alles und W. Schwarz ist tatsächlich, wie schon erwähnt, zu demselben richtigen Ergebnis gekommen, wenn er den Marxkritikern unter die Nase reibt, sie müßten Gesamtwert- und Gesamtproduktionspreis *nach* der Transformation vergleichen.

Als zweites Problem ergibt sich aber auch bei dieser Rechnung das der Disproportionen. Ich deutete schon an, daß sich Differenzen zwischen den beiden Abteilungen zeigen würden; das vorgeschossene konstante Kapital von II ist jetzt um 14,3 größer als (v + m) I. Der Umfang dieser Disproportionen ergibt sich natürlich zu einem wesentlichen Teil einfach daraus, daß unser Schema auf einer Grundlage aufgebaut ist, die diesen Prozeß überhaupt nicht im Auge hatte, dessen realen Gegebenheiten also auch nicht angepaßt ist. Zum anderen aber sind diese Disproportionen, vom Inhalt des Prozesses her gesehen, formal. Es sind ja gerade solche Disproportionen, u.a., die die Marktpreisbewegung bewirken und damit die Kapitalwanderung auslösen, d.h. die Kapitalwanderung ist gerade auf den Ausgleich solcher Disproportionen gerichtet und die Herstellung des Durchschnittsprofits gerade Ausdruck dieser Ausgleichung. Es gilt also in der Tat Formeln zu finden, die diesem Prozeß inhaltsmäßig adäquat sind, dann löst sich auch dieser Widerspruch von selbst. Wir können ihn allerdings auch so schon lösen, wenn wir davon ausgehen, daß unser Schema einen Prozeß widerspiegelt, eine Phase im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, in dem sich gesetzmäßig Disproportionen entwickeln, die dann durch Kapitalvernichtung zeitweilig wieder gelöst werden. In unserem Fall müßte in der Abteilung II Kapital in einem Ausmaße von 21,5 K vernichtet werden.[7] Dann ergäbe sich, nach einer Überproduktionskrise, folgendes Schema:

Schema D: Produktionspreise nach der Kapitalvernichtung

I.	42,9 c + 7,1 v + 11,9 p = 61,9;	p' = 23,8%
II.	19,0 c + 9,5 v + 6,78 p = 35,2;	p' = 23,8%
	61,9 c + 16,6 v + 18,68 p = 97,18	

Wie man sieht, stimmen die Proportionen und ein „Transformationsproblem" ergibt sich auch nicht. Man könnte dies nun wieder wertmäßig überprüfen, aber beim Durchspielen dieser verschiedenen Zusammenhänge ging es mir weniger darum, sie jetzt auch schon zahlenmäßig genau zu ermitteln, als vielmehr darum, den Inhalt des Prozesses darzulegen und zu seiner mathematischen Erfassung anzuregen. So ganz unwichtig ist das nicht. Auf das Monopol habe ich schon einleitend hingewiesen. Die Form der Mehrwertumverteilung, die von Bortkiewicz erfaßt, gewinnt im monopolistischen und staatsmonopolistischen Kapitalismus besondere Bedeutung. Selbstverständlich spielt auch in diesen Stadien kapitalistischer Entwicklung die Kapitalwanderung eine große Rolle. Sie ist neuen Bedingungen unterworfen und sie hebt das Monopol nicht auf, aber sie ist ebenso Träger der Umverteilung von gesellschaftlicher Arbeit und beeinflußt auf diese Weise die Bewegung der Monopolpreise und bindet sie an den Wert. Dennoch gewinnt die andere Form der Mehrwertumverteilung im Imperialismus eine ganz andere Bedeutung als im vormonopolistischen Kapitalismus, weil Bedingungen entstanden sind, die es dem Monopol ermöglichen, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate zu durchbrechen.[9] Mit den inzwischen erarbeiteten Formeln aber kann man möglicherweise den Zusammenhang zwischen monopolistischen und staatsmonopolistischen Eingriffen in die Verteilungsgesetzmäßigkeiten des Profits und der Inflation erfassen; gewissermassen als Detailproblem. Wir könnten aber wohl auch die Wirkungsweise des Wertgesetzes unter diesen Bedingungen besser erfassen, wenn wir beide Formen der Mehrwertumverteilung und die ihnen zugrundeliegenden gebrauchswertmäßigen Reproduktionszusammenhänge in ihrem Gesamtzusammenhang untersuchen. Hier liegt also ein breites Feld, auf dem die Transformationsdiskussion fruchtbar gemacht werden könnte.

Anmerkungen

1 Hans Georg Sprotte, Zur Konsistenz der Marxschen Lösung des Transformationsproblems, noch unveröffentlichtes Manuskript. Die Arbeit ist für die SOPO weitaus zu umfangreich, aber wir hoffen Teile daraus oder eine Zusammenfassung der Hauptgesichtspunkte veröffentlichen zu können.

2 Es würde zu weit führen, die verschiedenen Begriffe und auch den Gesamtprozeß der Ausbildung der Durchschnittsprofitrate und des Produktionspreises hier im einzelnen zu erläutern. Vgl. dazu *Karl Marx*, MEW 23, S. 49 ff. und MEW 25, S. 151 ff.

3 Das Zunftmonopol lasse ich hier außer acht.

4 Freilich ist dies nur eines der Momente, die hier zu beachten sind. Auch muß man im Auge behalten, daß die allgemeinste Grundlage für die Entwicklung solcher Verhältnisse immer durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte gegeben wird.

5 Ich knüpfe mit meiner Arbeit unmittelbar an den Artikel von Winfried Schwarz in diesem Heft der SOPO an. Erstens weil er konsequent und ungeniert mit den formelhaften Ansätzen der gängigen Marxkritik in unserem Zusammenhang bricht und die Untersuchung wieder auf die Ebene der politischen Ökonomie bringt. Jede mathematische Überprüfung der Gesetzmäßigkeiten irgendeiner Wissenschaft muß immer von den Gegebenheiten eben dieser Wissenschaft ausgehen. Zum anderen aber beweist Schwarz, wie er, einfach aus seinem echten Verständnis der Werttheorie heraus, zu richtigen Erkenntnissen kommt, auch wenn es ihm noch nicht gelingt, alle notwendigen Vermittlungsglieder darzustellen. Es ist aber deshalb auch wichtig, das Schema von Schwarz zu benutzen, um den Vergleich und die Verbindung unserer beider Lösungsansätze zu erleichtern.

6 W. Schwarz mißt diesen Proportionalitätsfragen in unserem Zusammenhang wenig Bedeutung bei. Ich denke da anders. Nur wenn man von einer Vielzahl von Produktionszweigen im Schema ausgeht, also kein abgeschlossenes Bild des Reproduktionsprozesses vermittelt, sind diese Beziehungen unwichtig für die schematische Darstellung. Geht man aber von den beiden Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion aus, dann müssen auch die Proportionalitätsbeziehungen ihre Widerspiegelung finden, weil sie eine der objektiven Grundlagen für die Kapital- bzw. Preisbewegung bilden. Dies zum einen. Zum anderen aber taucht diese Frage auch in anderen Zusammenhängen immer wieder auf und zeigt, daß die inhaltliche Verarbeitung der Marx'schen Theorie oft über den Schemata vergessen wird. Z.B. wurde das Monopol als Form des Kapitalverhältnisses lange Zeit mit der Begründung abgelehnt, es führe zu Disproportionen in den Reporduktionsbeziehungen. Vgl. dazu z.B.: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF): Das Monopol — ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, Referate und Diskussionsbeiträge, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M 1976, S. 135 ff. und 218 ff.

7 Um die notwendigen Proportionen herzustellen, muß IIc auf 19 reduziert werden. 19 konstantes Kapital aber saugt in der Abteilung II nur lebendige Arbeit in Höhe von 9,5 v an. Daher ist die Vernichtung von insgesamt 21,5 des vorgeschossenen Kapitals nötig.

Literaturverzeichnis

1 Friedrich Engels, Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des „Kapital", MEW Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin/DDR

2 Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin/DDR

Reinhard Bayreuther

Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation)[1]

Mit der anhaltend hohen Arbeitslosenquote und dem uneinheitlichen Verlauf der gegenwärtigen Stagnationsphase wurde das öffentliche und das wissenschaftliche Interesse an der Erklärung der Inflation zurückgedrängt. Zu Unrecht, wenn berücksichtigt wird, daß die Preise weiterhin, wenn auch in geringerem Ausmaß, steigen, womit endgültig auch für die Bundesrepublik erwiesen ist, daß Preissteigerungen keine bloß zyklische Erscheinung mehr sind. So wenig wie das Inflationsproblem also praktisch erledigt ist, so wenig ist seine Erklärung bisher konsistent gelungen. Die nachfolgenden Thesen wollen einen Beitrag hierzu leisten und setzen sich mit den marxistischen Inflationserklärungen auseinander. Dabei wird Inflation als eine doppelte Bewegung verstanden: Einmal als Prozeß der Preissteigerung und zum anderen als ein Prozeß der Geldentwertung. Entgegen dem hier schon möglichen Einwand, dies sei ein und dasselbe, wird sich zeigen, daß der ursächliche Prozeß der Preissteigerung und die damit implizit einhergehende Geldentwertung heutige Inflationen nur zum Teil erklärt. Es muß außerdem der auf den gleichen Strukturveränderungen aufbauende, jedoch sich davon getrennt vollziehende Geldentwertungsprozeß herangezogen werden.

I. Erklärungsansätze der Preissteigerungen

Von marxistischer Seite existieren hier im wesentlichen drei Ansätze:

1. Preissteigerungen als Reaktion auf krisenbedingte Entwertungsprozesse

Die Erklärung der permanenten Preissteigerungen als Ergebnis des Versuchs der Kapitale über die „nominelle Akkumulation die reale" zu sichern stammt von J. Reiche und geht auf Überlegungen von E. Mandel zurück.[2] Bezeichnet wird hiermit das Bestreben der Einzelunternehmen das generell verringerte Wachstum und die Gewinnschmälerung bei Nachfrageeinbrüchen mittels Preissteigerungen zu kompensieren. Reiche beschreibt diese Strategie vom Standpunkt des Einzelunternehmens als sinnvoll, da die nominelle Preissteigerung sich auch als real erweisen könnte, also dann, wenn sie nicht von Preissteigerungen der Vorprodukte und der Löhne sowie nicht von verstärkten Absatzeinbußen durchkreuzt wird.

2. Preissteigerungen als Ergebnis des wachsenden Fixkostendrucks gerade bei rückläufiger Nachfrageentwicklung

Im Unterschied zum vorherigen Ansatz wird hier von einem für alle Unternehmen gleichartigen Motiv der Kostenerhöhung bei verringerter Produktion ausgegangen. Und im Unterschied zu „Mark-up"-Inflationserklärungen, die nur die Preissteigerungen der Vorprodukte und der Löhne berücksichtigen und damit schließlich

und endlich Preissteigerungen aus Preissteigerungen erklären, werden sie hier hergeleitet aus Kostenstrukturveränderungen im Produktionsprozeß selbst. Diese Position wird vertreten von E. Altvater, J. Hoffmann, R. Künzel und W. Semmler. Sie kritisieren an der Erklärung von Reiche und Mandel, daß diese von einer „Preissetzungsmacht" der Unternehmen ausgehen und wollen den Nachweis erbringen, daß die Preiserhöhungen nicht nur subjektives Wollen, sondern objektiver Zwang sind, daß sich aber trotzdem die Krise geltend macht als Gewinnminderung.[3]

Der materielle Zwang zu Preissteigerungen wird von ihnen begründet mit der allgemein angewachsenen Kapitalintensität, mit dem Anstieg der Auslagen für Arbeitsmittel im Verhältnis zu jenen für Arbeitskräfte, womit die auslastungsunabhängige Fixkostenbelastung wächst. Gewinnminderungen bzw. Verluste entstehen deshalb bei verminderter Auslastung der Produktionskapazitäten bereits bei konstanten Preisen. Kurz, mit der wachsenden Kapitalfixierung ist die Produktionsstruktur unelastischer gegenüber Nachfrageveränderungen, insbesondere ihrer Verminderung geworden. Gewinnerhaltung oder auch nur Verlustvermeidung ist folglich nur noch möglich mittels Preissteigerungen in der Krise. Daß dies schließlich doch nicht gelingt, wird begründet mit reihum gehenden Preissteigerungen, mit dann allgemein steigenden Kosten für Vorprodukte und Löhne.

O. Demele[4] hat darauf hingewiesen, daß diese Erklärung zuzutreffen scheint für die Automobilindustrie, die in ihrer schwersten Absatzkrise 1974/75 Anfang 1975 die Preise gleich zweimal anhob, daß sie aber nicht zutrifft für die Stahl- und für die Chemieindustrie. In der Stahlindustrie verringerte sich die Auslastung der Kapazitäten auf 60 bis 70 Prozent und stiegen die Preise für die Vorprodukte erheblich an. Ihre Preise aber fielen durchschnittlich um etwa 10 Prozent. In der Chemieindustrie sackte die Auslastung der Produktionskapazitäten für Chemiefasern auf unter 50 Prozent, reduzierten sich aber die Preise ebenfalls um etwa 10 Prozent. Alle genannten Bereiche weisen einen überdurchschnittlichen Anteil von Bruttoanlagevermögen pro Beschäftigten auf, die Entwicklung ihrer Preise ist jedoch gegensätzlich — ein Indiz dafür, daß von den Konkurrenzbedingungen nicht einfach abstrahiert werden darf.

Zudem ist, abstrakt betrachtet, das Verhalten auf Nachfrageverringerung mit Produktionsdrosselung und Preissteigerung zu reagieren, wobei dann in der Argumentation von Altvater u.a. der gestiegene Anteil an fixiertem Kapital am Kapitalvorschuß die stagflativen Tendenzen hervortreibt, keine selbstverständliche und auch keine zwingende Konsequenz. E. Schmalenbach hat 1928 genau das Gegenteil konstatiert[5]: Auch bei sinkender Nachfrage (im Verhältnis zu den vorausgesetzten Preisen) wurde damals *gerade wegen* des hohen Fixkostendrucks die Produktion im ursprünglichen Umfang aufrechterhalten. Um dieses Produktionsvolumen dann noch absetzen zu können, mußten die Preise gesenkt werden. Aber dies geschah nicht generell, sondern für Kohle z.B. existierten im Innern der Lieferländer Kartellpreise, tobte der Preiskampf nur auf den ausländischen Märkten. Dieses Preissplitting ist ein weiterer Anhaltspunkt dafür, daß es notwendig ist, Konkurrenzbedingungen zu untersuchen.

Die Argumentation von Altvater u.a. abstrahiert von den Konkurrenzbedingungen insbesondere auch insofern, als für alle Unternehmungen in einer Branche die gleiche Fixkostenbelastung, also die gleiche Arbeitsproduktivität unterstellt ist. Sonst müßte in Betracht gezogen werden, daß höher produktive Unternehmen zwar einerseits einen höheren Anteil von Arbeitsmitteln pro Beschäftigten aufweisen, deshalb nach dieser Begründung eigentlich zu einer stärkeren Preiserhöhung gezwungen wären, aber andererseits gerade deshalb bei Vollauslastung einen niedrigen Kostpreis pro Produkt erzielen und damit einen zusätzlichen Gewinn erwirtschaften. Bei Vollauslastung geraten diese Unternehmen also nicht so schnell in die Verlustzone wie weniger produktive. Und die Produktivitätsunterschiede sind noch heute zum Teil beträchtlich — im Gegensatz zur schon bei Hilferding vorkommenden Annahme, sie würden sich immer stärker angleichen.[6]

Sieht man folglich nicht nur den *allgemeinen* Anstieg der Kapitalintensität, sondern auch die innerhalb der Branchen vorhandenen Unterschiede in der Kapitalintensität und damit in der Arbeitsproduktivität, so ergibt sich, daß Unternehmen mit höherem Fixkostenanteil stärker dem Zwang unterliegen die Produktion fortzusetzen — auch bei sinkenden Preisen —, daß sie gleichzeitig aber über eine höhere Arbeitsproduktivität verfügen und von daher auch in der Lage sind einen Preiskonkurrenzkampf unter günstigeren Voraussetzungen durchzustehen. Wenn nun die Preiskonkurrenz ausbleibt, stattdessen teilweise die Preise sogar erhöht werden, dabei Kapazitätsauslastung reduziert wird, dann ist nach den Bedingungen dieses Prozesses zu fragen, nach den Bedingungen, die zur Einschränkung der Preiskonkurrenz führen.

3. Preissteigerungen als Ergebnis der Einschränkung der Preiskonkurrenz in den Branchen und der Einschränkung der Kapitalwanderung zwischen den Branchen[7]

Es müssen nun die weiteren Konsequenzen des Anstiegs der Kapitalintensität entwickelt werden. Wie bereits erwähnt, verbindet sich damit der Zwang zur Massenproduktion und zur Kontinuität der Produktion, soll die Rentabilität nicht gefährdet werden. Das heißt auch, daß sowohl die Zulieferung wie der Absatz bzw. die Weiterverarbeitung ohne Friktionen vollzogen werden muß. Das ist am sichersten zu gewährleisten, wenn dies unter der Kontrolle und Verfügungsgewalt eines Unternehmens geschieht. Die Unternehmen entwickeln sich zum Konzern, d.h. sie breiten sich entlang der Verarbeitungsstufen aus. Dieser zunächst rein technologisch bedingte Prozeß formt nicht nur die Eigentumsverhältnisse und -beziehungen in bestimmter Weise, er führt schließlich zur Einschränkung der Konkurrenz, insbesondere der Preiskonkurrenz.

Die Konkurrenz zwischen den Branchen, d.h. die Möglichkeit der Wanderung eines Kapitals aus einer Branche in eine andere, um die dort vorhandenen besseren Gewinnverhältnisse zu nutzen, wird mit der Konzentration der Produktion eingeschränkt durch folgende Faktoren:

a) Das Problem der Kapitalmobilisierung.

Mit der technologischen Entwicklung und dem damit verbundenen Anstieg der Kapitalintensität steigt das Kapitalminimum, das notwendig ist, um hier überhaupt die Produktion konkurrenzfähig betreiben zu können. Die Zuwanderung in solche Bereiche ist mithin bereits beschränkt auf die großen Geldkapitale. Zugleich muß berücksichtigt werden, daß meist auch die Aufbauzeiten gewachsen sind. Über einen langen Zeitraum — teilweise 10 Jahre und mehr — muß in einen Bereich investiert werden, ohne daß irgendein Rückfluß des eingesetzten Kapitals erfolgt.[8]

b) Das Problem der Rentabilität.

Die Produktionsgrößenordnungen von Einzelunternehmen in hochkonzentrierten Branchen sind im Verhältnis zum gesamten Markt außerordentlich groß. Neue Kapitale müssen daher auch entsprechend der erreichten Produktivität mit einem entsprechend großen Produktionsvolumen zuwandern. Dadurch werden schnell die Marktschranken überschritten und können selbst außerordentlich hohe Gewinne in sich zusammenbrechen. Für das zuwandernde Unternehmen ist es dabei fraglich, ob es je rentabel produzieren können wird, denn es muß mit den Abwehrkämpfen der „alten" Unternehmen rechnen, Unternehmen, die vielleicht nicht immer so produktiv sind wie das neue, die aber in einen Markt integriert sind, den das neue sich erst erobern muß und die bei teilweise abgeschriebenen Anlageinvestitionen leichter mit Dumping reagieren können.

c) Das Problem der Produktionsverflechtungen.

Selbst wenn wir einmal unterstellen, ein Geldkapital ausreichender Größenordnung will, weil es sonst keine Verwendung findet, in einen hochprofitablen Bereich vordringen und will trotz der oben genannten Bedingungen den Konkurrenzkampf führen. Es könnte als neuangelegtes Kapital auch die neueste Technologie anwenden und sich von daher gute Chancen für einen erfolgreichen Preiskonkurrenzkampf ausrechnen.

Hier müssen nun die entstandenen Produktionsverflechtungen, die Entstehung des Konzerns Berücksichtigung finden. Denn was nützt einem neuen Kapital mit neuester Technologie z.B. in der Roheisenproduktion mit einem Ausstoß, sagen wir, von 10 000 t/tgl. seine außerordentlich große Konkurrenzfähigkeit, wenn es keinen Abnehmer für dieses Roheisen in der entsprechenden Größenordnung zur Weiterverarbeitung findet, weil die alten eingesessenen Kapitale selbstverständlich auf ihre eigene Roheisenproduktion zurückgreifen, die vielleicht rechnerisch teuerer ist, die ihnen aber den Rückfluß ihres verausgabten Kapitals garantiert.

Zuwandernde Kapitale können sich also nicht mehr auf eine höhere Produktivität in Teilbereichen verlassen, sie müßten schon ganze Produktionskomplexe aufbauen, was umgekehrt die Frage der Kapitalmobilisierung und die Frage der Entwicklung des Produktions-Markt-Verhältnisses in potenzierter Form neu stellt.

Die Zuwanderung fremder Kapitale in hochkonzentrierte Bereiche geschieht, wenn überhaupt, deshalb auch nicht mehr mit Neuanlage von Kapital, nicht mit der Schaffung

neuer Kapazitäten, sondern mit dem Aufkauf in Liquiditätsschwierigkeiten geratener Unternehmen. Mit anderen Worten: Das Zuwandern ist davon abhängig geworden, wenigstens einen Teilbereich der Produktionszusammenhänge zu erwerben, als Basis für das weitere Vordringen. Wenn aber die Zuwanderung neuer Kapitale in hochkonzentrierte Bereiche nur bei Überwindung großer Hindernisse möglich ist, wächst umgekehrt den dort angelegten Kapitalen eine gewisse ökonomische Macht zu, die sich ausdrückt in einer überdurchschnittlichen Gewinnentwicklung, die von anderen Kapitalen nicht ohne weiteres angreifbar ist.

Die mit dem Konzentrationsprozeß entstandenen ökonomischen Machtpositionen können aber auch dafür eingesetzt werden Entwertungsprozesse zu vermindern — ihr Ausdruck ist also nicht nur eine überdurchschnittliche Gewinnentwicklung. Z.B. ist im Kohlebergbau seit Anfang der 60er Jahre die Nachfrageentwicklung stark rückläufig, hat sich der Markt absolut verengt mit der Substitution der Kohle durch das Mineralöl. Welche Unternehmen in diesem Bereich verbleiben können, wurde aber nicht durch einen Konkurrenzkampf über die Preise entschieden. Im Gegenteil, die Preise sind hier überdurchschnittlich schnell gestiegen, die Entwertung wurde verlagert auf die Kohleabnehmer und über den Staat auf die gesamte Gesellschaft.

Ergänzt und ausgeweitet wird diese ökonomisch gegebene Machtposition durch bewußtes Eingreifen, z.B. mittels Kartellierungen. Kartellierungen sind, soweit sie nur auf Absprache beruhen, relativ instabil, weit wichtiger sind daher hier die Eigentumsverflechtungen über das Aktienwesen. Es entstehen Querverbindungen zwischen den Unternehmen direkt und indirekt über die Banken.[9] Sie sind vor allem die Basis für die Einschränkung der Preiskonkurrenz *innerhalb* der Branchen. Nun heißt dies nicht, daß die Konkurrenz überhaupt beseitigt worden wäre, sie findet weiterhin statt im Kampf um den zusätzlichen Gewinn mittels Entwicklung der Technologie, im Versuch den eigenen Marktanteil zu erweitern mittels Werbung usw., aber sie findet kaum mehr statt in Form der Preiskonkurrenz, in Form des offenen Kampfes. Der Grund, weshalb Preiskonkurrenz hier nicht mehr in der Regel auftritt (innerhalb bestimmter Regionen, das schließt nicht aus, daß von außen z.B. auf den EWG-Markt vorzudringen versucht wird), ist darin zu suchen, daß die in den jeweiligen Konzernen angewendeten Produktivitätsvorsprünge nur zum Tragen kommen bei vollausgelasteten Kapazitäten. Nur dann könnte sich der Konkurrenzkampf in die Preisniederungen begeben, an die Grenze, wo jede weitere Produktion nur noch Verlust ist, wo sich die Produktivitätsunterschiede schließlich geltend machen in der Vernichtung des unproduktiveren Konzerns.

Die Folge eines solchen Konkurrenzkampfes wäre aber auch eine riesige Überproduktion und eine völlig unkalkulierbare Marktentwicklung, die vermutlich alle Kapitale in diesem Bereich in Bedrängnis bringen, ihnen mindestens schwere Verluste zufügen würde. Die Produktionsdrosselung ist folglich für die beteiligten Unternehmen attraktiver, und in konzertierter Aktion ist es über Preissteigerungen bzw. verminderten Preisfall sogar möglich, die Verluste teilweise zu kompensieren, d.h. auf andere Bereiche zu verlagern. Dies erklärt auch — was bei Altvater u.a. unausgesprochene Voraussetzung ihrer These war — warum im Gegensatz zu den „klassischen Krisen" die Überproduktion in den heutigen sich in Grenzen hält.

Damit ist die Entwertung von Kapital und die Vernichtung von Unternehmen keineswegs ausgeschlossen, sie findet jetzt statt über die Kostenseite und gegenüber den „klassischen Krisen" als stark verlangsamter Prozeß. Die Krisen ändern dadurch auch ihre sinnfälligste Erscheinungsform, sie sind nicht mehr begleitet von einem rapiden Preisfall. (Hier müssen noch Veränderungen im Geld- und Kredisystem Berücksichtigung finden, die im Anschluß behandelt werden.)

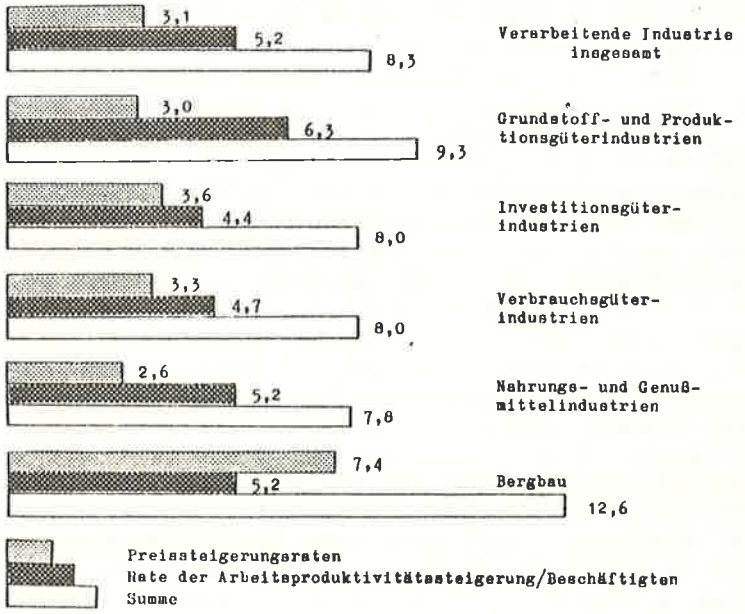
Es soll nun versucht werden diese Thesen anhand von empirischen Daten zu belegen. Alle angeführten Bereiche weisen im untersuchten Zeitraum einen mehr oder minder starken Preissteigerungstrend auf. Dies widerspricht allem Anschein nach der aus der Arbeitswertlehre zu ziehenden Konsequenz, daß mit steigender Arbeitsproduktivität der generelle Preistrend negativ sein müßte, wonach die Ursache der generellen Preissteigerungen im Geld- und Kreditsystem zu suchen wäre. Wird dann auf die eingeschränkte Preiskonkurrenz verwiesen, so wird folgendes Gegenargument für stichhaltig angesehen: Aus der eingeschränkten Preiskonkurrenz in einigen Bereichen kann deshalb keine *allgemeine* Preissteigerung entstehen, weil der Umverteilung mittels überhöhter Preise ein Preisfall in den anderen Bereichen entsprechen muß.[10] Diese Argumentation geht zwar richtig davon aus, daß dem Gewinn des einen der Verlust des anderen entsprechen muß, aber es wird der Faktor der Entwicklung der Arbeitsproduktivität außer acht gelassen. Denn es genügt, wenn in bedeutenden Bereichen mit schneller Entwicklung der Produktivität die Preise einen leicht positiven Trend aufweisen, um in Bereichen mit minderer Produktivitätsentwicklung einen verstärkten Preissteigerungstrend auszulösen. Der Umverteilungsprozeß kann mithin durchaus eine *generelle* Preissteigerungstendenz zur Folge haben.

Eine Umverteilung, also die Durchbrechung des Gesetzes der sich bei freier Konkurrenz ausgleichenden Profitraten, läßt sich nachweisen, wenn die Preisentwicklungg mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität verglichen wird. Unter dem Gesichtspunkt der Gewinnentwicklung betrachtet wirken Preis- und Arbeitsproduktivitätssteigerung in die gleiche Richtung, die Summe aus beiden muß so über einen längeren Zeitraum gesehen in den verschiedenen Branchen gleich sein, es sei denn, es hat Umverteilung stattgefunden.

Das Schaubild 1 zeigt die durchschnittliche jährliche Steigerung der Preise und der Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie und im Bergbau für den Zeitraum 1962 bis 1975. Trotz der hohen Aggregation und den dadurch auftretenden Kompensationen (diese Hauptgruppen sind nicht identisch mit hoch- und niedrig konzentriert) sind doch signifikante Unterschiede erkennbar. Gegenüber dem Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit einer jährlichen Preissteigerung von 3 % und einer jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von 6,3 %, zusammen 9,3 %, verliert der Investitionsgütersektor jährlich 1,3 % und der Nahrungs- und Genußmittelsektor jährlich 1,5 %. Gravierender sind die Unterschiede gegenüber dem Bergbau: Ihm gegenüber verliert der Grundstoff- und Produktionsgütersektor jährlich 3,3 %, der Investitions- und der Verbrauchsgütersektor jeweils 4,6 %, der Nahrungs- und Genußmittelbereich jährlich 4,8 %. Auch wenn in Rechnung gestellt wird, daß die Arbeitsproduktivität schneller steigt, als sie sich in der Kostenentlastung bemerkbar macht, dann wird zwar der Zugewinn des Grundstoff-und Produktionsgüterbereichs

Schaubild 1:

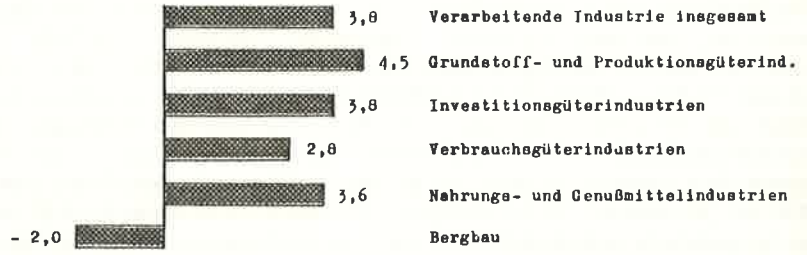
Durchschnittliche jährliche Steigerung der Preise und der Arbeitsproduktivität in ausgewählten Industriezweigen 1962 - 1975 in Prozent



Quelle:
Berechnung auf Basis des JG 76/77 des SVR, Anhang Tab. 35, 50

Schaubild 2:

Durchschnittliche jährliche Veränderung der Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen 1962 - 1975 in Prozent



Quelle:
Berechnung auf Basis des JG 76/77 des SVR, Anhang Tab. 32

gegenüber den anderen Bereichen der verarbeitenden Industrie geringer, aber der Verlust der Nahrungs- und Genußmittelindustrien ist dann höher einzuschätzen.

Nun wäre es denkbar, daß diese Unterschiede auf eine unterschiedliche Nachfrageentwicklung zurückzuführen wären. Das Schaubild 2 zeigt die durchschnittlich jährliche Veränderung der Nettoproduktion in den gleichen Industriezweigen und im gleichen Zeitraum.

Der Grundstoff- und Produktionsgütersektor expandiert schneller als die anderen Industriezweige. Aber dieser Bereich hat seinen Zugewinn nicht etwa wegen einer Übernachfrage, der eine höhere Preissteigerungstendenz entsprechen würde und eine unterdurchschnittliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität, sondern sein Zugewinn ist im Gegenteil gerade bedingt von einer schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität bei einer etwa durchschnittlichen Preissteigerungsentwicklung. Auf der anderen Seite ist der Bergbau in seiner Produktionsentwicklung stark absolut rückläufig. Dieser Entwicklung würde eine geringere Preissteigerungstendenz und eine stark steigende Arbeitsproduktivität entsprechen. Auch hier ist das Gegenteil der Fall: Die Arbeitsproduktivitätsentwicklung ist durchschnittlich, die Preissteigerungen liegen wesentlich über dem Durchschnitt.

Diese Ergebnisse erhärten die These, daß die Inflation, d.h. der generelle Preissteigerungstrend über die Konjunkturzyklen hinweg, verursacht ist durch die Einschränkung der Preiskonkurrenz in den Branchen und der Kapitalwanderung zwischen den Branchen. Sie finden ihren Ausdruck in einer nachfrageunabhängigen Preisentwicklung und in einer Preisentwicklung, die auch nicht mehr relativ zwischen den Zweigen entsprechend der Arbeitsproduktivität verläuft.

Damit ist jedoch der heutige Inflationsprozeß noch nicht vollständig erklärt, die Geld- und Kreditverhältnisse müssen noch hinzugezogen werden. Zuvor ist aber hervorzuheben, daß die heutigen Geld- und Kreditverhältnisse, ihre Loslösung Gold, bedingt sind von absolut von der Arbeitsproduktivitätsentwicklung abweichenden Preisen. Es wurde oben darauf hingewiesen, daß die Bildung von Nichtkonkurrenzpreisen das ganze Preisniveau einer Volkswirtschaft anhebt und nicht nur das der entsprechenden Branche. Dieser Sachverhalt kann auch so ausgedrückt werden, daß das auf Gold beruhende Geld gegenüber den Waren an Kaufkraft verliert, daß seine Kaufkraft dauernd vom Gold*wert* abweicht, es entwertet wird. Das kann daraus ersehen werden, daß die Goldproduktion der westlichen Länder erst 1962 wieder den Vorkriegsstand erreichte und dies auch nur nach der Entdeckung der wesentlich reichhaltigeren und daher produktiveren Goldvorkommen im Oranje Freistaat und in Südafrika.[11] Dieses Nachhinken der Goldproduktion deutet darauf hin, daß die „Goldpreisentwicklung" der allgemeinen Preisentwicklung hinterherhinkte, was zur Schließung der unproduktiveren Minen führte. Damit schwand auch die Möglichkeit das Gold zur Basis des Geldsystems zu machen. Der Goldstandard mußte auch aus anderen Gründen aufgegeben werden, die im nachfolgenden Teil entwickelt werden.

II. Zur Erklärung der Geldentwertung

An Marx anknüpfende Theoretiker stehen, wenn sie die Geldentwertung erklären wollen, vor mehreren Schwierigkeiten: Marx hat nur eine bruchstückhafte Geld- und Kredittheorie hinterlassen und eine direkte Anknüpfung stößt auf erhebliche Probleme. Und die Erklärung der Geldentwertung als Kreditgeldentwertung muß sich damit auseinandersetzen, daß dies von ihm für unmöglich gehalten wurde, weil es sämtliche Verhältnisse erschüttern würde.[12] Hier wird die These vertreten, daß diese Auffassung heute nicht mehr zutrifft, sondern daß die im ersten Teil entwickelten Strukturveränderungen zu einer Politik der Kreditgeldentwertung zwingen.

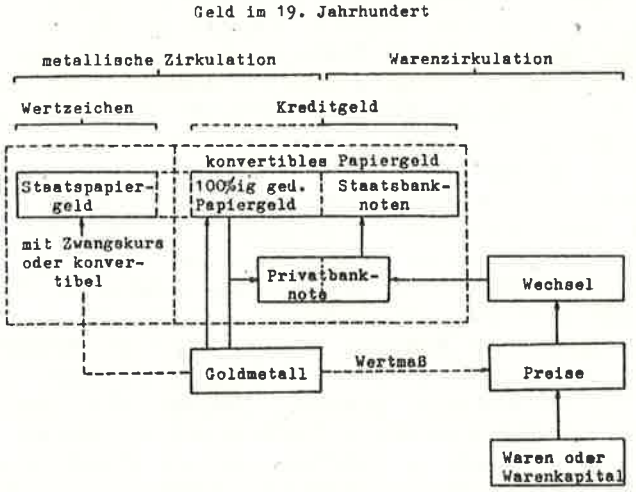
Marxistische Theoretiker knüpfen in der Regel, wenn sie die Geldentwertung erklären wollen, an zwei im „Kapital" entwickelte Gesetze an: An das Gesetz der Geldzirkulation und an das Gesetz der Papiergeldzirkulation. Das Gesetz der Geldzirkulation besagt, daß die Masse des als Zirkulationsmittel fungierenden Geldes abhängt von der Preissumme und von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Es wird modifiziert, wenn die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel einbezogen wird. Das Gesetz läßt sich auch so ausdrücken, daß bei gegebener Wertsumme der Waren und bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit des Geldes seine Masse abhängt von seinem Wert.[13] Bezieht sich dieses Gesetz auf den Umlauf des Goldgeldes, so das Gesetz der Papiergeldzirkulation auf das Repräsentationsverhältnis des Papiergeldes zum Gold und besagt, „daß die Ausgabe des Papiergeldes auf die Quantität zu beschränken ist, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold ... wirklich zirkulieren müßte."[14]

Entweder weil nur noch das Gesetz der Papiergeldzirkulation für die heutigen Geldverhältnisse als anwendbar erachtet oder dem Kreditgeld eine quantitative Bestimmung zugesellt wird, kommt man dann zu dem Ergebnis, daß die Preissumme abhängt von der Masse und der Umlaufgeschwindigkeit des zirkulierenden Papiergeldes.

Aber es ist empirisch evident, daß ein steigendes Geldangebot nicht identisch ist mit einer steigenden Nachfrage nach Waren, woraus eine steigende Geldsumme hergeleitet werden könnte. Ein Beleg hierfür sind die freien Liquiditätsreserven der Banken, sie betrugen z.B. in der Bundesrepublik im IV. Quartal 1975 14,9 Mrd. DM[15] bei rückläufigen Preissteigerungen und bei rückläufiger Produktion. Sie sind auch ein Nachweis dafür, daß die Geldvermehrung nicht als ursächlich für den Inflationsprozeß angesehen werden dürfen.

Um Geldentwertung einerseits und die Existenz freier Liquiditätsreserven andererseits gleichzeitig erklären zu können, müssen die verschiedenen Geldformen und -funktionen dort, wo sie noch getrennt auftraten, herausgearbeitet werden, um dann in ihrer Wirkungsweise im heutigen Geldsystem bestimmt werden zu können.

Schaubild 3:



Das Schaubild 3 zeigt die Geldformen und ihre Beziehung zum Gold und zur Warenzirkulation im 19. Jahrhundert. Sie sind zu unterscheiden danach auf welcher Basis sie emittiert wurden. Neben Gold selbst, das sich damals noch für gewöhnlich in der Zirkulation befand, wurden auf seiner Basis, der „metallischen Zirkulation", das Staatspapiergeld mit Zwangskurs und das 100 %ig Gold gedeckte Papiergeld emittiert. Kreditgeld dagegen ist emittiert auf Basis der Waren- bzw. der Warenkapitalzirkulation. Diesen verschiedenen Geldformen entsprechen verschiedene Geldfunktionen:

Geld fungiert zunächst als Vermittler des Warentauschs, als Zirkulationsmittel. Im Unterschied zur nachfolgend zu behandelnden Funktion als Zahlungsmittel tritt hier das Geld beim Kauf wirklich in Erscheinung und nicht nur ideell als Preis. Da aber metallisches Geld, Gold oder auch Silber, je häufiger es zirkuliert, sich auch um so schneller abnutzt, wurde es in der Geldgeschichte bereits frühzeitig ersetzt durch Scheidemünzen und Papiergeld mit Zwangskurs.

Ersetzbar ist das metallische Geld durch diese Wertzeichen, soweit es sich ständig in Zirkulation befindet, es nur verschwindendes Moment des Warentauschs ist. Weil aber die zur Zirkulation der Waren notwendige Geldmenge ständig schwankt, kann auch nur seine Minimalmasse durch diese Wertzeichen ersetzt werden.[16] Die Differenz zum tatsächlichen Geldbedarf zur Vermittlung der Warenzirkulation muß folglich vom Gold selbst erfüllt werden. Andererseits erstarrt Gold, das für die Zirkulation überflüssig ist zum Schatz.

Gold muß jedoch in der Zirkulation nicht erscheinen, sondern es kann weiter ersetzt werden von in es konvertibles Papiergeld, einer Anweisung auf den Goldschatz der Bank, mithin einer Form Kreditgeld, die gleichwohl auf

der metallischen Zirkulation beruht. Die Unterscheidung zwischen Wertzeichen und diesem Papiergeld, das jederzeit in Gold einlösbar ist und deshalb seinen Gesetzen folgt, bezieht sich auf eine historische Tatsache: Der Bankakt von 1844 in England ging davon aus, daß die Minimalmasse des zur Zirkulation notwendiges Geldes 14 Mio. Pfd. St. betrage. Obwohl der Bankakt — sonst äußerst rigide, was auch zu entsprechenden Komplikationen führte — bestimmte, daß für jede ausgegebene Pfundnote tatsächlich die entsprechende Menge Gold in den Tressoren der Bank von England lagern mußte, waren doch diese 14 Mio. Pfd. St. nicht durch Gold gedeckt, sondern durch eine Schuldverpflichtung der Regierung und waren mithin Wertzeichen, Staatspapiergeld mit Zwangskurs. Beide aber existierten in einer Banknote, der der Bank von England.[17]

Marx hat immer Theorien, die eine Beziehung zwischen der Geldmenge, sei sie Gold oder in es konvertibles Papiergeld, und der Höhe der Preise sehen wollten, für falsch erklärt. Sein oben erwähntes Gesetz der Papiergeldzirkulation bezieht sich ausschließlich auf das Wertzeichen, es gilt nicht für Geld, das schatzbar ist, das konvertible Papiergeld. Nur das Wertzeichen, das nicht schatzbar ist, sich deshalb dauernd in Zirkulation befindet, entwertet sich mit der Zunahme seiner Quantität im Verhältnis zum zur Zirkulation notwendigen Goldvolumen. Marx hat allerdings zurecht dieser Geldentwertung wenig Bedeutung beigemessen, denn ihre Wirkung war beschränkt, sie umfaßte nur einen Teilbereich der Geldzirkulation und der Geldfunktionen, hatte kaum Umverteilungswirkungen und änderte schließlich und endlich lediglich das Repräsentationsverhältnis dieses Papiergeldes zum Gold.

Gold wird nicht nur von Wertzeichen und konvertiblen Papiergeld aus der Zirkulation gedrängt und ersetzt, der Goldbedarf sinkt auch relativ zur Ausdehnung der Warenproduktion und -zirkulation mit der Entwicklung der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel. Ein Händewechsel der Waren findet hier statt auf ein Zahlungsversprechen hin und Geld tritt zunächst nur ideell in Erscheinung als Preis der Ware und soweit die Zahlungen sich wechselseitig saldieren. Aus dem Zahlungsversprechen, dem Wechsel und seiner Diskontierung entwickelt sich schließlich die Banknote, deren Basis somit die Warenzirkulation ist.

Gekauft wird mit einem Zahlungsversprechen, bezahlt dann, wenn man — in gesetzter Frist — selbst verkauft hat. Der Goldgeldbedarf und der Bedarf an Geld überhaupt verringert sich hier mit der Masse der sich ausgleichenden Zahlungsversprechen und diese erhöht sich mit der Konzentration der Banken.

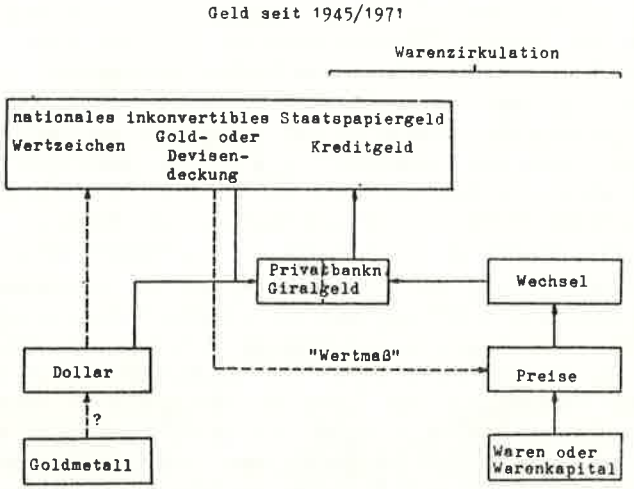
Banknoten sind Kreditgeld, sie entstehen durch Kreditgewährung und ihre Notation lautet auf Gold, in das sie konvertibel sind. Es ist hier offensichtlich, daß die Einlösung der Zahlungsversprechen keineswegs von der Masse des Goldes oder seiner Stellvertreter abhängig ist, sondern davon, ob es dem Käufer und das heißt dem Schuldner gelingt, innerhalb der gesetzten Frist zu verkaufen.

Das Geld im 19. Jahrhundert existierte folglich neben dem Gold selbst in den Formen des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs, 100 %ig Gold gedecktem Papiergeld und dem eigentlichen Kreditgeld. Je nach Land und Entwicklungsstand des Geldsystems waren sie mehr oder weniger vereinheitlicht in einer Banknote

(z.B. in der der Bank von England) oder existierten separat nebeneinander (z.B. das preußische Staatspapiergeld mit Zwangskurs mit nicht einlösbarer Silbernotation neben Gold und Silber und Privatbanknoten).

Die garantierte Konvertibilität der Banknoten in Gold setzte dabei einer Kreditexpansion enge Grenzen und drohte bei der Verletzung der erfahrungsgemäß gewonnenen Deckungsquoten die Zahlungsunfähigkeit der Banken.

Schaubild 4:



Das Geldsystem seit 1945 — und vor allem seit der Aufhebung der Konvertiblität des Dollar in Gold — hat sich insbesondere in diesem Punkt wesentlich geändert (Schaubild 4). Die verschiedenen aus der metallischen und der Warenzirkulation abgeleiteten Geldformen sind vereinheitlicht und der Bezug zum Gold ist abgeschnitten. Die Konvertibilität des nationalen Papiergeldes in Gold war nach 1945 im System von Bretton Woods nur über den Dollar möglich — dies auch nur für Zentralbanken, so daß eine nationale Konjunkturpolitik möglich war — und dessen Konvertibilität ist seit 1971 suspendiert. Gold selbst tritt nur noch in Ausnahmefällen und nur auf Weltmarktebene noch in die Zirkulation.

D.h. die verschiedenen Geldformen sind verschmolzen in einer Staatsbanknote, die nicht nur Wertzeichen ist, sondern sämtliche Funktionen des Goldes erfüllt — einschließlich der des Wertmaßes und der der Schatzbildung, wobei allerdings die Wertgröße selbst unbekannt ist, allenfalls über eine längeren Zeitraum errechenbar.

So lange aber die Staatsbanknote fähig ist zur Schatzbildung zu dienen, so lange die Reservefonds nicht aufgelöst werden, sie also nicht ständig in

der Zirkulation gehalten und damit bloßes Wertzeichen, bloßes Zirkulationsmittel wird, gilt auch das Gesetz der Papiergeldzirkulation nur eingeschränkt. Dies erklärt auch, warum mit einem steigenden Geldangebot nicht automatisch die Preise steigen, sondern das zusätzliche Geld einfach brachliegen kann. Das inkonvertible Staatspapiergeld verhält sich dann wie die konvertible Banknote oder wie Gold. Umgekehrt erfüllt sich das Gesetz der Papiergeldzirkulation dann, wenn die Inflationsrate selbst steigt, das Vertrauen in die Regierung und ihr Geld sinkt, womit das Geld in der Zirkulation gehalten wird und die Geldentwertung sich selbst beschleunigt. Dann aber wird das Gold wieder an seine alte Stelle treten müssen Dieser Prozeß ist insofern bereits im Gange, als „härtere" Währungen in die innere Zirkulation treten, sie die Schatzbildungsfunktion übernehmen, die nationale Währung stattdessen abgestoßen wird. Ein Prozeß, wie er in den Währungskrisen drastisch zum Ausdruck gekommen ist.

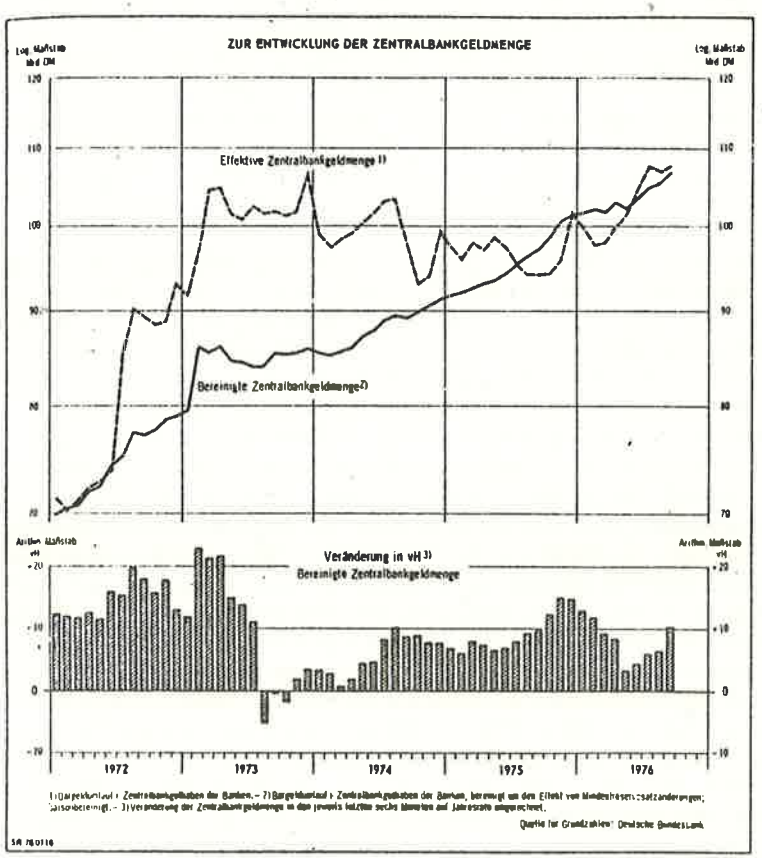
Die Entwertung dieses Papiergeldes jedoch, das die Funktionen des Goldes erfüllt, hat ein wesentlich größeres Ausmaß als die oben angeführte Entwertung des Staatspapiergeldes mit Zwangskurs. Die Wirkung ist ähnlich der Entwertung des Goldes selbst: Sie wirkt nicht nur auf die Preise, sondern greift in die Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse ein und begünstigt die Schuldner. Sie betrifft die verschiedenen Formen der Schatzbildung, die Reservefonds, Sparguthaben etc.

Das Schaubild 5 zeigt das absolute Wachstum der Zentralbankgeldmenge. Von Anfang 1972 bis Ende 1975 stieg diese von ca. 70 Mrd. DM auf ca. 100 Mrd. DM, das entspricht einer Steigerung von mehr als 9 % pro Jahr. Der Preisindex des BIP stieg im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 6,8 % und der gesamte reale Produktionszuwachs betrug bis 1974 9,4 % und sank 1975 auf ein Gesamtwachstum von 5,9 % ab, er stieg jährlich also um etwa 1,5 % im Durchschnitt.[18] Wie daraus ersehen werden kann, stieg die Zentralbankgeldmenge erheblich schneller als das reale Wachstum der Produktion, sie stieg aber auch erheblich schneller als der Preisindex des BIP. Es zeigt sich hier wiederum, daß kein ursächlicher und direkter Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Geldmenge und der Erhöhung der Preise besteht. Die Vermehrung des Geldes erhöht folglich zunächst nur das Geldangebot und wirkt so auf den Zinssatz, aber sie drückt sich keineswegs unmittelbar in erweiterter Nachfrage nach Waren aus, was ja beim Gesetz der Papiergeldzirkulation unterstellt war.

Im Teil I wurde die These vertreten, daß die Preissteigerungen ursächlich für die inflationären Prozesse sind. Preissteigerungen können eine steigende Geldmenge zur Konsequenz haben, sie müssen es nicht, wenn ein zunehmender Teil der Transaktionen bargeldlos erfolgt und diese sich zum großen Teil ausgleichen. Wenn aber die steigende Geldmenge weder ursächlich für die Preissteigerungen noch notwendig ist, um die steigende Preissumme der Waren zu vermitteln, welche Funktion hat dann diese steigende Geldmenge?

Die beständige Ausdehnung der Geldmenge steht im Zusammenhang mit der keynes'schen Lehre zur Vermeidung der Krisen. Die investive Nachfrage sollte nicht mehr begrenzt sein von der beschränkten Menge des verfügbaren Leihkapitals und den steigenden Zinssätzen. Obwohl das gerade nicht ein Ausdruck der

Schaubild 5:



Quelle:
JG 1976/77 des SVR, Schaubild 25, S. 86

Verknappung des Geldes für investive Zwecke ist, steigt der Zinssatz in **der Phase vor Ausbruch der Krise sprunghaft an. Hier bekommt die Ausdehnung der Geldmenge eine besondere Bedeutung, eine Bedeutung, die bisher in der gesamten Diskussion über die Geld- und Kreditexpansion völlig übersehen wurde.**

Die Ausdehnung der Produktion geschieht insbesondere in der Boomphase auf Basis des Kredits in der Form der Nachfrage nach Leihkapital und in Form des Handelskredits; der Kredit vermittelt hier auch die Ausdehnung der Produktion über die zahlungsfähige Nachfrage. Wird diese Diskrepanz offenbar,

Umgekehrt wirkt ein steigendes Geld- und Kreditangebot, und das meint insbesondere seine Menge, nicht allein den dadurch verringerten Zinssatz, gerade diesem Zwang zur Preiskonkurrenz entgegen. Der Abbau der Warenlager kann verlangsamt werden und geschieht nicht mehr ruckartig.

In der Literatur wird - wenn eine differenzierte Wirkung der Geldmengenexpansion überhaupt in Erwägung gezogen wird — die Auffassung vertreten, sie wirke zugunsten der großen Konzerne, zugunsten der Nichtkonkurrenzbereiche. Stellvertretend sei hier Mandel zitiert: „Der Übergang von einer Goldwährung zu einem Geldsystem, in dem das Monopolkapital sich über das Giralgeldsystem die seinen Bedürfnissen adäquate Geldmenge sichern kann, erlaubt den spätkapitalistischen Großkonzernen, unter Bedingungen relativer Marktkontrolle ... die Preise der von ihnen verkauften Waren bei Hochkonjunktur leicht zu steigern, in Rezessionen aber stabil zu halten."[21] Nach dieser Auffassung ergänzen sich Monopolpreise und die Geld- und Kreditexpansion, sie ergeben die hohe Selbstfinanzierungsquote dieser Unternehmen. Aber Monopolpreise sind eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Mehrwerts und sind deshalb keiner *besonderen* Realisierungsproblematik ausgesetzt, sie sind unabhängig vom Geldsystem.

Die hohe Selbstfinanzierungsquote und die Möglichkeit dieser Unternehmen auf ausländische Kreditmärkte auszuweichen bedeutet aber, daß ihnen eine inländische Kreditausweitung am wenigsten nutzt. Sie nutzt vielmehr den kleineren und schwächeren Unternehmen und zwingt sie nicht mehr sofort in die Preiskonkurrenz.[22] müssen trotz der Unmöglichkeit des Verkaufs der Waren zu den alten Preisen die eingegangenen Zahlungsversprechen eingelöst werden. Es entsteht die Situation, in der jeder z verkaufen hat, aber nicht verkaufen kann, jedoch verkaufen muß, um zahlen zu können. Im „klassischen" Krisenverlauf setzte nun die Preiskonkurrenz ein und korrigierte sich der Prozeß der Preissteigerung im Konjunkturaufschwung. Der Zwang zur Preiskonkurrenz rührte also her von der Notwendigkeit, Schulden tilgen zu müssen, zu „jedem Preis" verkaufen zu müssen. In dieser Phase stieg auch die Nachfrage nach Geld als Zahlungsmittel sprunghaft an, erreichte der Zinssatz sein Maximum und ging bis in Wucherhöhe.[19] Es handelt sich dabei aber keinesfalls um Nachfrage nach Geld zu investiven Zwecken, sondern zur Konsolidierung und um die Umstrukturierung der Kredite — kurzfristige werden ersetzt durch langfristige.[20] Zum Teil wurden diese Schulden natürlich durch Bankrotte „beglichen".

Neben der behandelten, von Konzentrations- und Vergesellschaftungsprozessen bedingten Einschränkung der Preiskonkurrenz, wirkt folglich auch die Geld- und Kreditexpansion dieser entgegen, wird der kontinuierliche Preissteigerungsprozeß über die Konjunkturzyklen hinweg auch hiervon abgestützt. Das heißt aber auch, daß der von der Nichtpreiskonkurrenz in einigen Bereichen in Gang gesetzte Umverteilungsprozeß zum Teil von der Geld- und Kreditexpansion konterkariert wird, weil das Geld entwertet wurde. Geldentwertung findet hier in dem Sinne statt, daß das Geld seinen Kaufkraftverlust im Aufschwung in der Krise nicht mehr kompensiert und so dauerhaft wird. Hierin liegt auch der tiefere Grund dieser Geldentwertungspolitik. Sie fand erstmals historisch

zu diesem Zweck statt in der Weltwirtschaftskrise 1929 — 33. Während des starken Preisfalls in dieser Krise fand eine doppelte Umverteilung statt: Die Preise fielen in den Konkurrenzbereichen erheblich stärker als in den kartellierten und der Preisfall allgemein begünstigte massiv das Leihkapital. In den USA, wo die Beseitigung der Konvertibilität in Gold allein nicht genügte, entschloß sich Roosevelt zu einer künstlichen Geldentwertung, d.h. der Wertzeichen und des Kreditgeldes durch den Aufkauf von Gold über dem Marktpreis, die schließlich den Preisfall eindämmte..

Mit anderen Worten: Die Einschränkung der Preiskonkurrenz in einzelnen Bereichen und die daraus resultierende Belastung der anderen Unternehmen zwingt zur Kreditgeldentwertung, zur Verlagerung der Entwertungskrise vom investierten Kapital und Warenkapital hin zum Geldsystem. Aber dies hat auch die Wirkung, daß die Bereinigung entstandener Disproportionalitäten sich verzögert, sich die Krisenphasen verlängern. Die Krisen selbst also müssen verhindert werden. Seit der großen Krise 1929 — 33 war klar, daß schon aus politischen Gründen eine weitere Krise dieses Ausmaßes vermieden werden muß. Diese Funktion konnte nur dem Staat zufallen und die Instrumente, die er dafür zur Verfügung haben sollte, waren die bereits behandelte Geld- und Kreditexpansion und das „deficit spending", die Staatsverschuldung. Die dadurch ermöglichte zusätzliche Nachfrage richtet sich hauptsächlich auf den infrastrukturellen **und auf den Rüstungsbereich. Das Ziel ist somit, unausgelastete Produktionskapazitäten** mit Aufträgen zu versorgen. Die zusätzliche staatliche Nachfrage gerade in diesen Bereichen ist wirksam, weil sie an einem entscheidenden Problem des hochentwickelten Kapitalismus anknüpft: Überkapazitäten entstehen zuerst und vor allem im Bereich der Produktion von Produktionsmitteln und erst später wirkt über einen Prozeß der kumulativen Verringerung der Nachfrage die Krise auch auf die anderen Bereiche. Krisen sind nie sofort allgemein, sondern verallgemeinern sich erst in einem weiteren Prozeß. Soweit die zusätzliche staatliche Nachfrage überschüssige Kapazitäten auslastet, bremst sie den kumulativen Rückgang der Produktion und der Nachfrage.

Im Unterschied zur Geld- und Kreditexpansion, die allgemein wirkt und ihre eigentliche Funktion in der Kreditkrise erhält, wirkt die zusätzliche staatliche Nachfrage gezielt auf einzelne Bereiche und ist durchaus teilweise länger anhaltend, wie das Beispiel Kohlebergbau zeigt. Sie wirkt ebenfalls Preiskonkurrenzkämpfen und der Entwertung des angelegten Kapital entgegen.

Damit ist ein Problem aufgeworfen, das einer gesonderten Untersuchung bedarf, nämlich ob die so zu andauernden Branchenstrukturkrisen verlängerten Überkapazitätskrisen schließlich selbst kumulieren, wodurch eine Bereinigung der Produktions- und Wachstumsverhältnisse schließlich unabdingbar wird? Denn die staatlichen Maßnahmen zur Krisenregulierung schwächen zwar in Form der Geld- und Kreditexpansion Umverteilungseffekte zwischen den industriellen Kapitalen ab und verlagern sie aufs Geldsystem, sie verursachen oder stützen sie dort ab, wo Überkapazitäten mit Hilfe zusätzlicher staatlicher Nachfrage künstlich ausgelastet werden. Umverteilungseffekte aber haben die Konsequenz, andere

Bereiche über erhöhte Kosten oder Steuern zu belasten und hierdurch stagnative Tendenzen zu begünstigen.

Anmerkungen

1 Der hier vorgelegte Aufsatz ist eine Zusammenfassung meiner im Frühjahr 1977 am FB 15 der FU Berlin vorgelegten Diplomarbeit: Zum Zusammenhang von ökonomischen Strukturveränderungen und inflationistischen Tendenzen im hochentwickelten Kapitalismus".
2 Siehe E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, insbes. Kap. 14 u. 14; J. Reiche, Permanente Inflation, in Kursbuch 36, S. 65 ff.
3 Altvater/Hoffmann/Künzel/Semmler, Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: PROKLA 17/18, S. 237 ff.
4 O. Demele, Die Rolle großer Konzerne im Inflationsprozeß, in: PROKLA 25, S. 127 ff.
5 E. Schmalenbach, Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung, 22. Jg. 1928; siehe auch: A. Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt/M. 1976, S. 41 ff.
6 Siehe R. Hilferding, Das Finanzkapital, Frankfurt/N. 1973, S. 254. Als Beispiel sei hier die Roheisenproduktion angeführt: In Frankreich sind derzeit 11,7 Arbeitsstunden erforderlich, um eine Tonne Rohstahl zu erschmelzen, in der Bundesrepublik 7,5, in Japan 6. (vgl. Handelsblatt v. 23. 11. 76, S. 8). Selbst bei diesen Ländervergleichen handelt es sich um Durchschnittswerte. Wenn man nämlich die Tagesleistung von Hochöfen vergleicht, so ergeben sich, wie R. Katzenstein feststellt, gravierende Unterschiede: „1973 hatte der größte in Westeuropa angeblasene Hochofen eine Kapazität von 10 000 t/tgl., der Durchschnitt der Neubauten lag aber bei 4000 t." (Zur Monopolproblematik, in: SOPO 28, S. 93 ff., hier S. 105)
7 Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich vor allem auf verschiedene Aufsätze von R. Katzenstein, insbesondere auf: Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus, in: Das Argument, Sonderband Nr. 6, S. 93 ff.
8 entfällt
9 Beispiele hierfür finden sich bei A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Köln/Berlin(West) 1968, Kap. 11
10 Siehe Altvater u.a., a.a.O., S. 239 f.
11 Siehe F.E. Aschinger, Das Währungssystem des Westens, Frankfurt/M. 1973, S. 117 f.
12 Siehe K. Marx, Das Kapital, Band 3, in: MEW 25, S. 532, 507, 587 f.
13 Siehe K. Marx, Das Kapital, Band 1, in: MEW 23, S. 133, 153, 136 f.
14 MEW 23, S. 141; siehe auch: K. Marx, Zur Kritik der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, S. 98 f.
15 H. Schui, Opfer für die „Stabilität", in: Huffschmid/Schui (Hg.), Gesellschaft im Konkurs?, Köln 1976, S. 365, Tab. 3
16 Siehe MEW 23, S. 141 f.
17 K. Marx, der Bankakt von 1844 und die Geldkrise in England, in: MEW 12, S. 314 ff. Marx hat sich bei der Darstellung des Gesetzes der Papiergeldzirkulation gerade auf diese 14 Mio. Pfd. St. bezogen (MEW 13, S. 98 f.) und dieses Gesetz in reiner Form herausgearbeitet, obwohl die Anwendung dieses Gesetzes sich bereits bei den Noten der Bank von England kompliziert, weil hier eben Wertzeichen und Kreditgeld in ihr vereinigt sind.
18 Berechnet nach dem Jahresgutachten 1976/77 des Sachverständigenrates, Anhang Tab. 14. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes war Ende 1975 niedriger als Anfang 1972; siehe ebenda, Schaubild 27, S. 90
19 Siehe MEW 25, S. 372, 505
20 Siehe ebenda, S. 531
21 Mandel, a.a.O., S. 392
22 Auch H. Schui weist auf die konzentrationsfördernde Wirkung der restriktiven Geldpolitik in der BRD ab der 2. Jahreshälfte 1972 hin und darauf, daß in erster Linie kleine und mittlereUnternehmen in Konkurs gingen. A.a.O., S. 363 ff.

Rolf Geffken

Gewerkschaften und Arbeitsrecht

Vorbemerkung

Die jüngsten Auseinandersetzungen in der Metallindustrie und im Druckgewerbe haben gezeigt, wie sehr die gegenwärtige Strategie der Monopole auf die Einschränkung des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums, ja auf die Bedrohung der *Existenz* der Gewerkschaften angelegt ist.

Angesichts von über 1 Mio Arbeitsloser, verschärfter Rationalisierung, Arbeitshetze und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes scheint die Zeit zu solchen Angriffen besonders günstig.

Die Gewerkschaften müssen sich in dieser Situation auf ihre klassischen Kampfmittel besinnen, wollen sie sich nicht den heftigen und wuchtigen Schlägen der Gegenseite wehrlos ausliefern.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, einmal den allgemeinen politisch-ökonomisch-juristischen Rahmen, in dem sich die gewerkschaftliche Kampfpraxis bewegt, zu beleuchten. Dabei kann es nicht um die Vermittlung von Detailinformationen gehen, vielmehr ist der Zweck des Beitrags die Bewußtmachung ganz grundsätzlicher (im gewerkschaftlichen und juristischen Alltag allerdings sehr oft vergessener) Zusammenhänge von Recht und gewerkschaftlicher Praxis.

Nächste denkbare Schritte zur Konkretisierung der vom Autor angestrebten Diskussion wären die Entwicklung von Alternativen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zum Arbeitsrecht bzw. die Vertiefung der gegenwärtigen juristisch-methodischen Diskussion demokratischer Juristen, soweit sie für die gewerkschaftliche Praxis relevant ist und nicht in unpolitisches Theoretisieren ausartet (besonders negatives Beispiel: Demokratie und Recht 1976, S. 143 ff.).

1. Die Entstehung der Gewerkschaften. Zur Dialektik von Kampf und Organisation

Auch wenn die bundesdeutsche Gewerkschaftspraxis bisweilen einen anderen Eindruck vermitteln sollte, so bleibt es doch eine Tatsache, daß die Gewerkschaften das Produkt höchst spontaner Regungen der Arbeiter gewesen sind.

Ihre Keimzellen waren weder die alten Zunftorganisationen und Gesellenvereine (vgl. R. Herbig, S. 46 ff.) noch die für Deutschland zunächst charakteristischen sogenannten Arbeiterbildungsvereine. Keimzelle der Gewerkschaften waren vielmehr äußert lose Assoziationen der Arbeiter: Streiks. Erster organisatorischer Ausdruck dieser Assoziationen waren die Streikkassen. Nicht zufällig hießen die ersten Gewerkschaften daher auch „Unterstützungsvereine". Der damalige Ausdruck für den Sachverhalt — er lebt heute noch als juristischer Begriff fort — war: Koalition. Marx stellte 1847 fest: „Die ersten Versuche der Arbeiter, *sich* untereinander zu *assoziieren*", nehmen stets die Form von Koalitionen an." (MEW 4, S. 180) 1848 beschrieben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest den Prozeß der

Entwicklung individueller Kollisionen zum Kampf zweier Klassen und knüpften daran die Feststellung: „die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren." (MEW 4, S. 470)

Allmählich werden aus den Assoziationen festgefügtere Organisationen, aber die Organisierung der Arbeiter verläuft keineswegs gradlinig, sondern äußerst widersprüchlich. Nicht ihre hier und da erzielten Erfolge, sondern ihre (noch unvermeidlichen) Niederlagen vermitteln die Einsicht in die Notwendigkeit der Organisation: Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter." (MEW 4, S. 471) Das Manifest nennt diesen Prozeß die „Organisation zur Klasse" (ebd.). Die Gewerkschaften waren und sind eben nichts anderes als die sich konstituierende, sich ihrer selbst bewußt werdende arbeitende Klasse. Die Gewerkschaften — um einen Begriff Hegels aufzugreifen — „verkörpern" diese Klasse.[1] Allerdings: Die Organisation „wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst." Und doch „entsteht (sie, R.G.) immer wieder, stärker, fester, mächtiger." (MEW 4, S. 471)

Es ist kein Geheimnis, daß diese immer „mächtiger" werdenden Organisationen eine Fehlentwicklung durchmachten. Niederlagen führten zwar zur Stärkung der Organisation, keineswegs aber automatisch auch zu umso wirksameren Kampfstrategien. Carl Legien, der — gewerkschaftsoffiziell — die Lehren aus der Niederlage der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97 zog, hielt bekanntlich den Generalstreik für „Generalunsinn". Unter dem Vorwand, die Organisation keinen Gefahren auszusetzen, wurde der Streik zur „ultima ratio".[2] Die Ursachen für diese Degenerierung von Kampforganisationen zu „Lohnreparaturanstalten" (vgl. ENDERLE u.a., S. 75) sind vielfältiger Art. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur folgendes: Die Gewerkschaftsführungen begriffen nicht die keineswegs nur historisch relevante Dialektik von Streik und Gewerkschaften. Sie forderten zwar die Stärkung der Organisation (vgl. LEGIEN, S. 90 ff.), erkannten aber nicht, daß die wichtigste und wesentlichste Stärkung und Festigung der Organisation der Kampf selbst war und ist. Rosa Luxemburg betonte: „Die steife, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung läßt umgekehrt die Organisation als ein Produkt des Kampfes entstehen."[3] Als die ihnen gemäße „spezifische Methode des Wachstums" bezeichnete sie die Fähigkeit der Gewerkschaften, sich im Kampfe „zu erproben und aus dem Kampfe wieder reproduziert hervorzugehen."[4] Die Richtigkeit dieser These ist im nationalen und internationalen Rahmen immer wieder praktisch belegt worden. So läßt sich z.B. in der jüngeren Geschichte der niederländischen Gewerkschaften eine tiefe Zäsur Anfang der 70er Jahre ausmachen: Während ihre Politik in der gesamten Nachkriegsphase extrem wirtschaftsfriedlicher Art war [5], leiteten die spontanen (!) Streikaktionen der Rotterdamer Werft- und

Hafenarbeiter 1970 einen bemerkenswerten Umschwung in der Politik, Struktur und Organisation der Gewerkschaften ein. Es kam zu deren regelrechten „*Umbau* ... in eine Streik- und Kampforganisation".[6] In die Folgezeit fallen die (offiziell gewerkschaftlich organisierten) Betriebsbesetzungen des Enka-Glanzstoff-Konzerns und die Föderation der größten Gewerkschaftsverbände zur Federatie Nederlandse Vakbeweging (FNV). In der dreiwöchigen Massenstreikaktion Anfang 1977 für die automatische Preiskompensation gelingt es der holländischen Gewerkschaftsbewegung nach Jahrzehnten der Lethargie wieder, die Waffe des Streiks konsequent und wirkungsvoll einzusetzen. Nach gewerkschaftsoffizieller Einschätzung lag der Gewinn der Aktion nicht so sehr in dem materiellen Erfolg, sondern in dem zurückgewonnenen Selbstvertrauen der Gewerkschaftsbewegung (FNV, S. 206). Auch in der BRD machen Gewerkschaften immer wieder die Erfahrung, daß ihnen Streiks regelmäßig mehr Mitglieder zuführen als die geschickteste Mitgliederwerbung in „ruhigen Zeiten."[7] Die Ursachen für diese Erscheinungen werde klarer, wenn man sich die Funktion der Gewerkschaften vor Augen hält. Damit wird dann zugleich der Blickwinkel erkennbar, unter dem das Arbeitsrecht analysiert und eingeschätzt werden muß:

2. Die Funktion der Gewerkschaften und die Entstehung des Arbeitsrechts

a. Das formelle Prozeß des Tauschaktes

aa. Die ökonomische Ausgangslage

Grundlage für die Betrachtung ist der den Arbeitsvertrag auszeichnende Tauschakt. Dieser „Austausch zwischen Kapital und Arbeit" ist zunächst „ein formeller Prozeß" (MARX, MEW 26.1, S. 373): „Der Verkauf des Arbeitsvermögens findet ideell oder juristisch statt in diesem ersten Prozeß, obgleich die Arbeit erst nach ihrer Verrichtung ... *bezahlt* wird ... Was hier *unmittelbar* verkauft wird, ist nicht eine Ware, worin sich die Arbeit bereits realisiert hat, sondern der *Gebrauch des Arbeitsvermögens,* also faktisch die Arbeit selbst." (ebd.)

In dieser Sphäre der *Zirkulation* kommt den Gewerkschaften von Beginn an bereits eine zentrale Rolle zu, denn „Kapital ist konzentrierte gesellschaftliche Macht, während der Arbeiter nur über seine Arbeitskraft verfügt ... Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter ist ihre Zahl. Die Macht der Zahl wird jedoch durch ihre Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird erzeugt und erhalten durch ihre *unvermeidliche Konkurrenz untereinander.*" (MARX, MEW 16, S. 196) Die Gewerkschaft hat hier einen doppelten Zweck, den, „die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um (damit, R.G.) dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können." (MEW 4, S. 180)

Die Beschränkung der „internen" Konkurrenz, die zugleich die Arbeiter in ihrer Gesamtheit erst konkurrenzfähig macht und überhaupt erst den Schein eines Äquivalententausches zwischen Kapital und Arbeit hervorrufen kann, hat nicht nur einen materiellen, sondern auch einen moralischen Aspekt. Lenin verwies bereits darauf, daß, wenn die Arbeiter einzeln mit den Unternehmern

zu tun hätten, sie „ewig gefügige und keinen Widerstand wagende Lohnsklaven" blieben. „Wenn die Arbeiter aber gemeinsam ihre Forderungen stellten und es ablehnen, sich dem zu fügen, der einen dicken Geldsack hat, dann hören (sie, R.G.) ... auf, Sklaven zu sein, sie werden Menschen ...".[8] Der vereinzelte Arbeiter ist in der Zirkulationssphäre hoffnungslos unterlegen und dem Diktat des Unternehmers ausgeliefert — ein Sachverhalt, den Arbeit suchende Arbeitslose tagtäglich erleben — hier herrscht *Vertragsfreiheit*. Ja der hier stattfindende Warenaustausch ist — wie Marx formuliert — „ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Freiheit, Gleichheit, Eigentum ... Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer ... der Arbeitskraft sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Ausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine." (MARX, MEW 23, S. 189 f.)

bb. Die Widerspiegelung im bürgerlichen Recht

Seine unverfälschte „reine" Widerspiegelung findet dieser „formelle Prozeß" des Austausches in den Rechtsvorschriften des ausgehenden 19. Jahrhunderts. § 105 der Gewerbeordnung (GewO) von 1869 bestimmt: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbstständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist ... Gegenstand freier Übereinkunft."

§ 611 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) von 1896 beschreibt den Austausch selbst: „Durch den Dienstvertrag wird derjenige, welcher Dienste zusagt (hier: der Arbeiter, R.G.), zur Leistung der versprochenen Dienste, der andere Teil (hier: der Unternehmer, R.G.) zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet." Der höchst abstrakte Charakter dieser Bestimmung wird beim Lesen des zweiten Absatzes deutlich: „Gegenstand des Dienstvertrages können Dienste jeder Art sein." Damit wird der Vertrag des Architekten mit dem Bauherrn, des Privatpatienten mit dem Arzt, des Klienten mit dem Anwalt gleichgesetzt mit dem Vertrag des Arbeiters mit dem Unternehmer. Alle „leisten Dienste" und erhalten dafür eine „Vergütung".

Diese Betrachtung ist nicht einfach „falsch", denn in der Tat sind die gesamten Warenbesitzer formell „gleich". Im Gegensatz zum Arbeiter besitzen sie allerdings *außer* der Ware „Arbeit" bzw. „Arbeitsvermögen" durchaus noch *mehr*. Die realen Machtverhältnisse — und das heißt nur: die Besitzverhältnisse — sind hier umgekehrt. Insofern ist die Darstellung des Tauschaktes im bürgerlichen Recht nur richtig, solange man den formellen Prozeß des Austausches betrachtet. Und doch sind die Gewerkschaften ja gerade entstanden aus spontanen Versuchen der Arbeiter zur Beseitigung oder mindestens Einengung ihrer Konkurrenz (vgl. MEW 16, S. 196), d.h. also in der Zirkulationssphäre.

Das bürgerliche Recht nimmt von diesem „kollektiven" Warenbesitzer zunächst keine und — wie sich später zeigen wird — auch später nur widerstrebend Kenntnis: Sobald die Arbeiter sich in Gewerkschaften zu organisieren suchen,

um die ruinierenden Folgen des Gesetzes von Nachfrage und Zufuhr „auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital ... über die Verletzung des ‚ewigen' und sozusagen ‚heiligen' Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr. Jeder Zusammenhalt zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten stört nämlich das ‚reine' Spiel jenes Gesetzes." (MEW 23, S. 669 f.) Der Zusammenhalt der Lohnabhängigen „erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gesetzesform" (MEW 4, S. 471) wie die Begrenzung des Arbeitstages. Sie waren „Ergebnis langwieriger Klassenkämpfe" (MEW 23, S. 299). Durch staatliches Gesetz werden Rahmenbedingungen für den individuellen Tauschakt gesetzt, der eigentliche „kollektive" Arbeitskraftbesitzer, der sie bekämpft hat, aber wird rechtlich ignoriert und politisch bekämpft. Die Unternehmer selbst gründen Verbände mit dem einzigen Zweck, die Gewerkschaften zu schwächen bzw. zu zerstören. In dieser Entwicklung (deren aktuelle Variante im Tarifkonflikt der Druckindustrie auf dem Tisch liegt) wird für die Arbeiter „die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes." (MEW 4, S. 180). Der Kampf um das Koalitionsrecht, um die Anerkennung der Gewerkschaften und der durch sie erzwungenen Abmachungen (Tarifverträge) wird unausweichlich. Der Widerstand, den der bürgerliche Staat gegen diesen Kampf entfaltet, ist beträchtlich.

Zwar werden Ende des 19. Jahrhunderts in den meisten westeuropäischen Industrienationen die Koalitionsverbote aufgehoben. Zu Recht wurde diese Art der Koalitionsfreiheit aber als „Vogelfreiheit" bezeichnet. Es war zwar nicht mehr strafbar, Mitglied der Gewerkschaft zu sein, aber sich als solches real zu betätigen, war immer noch höchst gefährlich. Das Reichsgericht stufte den Streik z.B. als „Erpressung" ein.[9]

cc. Die Durchbrechung des formellen Prinzips der Vertragsfreiheit: Koalitionsfreiheit

Der Kern der politisch-juristischen Problematik war: die Anerkennung der Koalition. Sie erfolgte in Deutschland und den meisten anderen westeuropäischen Ländern erst unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution gegen Ende des Ersten Weltkrieges, zu einer Zeit also, als es zumindest in Rußland und Deutschland überhaupt nicht (mehr) um die Gewährung der Koalitionsfreiheit, sondern um die politische Macht ging. Der Geschäftsführer des „Vereins Deutscher Stahlindustrieller" Reichert beschrieb ende 1918 die damlige Situation aus der Sicht der Konzernherren: „Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch da Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nachenden Revolution bewahren? — Einen überragenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeitnehmerschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur in der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften."[10] Deutlichere Worte waren nicht

denkbar, „Erst als die unvermeidliche Niederlage ihre Schatten bereits über das Land geworfen hatte und schon das erste dumpfe Grollen der Revolution hörbar wurde, bequemten sich diese Herren zu einigen ... Konzessionen ... Erst die Revolution selbst machte sie gefügig" (ENDERLE u.a., S. 16).

Am 23.12.1918 wurde der Tarifvertrag als staatlich sanktionierte Rechtsquelle anerkannt. Der Inhalt der individuellen Arbeitsverträge bestimmte sich nicht länger ausschließlich nach klassischem bürgerlichem Recht, sondern nach dem Inhalt des Tarifvertrages und zwar mit staatlicher Sanktion. Das bürgerliche Recht wurde „verunreinigt", es kommt erstmalig „Schmutz ins Getriebe" (vgl. W.R. BEYER, S. 31) des Abstrakten: „Konkretes" (ebd.). Die „reine Idee" des freien Arbeitsvertrages gleicher Vertragspartner muß sich gegen den dem bürgerlichen Recht fremden „Kollektivvertrag", über dessen „juristisches Wesen" bürgerliche Juristen heute noch rätseln, verteidigen. Das Arbeitsrecht — mehr als nur das „Recht der Arbeit" — entsteht, weil die Besonderheit der Ware Arbeitskraft innerhalb der Zirkulationssphäre nicht länger ignoriert wird. Darin liegt ohne Zweifel ein qualitativer Sprung in der Rechtsentwicklung, denn das klassische bürgerliche Recht verschafft dem Arbeiter letztlich eben kein wirkliches R e c h t : „Abstraktion von den rechtlich geregelten jeweiligen menschlichen Verhältnissen wird ...: Unrecht. Denn es ist gerade das ‚Recht', daß es konkret Konkretes regelt." (BEYER ebd.)

Das Arbeitsrecht ist der lebendige Beweis: „Arbeitende Menschen wollen kein ‚*reines*' Recht, sie wollen — *ihr Recht.*" (BEYER, S. 38). Mit der Anerkennung der Koalitionsfreiheit, des Streikrechts und der Tarifverträge ist letztlich den Arbeitern und ihren Gewerkschaften der Handlungsspielraum garantiert, den sie benötigen, um den Unternehmern „eine allgemeine Konkurrenz" zu machen. Der Grad der Entwicklung und Handhabung dieser Rechte gibt daher auch an, in welchem Maße die Gewerkschaften — auch rechtlich geschützt — dieser ihrer klassische Funktion gerecht werden können.

b. Der materielle Produktionsprozeß

aa. Die ökonomische Ausgangslage

Gleichwohl ist damit noch nicht der Kern des Tauschaktes erfaßt, sein Zweck: Die Arbeit selbst, die Produktion. Dieses „zweite Moment des Austausches" ist „strenggenommen gar kein Austausch" (MEW 26.1, S. 373): „Der Geldbesitzer hat aufgehört, Käufer von Ware, und der Arbeiter, Verkäufer von Ware zu sein. Der Geldbesitzer funktioniert jetzt als Kapitalist. Er konsumiert die Ware, die er gekauft hat, und der Arbeiter liefert sie, da der Gebrauch seines Arbeitsvermögens seine Arbeit selbst ist. Durch die frühe Transaktion ist die Arbeit selbst Teil des gegenständlichen Reichtums geworden. Der Arbeiter verrichtet sie, aber sie *gehört* dem Kapital und ist nur noch eine Funktion desselben. Sie geschieht daher direkt unter seiner Kontrolle und Direktion ..." (MEW 26.1, S. 374). Die im

Tauschakt scheinbar so gleichen Warenbesitzer verwandeln nun vollends ihre „Physiognomie": „Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigne Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die — Gerberei." (MEW 23, S. 191)

bb. Das nicht „abgebildete" Direktionsrecht

Konnte das bürgerliche Recht des Warentausches sich im „Eden der Menschenrechte" noch austoben, so versagen seine Kategorien, Begriffe und Formeln in der Produktionssphäre vollständig. Das abstrakte Arbeitsvermögen wird nicht von ihm ignoriert, die konkrete Arbeit ja. Woher nimmt dann der Unternehmer das Recht, dem Arbeiter innerhalb der „Gerberei" die vielfältigsten Anweisungen und Befehle zu erteilen? Die Gesetze schweigen (abgesehen von § 121 GewO), die Kategorien desgleichen. Die bürgerliche Rechtswissenschaft weiß Rat: Das Direktionsrecht folgt „aus dem Wesen des abhängigen Arbeitsverhältnisses." (Hueck-Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, München 1963, S. 158) In ihrer Not greift die Jurisprudenz zurück auf den ökonomischen Sachverhalt selbst. Ein für das bürgerliche Recht jedenfalls nicht typischer Vorgang. Natürlich: Diese unternehmerische Befehlsgewalt „ist *sachbedingt und systemunabhängig* und somit ungeeignet zum Ansatz prinzipieller politischer Kritik." (Adomeit, Rechtsquellenfragen im Arbeitsrecht 1969, S. 99) Die Beschwichtigung verwundert nicht, denn der bürgerliche Ideologe „identifiziert ... die Funktion der Leitung, soweit sie aus der Natur des gemeinschaftlichen Arbeitsprozesses entspringt, mit derselben Funktion, soweit sie durch den kapitalistischen und daher antagonistischen Charakter dieses Prozesses bedingt wird" (MEW 23, 352). Er muß es.

Jedoch ist die „Leitung des Kapitalisten ... nicht nur eine aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses entspringende und ihm angehörige besondre Funktion, sie ist zugleich Funktion der Ausbeutung eines gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und daher bedingt durch den unvermeidlichen Antagonismus zwischen dem Ausbeuter und dem Rohmaterial seiner Ausbeutung." (MEW 23, S. 350) Die Leitung ist dem Inhalt nach ebenso widersprüchlich wie der zu leitende Produktionsprozeß, „welcher einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andererseits Verwertungsprozeß des Kapitals ist." Sie ist „der Form nach despotisch" (MEW 23, S. 351), d.h. willkürlich und für den einzelnen Arbeiter kaum berechenbar.

Es ist klar, daß hier eine der wesentlichsten Funktionen der Gewerkschaft liegt: Sich im Betrieb gegen die Übergriffe der Unternehmer zu wehren, gegen die Anordnung von Überstunden, gegen Arbeitshetze und alle Formen der Antreiberei, kurz: gegen die Unterdrückung des einzelnen Arbeiters wie der ganzen Belegschaft eines Betriebes. Auch hier wird die Hauptfunktion der Gewerkschaften, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander aufzuheben oder einzuschränken, wirksam, denn bekanntlich konkurrieren die Arbeiter und Angestellten

auch im Produktionsprozeß untereinander. Ein sehr deutliches Beispiel dafür ist die Bereitschaft zur Leistung von Überstunden in Krisenzeiten, gegen die Gewerkschaften und Betriebsräte oft nur mit geringem Erfolg ankämpfen. Voraussetzung für eine solche Abwehrarbeit der Gewerkschaften ist aber die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit im Betrieb.

War schon die gewerkschaftliche Betätigungsfreiheit *außerhalb* des Betriebes (in der Zirkulationssphäre) lange Zeit „umstritten", d.h. staatlicherseits bedroht, so war und ist die Betätigung im Betrieb den allerstärksten Restriktionen ausgesetzt.

cc. Die Integrationsstrategie: „Betriebsverfassung"

Die Unternehmer entdeckten schon recht früh, daß die Abwehr gewerkschaftlicher Aktivität im Betrieb umso effektiver sein müßte, je mehr sie auch das Mittel der (juristischen) Integration der Arbeiter in den Betrieb und damit die scheinbare Integration ihrer Interessen in das „Ganze des Betriebes" einsetzten. Am 4.2.1890 erging deshalb ein Erlaß Kaiser Wilhelms II. über sog. Arbeiterausschüsse. Darin wurde „für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" gesetzliche Bestimmungen in Aussicht gestellt, nach denen die Arbeiter „durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen" an der Regelung bestimmter Angelegenheiten innerhalb und außerhalb des Betriebes „beteiligt" werden sollten (vgl. BLANKE u.a., S. 90). Den Gewerkschaften blieb damals „der wesentlich dekorative Charakter dieser Vertretung nicht verborgen." (O. HUE, zit.n. BLANKE u.a., S. 117) Sie riefen zum Boykott derartiger Einrichtungen z.B. im Dezember 1905 im Ruhrgebiet auf. Nicht zufällig bezeichnete man die Gremien auch als „Streikbrecherausschüsse".

Aber die starken reformistischen und während des 1. Weltkrieges auch aufbrechenden integrationistischen Strömungen (vgl. den Briefwechsel zwischen Legien und Bethmann-Hollweg Anfang 1918, wiedergegeben in Auszügen bei ENDERLE u.a., a.a.O., S. 15), die sich vor allem durch ihre praktische Ignoranz gegenüber der Dialektik von Streik und Organisation auszeichneten, bekamen die Oberhand. Das führte dazu, daß die zur Aufrechterhaltung des „Burgfriedens" nach dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5.12.1916 eingerichteten „Arbeiterausschüsse" nicht mehr von den Gewerkschaften boykottiert wurden. Die Gewerkschaften hatten damit ein ausschließlich der rechtlichen und politischen Integration in das betriebliche und politische System dienendes Gesetz anerkannt, ohne selbst innerhalb der Produktion entscheidende Mitbestimmungsrechte zu erlangen.

Damit begann die bis in unsere Tage reichende Traditionslinie der sog. „Betriebsverfassung".

Seit 1920 wurden die sog. Arbeiterausschüsse auch offiziell „Betriebsräte" genannt. Es wäre jedoch ein Irrtum, aus dem gewandelten Wort auf eine Änderung des Begriffs, auf einen Wandel in der Sache selbst zu schließen. Einem solchen Irrtum sind alle jene erlegen, die — wie Korsch — glaubten, zwischen den „Räten" des Betriebsrätegesetzes und der Rätebewegung von 1918

mehr als nur einen sehr vermittelten historischen Zusammenhang zu sehen. Natürlich waren (und sind) die Rechte der Betriebsräte nicht nur „dekorativer" Art. Aber die in der Novemberrevolution gebildeten Räte hatten nichts gemein mit den durch das Betriebsrätegesetz eingerichteten Gremien. Das Betriebsrätegesetz wurde sogar als Gesetz gegen die soziale Revolution bezeichnet, dessen sozialpolitische Motivation dieselbe sei, die auch der seinerzeit von Wilhelm II. inaugurierten Sozialpolitik zugrundegelegen habe.[11]

In der Tat zeichnete sich das Betriebsrätegesetz genau wie seine späteren bundesdeutschen Nachfolger durch den „Gedanken des Betriebsfriedens" und die Fiktion „gemeinsamer Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmern aus". Nach § 1 des BRG von 1920 wurden die Betriebsräte sogar explizit zur „Unterstützung des Arbeitgebers" eingerichtet. Die sogenannte Mitbestimmung im Rahmen der Betriebsverfassung funktionierte (und funktioniert) nach dem Modell des permanenten Gesprächs unter Ausschluß kollektiver, machtmäßiger Konflikte (heute: Friedenspflicht nach § 74 II BetrVG, § 66 II BPersVG, Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit nach § 2 I BetrVG und BPersVG, sowie die sog. Monatsbesprechungen nach § 74 I BetrVG und § 66 I BPersVG). Ein solches Modell kann nur bei gleichzeitiger Verbannung der Gewerkschaften aus dem Betrieb funktionieren, da die Gewerkschaften als *unabhängige,* nicht dem Unternehmerwohl verpflichtete, nicht vom Unternehmer z.B. finanziell abhängige Klassenorganisationen nur begrenzt integrationsfähig sind. Alle gesetzgeberischen Konzeptionen des Betriebsrates zeichnen sich daher durch eine prinzipielle Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaft, d.h. letztlich von Betrieb und Gewerkschaft aus. Nur deshalb existiert auch der Streit um das „Zugangsrecht" der Gewerkschaften. Betriebsräte benötigen kein „Zugangsrecht": Sie s i n d im Betrieb.

Es ist deshalb ein völlig falscher Zungenschlag, wenn Korsch aus der von Anfang an mißtrauischen Haltung der Gewerkschaften gegenüber den Betriebsräten und ihrem Bestreben, diese als ihr „bloßes ‚Hilfsorgan'" (KORSCH, S. 97) zu betrachten, auf eine gewerkschaftliche Fehleinschätzung der Betriebsräte insgesamt schließt. Der Fehler bei Korsch liegt umgekehrt darin, in den Räten und zwar auch in den Betriebsräten „Organe der Produktionskontrolle in der Phase der entscheidenden Machtkämpfe" und in den Gewerkschaften „eine relativ unzweckmäßige Form der proletarischen Klassenorganisation" (S. 96) zu sehen. Der Betriebsrat solle der „Vorposten" sein, „mit dem die Gewerkschaften Fuß fassen in den Betrieben." (S. 97)

Die Praxis des Betriebsrätegesetzes und der bundesdeutschen „Betriebsverfassung" seit 1952 hat die Fehlerhaftigkeit dieser Einschätzung belegt.

Die Betriebsräte haben sich — anstatt Organe der Produktionskontrolle, Vorposten der Gegenmacht im Betrieb zu sein — unter den Fittichen des Gesetzes vielfach zu Verwaltungsinstitutionen entwickelt, die es den *Gewerkschaften* erschweren, im Betrieb Fuß zu fassen. Gerade in Konzernbetrieben k a n n die Gewerkschaft heute nur noch Fuß fassen, wenn sie die Auffassung der in diesem Bereich arbeitenden Betriebsratsmitglieder ins Kalkül zieht. In praxi bedeutet dies aber oft, daß gewerkschaftlich nicht legitimierte und kontrollierte, aber ans Gesetz und partiell ans Unternehmensinteresse gebundene Betriebsräte in Fragen der Gewerkschaftspolitik ein sehr gewichtiges Wort mitreden. Was nach Korsch's Vorstellungen „revolutionär" hätte ausfallen sollen, erwies

sich sehr oft als äußerst gefährliche „Zwischenstufe" in der organisatorischen Willensbildung: Betriebsräte können durch ihr häufiges „Hineinregieren" in die Gewerkschaft diese selbst indirekt der Integrationsfunktion des BetrVG unterordnen und damit deren Aktionsradius beschränken. Um der Funktion der Gewerkschaften im Produktionsprozeß gerecht zu werden, d.h. wirksame Gegenmacht und Kontrolle im Betrieb aufzubauen, k a n n die Schlußfolgerung daher nur lauten: Die Betriebsräte müssen in die *Gewerkschaftsarbeit* integriert sein und auf gewerkschaftliche Beschlüsse verpflichtet werden.

Völlig richtig lautet die Konzeption der Deutschen Post-Gewerkschaft zur entsprechenden Problematik Personalräte/Gewerkschaften: „Personalrätearbeit ist ... betriebliche Gewerkschaftsarbeit unter den besonderen Bedingungen des Personalvertretungsgesetzes."[12]

Entscheidend bleibt: Ihrer Funktion, Kontrolle bzw. reale Mitbestimmung auch im Betrieb auszuüben, können die Gewerkschaften nur dann gerecht werden, wenn ihnen entsprechende betriebliche Machtpositionen zur Verfügung stehen. Die Betriebsräte stellen nach ihrer *gesetzlichen* Konzeption k e i n e solchen Positionen dar. Vielmehr müssen gerade durch entsprechende gewerkschaftliche Arbeit die Gefahren der juristischen und politischen Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaft überwunden und relativiert werden. Nur dadurch kann auch die Befriedungsfunktion des Gesetzes neutralisiert werden.

Auf juristischer Ebene ist damit die antagonistische Entgegensetzung von „Friedensrecht" und (verfassungsrechtlich abgesichertem) Kampfrecht verbunden.

3. Funktion und Inhalt des Arbeitsrechts

Vom Standpunkt der Gewerkschaften muß das Arbeitsrecht demnach hauptsächlich danach beurteilt werden, ob es

a) den Aktionsradius der Gewerkschaften als kollektive Anbieter der Ware Arbeitskraft im außerbetrieblichen Raum einschränkt bzw. eingrenzt, und ob es
b) die Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften als Kontrollinstanz gegenüber unternehmerischer Willkür einschränkt, d.h. effektive Mitbestimmung, Gegenmacht im Betrieb verhindert (und zwar ggf. durch eine bloße „Beteiligung" von „Organen der Betriebsverfassung").

a. Der untergeordnete Stellenwert des Individualrechts

Letztlich sind dies Fragen nach der Wirksamkeit der Koalitionsfreiheit, dem Kernpunkt des sog. *kollektiven Arbeitsrechts*. Umfang und Effizienz des *individuellen* Arbeitsrechts sind für die Beantwortung der Fragen n i c h t wesentlich. Das mag überraschen, wird aber sofort einsichtig, wenn man Stand und Entwicklung des bundesdeutschen Individualarbeitsrechts einerseits und des kollektiven Arbeitsrechts andererseits mit der entsprechenden Lage in anderen westeuropäischen Ländern vergleicht. In Belgien ist z.B. das Individualarbeitsrecht weitaus

unterentwickelter als in der BRD; etwa im Bereich des „Kündigungsschutzes". Andererseits gehört es zur täglichen gewerkschaftlichen Praxis in Belgien, z.B. Streiks auch gegen individuelle Übergriffe, wie Kündigungen, zu organisieren.[13] Eine in der BRD generell unbekannte Erscheinung. Der Ratschlag des Vertrauensmanns wird *hier* regelmäßig sein, den gewerkschaftlichen Rechtsschutz aufzusuchen. Dieser wird dann ein Arbeitsgerichtsverfahren einleiten, dessen Ausgang sich — wie die Statistik zeigt — kaum von der Zahl betrieblicher Abgänge in Belgien unterscheiden wird. Der Effekt der (bloßen) Verrechtlichung des individuellen Konflikts durch das „Kündigungsschutzgesetz", dessen wohltönender Name im Angesicht der Krise jüngst sogar von Vertretern des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Frage gestellt wurde (ausgerechnet das Handelsblatt sprach auf Grund dieser Kritik von einem „Abfindungsgesetz", Ausgabe v. 23.11.77), ist hier also die Trennung individueller Konflikte vom Kollektiv der Belegschaft und deren klassischen Mitteln der Gegenwehr (Protestversammlung im Betrieb, Spontanstreik., o.ä.).

Mit dieser Feststellung ist keinesfalls der hohe Stellenwert auch individualrechtlicher Bestimmungen in Zweifel gezogen. Wesentlich blebt nur, daß der unter kapitalistischen Produktionsbedingungen permanente (weil stets behinderte) Prozeß der „Organisation zur Klasse" durch die scharfe Trennung scheinbar individueller von offensichtlich kollektiven Konflikten behindert wird und die Herausbildung eines „reinen" Rechtsbewußtseins zulasten eines gewerkschaftlichen Klassenbewußtseins fördert (Dies bleibt im einzelnen noch unter c. zu untersuchen).

b. Die ständige Bedrohung des Streikrechts

Es ist selbstredend, daß die mit der Gewährung der Koalitionsfreiheit erfolgte „Verunreinigung" des bürgerlichen Rechts Anlaß zu beträchtlichen „Säuberungsaktionen" der Rechtsprechung, der Jurisprudenz — und auch des Gesetzgebers waren.

Trotz der Anerkennung des Koalitionsrechts in der Weimarer Reichsverfassung löste die Rechtsprechung das eindeutig kollektive Phänomen Streik auf rein individualrechtliche Weise: Zur arbeitsvertraglichen Rechtsmäßigkeit verlangte es die ordnungsgemäße Kündigung. Diese „Lösung" entsprach zwar dem Kategorienschema des bürgerlichen Rechts, dem eine bloße Suspendierung vertraglicher Pflichten grundsätzlich unbekannt ist, dafür war sie aber auch im echten Sinne lebensfremd und praxisfern. Streikende pflegen nämlich u.a. gerade deswegen zu streiken, weil sie n i c h t kündigen wollen, d.h. nicht die individuelle Flucht, sondern die kollektive Offensive entreten (vgl. GEFFKEN,Abschnitt C.II.3. b.bb.ccc.).

Erst 1955 entschied der Große Senat des BAG, daß der (rechtmäßige) Streik eo ipso zur Suspendierung arbeitsvertraglicher Pflichten führe (Beschl. v. 28.1.55, AP Nr. 1 zu Art. 9 GG Arbeitskampf). Dies war in „rechtsdogmatischer" Hinsicht ein Sieg der kollektiven „Suspendierungstheorie".

Die Rechtsprechung anderer westeuropäischer Länder folgte wesentlich später. Die Niederlande z.B. in der Entscheidung des Hoge Raad vom 15.1.1960, die ein Recht zum Streik praktisch nur als absolute Ausnahme anerkannte (Nederlandse Jurisprudentie

1960 Nr. 84, S. 190—203), Belgien in der des Cour de Cassation vom 23.11.1967 (Revue de Droit Social 1967, S. 351).

Der Sieg der „Suspendierungstheorie" war aber wie so viele Siege in den Feldzügen der Rechtsdogmatik für die Arbeiterklasse von zweifelhaftem Nutzen, denn der „rechtswidrige" Streik fiel von vornherein aus der kollektiven Betrachtungsweise heraus — e r sollte weiter nach klassischen bürgerlichen Recht beurteilt werden: Er galt schlicht als Arbeitsvertragsbruch (vgl. Leitsätze der o.g. BAG-Entscheidung a.a.O.). Das Streikrecht selbst hat das BAG in seiner Rechtsprechung seitdem dann auch erheblich eingeschränkt (vgl. nur: J.A.E. MEYER, S. 90 ff.; DÄUBLER, S. 126 ff.). Vorläufiger Höhepunkt der Entwicklung ist der Beschluß des Großen Senats vom 21.1.1971 (AP Nr. 43 zu Art. 9 GG Arbeitskampf), in dem das Gericht praktisch eine Art „Arbeitskampfgesetz" verabschiedete, das den Streik nach dem normativ nicht ableitbaren Prinzip der „Verhältnismäßigkeit" beurteilt. Das methodische Vorgehen zeichnet sich letztlich durch eine völlige Ignoranz gegenüber den normativen, gesetzlichen Grundlagen, nämlich der im Grundgesetz garantierten Koalitionsfreiheit (Art. 9 III GG) aus. Das Streikrecht ist nämlich — wie die Entstehungsgeschichte der Norm belegt — prinzipiell uneingeschränkt gewährleistet[14]. Der Parlamentrische Rat unterließ eine kasuistische Eingrenzung des Streikrechts aus Furcht vor dessen rechtlicher und faktischer Aushöhlung.[15] Die massive Beschneidung des Streikrechts durch die Rechtsprechung ist deshalb eine verfassungswidrige Kompetenzüberschreitung der Justiz, die die Aufgabe hat, Recht zu „sprechen", d.h. normiertes Recht anzuwenden, und nicht nichtexistentes „Recht" zu „schaffen".

Die Rechtsprechung tritt aber ganz generell mit dem direkten Anspruch der „Rechtsschöpfung" und der Schaffung von Richterrecht auf. So lag zwar der Entscheidung des Großen Senats vom 21.4.71 nur die Aussperrung von einigen Croupiers der Spielbank von Bad Neuenahr zu Grunde. Faktische Wirksamkeit entfaltete das Urteil aber in den großen Arbeitskämpfen der Metall- und Druckindustrie 1971, 1974, 1976 und 1978. Ganz offensichtlich war das Urteil, das im Stile eines Gesetzes abgefaßt wurde, auch auf derartige Arbeitskämpfe gemünzt (Vgl. auch J.A.E. MEYER, S. 90 ff.). Das BAG spielte sich — wie auch sonst — explizit zum „Ersatzgesetzgeber" auf, nachdem es in den gesetzlichen Besitzstand der Arbeiterklasse (Koalitionsfreiheit nach dem Grundgesetz) entsprechende „Lücken" hineininterpretiert hatte.

Hieraus ergeben sich für die Gewerkschaften ganz grundsätzliche Fragestellungen.

aa. Das Richterrecht und seine Legitimierung durch die Topik

Die verfassungswidrige Verlagerung der faktischen Gesetzgebungskompetenz (vgl. im direkt politischen Bereich die neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: Hochschulurteil, § 218, Berufsverbote, Kriegsdienstverweigerung) von den demokratisch legitimierten Organen des bürgerlichen Rechtsstaates (Parlamente: Bundestag, Landtag) auf die „unabhängigen" nicht oder nur ganz indirekt demokratisch legitimierten Gerichte[16] erschwert rechtspolitische und juristische Gegenstrategien der Gewerkschaften ganz erheblich:

Nicht der in starkem Maße vom allgemeinen politischen Kräfteverhältnis abhängige demokratisch verfaßte (wenn auch nicht funktionierende) Gesetzgeber, sondern die in den Augen einer breiten Öffentlichkeit „unabhängige", tatsächlich aber nur innerhalb des Staatsapparats relativ verselbständigte Justiz wird zum Adressaten rechtlicher Forderungen.[17]

An diesen Adressaten lassen sich aber nur begrenzt Forderungen im eigentlichen Sinne stellen, vielmehr zwingt er zu einer konsenfähigen, auf forensische Überzeugungsarbeit gerichteten *Prozeß*strategie. Beschränken sich die Gewerkschaften auf ein solches Vorgehen, so erlangen Juristen quasi „über Nacht" für sie die Bedeutung von „Politikern" (vgl. auch ERD/KALBITZ, S. 151) Die Meinung von Rechtsprofessoren, Rechtsanwälten und Rechtsberatern wird zu einer wesentlichen Säule im gewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß.

Entsprechende Erscheinungen können in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung wesentlich häufiger beobachtet werden als in anderen westeuropäischen Ländern. Ihre Gefahren liegen in der Juridifizierung der politischen Strategie und der Überschätzung, d.h. der politischen Überladung von Rechtsstrategien (und damit verbunden: in einer bestimmten Erwartungshaltung gegenüber Juristen in den Gewerkschaften).

Erleichtert wird diese Vermengung völlig unterschiedlicher, teilweise sogar gegensätzlicher Ebenen durch die Übernahme der topischen Methode in einigen der für die Gewerkschaften erstatteten Rechtsgutachten.

In dem — vom prozessualen Standpunkt (etwa dem des Anwalts) aus betrachtet — durchaus verständlichen und richtigen Streben, konsensfähig zu argumentieren, wird zunächst die Tatsache der richterlichen „Rechtsfortbildung" meist keiner Kritik mehr unterzogen. Das Gesetz selbst, seine objektiven Schwächen und Mängel, geraten aus dem Blickfeld. Es wird nur noch „interpretiert", und zwar in der üblichen Weise (wenn auch mit dem Vorsatz, „fortschrittliche" Ergebnisse zu erzielen).

In den Gutachten Däublers z.B. wird — ganz topisch — nicht logische Beweisbarkeit, sondern maximale Diskutierbarkeit angestrebt. Nachvollzogen werden kann dies etwa an Hand der bei ihm zu höchster Vollendung gelangten Technik der „Hilfserwägungen", die teilweise so weit gehen, daß ein theoretischer, *prinzipieller* (es gibt auch rechtliche Grundsätze!) Ausgangspunkt gar nicht mehr erkennbar ist (vgl. etwa das Gutachten „Der Streik im öffentlichen Dienst", Tübingen 2. Aufl. 1971, S. 107, 112, 113). Teilweise wird dann sogar „realistischerweise" empfohlen, sich der „herrschenden Meinung" anzuschließen.[18]

Die (nicht nur interpretatorische) Prinzipienlosigkeit der sich explizit „gängiger dogmatischer Argumentation" bedienenden „alternativen Rechtsinterpretation" beteiligt sich auf diese Weise — wenn auch unbeabsichtigt — an der Auflösung des normativen Besitzstandes der Arbeiterklasse.[19] Ins Zentrum der Betrachtung rückt nämlich der Richter. Um ihn kreisen dann — planetengleich — alle weiteren (auch politischen) Überlegungen. Derartige Denkweisen haben in den Gewerkschaften relativ rasch Verbreitung gefunden: Auf dem letzten Gewerkschaftstag der ÖTV kam er sogar vor, daß Delegierte gegen den Willen des Hauptvorstandes einen Beschluß durchsetzten,

einen Streik mit dem Ziel durchzuführen, „ein richterliches Urteil *zur endgültigen Klärung der Rechtslage*" zu erhalten![20]

Unter den Mitgliedern kann sich eine derart illusorische und falsche Einschätzung der Rolle und Funktion der Rechtsprechung nur breitmachen, weil die auf der „Gemeinsamkeit ... der rationalen Ansprechbarkeit" aufbauende Topik die Rolle und Funktion antagonistischer Rechtsauffassungen ignoriert, ja ignorieren m u ß.[21]

Das Problem liegt insoweit nicht in der „Verrechtlichung" von Klassenbeziehungen an s i c h, sondern in deren von den Gewerkschaften jedenfalls nicht prinzipiell kritisierten „Verrechtsprechlichung" (das übersehen: ERD/KALBITZ, S. 151 ff.). Der Vorwurf des „Legalismus" (s. UNTERSEHER, KJ 70, 140 ff.) ist deshalb viel zu pauschal. Er läßt die Dialektik von Recht und Rechtsprechung, die der von Politik und Juristerei durchaus ähnlich ist, „außen vor".

Wer aber positivierten Verfassungsnormen zu „ihrem Recht" verhelfen will, muß dies in äußerst „legalistischer" Weise gerade g e g e n die Rechtsprechung tun. Anerkennung des Verfassungsbruchs der Rechtsprechung ist gerade k e i n „legalistisches Verhältnis zum Recht" (anders: ERD/KALBITZ a.a.O., S. 153, die überhaupt keinen Unterschied machen zwischen Rechtsprechung und Gesetzlichkeit und deshalb der juristisch immanenten Kritik der Rechtsprechung auch zu große politische (!) Bedeutung beimessen).

bb. Das Modell der Konfliktlösung nach BetrVG

Die Illusion, unterschiedliche Rechtsauffassungen ließen sich (trotz Klassenantagonismus) schon im Wege bloßer Diskussion durchsetzen, wird allerdings auch durch bestimmte *Gesetze* (nicht nur durch bestimmte Auffassungen derselben) ständig neu reproduziert. Hier her gehört vor allem das Betriebsverfassungsgesetz. Letzteres geht wie das „Sozialideal" des BAG von einer metaphysischen Sichtweise der „Arbeitswelt" aus. Der fundamentale Gegensatz von Arbeit und Kapital wird geleugnet, oder zumindest als „versöhnbar" dargestellt. Indem aber metaphysisches Denken „nur äußerliche und zufällige Gegensätze anerkennt, gelangt es auch zu der Vorstellung, als ob die Gegensätze ... vermeidbar seien. oder sich willkürlich aufheben oder beseitigen ließen" und zwar „durch irgendeine Manipulation der Versöhnung und des Ausgleichs."[22] Akte solcher Manipulation sind die bereits unter Ziff. 2b. genannten Bestimmungen des BetrVG. Es ist bekannt, daß in den Betrieben zahlreiche Konflikte nur in den vom BetrVG vorgezeichneten Verfahren ausgetragen werden. Wer gewerkschaftliche Bildungsarbeit leistet, weiß, daß über diese spezielle Art der Praxis zahlreiche Betriebsräte sich juristischer Denkweisen befleißigen und mit einer entsprechenden Erwartungshaltung auch in Arbeitsrechtsschulungen gehen. Verfahren der Konfliktaustragung sind aber nicht nur die arbeitsgerichtlichen Beschlußverfahren, sondern auch die Einigungsstellengespräche, in denen meist Juristen (häufig Richter) den Vorsitz führen, und vor allem die Verhandlungen und Gespräche mit den Vertretern der Personalabteilungen und Geschäftsführungen der Unternehmen, ebenfalls Juristen.

Die „Gewöhnung der Gewerkschaftsfunktionäre an juristisches Denken beeinflußt weitgehend die politische Haltung der Gewerkschaften ..." (ENDERLE u.a., S. 90). So

gesehen mag es innerhalb einer bloßen Prozeßstrategie um die Durchsetzung der Kostentragungspflicht für Betriebsratsschulungen angehen, dem BetrVG die Forderung nach einer „intellektuellen Waffengleichheit" von Betriebsrat und Unternehmer zu unterstellen.[23] Höchst gefährlich wird es aber, wenn die Betriebsräte selbst auf der Basis entsprechender juristischer Gutachten (die ihnen oft geläufiger sind als einem durchschnittlichen „Volljuristen"!) diese — *forensisch verwertbare* — juristische Argumentation als *politische* Handlungsanweisung betrachten. D i e Waffe der Betriebsräte und Gewerkschaften ist eben nicht die formalisierte Diskussion mit dem Gegner, sondern die kämpferische Auseinandersetzung mit ihm.

4. Alternative: Die Notwendigkeit einer Dominanz der Praxis — auch im juristischen Vorgehen

Erst mit der Wiedergewinnung der darin enthaltenen Praxis kann die lähmende Wirkung einer solchen Verrechtlichung der Klassenbeziehungen gestoppt und vor allem die weitaus gefährlichere weil unberechenbare Wirkung richterlicher „Rechtsfortbildung" begrenzt werden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Arbeitsrechtsprechung in Belgien nicht nur in sehr weitem Umfang die Teilnahme an spontanen Streiks und Betriebsbesetzungen als rechtmäßig angesehen hat, sondern auch in weitaus geringerem Maße, als dies in der BRD der Fall ist, rechtsfortbildend tätig ist, und es meist peinlich genau vermeidet — vor allem in Streikrechtsfragen — *allgemeine* über den Einzelfall hinausgehende Aussagen zu machen.[24] Allerdings sind sich dort die Gerichte auch der äußerst konsequenten Praxis der Gewerkschaften und der damit verbundenen Gefahr einer Wirkungslosigkeit ihrer Judikate bewußt. Zwar können und müssen ergangene Urteile — jedenfalls prinzipiell — akzeptiert werden (dies ist schon dem bestehenden politischen Kräfteverhältnis geschuldet). In Belgien und Holland (ganz zu schweigen von Frankreich und Italien, wo das politische Kräfteverhältnis aber in *keiner* Weise mit dem der BRD vergleichbar ist) wird jedoch regelmäßig erst versucht, mit einem entsprechendem Druck die jeweiligen Forderungen (z.B. Wiedereinstellung) auch ohne juristisches Vorgehen durchzusetzen (Nachrichten a.a.O., S. 41). Bei negativen Entscheidungen wird sehr genau die auf den Einzelfall begrenzte Rechtskraftwirkung des Urteils beachtet.[25] *Generelle* Konsequenzen, zu denen die Gewerkschaften ohnehin nicht verpflichtet sind, werden vermieden. Daß dies ein auch für bundesdeutsche Gewerkschafter gangbarer Weg ist, hat der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV in seinem Beschluß 455/A erkannt, wonach die Wirkungen eines gegen die Personalratsarbeit gerichteten Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Saarlouis v. 30.7.75 „durch die gewerkschaftliche Arbeit aufgehoben", d.h. durch *Praxis* überwunden werden müßten (Protokoll a.a.O., S. 373).

Die Bedeutung einer verstärkten Praxis für die Verteidigung angestammter Rechte deutete der DGB-Vorsitzende Vetter an, als er vor dem 10. Deutschen Beamtentag des DGB im Februar dieses Jahres erklärte: „Der Streik ist die ... schärfste Waffe der Gewerkschaften ... Wir sind damit vorsichtig umgegangen ... *Wenn allerdings der sparsame Gebrauch benutzt werden soll, um die Notwendigkeit des Instruments überhaupt*

anzuzweifeln, müßte es wohl – sozusage zur Gewöhnung – häufiger eingesetzt werden." (FR v. 23.2.1978) Durch die Besinnung auf die Praxis würde auch wieder der Blick dafür frei, daß alternative Interpretationskünste allein den Mangel des normativ fixierten Rechts nicht beseitigen können. Freilich ist eine alternative Rechts*interpretation* auch politisch nicht bedeutungslos. Für die entscheidende Frage, ob es gelingt, den Handlungsspielraum der Gewerkschaften zu erweitern, kann auch die Verwendung rechtlicher Argumentationen im politischen Rahmen Bedeutung erlangen, z.B. indem sie rechtlich motivierte Hemmungen, bestimmte gewerkschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, abbaut. Dies ist vor allem bei der *verfassungsrechtlich* basierten Kritik an der Streikrechtsprechung von Bedeutung.

Die Frage ist nur, *in welcher Weise* juristisches mit politischen Vorgehen v e r b u n d e n wird. Einen interessanten Hinweis liefert das Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Aussperrung in der Metalltarifauseinandersetzung vom März/April dieses Jahres. Einerseits ging die IG Metall während des Arbeitskampfes zu einer sukzessiven und kontinuierlichen *Verschärfung* des Streiks über und kam so allmählich aus der Defensive, in der sie sich genau wie in den Kämpfen 1963 und 1971 zu Anfang befunden hatte, heraus. Andererseits bekundeten tausende von Arbeitern und Angestellten anderer Wirtschaftsbereiche ihre Solidarität mit den ausgesperrten Kollegen. Die Öffentlichkeit wurde so verstärkt auf das Problem aufmerksam. Schließlich rief die IGM zu *massenhaften* Individualklagen von Ausgesperrten vor den Arbeitsgerichten auf, um so das ganze Ausmaß der Betroffenheit deutlich zu machen und die an Hand von 20 Croupiers explizierte BAG-Theorie von der „Verhältnismäßigkeit" schon immanent ad absurdum zu führen. Auf diese Weise wurde ein wichtiger politischer Rahmen für das juristische Vorgehen geschaffen. Durch ein solches Vorgehen kann z.B. a u c h erreicht werden, daß Richter, die bei geringerem *politischen* Aufwand der Gewerkschaften wohl auch weniger M u t zu abweichenden Judikaten haben, sich auch g e g e n die BAG-Rechtsprechung stellen. Ein Beispiel lieferte die Kammer 9 des Arbeitsgerichts Frankfurt mit ihrem Vorsitzenden Schuldt, die unter Verwendung der bekannten verfassungsrechtlichen Argumente (u.a. auch das Aussperrungsverbot nach der hessischen Verfassung), aber auch (unausgesprochen) gestützt durch eine verstärkte öffentliche Kritik an der Aussperrung die Maßnahme bei der „Frankfurter Rundschau" für rechtswidrig erklärte (FR v. 21.3.78). Nicht der von und für juristische Experten veranstaltete IG-Metall-*Kongreß* zu „Streik und Aussperrung" von 1973, sondern der konkrete offensive, breit angelegte und solidarisch unterstützte *Kampf* gegen die Aussperrung bewirkte einen erkennbaren Umschwung in Teilen der sog. öffentlichen Meinung (vgl. u.a. eine entsprechende Äußerung des SPD-Geschäftsführers Egon Bahr lt. FR v. 3.4.78).

Juristische Argumentation muß sich dessen bewußt bleiben; sie muß den realen Bezugspunkt behalten. „Der ‚reine' Gedanke bleibt — Gedanke." (BEYER a.a.O., S. 49) Der Bezugspunkt aber ist: Praxis.

Anmerkungen

1 Vgl. die Forderung Hegels nach einer Organisation für die im damaligen Bayern stark diskriminierten Protestanten. Um sich Gehör zu verschaffen, müßten sie diesen „wichtigsten, ersten Schritt zu einer Konstituierung ... in einen Körper" vollziehen; Briefe von und an Hegel, Hrsg. Joh. Hoffmeister, Band I, S. 192; vgl. dazu das Referat d. Verf. „Organisation — eine Forderung Hegels und der politischen Praxis (Hegels Forderung eines ‚Körpers' für Gruppenbelange)" auf dem XII. Internationalen Hegel-Kongreß v. 28.4.—1.5.77 in Salzburg. S. Hegel-Jahrbuch 1977.

2 In Randbereichen — wie der Seeschiffahrt und den Eisenbahnen — verzichteten die Gewerkschaften sogar offiziell auf den Einsatz dieses Kampfmittels. Vgl. MÜLLER, Ein Notschrei der seemännischen Arbeiter, 1906, S. 22, sowie die Beiträge der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag am 27.11.1900: LENZMANN und SCHWARTZ, Stenographische Berichte, S. 184 f., 188 f. Man forderte lediglich das Recht auf *Versammlungen außerhalb* des Schiffes. Zur Eisenbahn vgl. H.J. BUSS, Dreimal Stunde Null — Gewerkschaft am Schienenstrang, Hrsg. Hauptvorstand der GdED, Frankfurt 1973, S. 70 f.

3 R. LUXEMBURG, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Politische Schriften, Leipzig o.J., S. 190

4 Ebenda, S. 191

5 Vgl. G. HARMSEN/ B. REINALDA, Voor de berijding van de arbeid — beknopte geschiedenis van de nederlandse vakbeweging, Nijmegen 1975, insbesondere S. 306 ff.; vgl. auch Abschnitt F. III. der Diss. des Verf.

6 TEULINGS, Arbeitskonflikte und Gewerkschaften in den Niederlanden, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '73, Hrsg. Jacobi u.a., Frankfurt 1973, S. 252.

7 Vgl. u.a. die Angaben des 2. Vorsitzenden der IG Holz und Kunststoff im DGB, Frankfurter Rundschau v. 31.7.77.

8 LENIN, Über Streiks, 1899, in: Lenin über Arbeitsgesetzgebung, Berlin(DDR) 1959, S. 169 (Daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter im Streik meist ungeheuer wächst, bekommen gerade auch die Gewerkschaftsvorstände oft zu spüren. Ein besonders drastisches Beispiel war die Urabstimmung der organisierten Hafenarbeiter Anfang des Jahres, in der diese den ausgehandelten und von der Tarifkommission gebilligten Kompromiß ablehnten! Die Erfahrung der Solidarität, der Wucht der gemeinsamen Aktion, verdrängt den in „friedlichen" Zeiten meist vorherrschenden Eindruck individueller Erfolglosigkeit. D.V.)

9 Vgl. dazu R. GEFFKEN, Klassenjustiz, Frankfurt 1972, S. 14 f.

10 Zit. n. D. SCHUSTER, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 4. Aufl. 1973, S. 49: USPD-Abgeordneter Geyer am 14.1.20 vor der Nationalversammlung, Stenographische Berichte, S. 4249 ff.

12 Mündlicher Geschäftsbericht auf dem 11. Kongreß 1974, Manuskript S. 57; vgl. auch Geschäftsbericht des Hauptvorstandes 1971—1974, Frankfurt 1974, S. 456 ff.

13 Vgl. Bericht des FGTB-Sekretärs J.C. Bodson, in: Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Nr. 5/676, S. 41

14 Vgl. dazu u.a. die Diss. d. Verf., C.II.5.b.; R. HOFFMANN, Kritische Justiz 1971, S. 54 ff.; M. PREMSSLER, Die Notwendigkeit des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die substantielle Aushöhlung ... des verfassungsrechtlich gesicherten Grundrechts auf Streik in der Bundesrepublik, Habil. schrift Leipzig 1967, Masch.schriftl., S. 106 ff, 156 ff.

15 Vgl. H.H. HARTWICH, Sozialstaat und Arbeitskampf, in: Streik und Aussperrung, Protokoll der wissenschaftl. Veranstaltung der IG Metall vom 13.—15.9.73 in München, Hrsg. M. Kittner, Frankfurt/Köln o.J., S. 361 ff.; Carlo SCHMID, Die Stellung der Gewerkschaften in der heutigen Gesellschaft, Frankfurt 1955, S. 15

16 Vgl. H. DÜX, Sind die Richter in der BRD demokratisch legitimiert ? DuR 1973, S. 223 ff.

17 Vgl. GEFFKEN, Zur Kritik der Klassenjustiz, DuR 1973, S. 273 ff.

18 DÄUBLER, Gewerkschaftliche Werbung im Betrieb, Hrsg. Hauptvorstand der HBV, Düsseldorf 1977, S. 77; vgl. zu dem hier nur angedeuteten Komplex die Diss. d. Verf. a.a.O., Abschnitt A. II.

19 Vgl. DÄUBLER, Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, Köln 1974, S. 51, P. RÖMER, in: Abendroth u.a., Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt 1977. S. 87 ff., 200 f.

20 Antrag 135, Protokoll 8. ordentlicher Gewerkschaftstag 1976, Band 2 — Materialien —, S. 127

21 ESSER, Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung, Frankfurt 1970, S. 12
22 GROPP, Grundlagen des dialektischen Materialismus, Berlin 1971, S. 106
23 Vgl. DÄUBLER, Schulung und Fortbildung von Betriebsratsmitgliedern und Jugendvertretern nach § 37 BetrVG, Köln 1975 2. Aufl., S. 32 ff.
24 Vgl. u.a. Diss. d. Verf. a.a.O., F.II.; M. WEISS in: Zeitschrift für Arbeitsrecht 1975, S. 207 ff. — S. 210 f.
25 Beispiele dafür sind in Holland die Aktionen des FNV, die ungeachtet von insgesamt 4 negativ ausgefallenen Urteilen, welche sich aber immer nur auf gerade laufende Teilaktionen bezogen, durchgeführt wurden. Der Ausfall eines Bereiches durch ein Urteil wurde sogar mit einer Verschärfung der Aktion in *anderen* Bereichen beantwortet; vgl. u.a. „De FNV gaat niet opzij" a.a.O., S. 28; ein belgisches Beispiel ist in „de Zee — Orgaân van de Belgische Transportarbeidersbond/ Vakgroep 'Koopvaardij'" Nr. 35, S. 5 erwähnt; vgl. im übrigen die Diss. d. Verf., F.II.2.b.bb.

Literaturverzeichnis

W.R. Beyer, Das Reinheitspostulat in der Rechtsphilosophie, Band 2 der Beihefte zur Zeitschrift Demokratie und Recht, Köln 1973.
Blanke u.a. (Hrsg.), Kollektives Arbeitsrecht, Quellentexte zur Geschichte des Arbeitsrechts in Deutschland, Bd. 1: 1840—1933, Hamburg 1975.
W. Däubler, Arbeitsrecht, Hamburg 1976.
Enderle u.a., Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932.
Erd/Kalbitz, Gewerkschaften und Arbeitsrecht, Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 1976, S. 143 ff.
FNV, Voorlichtingsdienst (Hrsg.), De FNV gaat niet opzij, Amsterdam 1977.
R. Geffken, Das Streikrecht der Seeleute und der Boykott des Hafenpersonals gegenüber Seeschiffen, Diss. jur. Bremen (erscheint demnächst).
R. Herbig, Notizen aus der Sozial-Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. (!!) Jahrhundert bis zur Gegenwart, Hamburg 1964, Nr. 15 der Schriftenreihe der Gewerkschaft, Hamburg 1964, Nr. 15 der Schriftenreihe der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.
K. Korsch, Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922), 4. Aufl. Frankfurt 1973.
C. Legien, Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona, Hamburg 1897.
K. Marx, Das Elend der Philosophie, MEW Band 4, Berlin(DDR) 1974, S. 63 ff.
K. Marx, Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen, MEW Band 16, Berlin(DDR) 1975, S. 190 ff.
K. Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band; MEW Band 23, Berlin(DDR) 1969.
K. Marx/ F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Band 4, Berlin(DDR) 1974, S. 459 ff.
K. Marx/ F. Engels, Theorien über den Mehrwert, MEW Band 26. 1, Berlin(DDR) 1974.
J.A.E. Meyer, Aktuelle Tendenzen und Probleme im Arbeitsrecht, SOPO Nr. 33 (1975), S. 89 ff.
ÖTV, Hauptvorstand (Hrsg.), Protokoll 8. ordentlicher Gewerkschaftstag 1976' Band 2 — Materialien —, Stuttgardt o.J.

Hans-Werner Franz / Santiago Tovar

Spanien: Politik im Übergang von der Diktatur zur Demokratie

Die Situation des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien bietet Merkmale, die in ihrer Komplexität ein hohes Maß an Originalität und Besonderheiten aufweisen. Der Prozeß des Übergangs wird 1) vorwiegend — wenn auch nicht alleine — von den inneren spanischen Kräften bestimmt, wobei 2) die demokratischen Kräfte kaum oder gar nicht mit den Mitteln des Staatsapparates rechnen können, um den Bruch mit dem politischen System der Diktatur herbeizuführen und 3) die Arbeiterklasse an diesen Demokratisierungsprozeß aktiv und mit dem Anspruch einer hegemonialen Kraft teilnimmt.

1. Krisen

Grundlegend für die Erfassung der spanischen Situation, ihrer historischen Bedeutung und ihrer möglichen Weichenstellungen ist die Untersuchung der spezifischen Verknüpfung von politischer und ökonomischer Krise. Die frankistische Diktatur war der Schluß- und Eckstein eines Akkumulationsmodells, das Ende der fünfziger Jahre als Folge des Scheiterns des bis dahin verfolgten „autarkischen" Industrialisierungsweges eingerichtet wurde. Bis 1959 sicherte die Diktatur ein überwiegend extensives Akkumulationsmodell, dessen wichtigste Grundlagen die Überausbeutung der Arbeiterklasse und die Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Grundrente waren. Angesichts zunehmender Erschöpfungserscheinungen dieses Modells sah sich die herrschende Finanzoligarchie gezwungen, zu vorwiegend intensiven Formen der Akkumulation überzugehen. Das konnte nur bewerkstelligt werden mit einer starken Öffnung der spanischen Wirtschaft und unter Zuhilfenahme äußerer Akkumulationsfaktoren wie dem Tourismus, dem Export von überschüssigen Arbeitskräften und deren Geldüberweisungen ins Heimatland, dem Import von Kapital und Technologie sowie mit der Erweiterung und Differenzierung des Exports. Die Intensivierung des Industrialisierungsprozesses verlangte eine Stabilisierung des Binnenmarktes und somit eine flexiblere Gestaltung der Beziehungen von Kapital und Arbeit. Die damit gegebenen breiteren Entfaltungsmöglichkeiten von Klassenkämpfen stießen bald an die Grenzen des politischen Systems des Frankismus, das der Arbeiterklasse jegliche selbständige Bewegung in ihrem eigenen Interesse untersagte. Daß die spanische Arbeiterklasse mit den Arbeiterkommissionen dennoch imstande war, eine Massenbewegung in Gang zu setzen und zu halten, stellte die Hauptfunktion des Frankismus: die Gewährleistung ungehinderter und maximaler Ausbeutung der Arbeiterklasse in Frage.

Diese Infragestellung des Frankismus überschritt 1970 mit den Mobilisierungen zum Prozeß von Burgos gegen die ETA eine qualitative Schwelle. Seitdem brach die bis dahin auf zumindest passives Einverständnis des größten Teils der Bevölkerung stoßende Hegemonieformel: Entwicklung in Ruhe und Ordnung mehr und mehr auseinander,

und es bildete sich eine Volksbewegung heraus, die ständig neue Bereiche der Bevölkerung erschloß und tragende Pfeiler des Regime-Gebäudes herausbrach oder aushöhlte. Die Entwicklung hatte Unruhe für eine andere politische Ordnung geschaffen. Diese Krise des frankistischen Herrschaftssystems nahm nach der Ermordung Carrero Blancos im Dezember 1973 immer akutere Formen an. Stationen dieses Hegemonieverfalls waren auf der einen Seite die Erkrankung Francos im Sommmer 1974, das Scheitern der politischen Assoziationen im Rahmen des Regimes, die darauffolgende Verhärtung der Repression bis zur Hinrichtung von fünf Patrioten im Herbst 1975 und der Tod Francos; auf der anderen Seite trug der Formierungsprozeß der demokratischen Opoosition in hohem Maße zur Beschleunigung dieses Zerfalls bei: von der Gründung der Demokratischen Junta im Sommer 1974 über die Gründung der Plattform der Demokratischen Konvergenz und den Triumph der neuen Arbeiterbewegung bei den Syndikatswahlen des Sommers 1975 bis zu den verschiedenen Etappen der Vereinigung der demokratischen Opposition in der Demokratischen Koordination und der Plattform Demokratischer Organe.

Dieser Hegemoniekrise gesellte sich 1974 eine zyklische Wirtschaftskrise bei, die angesichts der für das spanische Akkumultionsmodell zentralen Bedeutung des frankistischen Herrschaftsapparats zum Anfang vom Ende eben dieses Akkumulationsmodells wurde. Die Anzeichen dieser fundamentalen Strukturkrise: zunehmende Arbeitslosigkeit, steigende Inflationsraten, wachsende Handelsbilanzdefizite, rapider Währungsverfall, Krise der Landwirtschaft, extreme Staatsverschuldung, Kapitalflucht usw. usf. Die inneren Krisenerscheinungen des stark außenorientierten Akkumulationsmodells wurden noch verschärft durch ihr Zusammenfallen mit der zyklischen und zugleich strukturellen internationalen Krise des Kapitalismus. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist auch die spanische Bourgeoisie, soweit sie in ihrem wirtschaftlichen Wohlergehen nicht unmittelbar an die Existenz des Frankismus gekoppelt ist, auf der Suche nach einem politischen Herrschaftssystem, das ihre Hegemonie erhält, und nach einem veränderten Akkumulationsmodell, das die Erhaltung ihrer Herrschaft erlaubt.

2. Kapitalfraktionen

Im Wesentlichen können drei Fraktionen des spanischen Kapitals ausgemacht werden, die unterschiedliche Vorstellungen über Veränderungen des politischen Herrschaftssystems und über die Reichweite derartiger Veränderungen haben. Die reaktionärste Fraktion sind diejenigen Teile der Finanzoligarchie, die vorwiegend dem Großgrundbesitz und dem börsen-, boden- und bauspekulativen Kapital angehören. Diese Fraktion muß befürchten, daß schon relativ kurzgreifende Veränderungen des Regimes zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer bisherigen Vergünstigungen führen. Daher sperrt sie sich gegen jegliche Veränderungsabsichten, die auf eine Kontrolle des korrupten und verschwenderischen Staatsapparates des Frankismus durch liberalere Kapitalfraktionen oder gar durch Teile der Arbeiterklasse hinauslaufen. Diese Fraktion trägt in der politischen Sprache Spaniens das Etikett: *continuista*.

Ihr stehen zwei andere Kapitalfraktionen gegenüber, die weitergehende Veränderungen des politischen Systems anstreben, dabei allerdings wirtschaftliche Strukturvorstellungen von recht unterschiedlicher Tragweite verfolgen. Es handelt sich um eine eher dem ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Kapital verpflichtete Fraktion des Monopolkapitals und eine eher nationalen Vorstellungen anhängende Kapitalfraktion, die teils dem Monopolkapital verbunden, teils dem mittleren und kleinen Kapital zuzurechnen ist. Beide Kapitalfraktionen sind im wesentlichen durch den Wachstumsschub während der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre entstanden oder entscheidend gestärkt worden. Da der spanische Kapitalismus ein, wenn auch untergeordneter und technologisch sogar abhängiger Bestandteil der imperialistischen Metropole ist, kommt eine „Abnabelung", eine Verringerung der mit der industriellen Entwicklung gewachsenen Weltmarktverflechtung für beide Fraktionen realistischerweise nicht in Frage. Im Gegenteil. Beide streben eine stärkere Integration in die Europäischen Gemeinschaften an. Dennoch unterscheiden sie sich in wichtigen Punkten.

Die eher dem internationalen Kapital verpflichtete Fraktion setzt auf eine Eingliederung in die EG an der Hand des US-Kapitals bei lediglich oberflächlicher Korrektur der schwerwiegenden Mängel des bestehenden Akkumulationsmodells. Genauer: Diese Fraktion strebt eine Effektivierung des bestehenden Modells bei gleichzeitiger Verstärkung der Bindung an das ausländische Kapital an. Zu diesem Zweck müßten vor allem die Staatsausgaben zur Korrektur einzelner Verzerrungen, die mit der raschen wirtschaftlichen Entwicklung aufgetreten sind, erhöht werden. Höhere Kapitalimporte würden zeitweilig zwar die Zahlungsbilanzschwierigkeiten mildern, gleichzeitig aber die Abhängigkeit vergrößern und zementieren. Eine weniger strukturelle als technische Steuerreform, deren einziges Ziel die Auffüllung der Steuerkasse wäre, würde bestenfalls kurzfristig Erleichterung verschaffen. Reparaturen der größten Mängel in Landwirtschaft und öffentlichem Sektor könnten etwas Luft schaffen. Die Einräumung größerer Flexibilität in den Beziehungen von Kapital und Arbeit würde jedoch schon auf die Schwierigkeit stoßen, daß sie weitergehenden Forderungen der Arbeiterbewegung repressiv entgegentreten müßte. Insgesamt hatten und haben diese Absichten zur Voraussetzung, daß die Weltkonjunktur wieder aufwärts geht. Und selbst dann hätte diese Politik über kurz oder lang zur Folge, daß die mit ihr verbundene Übersteuerung der Geldpolitik die Arbeiterbewegung gegen Inflation und Arbeitslosigkeit, das kleine und mittlere Kapital gegen die Verschärfung des Konzentrationsprozesses auf den Plan rufen würde. Politisch bedeutet das die Fortsetzung des Frankismus mit mehr oder weniger anderen Mitteln. Diese Fraktion hat in der politischen Sprache das Etikett: *evolucionista* erhalten.

Die eher nationalen Vorstellungen anhängende Kapitalfraktion setzt ebenfalls auf eine Eingliederung in die EG, möchte diese Integration jedoch mit einer Konsolidierung und Stabilisierung der nationalen Selbstständigkeit des spanischen Kapitalismus verbinden, weshalb sie eine relativ gründliche Sanierung und Modernisierung der spanischen Wirtschaftsstrukturen anstrebt. Wie das aussehen könnte, kann bei der Untersuchung des „Moncloa-Pakts" näher in Betracht gezogen werden. Derartige Reformbestrebungen, die sich gegen die *continuistas* und den frankistischen Staatsapparat in wichtigen Teilbereichen wenden, wären angesichts der wirtschaftlichen Situation nicht ohne Zugeständnisse an die Arbeiterklasse durchzusetzen, deren

Bewegung stark genug ist, um eine Austragung der Wirtschaftskrise alleine auf ihren Schultern zu verhindern. Mehr noch: Die Durchsetzung solcher Reformen gegen die auf den Frankismus in der einen oder anderen Form beharrenden Kräfte war und ist nur mit der aktiven Zustimmung der Arbeiterklasse möglich, die mit ihren eigenen Forderungen und Vorstellungen an der Überwindung des Frankismus teilzunehmen entschlossen war und ist. Diese Kapitalfraktion ist in der politischen Sprache mit dem Etikett: *reformista* behaftet.

Diese Unterscheidung kapitalistischer Interessenfraktionen ist selbstverständlich nicht so zu verstehen, als hätten die einen mit den anderen nichts zu tun. In Wirklichkeit handelt es sich um ein, vor allem über die in Spanien außergewöhnlich mächtigen Großbanken vielfach verknüpftes Interessengeflecht, innerhalb dessen wir die drei vorherrschenden Optionen des herrschenden Blocks gebündelt haben. Diese Bündelung folgt — auch das mit der nötigen Vorsicht — den Spuren der politischen Bündnisse, zu denen sich die gesellschaftlichen Kräfte in Spanien zusammengeschlossen haben. Diese Bündnisse standen nicht unmittelbar fest, sondern bildeten sich vermittelt über die Entwicklung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Bourgeoisie wie besonders im Verhältnis der bürgerlichen Kräfte zur wachsenden Kraft der Arbeiter- und Volksbewegung. Damit ist auch gesagt, daß sich die vergleichsweise einfach vorzunehmende Unterscheidung von Interessenfraktionen nicht bruchlos auf die politische Ebene übertragen läßt. Denn ein und dieselbe Interessenfraktion kann je nach ihren Vertretern unter verschiedenen, ja selbst unter den gleichen Umständen und Kräfteverhältnissen unterschiedliche politische Taktiken verfolgen. Aus den Bündnisbewegungen der verschiedenen Kräfte formierten sich im Verlauf der eineinhalb Jahre zwischen Francos Tod und den ersten Wahlen in einem komplizierten, mit viel Dynamit und Kitt bewerkstelligten Gruppieren und Umgruppieren die heutigen bürgerlichen Parteien:

— die von der ersten Fraktion der *continuistas* getragene Volksallianz (AP) Fraga Iribarnes, in der sich vor allem diejenigen repräsentiert sehen, die am Frankismus verdient haben, sei es Dividende oder Profit, sei es Gehalt oder die Ehre, ein (ehemaliger) Kämpfer für Franco und gegen „die Roten" zu sein;
— und die Demokratische Zentrumsunion (UCD) von Ministerpräsident Suárez, in der sich *evolucionistas* und *reformistas,* nationales und internationales Kapital — die sogenannte „zivilisierte Rechte" —, zusammengetan haben.
— Daneben gibt es in den zukünftig autonomen Regionen, insbesondere in Katalonien und im Baskenland, verschiedene bürgerliche Parteien, die antifrankistische Kräfte zusammenschließen, welche vorwiegend der demokratischen Opposition angehörten oder sich schon recht frühzeitig vom Frankismus absetzten.

Zunächst nach dem Tod Francos, hatte sich die Fraktion der *continuistas* mit den *evolucionistas* zusammengetan. Nicht zufällig hatte die erste Regierung der Monarchie mit Arias Navarro den gleichen Ministerpräsidenten wie die letzte Regierung des Frankismus. Innenminister Fraga Iribarne schien zunächst

einer der *evolucionistas* zu sein, „wandelte" sich unter dem Druck der Volksbewegung jedoch mehr und mehr zum wirklichen Chef der Regierung und selbsternannten Nachfolger des Diktators. Die *reformistas,* die in dieser Regierung mit Außenminister (!) Areilza vertreten waren und eine eher kosmetische Rolle spielten, ließen sich von Fraga an die kurze Leine nehmen. Erst das Scheitern dieses Versuchs der Reform des Regimes an der demokratischen Volksbewegung, der Sturz der Regierung Arias/Fraga wenige Wochen nach den blutigen Ereignissen von Vitoria, machte den herrschenden bürgerlichen Kreisen unmißverständlich klar, daß die minimale Retouchierung des bestehenden frankistischen Systems ungenügend, der Untergang des Frankismus unausweichlich und die politische Demokratie unvermeidlich waren. Wollte die Bourgeoisie unter diesen Umständen weiterhin die Führung im Übergangsprozeß behalten und einen radikalen Bruch mit dem Frankismus unter Führung der Arbeiterbewegung verhindern, mußte sie selbst die Demontage zumindest der institutionellen Fassade des politischen Systems des Frankismus betreiben. Diese heikle Aufgabe übernahm die Regierung des Adolfo Suárez.

3. Kommunisten und Sozialisten

Die beiden Parteien der spanischen Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei (PCE) und die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE), formulierten ihrerseits Programme des antifaschistischen Kampfes, die in der Erkämpfung der politischen Demokratie zugleich das beste Mittel zur Öffnung des Weges zum Sozialismus sehen.

Die PCE sah in ihrem Programm drei Etappen auf dem Weg zum Sozialismus vor, die je nach der tatsächlichen Form der Überwindung des Frankismus mehr oder weniger eng miteinander verknüpft sein würden. Einer jeden dieser drei Etappen: Überwindung des Frankismus und Erkämpfung der politischen Demokratie; Erweiterung der politischen Demokratie zur auch wirtschaftlichen und sozialen Demokratie als Übergang zur dritten Etappe, dem Sozialismus, entsprachen drei unterschiedliche Bündniskonzeptionen. Die Überwindung des Frankismus sollte das Werk des Zusammengehens aller nicht oder nicht mehr am Frankismus interessierten Kräfte einschließlich bestimmter Teile der Großbourgeoisie sein: der Pakt für die Freiheit. Der Erkämpfung der politischen Demokratie sollte die Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Demokratie auf der Grundlage des Zusammenschlusses aller antimonopolistischen und antilatifundistischen Kräfte folgen. Und der Sozialismus sollte durch eine neue politische Formation der Kräfte der Arbeit und der Kultur erkämpft und herbeigeführt werden, die auch schon den Kern des antifaschistischen Bündnisses bildet.

Dieser hier stark schematisierend dargelegten Etappenfolge nach befindet sich Spanien gegenwärtig in der Phase der Überwindung des Frankismus, in der es gilt, alle politischen Kräfte, die — wenn auch aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassensituationen heraus — an der Etablierung eines demokratischen politischen Systems interessiert sind, zu einer Politik der Krisenbewältigung zu vereinen, welche der Schaffung und Festigung der politischen Demokratie und

zugleich der Erringung günstiger Ausgangspositionen für die weitere Bestimmung des gesellschaftlichen Charakters der Demokratie dienen soll. Die PCE hatte den Prozeß der Überwindung des Frankismus zunächst als politische Revolution begriffen, in deren Verlauf die Manifestationen der Unzufriedenheit des Volkes und seines demokratischen Willens anschwellen und gipfeln sollten im Nationalen Generalstreik. Zweck dieser Massenmobilisierungen, als deren Kern der Generalstreik der Arbeiterklasse galt, dem sich dann alle antifrankistisch gesinnten Teile der Nation anschließen würden, war die Schaffung eines Kräfteverhältnisses, das die Neutralisierung der reaktionären Kräfte des frankistischen Gewaltapparates (Armee- und Polizeiformationen) bewirken und somit einen erneuten Bürgerkrieg verhindern sollte. Diese Form der Überwindung des Frankismus hätte der demokratischen Volksbewegung, vor allem aber ihrem am besten organisierten Kern, der Arbeiterbewegung, die Hegemonie im Kampf für die Demokratie und somit günstige Voraussetzungen für ihre Erweiterung zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie verschafft.

Diesen strategischen Vorstellungen entsprechend gründete die PCE zusammen mit den Arbeiterkommissionen (CCOO) sowie anderen sozialistischen und bürgerlichen Kräften im Sommer 1974 die *Demokratische Junta* als Organ, das sich über seine Funktion als Instrument der Mobilisierung antifrankistischen Protestes und demokratischer Willenskundgebung hinaus als reale Machtalternative verstand, aus der eine breitestmögliche Provisorische übergangsregierung hervorgehen sollte. Deren Aufgabe wäre es dann gewesen, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen zu erlassen, politische Freiheiten herzustellen, die Rechte der Nationen und Regionen des spanischen Staates anzuerkennen und schließlich freie Wahlen zu einem Verfassunggebenden Parlament abzuhalten, das über die zukünftige politische Ordnung Spaniens entscheiden sollte.

Die entscheidende Schwäche dieser Demokratischen Junta war jedoch von Anfang an die Nichtbeteiligung wichtiger politischer Kräfte, vor allem der PSOE und der Christdemokraten, die andere Vorstellungen hatten. Die PSOE begründete ihre Weigerung, sich der Demokratischen Junta anzuschließen, je nach der Radikalität ihrer Flügel mit unterschiedlichen Argumenten: die KP besitze für bestimmte Teile des in das Bündnis einzubeziehenden Bürgertums keine demokratische Glaubwürdigkeit, so daß die PSOE unabhängig von der PCE die Aufgabe der Anziehung dieser bürgerlichen Kräfte übernehmen müsse; dieser Argumentation stand die des linken Flügels gegenüber, die PCE betreibe eine klassenversöhnlerische Politik, die sie, die Sozialistische Arbeiterpartei, nicht mitzumachen bereit sei. Immer wieder tauchte jedoch die Überlegung auf, die PSOE müsse mit der PCE unabhängig und von einer Position der Stärke aus verhandeln, da die PCE zwar eine sozialistische, nicht aber eine demokratische Partei sei.

Im Sommer 1975 wurde dann von der PSOE, der UGT und den Christdemokraten die *Plattform der Demokratischen Konvergenz* ins Leben gerufen, nachdem die Demokratische Junta nicht nur als organisatorische Kraft, sondern als politischer Katalysator schon ein Jahr lang durch ihre bloße Existenz Einfluß auf die

Entwicklung des Kräfteverhältnisses genommen hatte. Die PSOE verfolgte mit der Plattform eine andere Strategie als die PCE. Zwar strebte auch sie den „demokratischen Bruch" mit dem Regime an, zwar wollte auch sie eine Provisorische Übergangsregierung, die den Aufbau eines neuen politischen Systems anleiten sollte. Sie sah in dieser Übergangsregierung jedoch kein wirkliches Machtorgan und folglich in der Demokratischen Plattform keine Machtalternative, sondern eben eine Plattform (keine Junta), auf die sich politische Kräfte mit relativ geringer Massenverankerung geeinigt hatten. Von dieser Plattform aus riefen sie dann ohne großen Widerhall zu Willenskundgebungen gegen den Frankismus auf. Diese mangelnde Massenverankerung war denn auch der Hauptgrund der Sozialisten, nicht von Anfang an mit den durch ihre gewerkschaftliche und politische Massenarbeit wohlverankerten Kommunisten zusammenzugehen und den linkseinheitlichen Kern der antifrankistischen Bewegung zu bilden. Andererseits war auch die Rede der Sozialisten von der Isolierung der Kommunisten keineswegs völlig an den Haaren herbeigezogen, denn die PCE vermochte zwar, Massen zu mobilisieren, aber diese Massen waren und blieben, gemessen an den Massen, die für eine politische Revolution nötig gewesen wären, eine verhältnismäßig kleine entschlossene Vorhut. Diese unterschiedliche Massenverankerung von Kommunisten und Sozialisten mag auch der Grund für ihre unterschiedlichen Einschätzungen des Kräfteverhältnisses gewesen sein. Mochte die PSOE die Kraft der Massenbewegung aufgrund ihrer eigenen relativen Schwäche innerhalb dieser Bewegung als zu schwach beurteilen, um die reaktionären Kräfte in der Armee zu neutralisieren, so ist umgekehrt keineswegs von der Hand zu weisen, daß die PCE aufgrund ihrer großen organisatorischen und mobilisatorischen Kraft die mögliche Stärke der im historischen Rückblick schon relativ breiten Massenbewegung zum Sturz des Frankismus überschätzte.

Jedenfalls marschierte die politische Arbeiterbewegung getrennt. Aber sie führte ihre zunehmend politisierten gewerkschaftlichen Kämpfe während des Jahres 1975 und erst recht nach Francos Tod vereint. Das lawinenartige Anschwellen der Arbeiterbewegung und ihr Drängen nach größerer Einheit der antifrankistischen Kräfte war der ausschlaggebende Faktor für das Zusammenfinden von Plattform und Junta in der vom journalistischen „Volksmund" Platajunta genannten *Demokratischen Koordination* wie für das Scheitern der ersten nachfrankistischen Reform-Regierung Arias/Fraga.

4. Reform und Bruch

Wenn erklärt werden soll, weshalb die demokratische Opposition dennoch die Initiative verlor und ihre Vorstellungen nach und nach reduzieren mußte vom „demokratischen Bruch" über den mit der Regierung Suárez „vereinbarten Bruch" und den „verhandelten Bruch" bis auf „Verhandlungen" über die Tragweite der Reform, so ist der Regierungswechsel nach dem Scheitern der Arias/Fraga-Reform der ausschlaggebende historische Wendepunkt, wo diese Erklärung zu suchen ist.

Der mit der Regierung Suárez eingeleitete Schwenk der wichtigsten bürgerlichen Kräfte zu einem konsequenteren Reformismus ist darauf zurückzuführen, daß die nach Francos Tod betriebene Fortsetzung des Regimes zunächst mit anderen, schließlich zunehmend wieder mit denselben Mitteln zum einen die oppositionelle Zielsetzung des demokratischen Bruchs unablässig stärkte und zum anderen im ganzen Land einschließlich der Bourgeoisie die Ahnung, daß es dem Frankismus an den Kragen gehe, zur Sicherheit werden ließ. Das Scheitern der Reform des Regimes erst machte eine Reform über das Regime hinaus möglich, die viele, wenn auch nicht alle Aufgaben des Bruchs erfüllte. Allein diese Politik, die unter dem Deckmantel der Reform die ursprünglichen Ziele einer Reform des Regimes überschritt, konnte das Heranreifen einer Situation verhindern, die den radikalen Bruch als Resultat der anschwellenden Massenbewegung nach sich gezogen hätte. Innerhalb dieser Massenbewegung wäre der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen die Führung zugefallen. Wollten die an der Überwindung des Frankismus — in welcher Form auch immer — intereressierten bürgerlichen Fraktionen nicht die Kontrolle über den politischen Umwälzungsprozeß verlieren, mußten sie diesen „Bruch" selbst vollziehen.

Die alten Reformpläne liefen allerdings auf einen ‚Wandel ohne Veränderung" der Grundlagen des Regimes hinaus, so daß die Reformisten nun weitgehend planlos eine Politik der Veränderung des gesamten politischen Systems machen mußten, über deren Tragweite sie selbst keine klaren Vorstellungen besaßen. Sie verfügten dafür allerdings über den gesamten politischen Apparat des Frankismus, während die demokratische Opposition für die Durchsetzung ihrer klar abgesteckten Ziele lediglich auf ihre Mobilisierungskraft zählen konnte.

In dieser Situation war die Auswahl des neuen Ministerpräsidenten, der den Bruch als Reform managen sollte, von größter Wichtigkeit. Erst jetzt zeigte sich, daß der junge König Juan Carlos lange Zeit von praktisch allen Seiten unterschätzt worden war. Mit Adolfo Suárez wählte er einen Mann, der über entscheidende Qualitäten für dies letzte Kommando des Frankismus verfügte. „Der Regierungspräsident, den Spanien braucht, damit er das Land während der verfassunggebenden Periode führe, sollte" — so resümierte das liberal Wochenmagazin CAMBIO 16 (Nr. 278) — „jung sein, jung genug, um den Bürgerkrieg nicht mitgemacht zu haben; er sollte das Vertrauen der Krone besitzen; er sollte Zentrist sein, um mit der Linken wie mit der Rechten reden zu können; er sollte ein Reformer sein, aber mit Bindungen an die Vergangenheit, die einen abrupten Wandel verhindern ..." Le voilà, Adolfo Suárez. Er hatte als Senkrechtstarter den gesamten Regimeapparat in- und auswendig kennengelernt und wußte ihn zu handhaben. Er war keiner der bürgerlichen Interessenfraktionen eindeutig zuzurechnen, sondern ein Mann des Königs, dessen Verortung innerhalb des bürgerlichen Lagers nur sehr vage vermutet werden konnte. Zudem kamen ihm für sein Massenimage wichtige Merkmale wie gutes Aussehen und vertrauenerweckendes, sicheres Auftreten zugute. Schließlich — einer der wichtigsten Faktoren — gerade weil man aufgrund seiner Laufbahn von Suárez wenig Gutes erwarten konnte, waren alle Gegner der Reform

verunsichert, die Ultrarechten wie die demokratische Opposition; sie mußten sich abwartend verhalten, um nicht in die falsche Richtung zu reagieren. Aber sie mußten re-agieren, während sie zuvor agierten. Mit dem Amtsantritt des (der) politischen Unbekannten Adolfo Suárez am 5. Juli 1976 landete König Juan Carlos einen Überraschungscoup. Die demokratische Opposition verlor die Initiative.

Denn Suárez tat nun das einzige, was den ehemals frankistischen Bürgern zu tun blieb: Er machte sich Schritt für Schritt, Scheibchen für Scheibchen das Programm der demokratischen Opposition mangels einen eigenen zu eigen, führte es immer gerade soweit aus, wie ihn die Mobilisierung der anhaltenden Massenbewegung drängte. Daß er es ausführte, wenn auch scheibchenweise, zögernd und mit der klaren Absicht, die demokratische Opposition zu spalten, brachte ihm jedoch die Sympathien jenes überwältigenden Teils der Bevölkerung ein, der zwar für demokratische Veränderungen war, aber aus den unterschiedlichsten *Ängsten* heraus passiv blieb. Mehr noch. Suárez vollzog die Demontage-Schritte nicht nur unter dem Druck der demokratischen Bewegung, deren Ziele eindeutig die Ziele der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung waren. Um diese Demontage des Apparats gegenüber den Ultrarechten im Apparat, vor allem in der Armee und in den verschiedenen Polizeiformationen, zu rechtfertigen, berief und stützte er sich auf die demokratische Bewegung.

Mit deren Einverständnis. Denn die Linksparteien und die von ihnen beeinflußten Gewerkschaften merkten nach einiger Zeit, daß die Reform ohne ihr Drängen auf der Hälfte des Weges im frankistischen Morast steckenbleiben würde, daß sie gleichwohl völlig aufs Spiel gesetzt würde, wenn sie Suárez im Kampf gegen die Ultrarechte allein ließen. Zudem mußte der Arbeiterbewegung daran gelegen sein zu verhindern, daß Suárez sich an die mehr oder minder lange Leine der alten Reformabsichten, wie sie nun vor allem wieder von Fraga Iribarne vertreten wurden, legen ließ.

Am Referendum vom 15. Dezember 1976 läßt sich die ganze Komplexität dieser Situation erfassen, in der vom Verhalten der linken Kräfte und insbesondere der KP entscheidende Weichenstellungen für den gesamten weiteren Übergangsprozeß abhingen. Im Verlauf der Vorbereitungen des Referendums war deutlich geworden, daß der königlich erkorene Ministerpräsident einigermaßen ernsthafte Absichten hegte, die Reform über das von seinen Regierungsvorgängern beabsichtigte Maß hinauszutreiben, daß er aber auf der Suche nach dem Weg des geringsten Widerstandes durch die Regimeapparate Gefahr lief, allenthalben in die von Fraga und seinen „glorreichen Sieben" frankistischen Ex-Ministern ausgelegten Fallen und Schlingen zu treten. Das beim Referendum zur Abstimmung vorgelegte Gesetz über die Politische Reform konnte beispielsweise in den frankistischen Cortes, die sich damit selbst abschafften, nur die nötige qualifizierte Mehrheit bekommen, weil Suárez der harten Linie Fragas bedeutende Zugeständnisse machte — an denen er allerdings selbst sicherlich nicht ganz uninteressiert war. So wurden zwar allgemeine Wahlen für die erste Hälfte des Jahres 1977 angekündigt. Aber der Kongreß durfte nur von den über 21-jährigen und zudem nach einem

stark zugunsten der ländlichen Provinzen verzerrten Verhältniswahlrecht zusammengesetzt werden; der zunächst in seine Kompetenzen nur vage umrissene Senat als zweiter Kammer wurde nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt — wobei die bevölkerungsarmen ländlichen den bevölkerungsreichen Industriellen Provinzen mit je vier Senatoren gleichgewichtet wurden und der König ein Fünftel der 245 Senatoren ernennen durfte. Offen ließ das Gesetz unter dem Druck Fragas auch, ob damit die Reform des Frankismus oder die Überwindung des Frankismus durch die Reform gemeint sei, ob die Überarbeitung der frankistischen Grundgesetze oder die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Letztlich wurde dem König die entscheidende Gewalt in die Hand gelegt.

Suárez hatte der demokratischen Opposition mit Maßnahmen wie einer weiteren Teilamnestie, der Auflösung der politischen Polizei und der Sondergerichte die Initiative entrissen, ohne ihr in den entscheidenden Forderungen entgegengekommen zu sein. Die Opposition forderte u.a. als Voraussetzung für die Teilnahme am Referendum: eine allgemeine Amnestie, die Zulassung aller politischen Parteien und Gewerkschaften, ihre gleichberichtigte Beteiligung an der Vorbereitung und Kontrolle des Referendums. Die Regierung hingegen organisierte ein Referendum, das sich in der Form kaum von denen des Frankismus unterschied. Wollte die demokratische Opposition nicht ihre eigenen, auf einen klaren Bruch mit dem Frankismus hinsteuernden Vorstellungen verraten (und ihr Gesicht verlieren), konnte sie nicht JA sagen zur Suárez-Reform. Wollte sie die ohnehin große Verunsicherung der Bevölkerung, der Suárez sich als Demokrat vorstellte und die sich — wie Umfragen immer wieder zeigten — über die möglichen Implikationen der Suárez-Reform nicht im klaren war, nicht noch vergrößern, durfte sie nicht NEIN sagen; allein schon, um nicht mit den Feinden jeglicher Demokratie auf der Ultrarechten im Lager der NEIN-Sager zu stehen. Der demokratischen Opposition blieb als Ja zur Demokratie und als Nein zur Reform nichts als die ENTHALTUNG.

Und dennoch konnte die demokratische Opposition ihre relative Niederlage im Referendum als Sieg der Demokratie feiern, weil feststand, daß alle, die mit JA gestimmt oder nicht abgestimmt, sich enthalten hatten: zusammen runde 98%, die Demokratie und nicht die Diktatur wollten. Suárez war bestätigt, aber auch verpflichtet worden. Das Rennen um die besten Ausgangspositionen für die ersten spanischen Wahlen seit 1936 konnte beginnen.

5. Zwei- Parteiensystem und Legalisierung der KP

In dieser Situation wurde die Frage der Legalisierung der Kommunistischen Partei erneut zum Schlüsselkriterium für die Reichweite der Reform.

Eines der Ziele der Reform — das wird nun im Rückblick noch deutlicher als zuvor — war die Etablierung eines politischen Systems, in dem sich die Willensbildung in der Hauptsache über zwei große Parteien vollziehen sollte, die einander in der Regierung abwechseln könnten. Diese Parteien sollten

sein: eine starke, nach Möglichkeit mehrheitliche rechte Zentrumsunion, wobei zur Debatte stand, ob diese christdemokratisch oder nicht — wie dann? — ideologisch zu verorten sei; und eine nicht ganz so starke sozialistische Partei, die PSOE, von der die *reformistas* vor allem nach Portugal erwarteten, sie werde sich unter dem Einfluß der internationalen Sozialdemokratie, vor allem der SPD, und ihres eigenen rechten Flügels in ein politisch demokratisiertes und wirtschaftlich modernisiertes neues Akkumulationsmodell des Kapitalismus integrieren lassen. Für die Reformer war diese Absicht gleichbedeutend mit dem möglichst lange durchzuhaltenden Versuch der Nicht-Legalisierung und Marginalisierung der PCE, deren breite Massenverankerung sie kannten und fürchteten. Diese Vorstellung hatte schon der wichtigste Reformer in der Regierung Arias/Fraga, Areilza, wiederholt geäußert: Man müsse im Interesse der Stabilität der Demokratie die Kommunisten zunächst draußen halten; erst wenn die Demokratie stabil geworden sei, so nach drei oder fünf oder zehn Jahren, könne man sie zulassen und am demokratischen Spiel beteiligen. Dieser ausdrücklich an Adenauer-Deutschland ausgerichteten Vorstellung der Bourgeoisie entsprechend wurde alles Erdenkliche getan, um die PCE aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten. Ihre Veranstaltungen wurden noch verboten, ihre Presse noch verfolgt, als die PSOzialisten, wenngleich ebenfalls noch illegal, schon längst geduldet wurden. So konnte die PSOE vom 5. bis 8. Dezember 1976 in Madrid in aller Öffentlichkeit und unter Beteiligung der bekanntesten Führer der Sozialistischen Internationale ihren 27. Parteitag feiern, während Santiago Carrillo und sieben weitere Mitglieder des Exekutivkomitees der PCE noch am 22. Dezember verhaftet und erst wieder an Silvester freigelassen wurden.

Die PSOE steuert(e) ihrerseits — auch das wird im Nachhinein erst wirklich klar — ebenfalls ein solches Zwei-Parteien-System à la BRD, Großbritannien oder Schweden an. Das bedeutet nicht, daß die PSOE auch in irgendeiner Weise die Beibehaltung der Illegalität für die Kommunisten angestrebt hätte. Prinzipielle Überlegungen ebenso wie das Wissen, daß dies auf Dauer nicht möglich gewesen wäre ohne einen beträchtlichen Abwanderungsprozeß zur PCE, ließen sie von Anfang an und zu jeder Zeit eindeutig Stellung beziehen für die Legalisierung aller politischen Parteien ohne Ausnahme. Dennoch hielt und hält das die PSOE nicht davon ab, ein politisches System anzustreben, dessen Funktionieren sich im wesentlichen auf zwei Parteien stützen soll. Sie verbindet damit die Vorstellung, daß die Rechte aufgrund ihrer ideologischen Schwäche und angesichts der sich rapide verschlechternden wirtschaftlichen Situation bald Platz machen müsse für eine PSOE-geführte Regierung und damit die Bestimmung der Schritte auf dem Weg zum Sozialismus in ihrer Hand liege. Entsprechend dieser Konzeption verstand sich die PSOE seit langer Zeit schon als Führungsspitze der demokratischen Opposition und als „die Achse des gegenwärtigen historischen Prozesses" — so die PSOE-Zeitung EL SOCIALISTA aus der 2. Oktoberhälfte 1975, im Leitartikel.

Zunächst einmal konnte die Frage der Legalisierung der PCE also eine solche Bedeutung erhalten, weil die bürgerlichen Kräfte, sofern sie die Reform-Strategie verfolgten, die Reichweite dieser Reform möglichst eng begrenzen wollten und

so in ihrer Abgrenzung gegenüber der demokratischen Opposition zu schwach waren zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele, weil zu anfällig für die Angriffe von seiten der Ultrarechten des Frankismus. Auch Suárez hat, obwohl seine Reformabsichten weitergingen und weitergehen mußten, um durchgesetzt werden zu können, die PCE noch aus dem Spektrum der demokratischen Kräfte ausschließen wollen. Die PCE selbst sorgte — mit der Unterstützung der gesamten demokratischen Opposition — dafür, daß die Frage ihrer Legalisierung zur ausschlaggebenden Schlüsselfrage der *Reform-Strategie* wurde.

Am 25. November 1976 erschien Carrillo im französischen Fernsehen in Kameraufnahmen, die wenige Tage zuvor *in Madrid* gemacht worden waren. Und am 10. Dezember — vier Tage vor des Königs Referendum und am letzten Tag des PSOE-Parteitags — gab Carrillo im Herzen Madrids spanischen und ausländischen Journalisten eine Pressekonferenz. Mit diesem Akt setzte Carrillo, der sich schon seit Februar 1976 illegal in Spanien aufgehalten hatte, die Regierung akut unter Entscheidungsdruck, und zwar in einem Moment, in dem sie Farbe bekennen mußte. Als Carrillo am 22. Dezember nach seiner Teilnahme an einer Sitzung des Exekutivkomitees seiner Partei zusammen mit sieben weiteren Führungsmitgliedern verhaftet wurde, hatte die Regierung schon praktisch keine andere Wahl mehr als ihn möglichst bald wieder auf freien Fuß zu setzen. Silvester feierte Carrillo zu Hause. Die Frage der Legalisierung der KP, nun noch akuter als zuvor, blieb *die* politische Frage der Reform. Denn damit hingen alle anderen Forderungen der demokratischen Opposition (die Suárez brauchte so wie sie ihn) zusammen: Wie alle politischen Gefangenen amnestieren, ohne die Kommunisten freizulassen oder gleich wieder einzusperren? Wie politische Freiheiten einführen, ohne eine der starken politischen Kräfte der Arbeiterbewegung daran zu beteiligen? Wie die Gewerkschaften legalisieren, ohne die führenden Vertreter der größten und einflußreichsten Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterkommissionen, ins Recht zu setzen?

Das Zögern der Regierung, den Forderungen der Opposition nachzugeben, ermutigte die Ultrarechte wie die Ultralinke, die das Land mit Morden, Entführungen und Attentaten in Atem hielten. Als am 24. Januar 1977 neun kommunistische Anwälte in einem Büro mitten in Madrid von Ultrarechten mit Kugeln durchsiebt wurden — es gab fünf Tote und vier Schwerverletzte —, glaubten nicht wenige Spanier, nun würden „die Roten" einen neuen Bürgerkrieg entfachen. Das Bekenntnis der PCE zu einem friedlichen Übergang zur Demokratie, ihr Drängen auf eine Demokratisierung des Landes, die besonnene Kraft jener 200.000, die den Toten schweigend, aber mit erhobener Faust das letzte Geleit durch die Straßen von Madrid gaben, ließen einen Ruck durch das Land gehen.

Danach begann der Prozeß der Legalisierung der politischen Parteien. Die Legalisierung der PCE wurde dem Obersten Gerichtshof überlassen, der sich viel Zeit lassen sollte und ließ, damit ja alle merkten, daß die Legalisierung der KP mit der entsprechenden Vorsicht zu genießen sei. Schließlich wies das Gericht die Entscheidung an die Regierung zurück. Als Suárez endlich am Karsamstag (9. April), als kein Mensch damit rechnete, der KP grünes Licht gab, brachte der Ostersonntag die Auferstehung

der alten frankistischen Gespenster. Fraga Iribarnes Rechts-Allianz schürte den Groll der Militärs, die sich übergangen fühlten, zur Glut. Überall im Lande fanden rasch einberufene Versammlungen hoher Militärs statt, am Dienstag sogar eine Zusammenkunft des Obersten Heeresrats, über dem nur noch der Generalstab und der König als Oberbefehlshaber stehen. Pita da Veiga, Minister des reaktionärsten Teils der Armee, der Marine, trat zurück, und zwei Tage später wurde ein Reserve-Admiral a.D. neuer Marineminister, weil kein aktiver sich dazu bereiterklärte. Der Heeresminister konnte nur durch den Umstand, daß sich für ihn kein Ersatz gefunden hätte, von einem Rücktritt abgehalten werden. Er war es dann, der die an das gesamte Offizierskorps gerichtete, einstimmig verabschiedete Erklärung des Obersten Heeresrats veröffentlichte:

„— Die Legalisierung der Kommunistischen Partei ist in allen Einheiten der Armee allgemein auf Ablehnung gestoßen.
— Dennoch nimmt er (der Oberste Heeresrat; d. Verf.) in Betracht übergeordneter nationaler Interessen die vollendete Tatsache hin.
— Der Rat ist der Meinung, daß die Regierung davon in Kenntnis gesetzt werden soll, daß die Armee es in einstimmiger Einheit für ihre unverzichtbare Pflicht hält, die Einheit des Vaterlandes, seiner Fahne, die Unantastbarkeit der monarchischen Institutionen und den guten Ruf der Streitkräfte zu verteidigen."

Mit der Veröffentlichung dieser Erklärung, die in dem zitierten entscheidenden und in anderen Teilen keinen Zweifel an den Grenzen der Reform ließ, wurde einer Woche ein Ende gesetzt, während der Fragas Volksallianz sich schon als politische Führung eines Militärputsches wähnte. Die Ereignisse dieser einen Woche bestätigten und bestärkten die PCE in der Richtigkeit der von ihr schon bis dahin verfolgten, vielfach als gemäßigt bezeichneten Politik. Sie ließen dem großen Jubel, dem Triumph und der Begeisterung ob der Eroberung der Legalität nach 40 Jahren faschistischer Diktatur jedoch wenig Raum und Zeit. Die Erklärung des Obersten Heeresrates verlangte von der PCE, rasch, offen und ohne Umschweife Farbe zu bekennen und Flagge zu zeigen. Am 15. April beschloß das Exekutivkomitee, was sich realistischen Beobachtern längst abgezeichnet hatte: Neben der roten Fahne der Kommunistischen Partei sollte in Zukunft die rot-gold-rote Flagge der Monarchie wehen. Santiago Carrillo begründete das: „Wenn die Monarchie im Prozeß des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie weiterhin entschlossen für die Errichtung der Demokratie in unserem Lande wirkt, meinen wir, daß unsere Partei und die demokratischen Kräfte in dem zu wählenden Parlament die Monarchie als verfassungsmäßige und demokratische politische Ordnung erachten könnten ... Sollte das nicht der Fall sein, hätten wir selbstverständlich keinerlei derartige Verpflichtung ... Wir haben die Republik verteidigt, und die Vorstellungen unserer Partei sind republikanisch, doch haben wir heute nicht zu wählen zwischen Monarchie und Republik, sondern zwischen Diktatur und Demokratie ..."

Doch nicht nur diese klare Option der PCE für die Demokratie, die schon der gesamten Bündnispolitik des Pakts für die Freiheit zugrundelag, sollte von grundlegender Bedeutung für die gesamte weitere Entwicklung der politischen Situation werden. In demselben Zusammenhang galt es einen weiteren Umstand zu berücksichtigen. Nach 40 Jahren faschistischer Diktatur und demokratischer

Entwöhnung und nachdem die demokratische Opposition die Initiative verloren hatte, übte in Spanien die Hegemonie aus, wer über die politische Macht und ihre ideologischen wie repressiven Apparate verfügte. Und die befanden sich, ganz und gar im Unterschied zu Portugal, nach wie vor in der Hand der Rechten. Das politische System der frankistischen Institutionen war zwar teilweise zerstört, aber der eigentliche Staatsapparat bestand nahezu unverändert weiter. Erst die Erweiterung und Festigung demokratischer Spielregeln und des demokratischen Selbstbewußtseins der werktätigen Bevölkerungsmehrheit würden diesen Mechanismus aufbrechen können, der — wie nicht zuletzt der Erfolg von Suárez lehrte — politische Macht und ideologische Vorherrschaft aneinander koppelte. Es war also noch ein gutes Stück auf dem Weg der Überwindung des Frankismus zurückzulegen. Die Politik des Pakts für die Freiheit, des Zusammenschlusses aller antifrankistischen Kräfte, besaß nach wie vor volle Gültigkeit.

Nachdem die von den Reformern ungewünschte, ursprünglich nicht vorgesehene und maximal hinausgezögerte Legalisierung der PCE erobert worden war, sah die PCE nun ihre Aufgabe darin, sich im Interesse der Arbeiterklasse als Störfaktor jener allzu harmonisch und parteiegoistisch entworfenen Pläne für ein politisches Zwei-Parteien-System zu betätigen. Das mußte jedoch zugleich in einer Weise geschehen, die einerseits die politische Demokratie stabilisierte, andererseits Möglichkeiten ihrer Ausweitung auf den wirtschaftlich-sozialen Bereich nicht ausschloß. In genau diesem Sinne wirkte die PCE durch ihren Wahlkampf der „nationalen Verantwortung" als dynamisierender Faktor des gesamten politischen Spektrums. In Zuspitzung dieses Kriteriums der „nationalen Verantwortung" könnte man sagen: Je stärker die PCE, desto stärker die Demokratie. Je stärker die Demokratie, desto stärker die PCE. Der Wahl-Spruch der PCE: „Die Wahlen gewinnen für die Demokratie".

Das erste Ziel des PCE-Wahlkampfes war daher die Isolierung der Volksallianz Fraga Iribarnes und seiner „glorreichen Sieben" mit frankistischem Stammbaum. Während die PSOE gemäß ihrer Ausrichtung auf ein Zwei-Parteien-System in der Hauptsache die Zentrumsunion und ihre große Wahllokomotive Suárez aufs Korn nahm, griff die PCE die UCD kaum an. Sie schoß sich ganz und gar auf Fragas Allianz ein und wollte damit ein noch immer keineswegs auszuschließendes späteres Bündnis zwischen der UCD — die, obgleich zu Teilen frankistischer Herkunft, diese Wahlen erst ermöglicht hatte — und der Volksallianz — in der sich die Fortsetzer des frankistischen Regimes mit anderen Mitteln zusammengeschlossen hatten — unmöglich machen. Die PCE nützte mit dieser Politik:

— der UCD von Suárez, die so vor aller Welt auch von der PCE in den Kreis der demokratischen Kräfte aufgenommen wurde, was zugleich eine Verpflichtung bedeutete;
— der PSOE, die so einen Teil jener Stimmen erhielt, die bei einer radikaleren Politik der PCE aus der weitverbreiteten Angst vor einer (noch stärkeren) negativen Reaktion der Armee heraus vermutlich an das Zentrum gegangen wären;

— der PSOE, die so auch einen Teil der Stimmen jener Arbeiter bekam, denen sich die PSOE als die scheinbar radikalere und konsequentere Kraft präsentieren konnte, etwa in der Frage der Republik, zu der die PSOE sich schlicht opportunistisch verhielt, indem sie einerseits Felipe González kurz vor der Wahl durch ein Gespräch mit dem König aufpolieren ließ, andererseits ihren republikanische Fahnen schwenkenden Anhängern gegenüber schwieg;
— und schließlich nutzte die Politik der PCE der PCE, die sich in knapp zwei Monaten (Legalisierung am 9. April — Wahlen am 15. Juni) reichlich neun Prozent der Stimmen eroberte und unzähligen Menschen das Bild vom kleine Kinder fressenden, brunnenvergiftenden Kommunistenteufel austrieb.

Das verantwortungsbewußte Auftreten der Kommunisten hat, so argumentiert Pilar Brabo, Mitglied des Exekutivkomitees der PCE in ihrer Wahlanalyse in NUESTRA BANDERA Nr. 87, S. 53, „zu einem großen Teil die Blockierung der Linksstimmen aufgehoben. Wenn die KP bei den Wahlen nicht legal gewesen wäre, hätte sich die Angst, kommunistisch zu wählen, in eine Angst, sozialistisch zu wählen, verwandelt, und das gesamte Wahlspektrum wäre nach rechts gerutscht. Die gleichen Wirkungen wären eingetreten, wenn wir Kommunisten statt einer uns selbst entsprechenden eine extremistische und unverantwortliche Politik gemacht hätten."

6. Wahlergebnisse

Das Wahlergebnis vom 15. Juni 1977 ist trotz des in mehrerer Hinsicht undemokratischen Verlaufs der Wahlen und ihrer Vorbereitung von großer Aussagekraft für die gesamte weitere Entwicklung. Die wichtigsten Verzerrungen der Wahl — neben der vor allem auf dem Land und allgemein wegen der Stellungnahme der Armee zur PCE-Legalisierung noch aufgeschreckten Ängste — wurden bewirkt durch:

— den Ausschluß von rund zwei Millionen Jugendlichen unter 21 und über 18 Jahren aus der Wählerschaft;
— die praktische Verhinderung der Wahlteilnahme von gut 700.000 wahlberechtigten Arbeitsemigranten in Westeuropa, von denen nur etwa ein (1) Prozent gewählt hat;
— die weitgehende Beherrschung der staatlichen Massenmedien Radio und Fernsehen durch die Regierung und ihre Partei;
— die Kandidatur von Suárez als *amtierendem* Ministerpräsidenten;
— den Modus der Auszählung und Sitzverteilung: Die amtlichen Endergebnisse wurden erst über vier Monate nach der Wahl bekanntgegeben. Die ländlichen Wahlbezirke waren gegenüber den städtischen stark bevorzugt, weil dort weniger Stimmen schon einen Sitz im Kongreß einbrachten als in den Städten, wo die Arbeiterparteien sehr stark waren. So errang die Demokratische Zentrumsunion (UCD) mit 33,7% der Stimmen 47,4% der Sitze, die PSOE mit 28,7% der Stimmen 33,7% der Sitze, die PCE mit 9,1% der Stimmen 5,7% der Sitze,

die Volksallianz Fragas mit 8,1% der Stimmen 4,8% der Sitze und die Sozialistische Volkspartei Tierno Galváns nur noch 1,7% der Sitze mit 4,3% der Stimmen. Das einzig Erfreuliche an diesem Verteilungsmodus ist, daß die Volksallianz, die sich mit der Durchsetzung dieser Wahlverzerrungen Vorteile versprochen hatte, von den vier größten Parteien dadurch am stärksten benachteiligt wurde.

Die wichtigsten Merkmale dieser Wahlen waren trotz all dieser Verzerrungen jedoch positiver Natur:

— Die frankistischen Kräfte erhielten eine so gesalzene Abfuhr, daß es ihnen auf dem Wahlwege unmöglich sein dürfte, wieder ans Ruder zu kommen. Die Ultrarechten wurden weggefegt; die Volksallianz erhielt gerademal 8%.
— Die Linke erhielt trotz der genannten Umstände reichlich über 45% der Stimmen.
— Die Stimmabgabe der Spanier ist in weit geringerem Maße als dies allgemein erwartet und befürchtet wurde, von religiösen Motiven beeinflußt worden. Deshalb kann als eine der größten Überraschungen dieser Wahl die verheerende Wahlniederlage der Christdemokraten gelten.

Innerhalb der Linken hat die Sozialistische Arbeiterpartei, die inzwischen ihre Vereinigung mit der Sozialistischen Volkspartei vollzogen hat, den mit großem Abstand höchsten Anteil an den Stimmen errungen. Dabei ist jedoch anzunehmen, daß das Stimmenpotential der Sozialisten in bedeutendem Umfang instabil sein dürfte. Viele potentielle PCE-Wähler hielten in der in vieler Hinsicht noch unsicheren Wahlsituation die Stimmabgabe für die PSOE für nützlicher und wirkungsvoller, weil sie sich davon unmittelbar größeren Einfluß auf die Regierungspolitik versprachen. Ein sehr wichtiges Merkmal für die Qualität der sozialistischen Stimmen — auch im Vergleich zu Frankreich und Portugal — ist, daß sie in erster Linie aus der Arbeiterklasse stammen. Die Wahlanalyse der PCE für Madrid weist aus, daß die Skala der Wahlergebnisse von PCE und PSOE, aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken, eine fast lückenlos parallele Rangfolge aufweisen: Wo die PCE am stärksten ist, in den Arbeiterbezirken, da ist auch die PSOE am stärksten. Wo die PCE am schwächsten ist, in den Reichenvierteln der Innenstadt, da ist auch die PSOE am schwächsten.

Wie der längerfristige Trend aussehen könnte, deutete sich schon in dem Wahlergebnis der katalanischen Kommunisten an, die der PCE schon immer wie ganz Katalonien den anderen Teilen Spaniens um einige Nasenlängen voraus waren. Die Sozialistische Einheitspartei Kataloniens (PSUC) errang 18,2% der Stimmen; im Wahlbezirk Barcelona, wo 70% der Katalanen wählten, gar 20,2%. Das Wahlbündnis der PSOE mit der Sozialistischen Partei Kataloniens (PSC) errang 28,4%, in Barcelona 30,4% der Stimmen. Was in Barcelona schon beim ersten Anlauf gelang: die Eroberung der linken Stimmenmehrheit, dürfte bei den anstehenden Gemeindewahlen in praktisch allen mittleren und großen Städten, aber auch in vielen Dörfern vor allem des spanischen Südens gelingen. Diese Trendvermutung ist durch die Ergebnisse der Senats-Nachwahlen vom 18. Mai 78 in Asturien und Alicante bestätigt worden. Die PCE hatte als einzige Partei trotz einer Wahlbeteiligung von nur rund 50% außerordentlich

hohe *Stimmen*gewinne (in Asturien ca. 40% mehr) zu verzeichnen, die zu Ergebnissen von 23,2% (Asturien) und 16,4% (Alicante) führten.

Der größte Gewinner der Wahlen war die Partei des Ministerpräsidenten Adolfo Suárez, die UCD: In der UCD hatten sich 12 kleine bürgerliche Parteien — konservative bis frankistische Christdemokraten, Liberale, selbsternannte Sozialdemokraten usw. —, die z.T. vorher der demokratischen Opposition angehörten, gegen die extreme Rechte und die Parteien der Arbeiterbewegung zusammengetan. Eine wirkliche Kraft wurde diese Ansammlung von interessierten bürgerlichen Individuen erst, als Suárez auf der Suche nach einer möglichst fertigen Wahlorganisation die UCD zu sich nahm. Die größte Schwäche dieser „Union" des Präsidenten bleibt jedoch — auch nach dem für den Sommer 1978 geplanten ersten Parteitag — ihre ideologische Leere und Zersplitterung.

Besieht man sich das Wahlergebnis: ein starkes Zentrum, eine starke sozialistische Partei und weit abgeschlagen die Kommunisten und die Volksallianz, dann scheint die Rechnung von Adolfo Suárez und Felipe González aufzugehen. Aber keine der beiden größten Parteien war groß genug, um eine mehrheitsgetragene Regierung zu bilden. Dieser Umstand erlaubte es der PCE, trotz der relativen Schwäche bei den Wahlen, zu einem wichtigen politischen Faktor zu werden. In Fortschreibung ihrer Politik des Pakts für die Freiheit bemühte sie sich zunächst, die Sozialisten zur Regierungsbeteiligung zu bewegen, was diese entrüstet von sich wiesen. Daraufhin schlug die PCE eine Regierung der Nationalen Konzentration vor, in der sich alle Parlamentsparteien auf eine Plattform einigen sollten, die das Land aus der Krise, der ökonomischen und der politischen, führen solle. Sie begründete dies damit, daß die Arbeiterbewegung, gerade weil die Krise wirtschaftlicher *und* politischer Natur sei, nicht einfach zusehen könne, wie die Schwäche und Konzeptionslosigkeit der bürgerlichen Zentrumsregierung schließlich alle Bemühungen um Demokratie zunichte mache. Alle müßten nun mit anpacken.

In der Tat hatte sich die wirtschaftliche Situation in der Zeit zwischen dem Regierungsantritt von Suárez und den Wahlen (5. Juli 76 bis 15 Juni 77) in dramatischer Weise zugespitzt:

— aus den 14% Inflationsrate waren mittlerweile drohende 30% geworden;
— die Arbeitslosenziffern waren auf über eine Million hochgeschossen;
— das Haushaltsdefizit hatte sich mehr als verdoppelt;
— die Peseta wurde, nachdem sie fünf Monate vor Suárez' Amtsantritt erst abgewertet worden war, im Sommer 77 erneut abgewertet, diesmal um den Rekordprozentsatz von fast einem Drittel;
— die Auslandsverschuldung erreichte die Rekordmarke von 13 Mrd. Dollar.

Angesichts dieser eklatanten Regierungsschwäche des Zentrums malte die PSOE sich ihre Regierungszukunft in immer bunteren Farben aus. An eben jenem Wochenende (8./9. Oktober), an dem alle Parlamentsparteien in der Moncloa, dem Amtspalast des Regierungspräsidenten, über ein gemeinsames Programm für die Regierung Suárez verhandelten, sinnierte Luis Solana im SOCIALISTA (S. 3) darüber, was zu tun sei, „wenn Suárez stürzt" (so die Überschrift); schließlich

predige man „landauf, landab, daß wir die Machtalternative sind". Als die erfreulichste Möglichkeit, bei der „unser Machtanspruch fast Wirklichkeit" werde, sei eine Regierung Felipe González unter Einschluß der (noch vom Zentrum abzuspaltenden) Sozialliberalen. Unbeschworen geisterte der Gedanke an das rechts-links-gestrickte Minderheitskabinett von Portugals Mario Soares durch die politische Landschaft.

Die PCE tat ihrerseits kund, sie würde auch lieber eine PSOE-Regierung sehen als eine Zentrumsregierung. Das werde allemal besser. Aber die Zeiten seien nicht für parlamentarische Spielereien. Widerstrebend mußte die PSOE sich gefallen lassen, daß Carrillo und Suárez sie in dem Maße, wie die wirtschaftlichen und politischen Sturmfahnen höher gezogen werden mußten, mit der realen Notwendigkeit dessen konfrontierten, was nach zähen Verhandlungen als „el Pacto de la Moncloa" bezeichnet wurde.

7. Der Moncloa-Pakt

Was beinhaltet dieser Pakt, um dessen Auslegung und Verwirklichung sich in den folgenden Monaten, unter Umständen Jahren ein großer Teil der spanischen Politik drehen und, wer weiß?, wenden wird? Es versteht sich, daß wir hier nur die wichtigsten Merkmale dieses Pakts untersuchen können, der insgesamt über 100 Seiten Text umfaßt. Der Pakt ist, das war gewissermaßen die unausgesprochene Voraussetzung aller Beteiligten, die Kodifizierung des bestehenden Kräftegleichgewichts. Dabei wollte jede Seite sich selbstverständlich die besten Ausgangspositionen für die weitere Entwicklung und die Bestimmung der Entwicklungsrichtung schaffen. Also: *Wem* hat dieser (vielleicht) „historische Kompromiß" *was* gebracht?

Der Pakt, der eine wirtschaftlich-sozialen und einen politischen Teil umfaßt, berührt praktisch alle Bereiche des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Es handelt sich dabei um ein Paket von kurzfristigen und längerfristigen Maßnahmen, das keineswegs nur als Spar- und Austeritätsprogramm, sondern zugleich auch als Strukturreform-Programm bezeichnet werden kann. Die kurzfristigen Ziele des Pakts betreffen vor allem die Eindämmung der Arbeitslosigkeit und der Inflation sowie die Herstellung voller bürgerlicher Freiheiten und Garantien.

Die *Inflation* soll im Jahre 1978 auf 22% gesenkt werden. Der Staat will das u.a. durch die Reduzierung der Staatsschulden und durch rigorose Preiskontrollen bewirken. Diese Preiskontrollen für lebenswichtige Waren sollen zudem von Gewerkschaften, Unternehmern und Konsumenten mitgetragen werden. Zur Erfassung der Preisentwicklung soll außerdem ein neuer, besser den Lebensbedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung angepaßter Warenkorb für den Preisindex zusammengestellt werden; auch hier unter Beteiligung der genannten Interessengruppen.

Es muß als großer Erfolg der Linksparteien gewertet werden, daß sie die *Löhne* von ehemals beabsichtigten 17% auf 22% parallel zur Inflationsquote hochverhandelt haben. Steigen die Preise im ersten Halbjahr 1978 um mehr als 11,5%, werden auch die Löhne

entsprechend stärker angehoben. Insgesamt sollen die niedrigen Lohngruppen bei Anhebungen bevorzugt werden, die Hälfte der Lohnerhöhungen wird linear erfolgen, der Rest nach Wunsch der Gewerkschaften umgekehrt proportional zum Lohn. Halten die Betriebe diese Abmachungen nicht ein, werden ihnen Kredit- und Steuervergünstigungen entzogen. Bei Nicht-Einhaltung durch die Gewerkschaften erhalten die Betriebe die Möglichkeit zur Reduzierung der Belegschaft um max. 5% (gegen Entschädigung).

Wichtiger noch als diese Rettung des Reallohnniveaus sind für die Arbeiterklasse die Maßnahmen zur Eindämmung der *Arbeitslosigkeit,* die im Pakt vorgesehen sind. Die Regierung wird den für die Arbeitslosenversicherung ehemals veranschlagten Betrag *verdreifachen* und ist verpflichtet, die Zahlung von Arbeitslosengeld an alle Arbeitslosen in möglichst kurzer Frist herbeizuführen. Bisher erhielten nur etwa 20—25% der Arbeitslosen Unterstützung. Zudem wird der Staat 1978 seine Investitionen um bis zu 30% gezielt zur Beschaffung von Arbeitsplätzen erhöhen und dabei vor allem Jugendliche und besonders hart betroffenen Gebiete berücksichtigen. Betriebe, die Arbeitslose oder Jugendliche, die noch nie gearbeitet haben, einstellen, brauchen nur 50% der Sozialabgaben zu entrichten. Aber auch die Rentner sollen bessergestellt werden: um 30%, die niedrigsten Renten sollen am stärksten erhöht werden. Die Rentenversorgung der Landbevölkerung soll angeglichen werden.

Überhaupt wird die *Sozialversicherung,* sofern das alles ausgeführt wird, strukturelle Veränderungen erfahren. Der Staat soll bis 1983 20% ihrer Aufwendungen übernehmen. Die Beiträge sollen sich künftig nach den Reallöhnen richten. Die gesamte Verwaltungsstruktur wird demokratisiert, die Gewerkschaften werden an der Kontrolle beteiligt. Verärgert sind die in der spanischen Chemie fettgewordenen Multis, weil die nationale Chemieproduktion vorrangig ausgebaut und der Import der wichtigsten pharmazeutischen Rohstoffe unter staatliche Kontrolle gestellt werden soll.

Die *Landwirtschaft* wird durch mehrere Gesetze, darunter ein Gesetz über die Agrarreform und -entwicklung, aufhören, das Aschenputtel der spanischen Wirtschaftsentwicklung zu sein. Der Staat wird darauf achten, daß die Agrarpreise nicht weiter zugunsten der Industriepreise verlieren, wird landwirtschaftliche Betriebe, besonders aber das Genossenschaftswesen fördern, wobei solche bevorzugt werden, die den gesamten Produktionsprozeß einschließlich Verarbeitung bis zur Vermarktung organisieren. Die stark monopolisierte und besonders von Multis durchdrungene Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte soll also stärker unter nationale Kontrolle gebracht werden. Eine Reihe neuer Pachtgesetze und verbesserte Enteignungsmöglichkeiten für brachliegendes Land der Großgrundbesitzer sollen alledem nachhelfen.

Ein großer Teil der 30-prozentigen staatlichen *Investitionsausweitung* soll in die Bauindustrie fließen; und zwar diesmal nicht, wie das jahrzehntelang geschehen ist, in die Taschen der Bodenspekulanten und Baulöwen. Wird der Plan durchgeführt, gibt es auf dem bisher üppigen Frühstücks-Kartell-Tisch in Zukunft Magerquark. Die Bodenspekulation soll durch einen ganzen Fächer von Maßnahmen eingedämmt, etwaige Gewinne gar rückbezüglich voll abgeschöpft werden. Die Auftragsverteilung wird kontrolliert. Bevorzugt beauftragt werden Bauhandwerks-Genossenschaften.

Bevorzugt gebaut werden Schulen und Kindergärten: insgesamt 400.000 neue Einheitsschulplätze, 200.000 Kindergarten- und Vorschulplätze, 100.000 Abiturvorbereitungsplätze. Das ist nicht ganz, aber rund zwei Drittel dessen, was fehlt. Zudem sollen 1979 die Lehrer besser bezahlt, die Schulspeisung ausgeweitet und die Lehrbücher billiger werden. Außer Schulen sollen vor allem Sozialwohnungen gebaut und die vorhandenen auf ihre Bewohner und deren Einkommen hin geprüft werden.

Spanien ist ein hochgradig von der *Energie*einfuhr abhängiges Land. Energieimporte, vor allem die Entwicklung der Erdölpreise, belasten die spanische Zahlungsbilanz auf das Schwerste. Daher sieht der Pakt einen Energiesparplan und einen Strukturentwicklungsplan vor. Nicht unabhängig davon zu sehen sind die Abmachungen über ein Statut der öffentlichen Unternehmen. Darin sind solche wichtigen Kriterien enthalten wie: parlamentarische Kontrolle; Regionalisierung der Investitionen; Mitbestimmung der „sozialen Kräfte", also auch der Gewerkschaften; Kontrolle über An- und Verkäufe von Unternehmen (um die bisher durchweg übliche Praxis der Sozialisierung von Verlustunternehmen zu verhindern); der öffentliche Sektor soll nicht mehr nur Unterstützungsfunktion haben, sondern eine eigenständige Rolle spielen und insgesamt ein größeres Gewicht bekommen.

Bleibt die Frage: Wo kommt all das Geld her, das man für diese Maßnahmen braucht? Zunächst einmal werden sich Veränderungen im gesamten *Finanzwesen* ergeben. Zwar hat sich niemand an den in Spanien lange diskutierten, gegenwärtig aber nicht durchzusetzenden Vorschlag gewagt, die Großbanken zu verstaatlichen. Aber es sind Formeln gefunden worden, die geeignet sind, den bisher einheitlichen und einseitig von den privaten Großbanken beherrschten Kredit- und Währungsmechanismus stärker unter öffentliche Kontrolle zu stellen. Zugleich ist mit der Stärkung der Sparkassen von einer anderen Seite her ein Angriff auf die privaten Großbanken gestartet worden. Die Sparkassen sollen in Zukunft vorwiegend in ihrem Einzugsbereich investieren und kleine und mittlere Unternehmen bevorzugen. Das gilt besonders für die ländlichen Sparkassen und Agrarkredite.

Eine der wichtigsten strukturellen Veränderungen vollzieht sich jedoch im *Steuerwesen*. Bisher bezog der Staat seinen Haushalt zu rund 70% aus indirekten Steuern, die bekanntlich voll den Verbraucher und damit die arbeitende Bevölkerung belasten. In Zukunft soll der Haushalt halbe/halbe aus direkten und indirekten Steuern finanziert werden. Der Zuwachs der direkten Besteuerung trifft fast ganz das Kapital und die Reichen. Das bisher regressive Steuersystem (je mehr man verdient, desto wenige zahlt man) wird zu einem progressiven Steuersystem, dessen Progression (bis zu 60%) dem kapitaleuropäischen Schnitt angepaßt wird.

Neben diesen — immer an bisherigen spanischen Zuständen gemessen — höchst positiven Ergebnissen des wirtschaftlich-sozialen Pakts wurden auch *politische Abmachungen* getroffen, die von der Volksallianz Fraga Iribarnes bezeichnenderweise nicht unterschrieben wurden. So wird eine neue demokratische Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungs-Gesetzgebung die aus der Franco-Ära oder aus der Regierungszeit des Innenministers Fraga stammenden diskriminierenden Bestimmungen ablösen. Zudem werden die Öffentlichen Ordnungs- und Sicherheitskräfte umorganisiert und alle bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechte garantiert (der kürzlich bekanntgewordene Verfassungsentwurf enthielt neben weniger erfreulichen Dingen auch das Recht auf Arbeit). Das Fernsehen und die Presse, soweit sie dem Staat unterstehen, werden parlamentarischer Kontrolle unterworfen. Alle spezifischen Frauen-„Delikte" werden aus den Gesetzen verbannt, die Anti-Baby-Pille erlaubt, eheliche und uneheliche Kinder rechtlich gleichgestellt — auf diesen Gebieten wurden schlicht mittelalterliche Zustände beseitigt.

Eine wichtige Vereinbarung, deren Tragweite noch nicht zu übersehen ist, weil ihre Bestimmungen im Einzelnen noch zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften auszuhandeln sind, garantiert die von der PCE und den CCOO geforderte Erarbeitung eines *Statuts über die Rechte der Arbeiter* im Betrieb.

Es ist ganz offensichtlich, daß der Moncloa-Pakt in vieler Hinsicht ein Kompromiß zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Fraktion des spanischen Kapitals ist, während die „ausländische" Kapitalfraktion trotz der kürzlich eingeführten Möglichkeit der Eröffnung ausländischer Banken in Spanien dabei vergleichsweise schlecht weggekommen ist. In der Ausführung des Pakts ist es allerdings schon zu ersten harten Auseinandersetzungen gekommen, weil sich die Unternehmerverbände weigern, die für sie problematischen Abmachungen anzuerkennen. Dieser Widerstand hat inzwischen zu einem Rechtsruck der Regierung und zu hartnäckigen Bestrebungen geführt, bestimmte, der Arbeiterbewegung nützliche Teile der Abmachungen schlicht zu ignorieren.

Gegenüber der Situation vor dem Abschluß des Moncloa-Pakts haben die Organisationen der Arbeiterbewegung jetzt jedoch erhebliche Vorteile. Sie können sich bei ihrer Kritik an der Regierung, ja selbst bei ihren Mobilisierungen auf positive Abmachungen mit der Regierung berufen, sie können die Regierung zu ihrer „eigenen" Politik zwingen.

Die Sozialisten ließen sich nach anfänglichen Äußerungen der Zustimmung bald wieder lauter denn je als „Gegenmacht" und „Machtalternative" vernehmen, während die PCE sich trotz aller Schwierigkeiten in ihrer Politik der Schaffung eines breiten demokratischen Konsenses bestätigt sah.

Das Verhalten der beiden wichtigsten Gewerkschaften entspricht dem der beiden wichtigsten Linksparteien. Die Arbeiterkommissionen sagten „JA, aber" zum Moncloa-Pakt, und mit dem „aber" meinte sie die Lohn- und Entlassungsabmachungen. Die UGT sagte „NEIN, aber" und meinte damit das gleiche, nur so wie die PSOE. Nur nebenbei sei erwähnt, daß eine der Bedingungen der PSOE für die Unterschrift unter den Pakt der UGT direkt zugutekam. Die Regierung übernahm die lange verweigerte Bürgschaft für einen 300-Millionen-Kredit (ca. 10 Mio DM) von der DGB-Bank für Gemeinwirtschaft.

8. Weitere Demokratisierungsschritte

Von erstrangiger Bedeutung nicht nur für die Situation in den Betrieben, sondern für die Möglichkeiten der Stabilisierung demokratischer politischer

Verhältnisse überhaupt, für das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse und für die Mobilisierungskraft der Arbeiterparteien waren die *Betriebsratswahlen,* die seit Ende Januar das ganze Frühjahr hindurch abgehalten wurden. Bei diesen Wahlen zeigte sich, daß die Arbeiterkommissionen, die mit ihren 2,3 Millionen Mitgliedern im April 78 knapp die UGT übertrafen (Organisationsgrad insgesamt: zwischen 50 und 60%), die mit Abstand am stärksten verankerte Gewerkschaftsbewegung darstellen. Nach eigenen Angaben wurden fast 52% der Delegierten auf Listen der Comisiones Obreras gewählt, während die UGT sich mit 22% der Delegierten begnügen mußte. Daß andere Quellen, etwa das Arbeitsministerium, davon stark abweichende Angaben machen: Arbeiterkommissionen 35,5%, UGT 22,7%, dafür aber fast 20% Unorganisierte, erklärt sich aus der hohen Zahl kleiner Betriebe und des in diesen Betrieben geltenden Wahlsystems offener Listen. 99,8% der Betriebe haben weniger als 250 Beschäftigte, und nur in den Betrieben mit über 250 Beschäftigen (= ein Viertel aller Lohnabhängigen) wurden geschlossene Kandidatenlisten gewählt.

Die Betriebsratswahlen sind vor allem deshalb von so großer Bedeutung, weil sie der spanischen Arbeiterklasse eine einheitliche Vertretung in den Betrieben geben, die nicht an eine irgendwie geartete Friedenspflicht gebunden ist. Dadurch werden sie im Zusammenhang mit nötigen Kampfmaßnahmen bei Tarifverhandlungen oder bei Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung wichtige Vertretungs- und Kampforgane.

Von mindestens ebenso großer Bedeutung für die Demokratisierung der spanischen Gesellschaft und für die Beseitigung des frankistischen Machtapparates werden die *Gemeindewahlen* sein, die nach der Festigung des Einflusses der Arbeiterbewegung durch die Betriebsratswahlen mit Sicherheit eine weitere starke Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Lande nach links bewirken bzw. zum Ausdruck bringen werden. Denn in den Gemeinden wird im Wahlkampf das ganze Ausmaß der Verquickung der beiden Rechtsparteien, der Volksallianz und des Zentrums, mit dem alten frankistischen Verwaltungsapparat offenbar werden. Die Regierung weiß das und ist daher bestrebt, die Wahlen so weit wie möglich hinauszuzögern. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge kann davon ausgegangen werden, daß sie nicht vor dem Winter 1978/79 stattfinden. Auf jeden Fall will die Regierung entgegen ursprünglichen Versprechungen zuerst die Verabschiedung der neuen Verfassung durch ein Referendum durchführen, das frühestens für September 1978 zu erwarten ist.

Mitentscheidend für das Ergebnis der Gemeindewahlen wie für die gesamte Entwicklung der Kräfteverhältnisse wird der weitere Verlauf der Autonomie-Debatte und-Bewegung sein, in der die Linksparteien eine wichtige, wenn auch unterschiedlich ausgeprägte Rolle spielen. Andererseits werden umgekehrt die Gemeindewahlen wohl eine große Bestätigung für die Autonomiebestrebungen bringen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Fortsetzung der als Reaktion auf den Zentralismus der Diktatur eher noch verstärkten, jahrhundertealten föderalistischen Bestrebungen der verschiedenen Nationalitäten und Regionen Spaniens. Die Autonomie-Bewegung leistet einen zentralen Beitrag zur Dezentralisierung und

damit zur Liquidierung des frankistischen Staatsapparates und ist die Voraussetzung für eine sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die unbedingt mit den extremen Ungleichgewichten zwischen den verschiedenen Regionen des Landes aufräumen muß. Gemeindewahlen und Autonomiebewegung zusammen haben auch nicht zuletzt deshalb große Bedeutung, weil die Armee dann die Möglichkeit bekommt, sich an sozialistische und kommunistische Funktionsträger: Stadt- und Gemeinderäte, Bürgermeister und Minister zu gewöhnen. Den ersten Präzendenzfall gibt es schon in Katalonien, wo vier sozialistische und zwei kommunistische Minister in der Allparteien-Regierung der provisorischen Generalitat sitzen.

Der im Herbst zu verabschiedenden Verfassung zufolge, die Anfang April die Cortes passierte, wird Spanien in Zukunft eine parlamentarische Monarchie sein, in der die Souveränität beim Volk und den von ihm gewählten Organen liegt. Die Verfassung garantiert alle demokratischen Rechte und Freiheiten einschließlich des Rechts auf Arbeit, schreibt aber auch die Marktwirtschaft fest. Die Armee wird auf diese Verfassungsordnung verpflichtet. Was unter dem „Recht auf Autonomie innerhalb der unauflöslichen Einheit der spanischen Nation" zu verstehen ist, wird noch im einzelnen auszuhandeln sein.

Von großer Bedeutung für die Entwicklungsgeschwindigkeit der spanischen Gesellschaft wird nach wie vor die weitere Entwicklung in den Nachbarstaaten Frankreich und Italien sein.

Bei so vielen Einwirkungsfaktoren und Fragezeichen — man hätte durchaus noch mehr benennen können — fällt es schwer, eine Prognose zu wagen. Angesichts der angehäuften Probleme sind, wie z.T. schon der Moncloa-Pakt angedeutet hat, weitreichende Strukturveränderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft notwendig, wenn die wirtschaftliche und politische Krise und die mit ihr verbundenen sozialen Konflikte nicht ein Ausmaß annehmen sollen, das unweigerlich über kurz oder lang wieder die Armee auf den Plan rufen würde. Gegenwärtig versuchen Ultrarechte wie Ultralinke — obwohl bei der ETA von „links" nichts mehr geblieben ist — eben diese Intervention zu provozieren. Angesichts der nicht zu übersehenden Rechtslastigkeit der Armee wird die Linke andererseits nicht umhin können, die sich abzeichnenden großen Wahlerfolge mit Vorsicht zu genießen. Sie wird die neugewonnenen politischen Positionen dazu benutzen können, die Notwendigkeit tiefgreifender gesellschaftlicher Reformen und umfassender Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens ins Bewußtsein auch von Armee und Polizei zu rufen. Die etappenweise Eroberung von Teilen des Staatsapparates von seinen Ausläufern her, über die Verwaltung der Städte und Gemeinden, Regionen und Provinzen, wird die Befähigung der Linksparteien zu einer demokratischen, an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgerichteten Verwaltung und zur Lösung wichtiger Probleme unter Beweis stellen und demokratische Lernprozesse in den Repressionsapparaten erleichtern.

Michael Ellwardt

Sozialdemokratische Staatstheorien

1. Zur Typologie der Sozialdemokratie

Zur Darstellung sozialdemokratischer Strömungen sollen als Unterscheidungsmerkmale dienen: sozial-liberaler und sozialistischer Reformismus (vgl.HARRER 1974). Der erstere ist, ganz grob gesagt, durch die Kennzeichnung der kapitalistischen Marktwirtschaft als beste Gesellschaftsordnung charakterisiert. Es komme nur auf eine möglichst effektive Ausgestaltung des Kapitalismus an, wodurch gleichzeitig die Lebensinteressen der Arbeiterklasse verbessert würden. Im Mittelpunkt dieser Anschauung steht das Gemeinwohl. Einerseits müsse man die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft beschneiden, andererseits müßten „überzogene Forderungen" der Arbeiterklasse beschnitten werden. Diese Position kann als Sozialliberalismus bezeichnet werden, „weil er das doppelte Grundaxiom sozialliberaler Politik zur Voraussetzung seiner Tätigkeit macht — daß nämlich die Lebenslage der abhängig Arbeitenden nur innerhalb der Grenzen des Kapitalismus gebessert und stabilisiert werden kann, daß andererseits aber der Kapitalismus nur lebensfähig bleiben kann, wenn bestimmte Organisationen der Arbeiterklasse ... zu seiner Stützung und Ausgestaltung herangezogen werden." (HARRER, 1974, S.571) Dafür müßten ihnen gegenüber aber Zugeständisse gemacht werden. Die zweite Richtung — *der sozialistische Reformismus* - will durch antikapitalistische Reformen das kapitalistische Gesellschaftssystem allmählich in den demokratischen Sozialismus transformieren. Sowohl in ihrer Strategie als auch in ihrer Analyse setzt sie sich gegenüber den kommunistischen Parteien durch den Begriff des demokratischen Sozialismus ab. Sie stellt bei ihrer Vorstellung der allmählichen Überwindung des Kapitalismus nicht die Frage nach dem Problem der politischen Macht als der entscheidenden Frage der Möglichkeit des Übergangs zum Sozialismus, und sie negiert die führende Rolle der revolutionären Partei beim Übergang zum Sozialismus und beim Aufbau desselben. Aus diesen Gründen ist sie als reformistisch zu definieren.
Ein nicht einflußreicher, kleiner Teil in der SPD (hauptsächlich in der JuSo-Linken) vertritt heute noch marxistische Positionen.

2. Staatsverständnis der SPD

2.1.Staatsverständnis des sozialliberal-integrativen Reformismus

Zum Staatsverständnis des sozialliberalen Teils finden sich nur verstreut Bemerkungen. Das Pluralismuspostulat des Godesberger Programms mag einer der Gründe dafür sein.(GODESBERGER PROGRAMM,S.4) Aber dieser scheinbare Pluralismus kann durch die Verwendung der Methode der kritischen Rationalität auch zur Grundlage theoretischer Durchdringung in der Gesellschaftsanalyse werden: „Kritische Rationalität kann aber unsere Hoffnungen und Erwartungen sehr wohl kontrollieren, ihre Stringenz, Konsistenz und ihre Implikationen überprüfen. Sie öffnet den Blick für

den Realisierbarkeitsaspekt. Dergestalt hebt sich die moralische Qualität unserer Entscheidungen, da diese eben nicht bloß durch die Werte des Ziels, sondern nur dann sittlich legitimiert werden können, wenn die Folgen einbezogen werden." (SCHMIDT 1975,S.284) Jeder Schritt, der gemacht werden soll, muß auf seine Machbarkeit überprüft oder die Einzelschritte müssen falsifiziert werden.(vgl. POPPER 1972, S.106) Schmidts Strategie der Gesellschaftsveränderung hat ihre Grundlage in der Lösung der Einzelprobleme; „die Veränderung eben Stück für Stück in konkreten Reformschritten herbeizuführen..."(SCHMIDT 1975, S.278) Von dieser Grundlage der Pluralismusvorstellung, die die Reformschritte nach dem jeweils Möglichen (Machbaren) bemißt (SCHMIDT 1975, S.280), ist auch die Vorstellung der sozialliberalen Richtung von der Rolle des Staates zu sehen.

Schon das Godesberger Programm sah im bürgerlichen Staat die Grundlage für den Aufbau einer neuen Gesellschaft: „Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der einzelne sich in freier Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann." „Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsfürsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern. Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient." (GODESBERGER PROGRAMM, S.6) Grundlage einer solchen Einschätzung und Bewertung ist die demokratisch-liberale Staatstheorie. „Die Grundposition der demokratisch-liberalen Staatstheorie, die unausgesprochen auch dem Godesberger Programm zugrundeliegt, läßt sich...wie folgt umschreiben: Entgegen der Reduzierung des Staates auf den Staatsapparat und der Entpolitisierung der Gesellschaft ist der Staat als strukturierter menschlicher Verstand anzusehen, als organisierte politische Wirkungs- und Entscheidungseinheit. Die Struktur dieser Einheit und ihre politische Handlungsfähigkeit ist der eigentliche Gegenstand der Staatstheorie ... Entgegen dem Dualismus von Staat und Gesellschaft mit dem ambivalenten Gebrauch des Wortes Staat ist die zum Staat organisierte Gesellschaft, die civil society gerade als politisches Gemeinwesen anzusehen." (EHMKE 1974, S.90)

Zunächst ist diese Staatsdefinition scheinbar wert- und zeitneutral. Es erfolgen negative Abgrenzungen dahin, daß der Staatsapparat nicht gleich dem Staat ist. Letzten Endes wird der Staat auf die Einheit von politischem Gemeinwesen und Regierungssystem zurückgeführt. Ihr Verhältnis wird als „institutionelle Ausdifferenzierung spezifischer Funktionen dieser politischen Selbstorganisation" (EHMKE 1974,S.90) verstanden. Diese Darstellung der Funktionalität des Staats zum Nutzen des Gemeinwesens gerät zu einer scheinbaren Wertneutralität, da die Frage nach der Formbestimmtheit der Funktionalität des bürgerlichen Staates nicht gestellt wird, sondern das Hauptproblem darin gesehen wird, wie der Staat „als organisierte politische Wirkungseinheit"(EHMKE 1974,S.90) tätig wird: „Die wissenschaftliche Staatstheorie muß über den relativ formalen Rahmen der herrschenden Pluralismustheorie hinaus zu einer materialen Demokratietheorie vorstoßen, und sie muß dabei die Fähigkeit des demokratischen Government, die Probleme unserer Industriegesellschaft zu lösen, zu ihrem zentralen Thema machen." (EHMKE 1974, S. 93) Auf der Grundlage der

funktionalen Beziehungen von politischen Gemeinwesen und Regierungsform (als Einheit Staat) verschwindet über die Diskussion der bestorganisierten Funktionalität des Staates die Frage nach dem Klassencharakter des bürgerlichen Staats. Im Vordergrund steht die Frage nach der Operationalität, um auftretende Probleme innerhalb der bürgerlichen Staatsform organisatorisch lösen zu können.

Ehmke schließt an seine formale Staatsdefinition die inhaltliche Funktionsbestimmung an: Lösung der Probleme der Industriegesellschaft.(EHMKE 1974, S.103) Die neutrale Definition des Staates beinhaltet eine auf dem Klassenkompromiß angelegte Bestimmung der Gesellschaft. Wird mit der Funktionsbestimmung eine scheinbar vernunftmäßige Instanz in ihrer Funktionalität gezeigt, die gleichzeitig die Mittel zur Problemlösung der Industriegesellschaft bereitstellen kann, so wird die Entstehung der Probleme als Produkt der Industriegesellschaft gezeigt, wie es allen hochentwickelten Gesellschaften eigen sei. Er setzt „an die Stelle der marxistisch-leninistischen Begriffe von der sozialökonomischen Gesellschaftsformation einen Gesellschaftsbegriff, der vorrangig an technischen, ökonomischen und strukturell-funktionalen Werten orientiert ist und den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Monopolen und Volksmassen negiert. Rechte sozialdemokratische Führer leiten ihre Staatsauffassungen schließlich deshalb aus den Theorien von der modernen Industriegesellschaft ab, weil diese den Kapitalismus als klassenlose Gesellschaft darstellen bzw. das Verhältnis der Klassen und Schichten zu den Produktionsmitteln durch gesellschaftliche Beziehungen zu überdecken suchen, die sich lediglich aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der damit objektiv verbundenen Kooperation ergeben."(IPW 3/75,S.42)

Entsprechend dem Godesberger Programm (GODESBERGER PROGRAMM, S.7) definiert Vogel den Staat als Kulturstaat. Er ist daher nicht Instrument der herrschenden Klasse, sondern „Organisation des Volkes"(VOGEL 1975, S.751). Als Rechtsstaat beinhaltet er, weil er pluralistisch organisiert ist, die Friedens-, Verteilungs- und -Ausgleichsfunktion.(VOGEL 1975, S.750) Der Staat ist nach dieser Einschätzung nicht mehr Klassenstaat, sondern Sammelsurium verschiedenartiger Interessen und Instrument zum Ausgleich der verschiedenen Interessen in einer pluralistischen Gesellschaft. Somit können die Rechtssozialdemokraten eine Fixierung auf den Staat suggerieren, der als Rechtsstaat das ausgleichende Instrument bildet, das den Interessen der ausbeutenden Minderheit wie der ausgebeuteten Mehrheit gleichermaßen gerecht werden könne.

2.2.Die Formel der sozialen Demokratie

Die sozialliberale Staatsauffassung bietet die Möglichkeit des Ausgleichs der Interessen und der Emanzipation der unterdrückten Klassen und Schichten über demokratische Einbeziehung in die Entscheidungsstruktur des Staates an. In dieser Hinsicht kommt dem Begriff der sozialen Demokratie besondere Bedeutung zu. Dieser Begriff soll darlegen, daß über den Staat als neutrales

Element mehr Gerechtigkeit und Freiheit für die Allgemeinheit erreicht werden kann. Der Staat wird zum Gestalter der Demokratie. Indem er die Demokratie realisiert, wird er selbst zum Kultur- und Rechtsstaat. „Godesberg kennzeichnet den Aufbruch der Sozialdemokratie, ihren eigenen geschichtlichen Anspruch auf die Gestaltung des Staates mit dem Ziele der Demokratisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit endlich durchzusetzen. Also nicht nur zu postulieren, wie es eigentlich zu sein hätte, sondern selbst politisch Hand anzulegen, um in harter Kärrnerarbeit dafür zu sorgen, daß der Staat Vorbedingungen dafür schafft, damit der einzelne sich in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann."(WEHNER 1974,S.1030) Verwirklichung von politischer Demokratie und die Institutionalisierung der bürgerlichen Demokratie werden hier von der sozialliberalen Richtung in der SPD identisch gesetzt. Noch deutlicher wird das bei Brandt: „Wir stehen zu diesem Staat, dessen Verfassung und Aufbau wir wesentlich mitveranstaltet haben. Was uns von anderen unterscheidet, ist dies: Gegen viel Unvernunft und viel Widerstand streiten wir für umfassende politische, aber auch wirtschaftliche und soziale Demokratie!"(BRANDT 1974, S.1033) Die SPD hat diesen Staat verändert und mit ihm die Gesellschaft. Mehr Demokratie, Freiheit und Gleichheit, Bekämpfung der Auswüchse heißt die Devise. Sonst bleibt alles beim Alten, denn es gibt keine bessere Wirtschaftsordnung: „Die Marktwirtschaft erfüllt heute und für die für mich absehbare Zukunft ihre gesellschaftlichen und sozialen Aufgaben besser als alle anderen Systeme." (SCHMIDT 1975, S.106)

Das Auswüchsebekämpfen wird vermischt mit der Möglichkeit der Befreiung der Arbeiterklasse von der Entfremdung, deren Inhalt nicht näher definiert ist. Fest steht aber, daß die Voraussetzungen dafür innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung zu suchen seien, die die Befreiung der Arbeiterklasse am besten gewährleisten könne, da sie wirtschaftlich und von ihrer demokratischen Struktur her optimale Bedingungen enthalte.(vgl.VOGEL 1975,S.751)

Versucht also der Sozialliberalismus die Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren, so kann ihm das nur gelingen, wenn er sie an die vorhandene Staatsordnung binden kann. Er stellt daher den Staat als Mittel zur Veränderung der Gesellschaft dar.(vgl. LÜHRS 1974, S.165) Es komme nurmehr noch auf die Macht im kapitalistischen Staat an, auf den Regierungswechsel.(SCHMIDT 1975, S.94 u. S.196) Ist die SPD an der Regierung, so ist es ihre Aufgabe, von den Klassenkämpfen abzulenken und an Hand geringfügiger Verbesserungen im sozialen Bereich die Lage so darzustellen, als vollzöge sich mit der SPD-Regierung eine langsame qualitative Veränderung.(METZGER 1974, S.22) Der Kapitalismus ist gar nicht mehr Kapitalismus, sondern ein Mittelding, nicht Kapitalismus aber auch noch nicht Sozialismus. Gegen Opponenten solcher Vorstellungen wird argumentiert, sie ließen außer Acht, „daß das kapitalistische System selbst in diesem Prozeß nicht dasselbe geblieben, sondern daß es im Maße der zunehmenden Ausweitung der Staatsfunktionen einer qualitativen Veränderung unterworfen war und unter-

worfen bleibt. Die Privatheit ökonomischer Entscheidungen wird entweder reduziert in dem Maße wie ihre Bedingungen staatlich gesetzt oder ihre Inhalte unmittelbar durch Anreize und Verbote bestimmt werden, oder sie wird in ihren gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen unschädlich gemacht, wie kompensierende und korrigierende Staatsleistungen die Folgenprobleme rein kapitalistischer Entscheidungsmuster auffingen... Zwischen dem reinen, unkorrigierten Kapitalismus - und der rein sozialistischen Wirtschaftsordnung...erstreckt sich offenbar ein Kontinuum möglicher Mischformen privatwirtschaftlicher und staatlich-politischer Steuerung ökonomischer Prozesse, in dem jede Intensivierung staatlich-politischer Steuerung die Qualität des Gesamtsystems verändert." (EHMKE 1974, S.99)

Staatseingriffe und ihre Ausweitung stellen für das sozial-liberale Staatsverständnis das Einfallstor dar, über die das kapitalistische System qualitativ zu verändern sei (zu mehr Humanität, weniger Entfremdung, höherer Lebensqualität). (vgl. EHMKE 1974, S. 99) Objektiv werden diese sich erweiternden Staatseingriffe durch die Bewältigung der Vergesellschaftung der Produktivkräfte innerhalb der Schranken der kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufen. Zunächst erfordert die weitere Vergesellschaftung der Produktivkräfte die monopolartige Form der Aneignung — d.h. der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte sprengte seine Aneignungsform in der Hinsicht, daß die private Aneignung über die gesellschaftliche Form zusammengefaßter Kapitalien stattfand; diese Entwicklung hat ihre Grundlage in Konzentration und Zentralisation des Kapitals, wobei das Kapitalminimum als qualitative Schwelle dieser Entwicklung eine besondere Rolle spielt. (vgl. HUFFSCHMIDT 1975) Der sich weiter vollziehende Prozeß der Vergesellschaftung der Produktivkräfte machte — wollte er nicht die Grenzen des Kapitalverhältnisses sprengen — eine weitere Formveränderung der Kapitalaneignung notwendig. Diese fand durch zunehmende Eingriffe des Staates in den Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals ihren Ausdruck. Außerdem wurden neben den allgemeinen Reproduktionsbedingungen auch besondere gesichert, (Subventionen, Teilhabe an einzelnen Monopolen).

Genau diese durch die Entwicklung der Produktivkräfte notwendig gewordenen Eingriffe zur Sicherung des Profitsystems nehmen die sozialliberal-integrativen Sozialdemokraten als Indiz sowohl einer qualitätsbestimmten Änderung der Gesellschaft zu höherer Lebensqualität als auch zum Mittel der Veränderung der Gesellschaft. Der Stand der Produktivkräfte erfordert neben der Anarchie des Marktes ein bestimmtes Maß an Planmäßigkeit, das durch staatliche Maßnahmen hergestellt werden soll, da auch die Mittel der Monopole dafür nicht ausreichen (z.B. in der Forschung, Umwelt usw.). Die SPD hat daher in ihrem Orientierungsrahmen '85 einen Planungsrahmen vorgegeben. Bei der staatlichen Planung kommt es darauf an, ohne zu weite Übergriffe des Staates (z.B. Verstaatlichung) das Profitsystem zu sichern, weil eben die Marktwirtschaft die beste Ordnung sei (SCHMIDT 1975, S. 106): „Und weil das so ist, weil ein ganzes Stück Dynamik, wie bei gesellschaftlich gesteuerter Prozessen nur sehr mühsam, wenn überhaupt, zu schaffen ist, mit der Vergesellschaftung verloren gehen würde, bin ich, um der Vergrößerung des Gesamtkuchens bereit — ... die Dynamik zu

erhalten, ihr nur Grenzen zu setzen, die sie nicht übersteigen kann, und das auf dieser Grundlage größer werdende Wachstum nur entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen mit harter Datensetzung zu differenzieren und es nicht zu verlangsamen." (EHRENBERG/STRASSER 1973,)

3. Reformistisch-sozialistischer Teil der SPD

Hinsichtlich des Staatsverständnisses bestehen einige Unterschiede zwischen dem reformistischen Teil der JuSos und der sogenannten Altlinken. Daher werden beide getrennt untersucht.

3. 1. Staatsauffassung des reformistischen Teils der JuSos

Ausgehend vom Anspruch einer marxistischen Analyse ist zentraler Ausgangspunkt der Staatsanalyse der reformistischen JuSos die gesellschaftliche Dialektik (zwischen Kapital und Arbeit). Sie vermittle sich in den Staat hinein und müsse zur Grundlage jeder Staatstheorie gemacht werden. (STRASSER 1975, S. 72) Der Begriff des Staates als ideellem Gesamtkapitalisten betreffe nur einen Teil der Realität, „wenn man davon ausgeht, daß auch diese allgemeine Kennzeichnung des bürgerlichen Staates, so sehr sie der Instrumentthese überlegen ist, eine Verkürzung der Problematik des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft enthält, die durchaus praktisch-politische Folgen hat. Denn die Auffassung des Staates als ideellem Gesamtkapitalisten führt in der Konsequenz dazu, daß ich den Staat letztlich der gesellschaftlichen Dialektik enthoben ansehen muß und die Grenzen der Staatstätigkeit genau dort ansetze, wo die bestehende Produktionsordnung tangiert wird." (STRASSER 1975, S. 72)

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, daß Strasser zwischen dem Staat als ideellem Gesamtkapitalisten und dem, was er als gesellschaftliche Dialektik kennzeichnet, einen Gegensatz sieht. Der Staat würde dem Kräfteverhältnis der Klassen enthoben, wenn er ideeller Gesamtkapitalist sei. Für ihn ist daher die Besonderung des Staates gegenüber der Gesellschaft nur scheinbar, da der Staat in Wirklichkeit „Bestandteil und Ausdruck dieser Gesellschaft mit ihren Klassenspannungen" (STRASSER 1975, S. 72) bleibt. Nun ist die relative Selbständigkeit des Staates nicht nur Schein, sondern reale Basis, auf der der Staat seine Funktionen erfüllen kann. Da seine Aufgabenbestimmung und -erfüllung an die jeweilige Art des Eigentums gebunden ist, ist auch der Staat in seiner Formbestimmtheit geprägt durch die sich entfaltende Widersprüchlichkeit zwischen privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion. Auf der Grundlage der jeweiligen Eigentumsstruktur stellt der Staat als scheinbar neutrale Instanz, bedingt durch seine relative Selbständigkeit gegenüber den Einzelkapitalien, die für die kapitalistische Eigentumsordnung jeweils notwendigen Produktions- und Reproduktionsbedingungen her. In dieser Hinsicht agiert der Staat als ideeller Gesamtkapitalist, nur seine Neutralität ist Schein, die den Prinzipien der Allgemeinheit, Gleichheit und Freiheit (z.B. der Gesetze) entspringt.

Da Strasser das grundlegende Verhaftetsein des Staates in der Eigentumstruktur vernachlässigt, konstituiert er einen Gegensatz zwischen Staat als ideellem Gesamt-

kapitalisten und der „gesellschaftlichen Dialektik." Er setzt also die Kategorie der konkreten Klassenkämpfe als Ausgangsbestimmung der Staatsanalyse, ohne zuvor die Grundlage der jeweiligen Gesellschaftsformation in seine Staatsanalyse einbezogen zu haben. Er stellt sich nicht die Frage, wie die Entwicklung des Widerspruchsverhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf den Staat als ideellen Gesamtkapitalisten einwirkt. Doch erst auf Grundlage der Entwicklungsprozesse der inneren Widerspruchsstruktur können die konkreteren Bedingungen wie das Kräfteverhältnis der Klassen aufgegriffen werden, um die Möglichkeit der Modifizierung oder Abschaffung des Staates auf kapitalistischer Eigentumsbasis bestimmen zu können.

Staat als ideeller Gesamtkapitalist und als Ausdruck des Kräfteverhältnisses der Klassen stehen daher nicht im Gegensatz zueinander, sondern kennzeichnen nur verschiedene analytische Ebenen der Staatsbestimmung. Das Kräfteverhältnis der Klassen (die Stärke der Arbeiterklasse im Klassenkampf) ist entscheidend dafür, welche Rechte die Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie und dem bürgerlichen Staat durchsetzen kann. Z.B. das Wahlrecht, das Versammlungsrecht, Koalitionsrecht, die Möglichkeit der Gründung von Parteien und Verbänden waren alles Rechte, die sich die Arbeiterklasse erst in Klassenkämpfen erstreiten mußte. Diese demokratischen Rechte boten der Arbeiterklasse erst die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren und zu artikulieren. Daher kämpft sie „diesen Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat." (MEW 16, S.77) Natürlich enthält der weitere Ausbau demokratischer Rechte negatorische Elemente für das Kapitalverhältnis. Nur darf darüber nicht vergessen werden, daß auch der Staat der demokratischen Republik durch die kapitalistische Eigentumsstruktur und deren Entwicklung bestimmt ist. Die Nutzung demokratischer Elemente zur qualitativen Veränderung des Systems ist verbunden mit der Machtfrage (dazu später).

Wie weitreichende Folgen die Vorrangigkeit des Kräfteverhältnisses der Klassen bei der Staatsbestimmung haben kann, wird bei der Frage der Transformation des kapitalistischen Systems deutlich. Da der Staat bei den reformistischen JuSos vorrangig durch das Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt wird, treten an die Stelle der objektiv bestimmbaren Kategorien der Eigentumsverhältnisse konkretere Bestimmungen, orientiert an den Machtverhältnissen, aus denen „eine eindeutige strukturelle Begünstigung von Kapitalinteressen" (STRASSER 1975, S. 72) hervorgeht. Daher komme es auf die Überwindung der strukturellen Bevorzugung kapitalistischer Interessen an. Ansatzpunkte werden in der Ausweitung der Staatstätigkeit gesehen: „Die Übernahme solcher Funktionen hat jedoch doppelten Charakter: Sie dient einerseits der Aufrechterhaltung von kapitalistischen Verwertungsbedingungen, da diese nicht unmittelbar von den Besitzern der Produktionsmittel garantiert werden können. Andererseits verbessert die Übernahme solcher Funktionen die Lebensbedingungen der abhängig Arbeitenden und damit gleichzeitig ihre Möglichkeiten, aktiv für eine grundlegende Veränderung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in dieser Gesellschaft zu arbeiten ... Zudem schafft der Staat teilweise die Möglichkeiten, die Produktionstätigkeit unmittelbar zu beeinflussen." (JUSO—BUVO 1974, S. 1041) Zunächst ist darauf zu verweisen,

daß sich die Lebenslage der Arbeiterklasse durch erweiterte Staatstätigkeit nicht zwangsläufig verbessert. Wieweit das eintrifft, hängt von der Reaktion der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen ab, wieweit sie ihre Kraft gerade gegenüber dem kapitalistischen Staat entfalten kann, um ihre Bewegungsfreiheit zu erhalten; das zeigt deutlich die derzeitige Wirtschaftskrise, die durch den Abbau sozialer Leistungen des Staates und durch eine verstärkte Repression gegenüber der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften gekennzeichnet ist.

Einerseits wird hier die Rolle der Arbeiterklasse (Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen) unterschätzt, andererseits wird die wachsende Rolle der Staatstätigkeit per se als demokratisches Veränderungspotential aufgefaßt. Allerdings ist eine solche Auffassung nicht durchgängig vorhanden. Durchaus wird auf die klassenspezifisch geprägte Struktur staatlicher Maßnahmen eingegangen: „Darum muß eine Politik antikapitalistischer Strukturreformen auch stets eine Staatsstruktur-Politik umfassen, die freilich nicht auf leistungsfähigere Organisation zur Verwandlung des gesellschaftlichen Status quo hinauslaufen darf, ... sondern dem Ziel unterstellt werden muß, die staatlichen Institutionen mehr und mehr zur Durchsetzung der Interessen der Mehrheit zu befähigen." (STRASSER 1975, S. 87) Weiterhin sehen auch die JuSo-Konzeptionen die Vergesellschaftung des Finanzsektors und der wichtigsten Unternehmen im Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbereich vor. Allerdings wird in all diesen Veränderungen auf die Verwandlung des Kräfteverhältnisses über die SPD als Partei der Arbeiterklasse und auf die Übernahme neuer Aufgaben durch den Staat orientiert. (STRASSER/EHRENBERG 1973)

Die überpointierte Betonung einer Veränderung mit den bestehenden Staatsorganen, die darin gesehen wird, daß dem Staat ein größerer Aufgabenbereich zugewachsen ist, ist zurückführbar auf das Hintanstellen der Eigentumskategorie bei der Staatsanalyse. Dann ergeben sich die neu hinzugekommenen Staatsausgaben nicht im Selbstlauf, sondern sind Erfordernisse des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Der reale Prozeß der Produktivkraftentfaltung macht bei Aufrechterhaltung privater Aneignung Regulierungs- und Planungselemente notwendig, die auch von Monopolen nicht geleistet werden können (z.B. großer Forschungsaufwand); außerdem bedarf es bei der Krisenanfälligkeit des imperialistischen Systems verstärkter staatlicher Strategien zur Vermeidung oder zur Bekämpfung der Auswüchse durch systemgefährdebde Krisenerscheinungen (z.B. Inflation, Währungszerrüttungen). Der Staat muß zunehmend die Entwertung des überakkumulierten Kapitals über den Staatshaushalt vornehmen. Er muß verstärkend zur Aufrechterhaltung des Profits des Monopolkapitals in den Reproduktionsprozeß einzelner Kapitale eingreifen. Unter der Veränderung dieser grundlegenden Struktur hat er sich in seiner Form zum Staat des Monopolkapitals verändert. Da die JuSos mit ihrem Staatsbegriff, der vorwiegend die Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen registriert, die grundlegende Strukturverwandlung des Staates nicht erfassen, werden von ihnen die wachsenden Staatsfunktionen im wesentlichen in Beziehung zum Kräfteverhältnis der Klassen gesehen. Natürlich bieten erweiterte Staatsfunktionen Ansatzpunkte zur Nutzung für eine sozialistische Strategie, aber zunächst einmal muß ihr Charakter stärker in die Betrachtung rücken, da dann um

so deutlicher wird, an welche Grenzen das Veränderungspotential der sozialistischen Bewegung stoßen kann.

Wenn der Inhalt der erweiterten Staatstätigkeit nicht erfaßt wird, eine Reduktion der Staatsanalyse stattfindet, dann steht die schrittweise Veränderung, die allmähliche Transformation einschließlich der Vergesellschaftung auf der Tagesordnung. (siehe STRASSER/EHRENBERG 1973) Wenn aber begriffen ist, daß sich der Staat auf Grundlage der gewandelten Eigentumsstruktur zum Staat des Monopolkapitals weiterentwickelt hat, wovon die erweiterte Staatstätigkeit ein Ausdruck ist, dann stellt sich die Frage wie man den vereinigten Komplex der Monopolherrschaft durchbricht. Dann muß man aber auch erkennen, daß der Staat als Staat des Monopolkapitals nicht so einfach zur Durchsetzung antikapitalistischer Strukturreformen einsetzbar ist, sondern neben der wirtschaftlichen Macht der Bourgeoisie ist mit ihrer politischen Macht zu rechnen (nicht zuletzt mit staatlichen Repressionsmaßnahmen).

Daneben kommt als weiteres Moment hinzu, daß die Arbeiterklasse und ihre Bündnispartner bei der Strategie der reformistischen JuSos stark vernachlässigt werden, obwohl eine starke Betonung auf Kräfteverhältnisse und Doppelstrategie liegt. Es wird auch von Demokratisierung und Mobilisierung der Basis gesprochen. (STRASSER 1975, S. 87 ff.) Welchen sozialen Inhalt diese Masse, diese Basis hat, wird nicht festgestellt. Gegen eine solche Unklarheit der Strategie ist einzuwenden, daß eine Einflußnahme einer entwickelten sozialen Bewegung auf die bestehende Struktur des Staates, d.h. Demokratisierung, nur möglich ist auf Basis eines breiten Bündnisses aller Kräfte, deren Interessen objektiv gegen das Monopolkapital gerichtet sind. Ist erst auf einer solchen Grundlagen der Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte möglich, müssen zur Transformation des Staates weitere Bedingungen hergestellt werden. Z.B. die Regierungsübernahme durch eine Linksunion, die Enteignung aller einflußreichen Monopolgruppen, die völlige Umorganisation der Staatsbürokratie usw. Erst in einer solchen antimonopolistischen Phase kann durch die Entmachtung der Monopolbourgeosie im wirtschaftlichen und staatlichen Bereich der Weg zum Sozialismus geöffnet werden.

3.2 Staatsauffassung der Altlinken

3.2.1. Steffen

Zentrale Grundkategorie in Steffens Gesellschaftsanalyse ist der Entfremdungsbegriff. Die Aufhebung der Selbstentfremdung ist für ihn das wichtigste Moment. „Die Aufhebung des Privateigentums (ist) nur eine der Konsequenzen, die aus der menschverkehrten Welt des Kapitalismus, die durch Selbstentfremdung gekennzeichnet ist, abgeleitet werden." (STEFFEN 1972, S. 74) Aufhebung der Selbstentfremdung bedeutet totale Veränderung der Existenzverhältnisse und des Bewußtseins. (STEFFEN 1972, S. 74)

Da Steffen die Entfremdungsproblematik anthropologisch und aus der normativen Ethik herleitet (STEFFEN 1974, S. 144/145), hat sie nicht mehr ihre Grundlage in der stofflichen Basis des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, sondern gerinnt zu einer ideellen Abstraktheit, die nurmehr die entfremdete, abstrakte Gesellschaft als „totalen

Prozeß" beklagen kann. (STEFFEN 1974, S. 68 ff.) Der totale Prozeß als sachliche Gewalt über den Menschen erzeugt aus sich immer weitertreibende Prozesse, die Steffen idealistisch im Einklang mit der Disparitätstheorie damit begründet, daß der nur wertorientierte Prozeß in Konflikt mit dem gesellschaftlich Vernünftigen gerät. Aus dieser sich verstärkenden Deformierung des totalen Prozesses vermitteln sich für Steffen über die Staatstätigkeit antagonistische Widersprüche zu strukturellen Widersprüchen. (STEFFEN 1974, S. 1974)

Aus den strukturellen Widersprüchen ergibt sich für die Gesellschaft ein Problemdruck, der nur über eine funktionale Planung des Staats bewältigt werden kann. Formbestimmtheit des Staates und Eigentum an Produktionsmitteln sind dazu nicht ausschlaggebend. (STEFFEN 1974, S. 987) Dazu ist eine Änderung der überkommenen Staatsstruktur notwendig. „Erstes Ergebnis: Reform des Staatsapparates zur Erhöhung seiner Effizienz." (STEFFEN 1974, S. 32) Eine Erhöhung der Effienz staatlicher Planung bedeutet unter der Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates Effektivierung des anarchischen Verwertungsprozesses des Monopolkapitals (z.B. Krisenvermeidungsstrategien über Strukturreformen mit indirekter Konjunktursteuerung). Daher sieht auch Steffen einen Zielkonflikt zwischen funktionaler Fragestellung und klassenpolitisch-demokratischem Prinzip. (STEFFEN 1972, S. 84) Die Lösung des Konflikts sieht er darin, „daß diese Umorganisation des Staates eine demokratische Qualität an sich bringen (muß)." (CONERT 1975, S. 989) Steffen fordert eine Effektivierung der Funktionalität durch eine Demokratisierung der Staatsfunktionen zugunsten der Arbeiterklasse. Diese Einschätzung gründet er auf die These des Dualismus zwischen Staat und Wirtschaft, denn der Reproduktionsprozeß „werde dualistisch gesteuert, durch den Staat einerseits, durch private wirtschaftliche Machtgruppen zum anderen." (STEFFEN 1974, S.26/27) Die aktuelle Dominanz der letzteren konzediert er. Sie ist für ihn aber nicht systemnotwendig. Erförderlich sei, die private wirtschaftliche Macht zurückzudrängen zugunsten der Erweitung und Änderung der Ausrichtung staatlicher Steuerungskapazität. Sie ist in den Dienst eines umfassenden Entwurfs humaner, demokratischer und sozialistischer Gesellschaftsgestaltung zu stellen.

War schon bei den reformistischen JuSos bei der Staatsanalyse das Kräfteverhältnis der Klassen bestimmend und die Formbestimmtheit des Staates (Eigentumskategorie) weitgehend unberücksichtigt geblieben, so ist bei Steffen die Neutralität des Staates Grundlage seiner Staatsableitung, denn als Teil des dualistisch gesteuerten Reproduktionsprozesses gerät er in seiner planmäßigen Rationalität in Widerspruch zur privaten Anarchie. Daraus entwickelt Steffen die Eigenständigkeit des Staates und einen gewissen Gegensatz zur Wirtschaft. Daß die relative Selbständigkeit des Staates der Besonderung des Staates als Wahrer des monopolistischen Allgemeininteresses entspringt, kann Steffen mit seinem Ansatz nicht erfassen. Somit ergibt sich für ihn die Machtfrage nicht. Der Kapitalismus kann Schritt für Schritt in den demokratischen Sozialismus transformiert werden.

3.2.2. Peter von Oertzen

Ausgehend von einer ähnlich gelagerten Entfremdungskategorie und des Dualismus von Staat und Wirtschaft kann Oertzen nach Habermas die Funktionsweise des Staates als

Klassenkompromiß darstellen: „Der in den Reproduktionsprozeß einbezogene Staat hat die Determinanten des Verwertungsprozesses selbst verändert. Auf Grundlage eines Klassenkompromisses gewinnt das administrative System eine begrenzte Planungskapazität, die im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke relativer Krisenvermeidung genutzt werden." (VON OERTZEN 1974, S. 88) Das Kriterium, inwieweit der Staat Maßnahmen ergreifen kann, hängt also vom Grad der sozialen Integration ab. Weiterhin werden diese Maßnahmen ergriffen, damit ein ungestörter Prozeß der Kapitalakkumulation gesichert werden kann. Dieser Prozeß beinhaltet gleichzeitig die Notwendigkeit der Legitimation dieser Maßnahmen gegenüber den Massen, womit Ansatzpunkte partieller antikapitalistischer Maßnahmen gegeben seien: „Der Staatsapparat steht daher gleichzeitig vor zwei Aufgaben: einerseits soll er die erforderliche Steuermasse so rational verwenden, daß krisenhafte Wachstumsstörungen vermieden werden können; andererseits sollen die selektive Aufbringung der Steuern, das erkennbare Prioritätenmuster ihrer Verwendung und die administrativen Leistungen selber so beschaffen sein, daß der entstehende Legitimationsbedarf befriedigt werden kann." (VON OERTZEN 1974, S. 89)

Dies ist der Kern der Klassenkompromißanalyse des Staates durch Habermas, wobei der Bezug zur Entwicklung der Eigentumsstruktur als Basis der marxistischen Staatsanalyse gänzlich verlorengeht: „Zugleich ist darin, daß mit der monopolistischen Bestimmung dieses Prozesses die besonderte Allgemeinheit eine monopolistisch bestimmte Besonderung erfährt, d.h. am Verhältnis von Staat und Monopolkapital der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über diese gesellschaftlichen Produktionsbedingungen auf die Spitze getrieben" (KAISER 1975, S. 103) wird, auch die Herkunft der Legitimationsprobleme erklärt.

Einerseits hat Habermas den Staat als Ausdruck des Klassenkompromisses (Ausweitung der Planungskapazität zugunsten des Akkumulationsprozesses und Maßnahmen, die zur Erhaltung der Massenloyalität dienen) angesehen, andererseits sieht von Oertzen gerade in der Notwendigkeit der Legitimation die Bedingung, entscheidenden Einfluß auf die Ausgestaltung der begrenzten Planungskapazität zu nehmen, denn durch diese Aufgabenverteilung für beide Prozesses erfährt der Staat eine relative Selbständigkeit: „Sowohl die ökonomisch begründete, technisch-organisatorische Notwendigkeit, den Verwertungsprozeß in Gang zu halten, als auch die Konsequenzen des staatlich vermittelten Kompromisses zwischen herrschenden und beherrschten Klassen verschaffen dem politischen System eine relative Unabhängigkeit, eine begrenzte Planungskapazität, die auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen das Interesse der Kapitaleigner genutzt werden kann. ... Ist diese Konsequenz richtig gezogen, dann muß es möglich sein, diese begrenzte Planungskapazität zu erweitern, d.h. den Klassenkompromiß zugunsten der beherrschten Klassen zu verändern." (VON OERTZEN 1974, S. 89) Damit hätte von Oertzen den Staat zum Mittel der schrittweisen Veränderung gemacht, aber er muß selbst konstatieren, daß es nach dieser Vorstellung kaum möglich ist, die Balance des Klassenkompromisses

aufrechtzuerhalten. (VON OERTZEN 1974, S. 90) „Hauptproblem des Staates dabei ist, seine Aufgaben zu erfüllen, ohne einerseits den Akkumulationsprozeß zu beeinträchtigen, d.h. das Wirtschaftswachstum zu hemmen, und ohne andererseits grobe soziale Ungerechtigkeiten entstehen oder bestehen zu lassen, die ihm seine Legitimationsbasis, d.h. die Zustimmung der Massen, kosten würden." (VON OERTZEN 1974, S. 89/90) Aber seine eigenen Einwände läßt er beiseite, um den Staat, sobald er von der SPD regiert wird, zum Instrument der schrittweisen Transformation des Kapitalismus in den demokratischen Sozialismus machen zu können. In vollkommner Verkennung der Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates sieht er diesen Staat für die sozialistische Bewegung als Mittel der schrittweisen Veränderung der Gesellschaft.

Indem die Konzeption von Oertzens mit dem bürgerlichen Staat die Gesellschaft in den demokratischen Sozialismus transformieren will, den Verwertungsprozeß des Kapitals zwar einengen will, ihn aber gleichzeitig als notwendig bejaht, bleibt sie noch hinter der Konzeption Steffens zurück, der die Notwendigkeit sieht, den „totalen Prozeß" zu durchbrechen. Bei dieser Strategie der schrittweisen Veränderung wird die Affinität zur sozialliberalen integrativen Richtung besonders deutlich, da diese Position über den Staat als Mittel die Auswüchse des Kapitalismus beschneiden will und von Oertzen wohl über den dargestellten Widerspruch nicht viel weiter hinaus gehen kann.

4. Integrationskraft des OR'85

Der Anknüpfungspunkt ergibt sich aus dem eigenen Staatsverständnis des sozialistischen Reformismus, der den Staat als Widerspiegelung des Kräfteverhältnisses zwischen den gesellschaftlichen Klassen auffaßt (Kategorie des subjektiven Faktors). Hat die sozialliberal-integrative Einschätzung des Staates als Ausdruck der Machtkämpfe der Interessengruppen ihre Basis in einer positivistisch bestimmten Analyse der Sozialstruktur des Kapitalismus, so handelt es sich bei dem sozialistischen Reformismus um die isolierte Heraushebung eines subjektiven Theorems aus der Systematik marxistischer Gesellschaftsanalyse. „Daß der heutige Staat eindeutig überwiegend kapitalistischen Interessen folgen muß, ist unbestreitbar. Doch ebenso unbestreitbar ist, daß er auf der Basis veränderter Kräfteverhältnisse auch anders kann." (JUSO-BUVO 1975, S. 33) Die Gemeinsamkeit zwischen sozialliberal-integrativen und sozialistischem Reformismus liegt also — auch wenn man den kategorialen Unterschied der Subjektivitätsgrade konzediert — im subjektiven Charakter ihrer Ausgangskategorie begründet. In dieser Hinsicht kann man feststellen: „Es gibt keine konsistente und verbindliche Staatstheorie des demokratischen Sozialismus. Und doch läßt sich unschwer aus Politik und Programmatik der Sozialdemokratie entwickeln, daß sie eine Partei der Staatsbejahung ist ... es heißt primär, den Staat als Motor gesellschaftlicher Veränderung zu sehen." (HICKEL/SCHMIEG 1975, S. 177) Diese Möglichkeit ist eben nur gegeben, wenn die Analyse des Staates von subjektiven Kategorien hergeleitet, daher die Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates aus der Analyse negiert wird. Der sozialliberale-integrative Reformismus kann somit den Staat in Übereinstimmung mit dem sozialistischen Reformismus als Basis der Gesellschaftsveränderung begreifen.

Der Orientierungsrahmen '85 (OR'85) fixiert die Gesellschaftsveränderung auf die Regierungstätigkeit von Sozialdemokraten: „Entsprechend steht jede demokratische Regierung vor der Aufgabe, ihr eigenes Konzept von dem, was das Gemeinwohl erfordert, zu formulieren und es, soweit mit demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln möglich, gegen alle entgegenstehenden durchzusetzen." (OR'85, S. 34) Inhalt einer solchen sozialdemokratischen Konzeption soll es sein, „daß Staat und Gesellschaft 'nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen' (Godesberger Programm) (werden). Die Unabhängigkeit des Staates von den Interessen der Großwirtschaft muß erstritten, seine Handlungsfähigkeit im Intersse der freien, gerechten und solidarischen Gestaltung unserer Gesellschaft verstärkt werden. Die Politik des demokratischen Sozialismus muß daher zugleich die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer verstärken, die Gegenmacht der Gewerkschaften gegenüber privater Wirtschaftsmacht erweitern." (OR'85, S. 34) Ähnlich negieren auch die JuSos die Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates, da sie auf Grundlage des subjektiven Theorems des Kräfteverhältnisses die Dialektik zwischen Reform und Revolution verkennen. Sind Reformen Möglichkeiten zur Erweiterung der Kampfmöglichkeiten und der existentiellen Absicherung der Arbeiterklasse, ist die qualitative Veränderung nur möglich über die Eroberung des Staatsapparats und die Ergreifung der Staatsgewalt. Die Lösung der Machtfra ge (s.o.) kann zwar mit friedlichen Mitteln vonstatten gehen — das hängt von der Reaktion der Bourgeoisie ab —, bedeutet aber eine grundsätzliche Veränderung aller Institutionen des bürgerlichen Staats.

Beide Richtungen müssen, wenn auch von einer unterschiedlichen Ausgangsbasis, den Staat als Ausgangspunkt sozialdemokratischer Reformstrategie ansehen. Laut OR'85 soll der Staat sich einen Handlungsspielraum sichern gegenüber der privaten Wirtschaft. Auf Grundlage des bürgerlichen Staates, mit der politischen Demokratie den Handlungspielraum zur Durchsetzung der Reformen des demokratischen Sozialismus zu gewinnen, ist das strategische Kalkül beider Richtungen. Dabei wird ernsthafter Widerstand seitens der herrschenden Klasse geleugnet. Man hofft, „die auf staatlicher Ebene wirksame Demokratie dadurch in eine soziale Demokratie umwandeln zu können, daß ihre Prinzipien für allgemeinverbindlich erklärt werden. Einerseits wird die kapitalistische Wirtschaftsordnung als ökonomischer Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung akzeptiert, andererseits die Gleichsetzung von Demokratie und Staat aktualisiert." (BUTTERWEGGE 1975, S. 1349) Ausgangspunkt andererseits neben dem Kräfteverhältnis ist die aus der Entwicklung der Produktivkräfte sich ergebende Ausweitung der Staatstätigkeit. In ihr sehen sie unter Berücksichtigung der Demokratisierung den Ansatzpunkt für die Strategie des systemüberwindenden Reformen, denn „die zunehmende Wirtschaft (schafft) teilweise Möglichkeiten, die Produktionstätigkeit unmittelbar zu beeinflussen." „Staatliche Tätigkeit gerät immer mehr in das Spannungsverhältnis zwischen Aufrechterhaltung kapitalistischer Verwertungsbedingungen einerseits, der Darstellung und Erhaltung von Loyalität der arbeitenden Menschen gegenüber dem gesamten gesellschaftlichen System andererseits. In diesem Spannungsverhältnis ergeben sich Ansatzpunkte zur Durchsetzung antikapitalistischer Interessen." (JUSO-BUVO-ANTRAG 1975, S. 4/5) Auf Grundlage der objektiv bedingten Ausweitung der Staatsfunktionen(s.o.) wird für den

reformistischen Sozialismus der Staat zum Durchführungsinstrument der Interessen der Arbeiterklasse, da ihn die Loyalitätserfordernisse und zusätzlicher gesellschaftlicher Druck in Richtung zur Durchsetzung antikapitalistischer Interessen drängen. Der Staat gerät aber nicht per se zum Moment, das der Durchsetzung antikapitalistischer Interessen Raum bietet. Dazu bedarf es der Gegenkräfte der sozialistischen und der Arbeiterbewegung nebst ihren Bündnispartnern, die dem Raum zur Durchsetzung antikapitalistischer Interessen erst erkämpfen müssen. (siehe Pkt. 3.1) Wie bei einer unentwickelten demokratischen Bewegung sich die zunehmende Verzahnung zwischen Staat und Monopolkapital niederschlägt, zeigt die Realität der gegenwärtigen Krise, wo zur Sicherung kapitalistischer Verwertungsbedingungen der Staat trotz sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung zunehmend zum Repressionsinstrument gegenüber der Arbeiterklasse wird.

Worin besteht in den beiden oben angeführten Momenten eine gewisse Parallelität zwischen dem sozialistischen Reformismus und den Ausführungen des OR? Wie die sozialistischen Reformisten sieht auch der OR den Ansatzpunkt für Reformen in der Ausweitung der Staatstätigkeit: „Zwar können privatwirtschaftliche Entscheidungen durch staatliche Infrastrukturleistungen, Subventionen, Steuern, Direktregulierungen und durch Instrumente der Konjunktursteuerung auch heute schon im inhaltlichen Maße beeinflußt werden. Die staatlichen Handlungsmöglichkeiten erschöpfen sich aber noch zu sehr in der nachträglichen Korrektor von Folgen privater Entscheidungen." (OR'85, S. 34) Nach dem OR sind diese Maßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu treffen: „Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Existenzbedingungen der Infrastruktur und der sozialen Versorgung und verringert das konjunkturelle Risiko durch seine auf Vollbeschäftigung gerichtete Steuerungspolitik." (OR'85, S. 34)

Dagegen verspricht sich aber der sozialistische Reformismus von der Verbesserung des staatlichen Instrumentariums die Möglichkeit der Transformation des Kapitalismus in den demokratischen Sozialismus, da antikapitalistische Strukturreformen den Ansatzpunkt bilden sollen. Wie der OR sieht er eine Verbesserung der Funktionalität des Parlamentarismus vor, in der das Steuerungsinstrumentarium internationalisiert werden und in Strukturreformen die Transformation der Gesellschaft erfolgen soll. Der Unterschied zum OR besteht darin, daß der sozialistische Reformismus diese Möglichkeit erst weitgehend durch die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien erschöpft sieht, wobei er aber weitgehend die Veränderungen in der Formbestimmtheit des bürgerlichen Staates vernachlässigt, so daß in solchen Reformen, wie sie im OR aufgeführt sind, ein Schritt nach vorn zur Überwindung des Kapitalismus gesehen werden kann.

Einerseits soll der OR der weiteren Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische Gesellschaftssystem der BRD dienen, andererseits fehlt im OR die Andeutung nicht, daß auch repressive Mittel von seiten des Staates angewandt werden könnten: „Erst auf einer solchen Vertrauensgrundlage gewinnt eine Regierung die Autorität, gruppenegoistischen Erpressungsversuchen kraftvoll zu begegnen und ohne Einbuße an moralischer Glaubwürdigkeit — Sicherheit statt Härte zeigend — auch im Detail harte Maßnahmen zu ergreifen." (OR'85, S. 36)

Literaturverzeichnis

W. Brandt: „Godesberg geht es um die menschliche Gesellschaft insgesamt" NG 1974.

Ch. Butterwegge: „Das Staatsverständnis der SPD am Beispiel des Orientierungsrahmens'85", in Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/75.

H. Conert: „Jochen Steffens „Strukturelle Revolution"", in „Das Argument", Nr. 94, Berlin (West) 1975.

H. Ehmke: „Demokratischer Sozialismus und demokratischer Staat" in „Beiträge zur Theoriediskussion II, hrsg. von Lührs, Bonn-Bad Godesberg 1974.

H. Ehrensberg/J. Strasser: Vergesellschaftung — ein Mittel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik? (Diskussion), in „Die Neue Gesellschaft" Jg. 1973.

J. Harrer: „Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik", Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/1974.

Hickel/Schmieg: „Orientierung ohne Perspektive", in Leviathan Jg. 1975.

J. Huffschmid: „Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie", in „Das Argument" AS 6, Theorie des Monopols, Berlin(West) 1975.

JuSo-BuVo: „Reform und Staat", in „Neue Gesellschaft" Jg. 1974.

JuSo-BuVo: in Nr. 8 der Zeitschrift „Konkret" Jg. 1975.

JuSo-BuVo: Antrag zum Wiesbadener Bundeskongreß „Reform und Staat 1975.

H. Kaiser: „Staat und gesellschaftliche Integration", Manuskript, Marburg 1975.

Lührs: „Sozialdemokratische Strategie und politische Macht", Beiträge II, Bonn-Bad Godesberg 1974.

G. Metzger: „Sozialdemokratie und Staat", Beiträge 5, Bonn-Bad Godesberg 1974.

P. von Oertzen: „Die Aufgabe der Partei", Bonn-Bad Godesberg 1974. Popper: „Logik der Sozialwissenschaften", in „Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie", Darmstadt u. Neuwied 1972.

H. Schmidt: „Kontinuität und Konzentration", Bonn 1975.

J. Steffen: „Wider den Eigentumsfetischismus der Linken", in Steffen u.a.: „Fetisch Eigentum" München 1972.

J. Steffen: „Strukturelle Revolution", Reinbek 1974.

J. Strasser: „Die Funktion des Staates und die Möglichkeit sozialistischer Reformpolitik im spätkapitalistischen System der BRD", in Greven u.a.: „Krise des Staates?", Darmstadt u. Neuwied 1975.

J. Vogel: „Staat und Recht in sozialdemokratischer Sicht", in „Die Neue Gesellschaft 1975".

H. Wehner: „Godesberg kennzeichnet den Aufbruch der Sozialdemokratie", Neue Gesellschaft, Jg. 1974.

Christoph Butterwegge

Hegemonie und/ oder Diktatur des Proletariats?

Kritische Bemerkungen zur Gramsci-Rezeption in der BRD

Der Verlauf der westdeutschen Gramsci-Diskussion fordert Kritik heraus. Man kann sich zuweilen des Eindrucks nicht erwehren, daß Gramscis Hegemonietheorie, je mehr ihr Urheber zum vielzitierten Klassiker avanciert, von einer — für die Analyse des entwickelten Kapitalismus wie bei der Ausformulierung einer sozialistischen Strategie durchaus nutzbringenden — Methode zur linksintellektuellen Mode stilisiert wird. In dieser Situation gilt es, Gramscis Werk gegen falsche Freunde zu verteidigen. Dabei beabsichtigt der Verfasser jedoch nicht, einen weiteren Beitrag zur Gramsci-Philologie zu leisten; ihm geht es ausschließlich um die Thematisierung besonders evidenter Defizite der Gramsci-*Rezeption* im Rahmen der staatstheoretischen Diskussion in der BRD und Westberlin.

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht das Verhältnis von Diktatur und Hegemonie, ergänzt um die Problematik des Althusserschen Terminus der „ideologischen Staatsapparate", den man ohne Übertreibung als Schlüsselbegriff der neueren marxistischen Staatsdiskussion bezeichnen kann. Anliegen einer kritischen, den heutigen Umständen angemessenen Gramsci-Rezeption, wie sie hierzulande praktisch nur in den Arbeiten Karin Priesters aufscheint, muß es sein, die theoretische Leistung Gramscis zu würdigen und gleichzeitig auf jene Schwachpunkte seines Ansatzes hinzuweisen, die sich in der Textexegese einiger Gramsci-Epigonen brennglasartig verdichten.

Diktatur und Hegemonie bei Gramsci

Gramscis Verdienst besteht darin, den Staat als Bestandteil eines hegemonialen Systems gefaßt zu haben, das Basis und Überbau verklammert, und in dem die ideologischen Beziehungen zwischen den Klassen ebenso Berücksichtigung finden wie die ihnen zugrunde liegenden Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse. Diese „Erweiterung" des Staatsbegriffs stellt, wiewohl im Werk der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus angelegt, eine Bereicherung der marxistischen Staatstheorie insofern dar, als instrumentalistischen Fehldeutungen des Staates der Boden entzogen wird. Der Staat ist nicht nur ein bloßes Repressionsorgan, als das er bei manchen Marxisten — entgegen sehr viel differenzierteren Aussagen der Klassiker — erscheint. „Der bürgerliche Staat als der Gegenstand politischer Analyse und als Ziel revolutionärer Strategie kann in seiner in den westlichen Ländern vorhandenen integralen Form nicht *nur* als Gewaltstaat analysiert werden, denn das würde nicht erklären, welche Mechanismen der Mobilisierung von ideologischen Ressourcen und Loyalitätspotentialen auch in Zeiten größter ökonomischer Krisen zugrunde liegen. Vielmehr muß *auch* die Analyse der norm-und wertvermittelnden Instanzen und Institutionen vorgenommen werden, die die ideologische Vorherrschaft des herrschenden Machtblocks über die Gesamtgesell-

schaft garantieren. Für Gramsci sind diese den gesellschaftlichen Konsensus herstellenden Institutionen (wie Kirche, Schule, Gewerkschaften, Parteien, Medien etc.) zwar 'privater' Natur, aber Teile einer umfassenden, integralen Staatstätigkeit, denn sie fungieren als 'Hegemonieapparate' der herrschenden Klasse und der mit ihr verbündeten Schichten" (PRIESTER 1977, S. 518). Die in Marxens Kritik der politischen Ökonomie entfaltete Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft, die zweifellos das Herzstück des wissenschaftlichen Sozialismus bildet, dehnte Gramsci unter Einbeziehung der Leninschen Imperialismustheorie auf den kapitalistischen Staat aus. Mit seinem Hegemoniebegriff und der Unterscheidung zwischen „politischer Gesellschaft" und „bürgerlicher Gesellschaft", die zusammen erst den Staat ergeben, schuf Gramsci ein Kategoriensystem, das es ihm erlaubte, tiefer in die Anatomie des kapitalistischen Staates einzudringen. Gramsci will den Staat verstanden wissen „als ein Gleichgewicht zwischen politischer und bürgerlicher Gesellschaft (oder als Hegemonie einer sozialen Gruppe über die gesamte Nation vermittels der sog. privaten Institutionen wie Kirche, Gewerkschaften, Schulen usw.)" (GRAMSCI 1972, S. 56). Der Staat ist also kein homogenes Gebilde, kein monolithischer Block, sondern nur in seiner dialektischen Widersprüchlichkeit als Repressions- und Integrationsfaktor zu begreifen. Da Gramsci als erster den Doppelcharakter des Staates systematisch untersucht hat, kann man in seinem Werk den wichtigsten Beitrag zur marxistischen Staatstheorie seit Lenins „Staat und Revolution" sehen.

Hatte die Akzentuierung bis dahin immer auf den repressiven Staatsfunktionen gelegen, so trat bei Gramsci die Janusgesichtigkeit des Staates als hegemonialer *und* Gewaltapparat in den Vordergrund des analytischen Interesses. Gramsci faßt seine Erkenntnis in die berühmte Formel „Staat = politische Gesellschaft + bürgerliche Gesellschaft, d.h. Hegemonie, gepanzert mit Zwang" (GRAMSCI 1966, S. 132). Der idealistische Einschlag seiner Terminologie erweckt jedoch, wie Etienne Balibar, dessen Gramsci-Rezeption wie die seines Lehrers Louis Althusser nicht ohne Mängel ist, richtig feststellt, den Eindruck „als würde Gramsci, wenn er von *Hegemonie* und nicht nur von *Diktatur* spricht, die leninistische Konzeption bürgerlicher Klassenherrschaft *abschwächen,* indem er zum 'Zwang', oder zur Gewalt den 'Konsensus' hinzufügt. Doch das Gegenteil ist richtig. Gramsci, der durch die Erfahrung des Faschismus auf dramatische Weise belehrt war, *verstärkt* diese Konzeption. Er sagt: die Klassenherrschaft ist noch viel absoluter als ihr glaubt, denn sie besteht *nicht nur* aus direktem 'Zwang', das ist nur das Äußere, der 'Panzer'; sie ist gleichzeitig 'Konsensus', d.h. materiell herrschende Ideologie und Organisation der 'allgemeinen Funktionen' der Gesellschaft durch die herrschende Klasse" (BALIBAR, S. 807, Fn. 6). Gerhard Roth irrt, wenn er Gramscis Hegemonietheorie im Widerstreit mit Marxens und Lenins Staatsauffassung wähnt (ROTH, S. 95 ff.). Gramsci war kein Gramscianist, sondern Leninist. Der größte italienische Marxist beruft sich auf Lenin, der „die Lehre von der Hegemonie als Ergänzung zur Theorie des Gewaltstaats und als aktuelle Form der Lehre von 1848, der Lehre von der 'permanenten Revolution', entwickelt hat" (GRAMSCI 1967, S. 258). Manifestiert sich in Gramscis Begriff des „integralen Staates" die Dichotomie von bürgerlicher und politischer Gesellschaft, so etabliert sich der Sozialismus als

Zusammenklang von Führung und Herrschaft, von Konsensus und Zwang, von Hegemonie und Diktatur des Proletariats. Gramscis Konzeption des sozialistischen Staates impliziert die Errichtung einer wehrhaften Hegemonie der Arbeiterklasse im Rahmen eines weitgefächerten Bündnissystems. Für Gramsci gehören Diktatur und Hegemonie zusammen; sie begründen ein Komplementär-, kein Konkurrenzverhältnis, selbst wenn der späte Gramsci das diktatorische Element in seinem Hegemoniebegriff mehr und mehr aufgehen läßt: „'Diktatur' und 'Hegemonie' sind keine *disparaten* Erscheinungsformen politischer Herrschaft. Wie bürgerliche Gesellschaft und Staat bilden sie eine dialektische Einheit: die methodische Unterscheidung, betont Gramsci, darf nicht zu einer organischen gemacht werden" (KRAMER, S. 93 f.). Auch Christine Buci-Glucksmann weist die Auffassung zurück, wonach „das hegemoniale Element (Stellungskrieg) gegenüber dem der Herrschaft (Bewegungskrieg) dermaßen überwiegt, daß es im Denken Gramscis über den Staat keinerlei Zwangselement, keinerlei Einschränkung durch die Ausübung von Herrschaft gebe" (BUCI-GLUCKSMANN 1977b, S. 25).

Auf der einen Seite darf man nicht hoffen, mit Gramscis Hegemonietheorie die „Diktatur des Proletariats" zu erledigen; auf der anderen Seite bedeutet Gramscis Festhalten am Diktaturbegriff keineswegs, daß seine Verwendung zum heutigen Zeitpunkt noch gerechtfertigt ist. Die Kritik am Terminus der Diktatur des Proletariats kann sich also nicht, wie dies fälschlicherweise geschieht, auf Gramsci stützen, sondern muß über ihn hinausgehen. Hegemonie und Diktatur des Proletariats gehen bei Gramsci eine symbiotische Wechselbeziehung ein: „Die Hegemonie ist die Führungsfähigkeit, die der Diktatur des Proletariats die notwendigen gesellschaftlichen Grundlagen bereitet. Sie ist die Führung jenes Prozesses, der sich später in der politischen Form der Diktatur des Proletariats manifestiert" (GRUPPI, S. 83). Im Gegensatz zu Luciano Gruppi, der Gramscis Biographie zur Untermauerung seiner These vom schrittweisen Verzicht auf die „Diktatur des Proletariats" heranzieht, neigt Massimo L. Salvadori eher der Auffassung zu, daß „die Hegemonie für Gramsci immer die Funktion hatte, in ihren Ausprägungen eben die Theorie der Diktatur zu bereichern" (SALVADORI, S. 141). Die Hegemonie sollte als Mittel dienen, als Instrument zur Schaffung „der sozialen Basis der proletarischen Diktatur und des Arbeiterstaats" (GRAMSCI 1955, S. 8). Santiago Carrillo stellt das Verhältnis von Diktatur und Hegemonie, wie Gramsci es für den Fall der „Staatwerdung" der Arbeiterklasse vorsah, auf den Kopf, beraubt den Diktaturbegriff seines marxistischen Sinngehalts, indem er die „Diktatur des Proletariats" dem Ziel der Hegemonie instrumentell zu- und unterordnet mit den Worten, er sei „überzeugt, daß die Diktatur des Proletariats für die demokratischen Länder des entwickelten Kapitalismus nicht der Weg ist, um zur Errichtung und Festigung der Hegemonie der Werktätigen zu gelangen" (CARRILLO, S. 164).

Eine *sozialdemokratische* Gramsci-Rezeption gibt es in der BRD — im Gegensatz zu Italien und Frankreich — (noch) nicht. Bezeichnend ist ein Artikel in der als „theoretisches Organ" der SPD apostrophierten Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft", wo zum 40. Todestag Gramscis einige anekdotisch untermalte biographische Details dargeboten, aber keinerlei Anhalts-, Ansatz- oder Orientierungspunkte für eine Beschäftigung mit Gramscis „Philosophie der Praxis" von sozialdemokratischer Warte

aus genannt wurden. Ebenso symptomatisch für das Niveau der Auseinandersetzung dürfte folgende „Begründung" für den „Gramsci-Boom" in Italien sein: „Das sympathische, sardisch-vierkantige Gesicht eines jungen Mannes mit stark gewelltem vollem Haar, mit der Lenin-Brille und dem leisen Anflug eines Lächelns ist das Markenzeichen, mit dem sich der Euro-Kommunismus noch besser verkaufen läßt als unter der abgezehrten Intellektuellenmiene Berlinguers" (ANDERS, S. 339). Verstreute Äußerungen linkssozialdemokratischer Autoren lassen indes die Bereitschaft erkennen, Gramscis Hegemoniebegriff zu übernehmen, dessen Überlegenheit gegenüber dem Terminus „Diktatur des Proletariats" nach Detlev Albers vor allem darin besteht, „daß er die Notwendigkeit differenzierter, demokratischer Artikulation der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen auch im Sozialismus schon vom Wortsinn her impliziert" (ALBERS, S. 684, Fn. 6). Johano Strasser macht keinen Hehl aus der antileninistischen Intention seiner Beschäftigung mit dem Erbe Gramscis: „Fruchtbarer als die Übernahme der Leninschen Auffassungen könnte eine kritische Anknüpfung an Antonio Gramscis Begriff der 'Hegemonie' und die von hierher entwickelte Theorie über die Rolle der Intellektuellen sein, wie sie von führenden Köpfen der KPI heute vertreten wird" (STRASSER, S. 138 f.). Hier schimmert die Absicht durch, Gramsci — ähnlich wie Bernstein (Vgl. BUTTERWEGGE 1978) — für den Sozialreformismus der Gegenwart zu vereinnahmen. Aus den Schriften Gramscis läßt sich jedoch weder ein Primat der Hegemonie gegenüber der proletarischen Klassendiktatur ableiten, noch deckt sich die Substitution des Diktaturbegriffs durch den Terminus „Hegemonie" mit der Intention Gramscis. Der Basis und Überbau vermittelnde neue „historische Block", mittels dessen die Machtübernahme der Arbeiterklasse vonstatten geht, begreift vielmehr beide Momente als sich gegenseitig bedingende Elemente sozialistischer Strategie ein. In diesem Zusammenhang kann gar nicht oft genug betont werden, daß die „Diktatur des Proletariats", so obsolet der Begriff nach Stalin und einer Vielzahl faschistischer Terrorregime sein mag, bei Marx, Engels und Lenin keine Festlegung hinsichtlich der *Form* des Übergangs zum Sozialismus enthält, sondern einzig den ihm entsprechenden Staats*typ* bezeichnet (Vgl. z.B. ADLER, S. 94 ff.; GOLDSCHMIDT, S. 105 ff.).

In der Kontroverse um die „Diktatur des Proletariats" verläuft die eigentliche Frontlinie denn auch nicht zwischen Anhängern und Gegnern dieses Marxschen Terminus, sondern zwischen denen, die ihn als Chiffre für einen Typ politischer Klassenherrschaft benutzen, und solchen, die ihn — ähnlich der Demokratie — zur Charakterisierung einer spezifischen Staats- oder Regierungsform mißbrauchen. Wenn Christine Buci-Glucksmann den realen Sozialismus in der UdSSR — und sei es in Form einer historischen Reminiszenz — mit dem Verdikt einer „Diktatur ohne Hegemonie" belegt (BUCI-GLUCKSMANN 1977a, S. 95) so vernachlässigt sie nicht nur die *hegemoniale* Stellung der Arbeiterklasse im sowjetischen System der gesellschaftlichen Planung und Leitung wie im kulturellen Leben des Landes (Vgl. SANDKÜHLER, S. 150), sondern beschwört außerdem die Gefahr herauf, daß der Klassenkampf ideologisch verkürzt, also um den Aspekt der politischen Macht gebracht wird. Es entspricht der in Gramscis Werk angelegten Ambivalenz, daß beide Momente von Interpreten, die ihre dialektische Einheit ignorieren, unter *fälschlicher* Berufung auf

den Mitbegründer der IKP auseinandergerissen werden. In diese Richtung zielt auch Heiko Asselns und Frank Deppes Kritik, bei Gramsci steht „die Funktion des Staates als 'Erzieher', als kulturell-soziales Integrationsorgan im Mittelpunkt der Betrachtung. So kann der Rekurs auf die Hegemonie als das strategische Ziel, in dem politische Herrschaft sowie ' geistige und moralische Führung' eine Einheit bilden,allzu leicht zu einer Verselbständigung des ideologischen Kampfes der Arbeiterbewegung führen" (ASSELN/ DEPPE, S. 121). Verfehlt wäre es allerdings, Gramscis Werk die Interpretationsfehler seiner Rezipienten anzulasten. Die Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes im Gefolge des kapitalistischen Krisendebakels 1974/76 verführt — so förderlich sie der Reaktualisierung Gramscis auch war — zur Verabsolutierung eines bloßen Ausschnitts der sozialen Auseinandersetzungen, dem Gramscis Hauptaugenmerk galt, bei dessen Bedeutung aber nicht vergessen werden darf, daß die veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen über Gramscis historisch wie arbeitstechnisch begrenzten Gesichtskreis hinausreichende Überlegungen notwendig machen.

Zur Ideologie der „ideologischen Staatsapparate"

Unter Berufung auf Gramsci glaubt Louis Althusser, neben dem (repressiven) Staatsapparat eine Reihe „ideologischer Staatsapparate" (ISA) auszumachen. Dazu gehören Familie (familiärer ISA), Bildungseinrichtungen (schulischer ISA), Kirchen (religiöser ISA), Parteien (politischer ISA), Massenmedien (ISA der Information) u.a.m „Was die ISA vom (repressiven) Staatsapparat unterscheidet, ist folgender grundlegender Unterschied: der repressive Staatsapparat 'funktioniert auf der Grundlage der Gewalt', während die Ideologischen Staatsapparate 'auf der Grundlage der Ideologie' funktionieren" (ALTHUSSER, S. 121). Althusser schränkt aber sofort wieder ein, es gebe weder einen rein repressiven noch einen bloß ideologischen Staatsapparat, womit er sein Unterscheidungskriterium nicht nur stark relativiert, sondern im Grunde selbst ad absurdum führt. Damit verbunden ist eine Revision des Marxismus, dessen Begründer die verschiedenen, der Aufrechterhaltung des bestehenden Gesellschaftssystems dienenden Institutionen niemals nach dem Grad der von diesen ausgehenden Repression eingeteilt, sondern stets ihre Organisationsform zur Grundlage der Beurteilung gemacht haben. Die bei Gramsci der Tendenz nach angelegte Konfusion in bezug auf die Unterscheidung zwischen staatlichem und gesellschaftlichem Bereich zeitigt im Werk Althussers und seines Schülers Poulantzas' ausgesprochen fatale Folgen. Denn hier spielt es überhaupt keine Rolle mehr, ob eine Institution privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisiert ist: „Die Tatsache, daß die ideologischen Staatsapparate häufig einen 'privaten' Charakter besitzen und offiziell nicht als *staatliche* Apparate anerkannt sind, darf nicht überraschen. Die Unterscheidung zwischen 'privat' und 'öffentlich' ist eine rein formaljuristische Unterscheidung. Es gilt — im Gegensatz zu einer bekannten Auffassung, die als Demarkationslinie zwischen 'Staat' und 'bürgerlicher Gesellschaft', d.h. als den eigentlichen konstitutiven Punkt des Staates, eine quasi ontologische und präjuristische Unterscheidung zwischen 'privat' und 'öffentlich' bezeichnet — genau zu sehen, daß

diese Unterscheidung durch das R e c h t, in einem gewissen Sinne also durch den Staat selbst, getroffen wird: Und diese Unterscheidung hat nur als j u r i s t i s c h e Unterscheidung Gültigkeit" (POULANTZAS 1973, S. 327).

Althussers und Poulantzas' Terminologie verhüllt,daß der repressive bzw. ideologische Charakter einer Institution keine Auskunft darüber gibt, ob diese Klassen- oder Staatsorgan ist. Ralph Miliband spricht zu Recht von einem „Verunklären der Unterscheidung zwischen Klassenmacht und Staatsmacht" (MILIBAND, S. 43), um Nicos Poulantzas' unpräzise, funktionalistisch verengte Staatsdefinition zu kennzeichnen. Kein Marxist wird leugnen, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Institutionen wie Familie, Kirche, Medien, Parteien, Schule usw. und der Reproduktion bürgerlicher Herrschaft besteht. Es geht jedoch nicht an, das Wesen des Staates auf diese Reproduktionsfunktion zu *reduzieren,* wie dies Poulantzas tut: „Wenn der Staat als die Instanz definiert wird, die den Zusammenhalt einer Gesellschaftsformation aufrechterhält und die Produktionsbedingungen eines Gesellschaftssystems durch Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft reproduziert, so ist offenkundig, daß die fraglichen Institutionen — die ideologischen Staatsapparate — genau dieselbe Funktion erfüllen" (POULANTZAS 1976, S. 21). Selbst wenn die unter den Begriff „ideologische *Staats*apparate" subsumierten Institutionen, wie Poulantzas annimmt, „die kapitalistische Produktionsweise und das kapitalistische System der Klassenherrschaft stützen, ist immer noch nicht einleuchtend, daß sie dies *als Teil* des Staatsapparats und nicht vielmehr als Teil des institutionellen Gefüges der herrschenden Ideologie tun" (HOLLAND, S. 809). Althussers Klassifikationsraster macht es unmöglich, *staatliche* und *Klassen*organe auseinanderzuhalten. Das Konstitutivum des bürgerlichen Staates besteht aber gerade darin, daß seine Organe vom Kapital „besonderte" Einrichtungen sind, die *scheinbar* „über den Klassen" stehen. Folgt man Althussers und Poulantzas' Begrifflichkeit, verliert der Staat den Charakter „einer besonderen Existenz neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft" (MEW 3, S. 62). Zwischen Polizei und Werkschutz bestünde kein Unterschied, denn beide sichern die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und funktionieren „auf der Grundlage der Gewalt", müßten also dem (repressiven) Staatsapparat zugerechnet werden. Genauso fragwürdig ist die pauschale Abqualifizierung des „politischen Systems" (Parteien) und der Berufsverbände (Gewerkschaften) als Staatsorgane. Joachim Hirsch hilft sich mit einer Dreiteilung („repressiver Staatsapparat", „ideologische Apparate" und „massenintegrative Apparate"), die gegenüber Althussers Klassifikationsversuch den Vorteil aufweist, *Klassen-* und *Staats*macht nicht *explizit* zu vermengen, aber neue Probleme schafft (HIRSCH, S. 114 ff.). So ist es z.B. völlig undialektisch, die Gewerkschaften — größte Klassenorganisation des Proletariats — als „massenintegrativ" zu bezeichnen, ohne ihr systemgefährdendes Aktionspotential, das in Lohnkämpfen und Streiks sichtbar wird, zu berücksichtigen. Der auch für reformistische Arbeiter*parteien* typische Kampf zweier Klassenlinien bleibt ebenso außer acht wie die Ambivalenz von Reformpolitik.

Perspektiven der Gramsci-Diskussion

Althussers und Poulantzas' Schriften liegt eine strukturalistische Deutung des Staates als Klassen*verhältnis* zugrunde, die deshalb zu kurz greift, weil sie die Möglichkeiten zur

Instrumentalisierung des Staatsapparates durch die herrschende Klasse bzw. deren mächtigste Fraktionen unterschätzt. In einer Diskussion mit Nicos Poulantzas widersprach Paul Boccara der These, „daß der Staat der materielle Ausdruck eines Kräfteverhältnisses zwischen den kämpfenden Klassen sei. Damit neigt man in gewisser Weise zu einer neutralen Konzeption des Staates, der so nur das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen registrierte oder ausdrückte. In Wirklichkeit verweist der Staat auf die organisierte physische und moralische Gewalt, die als legitimer Agent der gesamten Gesellschaft, aus der sie entstanden ist, angesehen wird. Tatsächlich aber reißt die Ausbeuterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft diese Gewalt zur Befestigung ihrer Herrschaft an sich. Die Großbourgeoisie bedient sich des Staates, um diese Positionen im Klassenkampf zu verstärken" (BOCCARA, S. 65). Staat und Gesellschaft verschmelzen zu einem Ensemble repressiver bzw. ideologischer *Staats*apparate; die Unterschiede zwischen „privater" und „öffentlicher" Herrschaftssicherung verschwimmen; der eigentliche Gegenstand materialistischer Staatsanalyse, nämlich die „Besonderung" des Staates, die Verdoppelung der bürgerlichen Gesellschaft in Gesellschaft und Staat geht verloren. Von Althusser und Poulantzas wird „die analytische Unterscheidung zwischen Staat (im engeren Sinne) und bürgerlicher Gesellschaft aufgehoben und die Frage, ob die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft 'privaten' oder 'öffentlichen' Charakter haben, als irrelevant abgetan. Werden aber alle ideologischen und politischen Manifestationen des Überbaus als 'Staatsapparate' definiert, so wird eine Unterscheidung zwischen bürgerlichen Demokratien und Faschismus unmmöglich" (PRIESTER, S. 12 ff.). Für Marx waren Politik und Staat, nicht aber Überbau und Staat Synonyme. Wenn Gramsci den Überbau in „Etagen" einteilt, so nicht in der Absicht, die Differenzierung zwischen Politik, Recht, Kultur, Moral, Religion usw. zu erschweren, die zwischen diesen Bereichen bestehenden Unterschiede einzuebnen. Vielmehr deutet der von Gramsci geprägte Begriff „hegemoniale Apparate" darauf hin, daß beim Mitbegründer der IKP ein Problembewußtsein vorhanden war, das Althusser und Poulantzas, deren Anleihen bei der bürgerlichen Systemtheorie unübersehbar sind, abgeht. Die Grenzen zwischen „privater" und „öffentlicher" Herrschaftsorganisation werden verwischt, die Differentia specifica von bürgerlich-parlamentarischer Demokratie bzw. Faschismus verschwindet, sobald man den Staatsbegriff in der beschriebenen Weise überdehnt. Priester deutet die Folgen dieser Begriffsverfälschung für die Faschismusforschung an; weiterer Überlegungen wären auch die Konsequenzen für die Sozialisationsund Kommunikationstheorie wert. Bei den Massenmedien etwa wäre es nunmehr völlig unerheblich, ob sie staatlich oder in Privathand sind — für jede Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung eine zentrale Frage!

Die Ökonomie nimmt in Gramscis Werk nicht *den* Rang ein, der ihr heute — im vollentwickelten System des staatsmonopolistischen Kapitalismus — zukommt. Gramscis Schwerpunktsetzung bei den ideologischen Grundlagen bürgerlicher Herrschaft mag zu seiner Zeit berechtigt gewesen sein, ist aber aus heutiger Sicht eher ein Manko: Die Gramscische Staatstheorie mutet politizistisch an, erscheint doch der imperialistische Staat als weitgehend autonome, vom Stand der Kapitalakkumulation abgehobene Wesenheit, deren regulative Funktionen nicht mehr auf den Reproduk-

tionsprozeß rückbezogen werden. Unterbelichtet bleibt die Rolle des Monopols als Herrschaftsverhältnis, der Monopolbourgeoisie als dominanter Kapitalfraktion, wie sie von den Vertretern der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Blickpunkt gerückt wird (Vgl. BUTTERWEGGE 1977, S. 151 ff.). Das Verhältnis Staat-Monopole, dem die marxistische Politökonomie verstärkte Aufmerksamkeit schenken muß, wenn die strategischen Perspektiven einer alternativen Wirtschaftspolitik Konturen gewinnen sollen, darf nicht im Dunkeln bleiben. Auch wäre es falsch, wollte man vergessen, daß der Gramsci der Zwischenkriegszeit jene Kräfteverschiebungen nicht vorausahnen konnte, die mit der Konstituierung des Sozialismus als Weltsystem einhergingen und natürlich Modifikationen in der Staatstätigkeit imperialistischer Länder bewirkten. Schließlich müssen wir uns des fragmentarischen Charakters der Gramscischen Staatstheorie bewußt sein: Gramsci hat die Frage nach der Revolution im Westen, nach den Möglichkeiten der Transformation des Staates gestellt; beantwortet hat er sie nicht.

Literaturverzeichnis

H.-H. Adler, Parlamentarische Opposition und Diktatur des Proletariats, in: SOPO 41 (1977), S. 94—108.

D. Albers, Historischer Kompromiß und Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung, in: Das Argument 105 (1977), S. 672—684.

L. Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Berlin(West), VSA, 1977.

J. Anders, Antonio Gramsci — ein Sarde, ein Politiker, in: Die Neue Gesellschaft 4/1977, S. 339—342.

H. Asseln/F. Deppe, Die „Staatsfrage" und die Strategie der Arbeiterbewegung, in: Probleme der materialistischen Staatstheorie, Staat und Monopole (II), Argument-Sonderband 16 (1977), S. 84—132.

E. Balibar, Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats", in: Das Argument 106 (1977), S. 795—808.

P. Boccara u.a., Krise des Kapitalismus, Krise der Gesellschaft, Krise des Staates: eine Debatte, in: Marxismus Digest 32 (1977), S. 54—69.

Ch. Buci-Glucksmann, Gramsci und der Eurokommunismus, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 3/1977a, S. 91—111.

Ch. Buci-Glucksmann, Über die politischen Probleme des Übergangs: Arbeiterklasse, Staat und passive Revolution, in: SOPO 41 (1977b), S. 13—35.

Ch. Butterwegge, Der Bernstein-Boom in der SPD, Grundlagen, Geschichte und Funktion der gegenwärtigen Revisionismus-Renaissance, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1978, S. 579—592

Ch. Butterwegge, Probleme der marxistischen Staatsdiskussion, Köln, Pahl-Rugenstein Verlag, 1977,

S. Carrillo, „Eurokommunismus" und Staat, Hamburg/Berlin(West), VSA, 1977.

W. Goldschmidt, Sozialismus und Demokratie, Überlegungen zur aktuellen Diskussion um die politische Form des Übergangs zum Sozialismus in Frankreich, in: SOPO 42 (1977), S. 99—114.

A. Gramsci, Briefe aus dem Kerker, Herausgegeben und übersetzt von G. Roth, Frankfurt/M., S. Fischer Verlag, 1972.

A. Gramsci, Die süditalienische Frage, Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens, Berlin (DDR), Dietz Verlag, 1955.

A. Gramsci, Note sul Machiavelli, sulla politica e sullo Stato moderno, Quaderni del Carcere 4, 6. Aufl., Torino, Einudi, 1966.

A. Gramsci, Philosophie der Praxis, Eine Auswahl, Herausgegeben und übersetzt von Ch. Riechers mit einem Vorwort von W. Abendroth, Frankfurt/M., S. Fischer Verlag, 1967.

L. Gruppi, Gramsci, Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Mit einem Vorwort von C. Mancina, Hamburg/Berlin(West), VSA, 1977.

J. Hirsch, Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt/M., Suhrkamp Verlag, 1976, S. 99—149.

S. Holland, Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens, in: Argument 106 (1977), S. 809—818.

A. Kramer, Gramscis Interpretation des Marxismus, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Frankfurt/M., Suhrkamp Verlag, 1975, S. 65—118.

R. Miliband, Poulantzas und der kapitalistische Staat, in: N. Poulantzas/R. Miliband: Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Mit einem Beitrag von E. Laclau, Berlin(West), Merve Verlag, 1976, S. 36—51.

N. Poulantzas, Das Problem des kapitalistischen Staates, in: ders./R. Miliband: Kontroverse über den kapitalistischen Staat, Mit einem Beitrag von E. Laclau, Berlin(West) Merve Verlag, 1976, S. 5—24.

N. Poulantzas, Faschismus und Diktatur, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München, Trikont Verlag, 1973.

K. Priester, Theorie und Praxis, Anmerkungen zur politischen Theorie bei Antonio Gramsci, unveröffentlichtes Manuskript.

K. Priester, Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: Das Argument 104 (1977), S. 515—532.

G. Roth, Gramscis Philosophiue der Praxis, Eine neue Deutung des Marxismus, Düsseldorf, Patmos-Verlag, 1972.

M.L. Salvadori, Gramsci und die Kommunistische Partei Italiens: Zwei Auffassungen von Hegemonie, in: Sozialisten, Kommunisten und der Staat, Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie, Hamburg/Berlin(West), VSA, 1977, S. 136—162.

H.J. Sandkühler, Über die Einheit von Politik und Geschichte, Zum Internationalen Gramsci-Kongreß, Florenz, Dezember 1977, in: SOPO 43 (1978), S. 145—154.

J. Strasser, Die Intellektuellen und die Gesellschaft, Zu einigen neueren Arbeitern zur Rolle der Intelligenz, in: forum ds, Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Soziualismus 4 (1977), S. 127—143.

Jürgen Huss

Die Automation - Geburtshelfer des Sozialismus?

Zur Methode der Analyse sozialistischer Gesellschaften

Vorbemerkung:

In den letzten Heften der SOPO (36, 37/38, 40, 41, 42) erschienenDiskussionsbeiträge zum Thema: „Arbeitsbedingungen in der DDR und ihre Auswirkungen auf die Persönlichkeitsentwicklungen". So unterschiedlich auch die konkreten Anlässe und die methodischen Verfahrensweisen der Autoren sich darstellten, verwiesen die Beiträge doch auf ein gemeinsames übergreifendes Problem, nämlich auf die den Analysen mehr oder weniger stillschweigend vorausgesetzte Interpretation der allgemeinen Wechselbeziehung von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften.

Waldhubel/Wenk (SOPO 36, 40, 41) führen die Begründung ihrer Position zum genannten Gegenstand explizit auf diesen Hintergrund zurück. Ihre Beiträge machen deutlich, daß ihre Analyse durch ein spezifisches Vorverständnis über die Beziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften angeleitet und geprägt ist.

Dieser Zusammenhang ist Gegenstand des vorliegenden Aufsatzes. Im ersten Teil wird aufgezeigt, daß Waldhubel/Wenk unter der Voraussetzung einer problematischen Interpretation dieser Wechselbeziehung der Automation mit Notwendigkeit die Rolle des geschichtlichen Subjekts zuschreiben müssen. Der zweite Teil behandelt die Frage, ob bzw. inwieweit sogenannte „allgemeine Bestimmungen" der Analyse einer sozialistischen Gesellschaft als Leitfaden überhaupt vorausgesetzt werden können.

1. Produktivkräfte als historisches Subjekt

1.1 Die reduzierte sozialistische Persönlichkeit

Waldhubel/Wenk (W/W) wenden sich in ihrem Aufsatz in SOPO 36 der DDR-Diskussion zu, um aus ihr zu lernen. Ihr Interesse gilt der Entwicklung des sozialistischen Menschen. Sie beschäftigen sich mit diesem Gegenstand, um Antworten auf die Fragen zu erhalten, die ihnen ihre bürgerliche gesellschaftliche Umwelt und deren Perspektiven stellen. Dieses auf den ersten Blick verdienstvolle Unternehmen, die in der DDR über interne Probleme geführte Diskussion für die theoretische Bewältigung hiesiger Probleme fruchtbar zu machen und so die praktisch-politische Relevanz der Beschäftigung mit der DDR aufzuzeigen, stößt an Grenzen, die aus den gängigen Verfahren von Ansätzen, DDR und BRD miteinander zu vergleichen, bekannt sind. Beide Gesellschaften werden nur im Hinblick auf gemeinsame Merkmale untersucht. Während die System-Vergleich-Ansätze dabei unverhohlen die BRD zum Maßstab der Beurteilung der DDR erheben, verfahren W/W hier anders. Sie orientieren ihre Untersuchung auf die Entwicklung der Produktivkräfte und sehen die sozialistische Produktionsweise sozusagen als historische Extrapolation der kapitalis-

tischen Produktionsweise über ihre Grenzen hinaus. Im Mittelpunkt ihres Interesses steht die in beiden Gesellschaften auffindbare Tendenz der Automatisierung.

Ausgangspunkt ihrer Untersuchung ist die in der DDR geführte Diskussion zum Thema: „Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit". Sie rezipieren diese Diskussion allerdings unter der Voraussetzung eines besonderen Interesses. Sie fragen: „In welchem Verhältnis steht die menschliche Emanzipation zur materiellen Produktion, kann sie sich nur im Gegensatz zu ihr vollziehen, oder wirkt sie auf diese zurück und umgekehrt? Was ist die Bedeutung des sozialistischen Eigentums für die Entwicklung des Menschen, reicht die soziale Umwälzung dafür hin?" (SOPO 36/63). „Jedem mit marxistischer Theorie Vertrautem" (W/W in SOPO 40/85) ist die Antwort bekannt: menschliche Emanzipation vollzieht sich in der materiellen Produktion, die soziale Umwälzung allein reicht nicht hin. Mit diesen Fragen sowie in ihren „selbstverständlichen"Antworten deuten die Autoren bereits eine spezifische Interpretation der Struktur von gesellschaftlicher Entwicklung an, die in der Gliederung ihres Aufsatzes, der Konfrontation der Teile II und III, ihren oberflächlichen Ausdruck findet und in ihren Ausführungen expliziert wird.

In diesen beiden Teilen stellen sie gegenüber: „Entwicklungshemmende Vorstellungen von der Verwirklichung des Ideals" (Teil II) und Vorstellungen, nach denen die „Verwirklichung der sozialistischen Persönlichkeit durch Entwicklung der Produktivkräfte"(Teil III) erfolgt. Nach W/W wird die Entwicklung gehemmt, indem „Einsicht durch Normen und Regeln sozialistischer Moral" (36/68) und „Initiative und schöpferische Veränderung durch 'Humanisierung'" (36/70) ersetzt werden. Allerdings geht es hierbei zunächst noch nicht um tatsächlich schon realisierte Einsichten und Verhaltensweisen - schließlich trifft man nach ihren Beobachtungen in der DDR noch auf Verhaltensweisen, die man als kleinbürgerlich, verspießert und auch unsozial bezeichnen könnte" (36/66), was angesichts des Entwicklungsniveaus der materiell-technischen Basis auch die Autoren nicht verwundert -sondern es handelt sich zunächst noch um Vorstellungen über Ziele und ihre Realisierungsmöglichkeiten.

Hier, in Teil II, werden Theoretiker vorgestellt, die ihrer Auffassung nach falschen Vorstellungen anhängen.

W/W's Wahl fiel auf G. Neuner. In seiner hier vorgestellten Schrift „Sozialistische Persönlichkeit, ihr Werden, ihre Erziehung" (1975) geht er davon aus, es gäbe unterschiedliche Weisen der Aneignung der Welt: „Jede dieser Aneignungsweisen, die praktische, wissenschaftliche, moralische und ästhetische, hat ihre spezifischen Wirkungen auf die Entwicklung der Persönlichkeit, und sie müssen sich gegenseitig ergänzen, damit die allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit ein harmonisches Ganzes wird" (83). Die Persönlichkeit, die reale Einheit der verschiedenen Aneignungsweisen, verhält sich in ihnen gegenüber dem Objekt der Aneignung entsprechend einer „inneren Position", Neuner bezeichnet sie als „ideale Gerichtetheit" (85,86,88). Sie bewirkt Unterschiede im Grad der Aneignung der Welt in den verschiedenen Weisen, was seinen Ausdruck z.B. in Widersprüchen zwischen Wissen und Handeln findet. Mit der Veränderung der „ideellen Gerichtetheit" verändert sich die konkrete Art und Weise der Aneignung der Welt durch das Individuum. „Je bewußter die Persönlichkeit ist, je stärker und intensiver Erkenntnisse, Einsichten und

wissenschaftlich begründete Überzeugungen ihre Gerichtetheit, ihr Streben und ihr Handeln bestimmen, desto stärker ist der formende und bestimmende Einfluß dieser Bewußheit auf das Niveau der Bedürfnisse und Gefühle der Persönlichkeit" (87).

Diese zunächst „ideelle Gerichtetheit" ist nach Neuner Gegenstand der moralischen und ideologischen Erziehung. Deren Aufgabe besteht darin, jene in Einstellungen und Gefühlen aufzuheben, die „mehr und mehr durch bewußte Einsichten und begründete Erkenntnisse gesteuert werden" (89). Es geht also allgemein um die Entwicklung einer spezifischen Qualität der Persönlichkeit, über die Einsicht und Bewußtsein einerseits und Verhalten und Handeln andererseits vermittelt werden.

W/W charakterisieren Neuner als „Bremser". Indem er die Entwicklung von Normen und Regeln sozialistischer Moral als Regulative des Handelns sozialistischer Persönlichkeiten propagiert, verhindert er das nach ihrer Auffassung Wesentliche: das „Bewußtmachen des Notwendigen und der Folgen des Handeln". Was ist dieses Notwendige? Das für die Weiterentwicklung der Gesellschaft Notwendige? Wodurch wird es auch für das Individuum notwendig? Durch Einsicht? Setzt sich also die individuelle Einsicht in das gesellschaftlich Notwendige unmittelbar um in eine subjektiv empfundene Notwendigkeit eines bestimmten Handeln? Und handeln dann die Individuen auch entsprechend?

W/W's Kritik zielt hier nicht auf Neuners besondere Auffassung von Moral. Sie bestreiten vielmehr die Berechtigung der Existenz von Moral als Bestandteil gesellschaftlichen und individuellen Bewußtseins unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen. Offensichtlich unterstellen sie, daß die verschiedenen individuellen und gesellschaftlichen Bewußtseinsfunktionen auf der neuen sozialen Basis in der erkennenden Funktion aufgehoben werden. Diese Interpretation legen die Autoren nicht nur durch ihre Gegenüberstellung von Einsicht und Moral nahe, sondern auch dort, wo sie die Vorstellung von der Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit explizieren. Wo sich Neuner mit der empirisch erfahrbaren Diskrepanz zwischen Einsicht und Handeln herumschlägt, fragen sie ganz einfach mit W.F.Haug: „Warum das Bewußtsein nicht bewußt machen?" (SOPO 40/93).

Diese Radikalität ist verdächtig. Sie setzen an die Stelle der tatsächlichen Individuen, hier der in der DDR Lebenden und von ihnen als verspießert und unsozial bezeichneten, solche, die immer nur entsprechend ihren Einsichten handeln, und natürlich sind dies immer auch Einsichten in das Notwendige. Es bleibt zu sehen, ob sie mit ihrer „Kritik der Moral" die Wirklichkeit nicht moralisierend kritisieren.

Die Autoren wenden sich dem zweiten Hemmnis zu: den „kosmetischen Veränderungen des Arbeitsplatzes". Sie fragen, „ob wirklich mit solchen Methoden sozialistische Ziele erreicht werden können?"(71). Was sind „sozialistische Ziele"? Gehört die Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Zwecke der besseren Bedürfnisbefriedigung zu ihnen? Folgt man den Auffassungen, die in der DDR über das „System der ökonomischen Gesetze" vertreten werden, dann ist die Befriedigung sich entwickelnder Bedürfnisse sogar das zentrale Ziel und die Steigerung der Arbeitsproduktivität das ihm entsprechende Mittel. Dienen die „kosmetischen Veränderungen" und arbeitsorganisatorischen Maßnahmen diesem Ziel? Darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen! Wie verhalten sich W/W dazu? Gar nicht! Sie

reduzieren die sozialistischen Ziele auf ein Ziel: die Entwicklung der Persönlichkeit! Dies ist aber nicht die ganze Persönlichkeit, die auch ißt und trinkt, sondern ihre Persönlichkeit ist nur die mit „Einsicht in das Notwendige" begabte. Sie sehen hier also eine Inkongruenz von Ziel und Mittel und folgern: „Die allein kosmetische Veränderung des Arbeitsplatzes verdrängt möglicherweise die produktive Kritik an der vorfindbaren Technologie" (36/71), deshalb lähmt sie auch „Initiative und schöpferische Veränderung". W/W isolieren die kosmetischen Veränderungen von anderen Veränderungen, so daß sie sie „alleine" haben, beziehen diese auf ein besonderes Ziel der sozialistischen sozialen Entwicklung, behaupten nicht nur die Unangemessenheit des Mittels, sondern stellen seine „möglicherweise" sogar hemmende Wirkung fest und erklären den Propagandisten derartiger Veränderungen zum Träger falscher Vorstellungen. In diesem Falle trifft es R. Stollberg. Stollberg faßt „Arbeitszufriedenheit" als Widerspiegelung der Beziehungen des Arbeiters zu seiner Arbeitsumwelt und sieht in ihr einen Faktor, der die Intensität der sozialen Integration des Arbeiters und seine Leistungsbereitschaft beeinflußt. Er sieht auch die negativen Momente dieser Kategorie. Bei geringerem Anspruchsniveau eines Werktätigen oder bei Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit drückt eine hohe Arbeitszufriedenheit Eigenschaften aus, die mit der sozialen Zielsetzung der Gesellschaft nicht zu vereinbaren sind. Diese innere Widersprüchlichkeit der Arbeitszufriedenheit wird bei Stollberg ausführlich thematisiert (ihr wird ein ganzes Kapitel gewidmet), ausführlich genug, um auch W/W in ihrer Argumentation stutzig zu machen. Sie gestehen dem Autor zu, er selbst stelle die „Grenzen seiner Vorschläge implizit" (72) dar. Die Autoren konstruieren also zielstrebig ihren Gegenstand. So wie sie oben die Moral in Gegensatz brachten zur Einsicht, um sie als die Entwicklung hemmend zu charakterisieren, so hier die „kosmetischen Veränderungen" zu den Initiativen. Die Methode ist durchsichtig: man zerreiße den gesellschaftlichen Zusammenhang, formuliere aus den isolierten Momenten „geeignete" Alternativen, kritisiere so den einen Bereich mit dem anderen, und man erhält eine eindimensionale Entwicklung der Gesellschaft. Diese ordnende und gestaltende Tätigkeit menschlicher Geisteskraft hat guten Grund, im Bewußtsein ihrer eigenen Potenzen an den Scheinproblemen, die in der DDR-Diskussion so aufgetischt werden, schier zu verzweifeln, wo doch „im Grunde" alles so einfach ist: um die bestehenden Unterschiede zwischen gesellschaftlichen und individuellen Interessen zu überwinden, bedarf es doch nur der Einsicht in die bestehenden „Schranken individueller und gesellschaftlicher Entfaltung" (70), denn damit werden unmittelbar auch „Möglichkeit und Notwendigkeit ihrer Überwindung" (ebd.) eingesehen. Und dann gäb's sicher auch keinen, der nicht diesen Einsichten entsprechend handeln würde. Wie aber wird diese Einsicht entwickelt und wie in entsprechendes Handeln umgesetzt? Dies ist Gegenstand des Teils III: „Verwirklichung der sozialistischen Persönlichkeit durch Entwicklung der Produktivkräfte" (73).

W/W zitieren Weidig: die bestehenden Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen machen es den verschiedenen Gesellschaftsmitgliedern in unterschiedlichen Maße möglich, sich als sozialistische Gesellschaftsmitgliedern in unterschiedlichen Maße möglich, sich als sozialistische Persönlichkeiten zu entwickeln, indem sie sich das soziale Wesen der Arbeiterklasse aneignen.

Damit ist die Wichtigkeit der Entwicklung der Arbeitsbedingungen hervorgehoben. Als nächstes verkünden W/W die erstaunliche Erkenntnis „daß sozialistische Produktionsverhältnisse nicht per se (sic!) zu diesen Qualitäten einer sozialistischen Persönlichkeit führen" (74). Nun gibt es aber keine Produktionsverhältnisse „per se", sondern sie existieren immer nur als Moment einer Einheit, die sie zusammen mit den Produktivkräften bilden. Der offensichtliche Sinn dieses Unsinns, dieses unvermittelten Gegenüberstellens zweier Seiten einer Einheit, ist es, die Bedeutung der sozialen Beziehungen für die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung herunterzuspielen. Und so geht's weiter: „Die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit bildet — .... — eine notwendige Voraussetzung zur allgemeinen Entfaltung von sozialistischen Persönlichkeiten" (74). Aus dieser „einen" Voraussetzung wird „die" Voraussetzung: wissenschaftlich-technische Revolution stellt die organische Einheit zwischen körperlicher und geistiger Arbeit her, indem sie ein neues Mensch-Maschine-Verhältnis gebiert; dieses erfordert, „die Fähigkeiten der Gattung in das Individum zurückkehren zu lassen" (75); im Zuge dieser alle Gesellschaftsmitglieder erfassenden Entwicklung gleichen sich ihre Arbeitstätigkeiten an, und die sozialen Unterschiede zwischen den Klassen und Schichten verschwinden. Die Individuen werden Gattungswesen, und die konkrete Utopie ist verwirklicht! Wer trotz dieser rasanten Entwicklung noch kleinmütig bleibt und einwendet, daß sozialistische Persönlichkeiten doch nicht nur ihren Stoffwechsel mit der Natur, sondern auch ihre sozialen Beziehungen untereinander rationell zu regeln haben, erfährt: kein Problem! denn in der Einheit von geistiger und körperlicher Arbeit „entwickeln sich Fähigkeiten und Kenntnisse, um auf das Geschehen in Betrieb und Gesellschaft Einfluß nehmen zu können" (78). Dies gebiete schon die mit der wachsenden Masse Maschine steigende Verantwortung.

Im übrigen, so versichern die Autoren, wurde „die Existenz der sozialistischen Produktionsverhältnisse als notwendig, aber nicht hinreichende Bedingung für die Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten....vorausgesetzt" (36/82), bzw. von ihnen sei „vom Gegenstand her der Sozialismus immer schon mitgedacht" (41/76). Was sind das für Produktionsverhältnisse, deren Bedeutung innerhalb des Geschichtsprozesses sich darauf beschränkt, daß sie lediglich mitgedacht werden müssen? Und wie sieht's mit den Individuen aus, die als Träger ihrer sozialistischen sozialen Beziehung ihrer Entfaltung als sozialistische Persönlichkeiten schon vorausgesetzt sind? Gesellschaft und Persönlichkeiten fallen auseinander. Weil ihre vorausgesetzte sozialistische Existenz den Autoren zu wenig ist, müssen die Individuen sie noch einmal entwickeln, nämlich im Zusammenhang mit der Bewältigung der Aufgaben, die die Automation, also die entwickelten Produktivkräfte, an sie stellt. Aus der bekannten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wurde eine Dialektik zwischen Mitgedachtem und wissenschaftlich-technischer Revolution!

Die Bedeutung der sozialen Umwälzung für die menschliche Emanzipation sehen die Autoren darin, daß mit ihr die Voraussetzung „für die Aufhebung des Antagonismus zwischen Individuum und Gesellschaft" (36/66) gesetzt ist, daß „die Zielsetzung der Produktion den Arbeitenden nicht feindlich gegenüber ist" (36/71), daß die „Automation als Grundlage der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit" (82)

vorangetrieben wird und daß diesen Prozeß weder soziale Antagonismen noch Arbeitslosigkeit hemmen. Die soziale Umwälzung hat für sie nur noch die Bedeutung einer notwendigen Bedingung für die Entfaltung der Produktivkräfte, über die vermittelt die sozialistischen Persönlichkeiten entstehen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt erhält damit eine merkwürdige Verlaufsform: er ist einerseits an soziale Voraussetzungen gebunden, läuft dann aber als Prozeß der Automatisierung autonom ab und hat schließlich soziale Folgen, die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten. Einmal in Gang gesetzt, entwickeln sich in ihm „per se" die sozialistischen Persönlichkeiten, die die sozialistischen Produktionsverhältnisse „per se" nicht hervorbringen konnten.

Das Resümee ihrer Darstellung: Die Autoren unterscheiden nicht zwischen einer kapitalistischen und einer sozialistischen/kommunistischen Form der Entwicklung der Produktivkräfte, sie kennen nur DIE Entwicklung der Produktivkräfte. Der Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise existiert nur als Unterschied im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte. Dieses Ergebnis ist bereits in der Intention der Autoren angelegt. Sie wollen aus der DDR-Diskussion lernen — und zwar für sich, hier unter spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Bedeutung der sozialen Verhältnisse muß deshalb zuerst einmal relativiert werden. Die Autoren tun dies, indem sie sie nur als Entwicklungsbedingungen für die Produktivkräfte sehen und sie um die autonome Entwicklung der letzteren als „Hülle" herumdrapieren. Die kapitalistischen Verhältnisse hemmen die Produktivkräfte-Entwicklung, und die soziale Umwälzung beseitigt diese Schranken. Die Tendenzen, die sich unter den alten Verhältnissen nur andeuten konnten, können sich nun voll ausbilden. Diese indentischen Qualitäten sind es, die die Autoren interessieren. Sie sehen nicht die DDR als das, was sie ist, sondern nur das gemeinsame von DDR und den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie selbst leben. Die DDR wird unter Abstraktion von ihrer sozialen Qualität wahrgenommen, diese wird lediglich „mitgedacht".

1.2. ....und ihr theoretischer Ursprung

In ihrer Replik auf die Kritik von W. Wotschack versuchen W/W ihre Positon zu untermauern, indem sie den theoretischen Hintergrund ihrer Darstellung explizieren.[1]

Sie stellen zunächst als ihre Intention heraus, „den jedem mit marxistischer Theorie Vertrauten bekannten Satz von dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu konkretisieren mit dem Ziel konkreter Handlungsvorschläge" (40/85). Dieser Widerspruch existiert real als widersprüchliche Einheit.

Dies jedoch nur zur Kenntnis zu nehmen, reicht, wie W/W zutreffend bemerken, nicht aus, „um sich in diesem Widerspruch zurechtzufinden" (ebd). Die Struktur dieser sich entwickelnden Einheit kann nur erfaßt werden, wenn ihre beiden Momente " begrifflich voneinander getrennt werden" (ebd.). Diese gedankliche Leistung vollziehen zu können, gestattet nach Ansicht der Autoren das Widerspruchsdenken.[2]

Wir haben nun auf der einen Seite die reale widersprüchliche Einheit, die nicht unmittelbar denkend durchdrungen werden kann, und auf der anderen ein Denken, das,

solange es nicht „Widerspruchsdenken" ist, die Wirklichkeit nicht adäquat erfassen kann. In dieser Situation muß sich zuerst das Denken zum „Widerspruchsdenken" entwickeln.[3]

Auch die reale widersprüchliche Einheit erweist sich nun doch als nicht ganz so geheimnisvoll. Es gibt nämlich bereits die materialistische Geschichtsauffassung. Deren „zentrale Einsicht" ist nach W/W im „Gesetz der notwendigen Übereinstimmung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften" (40/90) zusammengefaßt. Weiter ist bekannt, daß Übereinstimmung keine Bewegung hervorbringen kann. Deshalb ist es „also gerade die Nicht-Übereinstimmung der beiden Seiten der gesellschaftlichen Produktion, welche die Weiterentwicklung und Überwindung überholter Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte möglich und notwendig macht" (40/90). Die innere Widersprüchlichkeit dieser Einheit sehen die Autoren in der Tatsache, daß „die Entwicklungskräfte des Zukünftigen in dem Gegenwärtigen" existieren. Sie im Konkreten aufzuspüren, gelingt erst dem „Widerspruchsdenken".

Die widersprüchliche Einheit existiert in der Interpretation der Autoren als schlichtes Nebeneinander. So gibt es einmal „das Gesetz der Entstehung des Mehrwerts" (40/91), das formationsspezifische Moment, und daneben den „historischen Beruf der Bourgeoisie, die Produktivkräfte als gesellschaftliche zu entwickeln und stetig zu revolutionieren" (40/92), beide zusammen sind dann" zwei Seiten einer sich entwickelnden widersprüchlichen Einheit „(ebd.). Hier endlich wird der Sinn der Erkenntnis faßbar," daß sozialistische Produktionsverhältnisse nicht per se (sic!) zu diesen Qualitäten einer sozialistischen Persönlichkeit führen" (36/74) jetzt kann hinzugefügt werden: die sozialistischen Produktivkräfte „per se" müssen noch ergänzt werden.

Die Autoren gehen aus von der materiellen Produktion als einer dialektischen Einheit, zerlegen diese gedanklich in ihre Momente und hauchen beiden ein eigenes Leben ein. Obwohl sie zunächst nur voneinander getrennt gedacht werden sollten, dürfen sie sich jetzt sogar getrennt voneinander entwickeln. Die Produktionsverhältnisse stagnieren, und die Produktivkräfte entfalten sich. Beide werden dann samt ihrer jeweiligen Bewegungsform wieder zusammen gedacht, und zwar als Verhältnis von Form und Inhalt. Der Inhalt, die sich kontinuierlich entwickelnden Produktivkräfte, wird in einer bestimmten Phase an seiner weiteren Entwicklung durch die Form gehindert, muß diese „Hülle" abwerfen, um sich in einer neuen „Hülle" wieder bewegen zu können. So wird das scheinbare Paradoxon der Autoren verständlich, „das Gesetz der notwendigen Übereinstimmung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften" drücke als Entwicklungsgesetz eigentlich die „Nicht-Übereinstimmung der beiden Seiten der gesellschaftlichen Produktion" (40/90) aus: Übereinstimmung, weil beides Momente einer Einheit sind; da diese aber widersprüchlich ist, ein fortschrittliches und ein stagnierendes Moment beinhalte, stimmen die Momente zugleich nicht überein.

Ihr prinzipielles Mißverständnis der Beziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften belegen die Autoren eindrucksvoll in der Bekräftigung ihrer Darstellung der Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten. „Hört der Kapitalismus also auf, die materiellen Grundlagen für eine entwickeltere Gesellschaft zu schaffen,

und wird das Zukünftige ganz anders sein?" (41/81), fragen sie Wotschack, der von einer kapitalistischen Form der Produktivkräfte im Unterschied zu einer sozialistischen spricht, und werfen ihm eine Identifikation von Arbeitsmittel und gesellschaftlichen Verhältnissen vor (vgl. ebd.). Dieses forsche „entweder ... oder" ist nicht neu, in der gleichen Weise konstruierten sie bereits Gegensätze zwischen Moral und Einsicht und zwischen Produktivkraftentwicklung und Arbeitsorganisation, Natürlich produziert das Kapital die materiellen Grundlagen der nachfolgenden Produktionsweise, aber eben in einer kapitalistischen Form. Dies können die Autoren aber nicht akzeptieren, denn sie haben ja die „widersprüchliche Einheit" in eine Produktivkraftentwicklung „per se" und eine Entwicklung der sozialen Beziehungen „per se" aufgelöst. Sicher wissen sie, daß die Menschen in der Arbeit ihre der Arbeit selbst vorausgesetzten Zwecke verwirklichen, daß dieser Zusammenhang unter kapitalistischen Verhältnissen sich in einer spezifischen Weise verkehrt und sich in der Form des Kapitals gegenüber den Individuen verselbständigt. Dessen spezifischer Zweck, die Verwertung des Werts, resultiert nicht nur im Mehrwert, sondern erhält auch in der Gestalt der sachlichen Bedingungen der Produktion einen adäquaten Ausdruck. Die Produktionsmittel beherrschen , die Produzenten in ihrer Bestimmung als Existenzweise des Kapitals, aber auch in ihrer Funktion als sachliche Bedingungen der Produktion. Diese letzte Tatsache, dieVergegenständlichung der spezifisch-historischen Zwecksetzung in der Gestalt der Produktionsmittel, wollen die Autoren offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen.

Die Autoren verfahren hier allerdings auf den ersten Blick widersprüchlich.. Während sie Wotschack vorwerfen, daß er die soziale Determiniertheit zu Unrecht ins Feld führe, zitieren sie zustimmend W. Jonas, der von der dem kapitalistischen Profitinteresse adäquaten Fließbandfertigung spricht, diese Art und Weise der Produktion aber als einer „sozialistisch-kommunistischen Zielstellung" (41/76) entgegengesetzt charakterisiert. W/W sprechen also auch von sozialer Determination, geben dieser Bestimmung aber einen — gegenüber Wotschack — anderen Inhalt. Sie bestimmen sie dahingehend, daß sie die kapitalistische Determiniertheit der Produktivkräfte mit einem bestimmten Entwicklungsniveau der Produktivkräfte identifizieren: Kapitalistisch sind die Produktivkräfte immer dann, wenn sie in der Gestalt von Maschinerie existieren, die der Automation vorausgeht. Sozialistisch determinierte Produktivkräfte sind demnach die Automaten, ihnen ist diese soziale Qualität auch dann immanent, wenn sie unter kapitalistischen Bedingungen entwickelt werden.

Liegt hierin das Geheimnis des Widerspruchs zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften? Besteht ihre Nicht-Übereinstimmung in diesem Nebeneinander von kapitalistischer Form und sozialistischer Automation? Wir hätten damit nicht nur autonom sich entwickelnde Produktivkräfte, sondern ihrer Entwicklung wäre auch noch ein qualitativer Umschlag immanent und den Phasen käme „per se" eine spezifische soziale Determiniertheit zu. Welches sind aber dann die Grundlagen, die der Kapitalismus für eine entwickeltere Gesellschaft schafft? Natürlich nur ein Teil der von ihm insgesamt geschaffenen Produktivkräfte, legen W/W nahe, eben die Automaten. Was macht die sozialistische Gesellschaft mit den anderen materiell-technischen

Bedingungen? Sie hat sie zu revolutionieren (vgl. 41/76). Was macht sie auf dem Weg dahin? Darüber schweigen die Autoren! Weshalb schweigen sie? Weil sie den Sozialismus nur in der Gestalt der „automatischen Produktionsweise" (41/81 u. 84) zur Kenntnis nehmen. Dazu haben sie sich im Laufe ihrer Darstellung berechtigt! Ihre Auflösung der widersprüchlichen Einheit, die Eigendynamik der Produktivkräfte, die Degradation der Produktionsverhältnisse zur „Hülle" und die Erkenntnis des Wesens der Automation rechtfertigen, daß sie die sozialistischen Produktionsverhältnisse nur noch als Emanation ihres Automationsbegriffs begreifen. Ihr Ergebnis ist zwar geheimnisvoll, aber ein mittlerweile schon vertrautes Geheimnis: „zunächst erfordern die neuartigen Produktionsverhältnisse des Sozialismus zu ihrer Auffüllung ... eine neuartige Produktionsweise" (41/76), die sozialistischen Produktionsverhältnisse existieren also bereits; dann aber werden die sozialistischen Verhältnisse erst „von wem, wenn nicht von sozialistischen Persönlichkeiten, ... vollzogen" (41/77). Schließlich entstehen die Persönlichkeiten mit der Automation. Anfangs existieren also gesellschaftliche Verhältnisse ohne ihre Träger, die gesellschaftlichen Individuen, dann aber sind sie plötzlich doch schon da gewesen und haben sogar die Verhältnisse „vollzogen"; ebenso plötzlich treten sie wieder ab, und es erscheint die automatische Produktionsweise, und die erweckt dann die sozialistischen Persönlichkeiten wieder zum Leben. Das adäquate Ergebnis des „Widerspruchsdenkens"!

In diesem Ergebnis findet sich wieder, was mit der eigentümlichen Interpretation der „zentralen Einsicht der materialistischen Geschichtsauffassung" (40/90) bereits gesetzt war: die Auflösung des gesellschaftlichen Zusammenhangs. Die Verhältnisse der Menschen zur Natur bzw. zueinander wurden dort ebenso gewaltsam auseinandergerissen, wie sie hier zusammengebracht werden. Auf der Strecke bleiben dabei die Gesellschaft und natürlich auch die Individuen. Die Persönlichkeit ist zuerst sozial, mit den sozialistischen Verhältnissen vorausgesetzt, dann wird sie unsozial, bezieht sich aber aktiv auf ihr „in Gestalt der Produktivkräfte außerhalb der Individuen" (41/86) liegendes Wesen und eignet sich darüber auch ihr soziales Wesen wieder an. Dies aber ist verstümmelt, denn es existiert nur noch als über die Erfüllung der Anforderungen der Automationsarbeit vermittelt. Die Automation erfordert bestimmte Fähigkeiten auf seiten der Produzenten," z.B. Kritikbereitschaft, Urteilsfähigkeit, selbständiges Denken" (41/81), und aus ihnen wachsen den Individuen auf geheimnisvolle Weise ihre sozialen Qualitäten zu — sozusagen automatisch. Das „Widerspruchsdenken", eben als notwendig bezeichnet, um in die geschichtliche Bewegung eingreifen zu können, ist hier vergessen.

Die vorgefundene Gesellschaft fungiert als „Ermöglichungsgrund der Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten" (41/84), bleibt aber bei der Entfaltung ohne Bedeutung. Die Persönlichkeiten entwickeln sich im Mensch-Maschine-Verhältnis. Dessen Entwicklung aber wird nur in seinem Resultat, dem Wesen der Automation, fixiert. Der Entwicklungsprozeß selbst wird nicht dargestellt, und es ist nach Ansicht der Autoren auch unzulässig, die Persönlichkeitsentwicklung „an besonderen Erscheinungen nicht voll entwickelter Automation" festzumachen, vielmehr muß vom „Wesen der Automation" ausgegangen werden, vom „geänderten MenschMaschine-Verhältnis" (41/79).

Diese verfälschende Interpretation der allgemeinen Beziehungen von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften existiert noch in einer anderen Spielart. Die Produktionsverhältnisse werden nur als Hülle oder Form bestimmt, in der sich die Produktivkräfte entwickeln. Den Produktivkräften kommt hier die Bestimmung einer „Triebkraft" der gesellschaftlichen Entwicklung zu. Diese Deutung steht in offensichtlichem Widerspruch zur Struktur der kapitalistischen Produktionsweise. Treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung ist hier das Kapital, der sich selbst verwertende Wert. Die Entwicklung der Produktivkräfte findet unter der spezifischen Form der Produktion von relativem Mehrwert statt, sie ist nur Mittel zum Zweck. Aber natürlich hat auch diese spezifische gesellschaftliche Zwecksetzung eine „natürliche" Grundlage, denn die Individuen haben immer neben ihrer gesellschaftlichen eine „natürliche" Seite. Als Naturwesen müssen sie in einen Stoffwechsel mit der äußeren Natur eintreten, um sich zu reproduzieren. Unter kapitalistischen Verhältnissen stellt sich diese allgemeine Naturbedingung nur in einer verkehrten Form dar. Das Kapital setzt den Stoffwechselprozeß als Mittel und sich selbst als Zweck. Es wirkt als „Motor" der gesellschaftlichen Bewegung. Die Naturbasis des Menschen begründet, für sich genommen, nicht, eine Seite des einheitlichen Prozesses der anderen als determinierend zu bestimmen.

Wie bei der Behandlung der Form der dialektischen Einheit der beiden Seiten der Produktionsweise angedeutet, ist der Inhalt dessen, was aus der Analyse der geschichtlichen Entwicklung als allgemeine Bestimmungen festgehalten wird, selbst noch einmal der historischen Entwicklung unterworfen. Waren alle früheren Produktionsweisen durch Naturwüchsigkeit in ihrer Entwicklungsform gekennzeichnet, wird die Allgemeingültigkeit dieser Aussage mit der Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise „historisch negiert". Damit wird auf zwei Aspekte von zentraler Bedeutung verwiesen: einmal sind die allgemeinen Bestimmungen immer nur in der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung aufgefundene Bestimmungen, sind also der gesellschaftlichen Entwicklung nicht vorausgesetzt. Damit verbunden ist der andere Aspekt: sie können nur als aus der Analyse der abgelaufenen Geschichte verallgemeinerbare Bestimmungen fixiert werden. Diese Erkenntnis formuliert Engels: „ Unsere Geschichtsauffassung ist aber vor allem eine Anleitung beim Studium, kein Hebel der Konstruktion à là Hegelianertum. Die ganze Geschichte muß neu studiert werden, die Daseinsbedingungen der verschiedenen Gesellschaftsformationen müssen

Die allgemeinen Bestimmungen, die der Analyse einer sozialistischen Gesellschaft als Anleitung vorgegeben werden können, ohne die Einsicht in ihre Bewegungsform zu verstellen, reduzieren sich auf die eine, nämlich die Produktionsweise als Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu fassen. Hiermit wird einerseits auf die Naturnotwendigkeit hingewiesen, daß die Menschen in einen Stoffwechsel mit der äußeren Natur treten müssen, und andrerseits die geschichtliche Tatsache formuliert, daß sie dies als gesellschaftliche Organisierte tun. Diese Beschränkung gebietet einerseits die Tatsache, daß eine Analyse der sozialistischen Produktionsweise nicht vorliegt — hier wird von der Frage abgesehen, ob der Status der sozialistischen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung eine derartige allgemeine Theorie über sie überhaupt ermöglicht. Insbesondere aber die —

ernstgenommene — These, daß mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erst die eigentliche Geschichte der Menschheit beginne, verbietet, die in der Analyse bisheriger Gesellschaften festgestellten Formen ihrer Entwicklung der Untersuchung der sozialistischen Gesellschaft vorauszusetzen. Aus dem Bisherigen läßt sich — zunächst in negativer Formulierung — folgendes Resümé ziehen: es ist unzulässig, die dialektische Einheit in der Form einer widersprüchlichen Einheit, einer Einheit von verselbständigten Momenten voraussetzen. Ebenso unzulässig ist es, eins der beiden Momente als dem anderen gegenüber dominierendes zu bestimmen, denn eins existiert einfach nicht ohne das andere! Ein dritter, schon fast normaler Fehler besteht darin, die Entwicklung der Gesellschaft oder einzelner Bereiche vor dem Hintergrund einer einmal vorausgesetzten und sich nicht mehr verändernden Qualität der sozialen Beziehungen erfassen zu wollen. Wird zum Beispiel eine spezifische Struktur der Produktionsverhältnisse vorausgesetzt, ist damit auch immer ein bestimmtes Niveau der Produktivkräfte unterstellt. Mit beiden ist dann auch die Struktur ihrer Wechselbeziehung gegeben. Dies ist der Gehalt des oben skizzierten Bedingungsverhältnisses. Während dieses Verfahren für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise seine Berechtigung darin hat, daß sich das Kapitalverhältnis — wenn auch auf sich veränderndem Niveau — beständig reproduziert, kann die Analyse einer sozialistischen Gesellschaft von einer derartigen Voraussetzung nicht ausgehen.

Inwiefern können nun diese wenigen allgemeinen Bestimmungen die Analyse einer sozialistischen Gesellschaft anleiten? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, stellt sich noch eine andere. Die wissenschaftliche Durchdringung der kapitalistischen Produktionsweise und das Auffinden ihrer historisch-spezifischen Qualität war erst möglich, nachdem sich die Produktionsweise selbst in ihren wesentlichen Bestimmungen ausgebildet hatte. Es bestand also ein notwendiger Zusammenhang zwischen ihrem Entwicklungsgrad und der Möglichkeit, ihre spezifische Qualität zu erkennen!

Was bedeutet das für die Analyse der Gesellschaften, die heute bereits eine sozialistische Qualität für sich beanspruchen? Weisen sie bereits eine Struktur sozialer Beziehungen auf, die als historisch-spezifische fixiert werden kann? Die Diskussion über den sozialen Charakter der DDR verdeutlicht die Relevanz dieser Fragestellung. Während die einen die Gesellschaft zurückbeziehen auf ihre kapitalistische Vergangenheit und so zu der nichtssagenden Qualifizierung „nachkapitalistische Gesellschaft“[4] kommen, sehen andere ihre sozialistische Qualität darin, daß mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln bereits die unmittelbare Gesellschaftlichkeit hergestellt wurde.

Beide Positionen sind einseitig, die Wahrheit liegt zwischen ihnen, und dies gilt in einem ganz bestimmten Sinn! Während die erste Position im wesentlichen auf den historischen Ausgangspunkt rückverweist, betont die zweite ihre „innere Bestimmung“ oder ihren Zielpunkt. Beide Positionen müssen in die Charakterisierung der sozialistischen Qualität eingehen. Denn deren Besonderheit besteht in der stetigen Veränderung der vorgefundenen sozialen Beziehungen. In diesem Sinne wird sie adäquat als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation bestimmt.

Die Konsequenz für ihre Analyse: das Aufzeigen ihrer Andersartigkeit gegenüber der kapitalistischen Form belegt nicht hinreichend ihren sozialistischen Charakter. Ihr wesentliches Charakeristikum ist ihr Verhältnis zur höheren, der kommunistischen Phase. Deshalb muß dieses Verhältnis in der Form untersucht werden, in der es tatsächlich existiert, also als geschichtliche Entwicklung. Ihr kann die sozialistische Qualität nicht vorausgesetzt werden, da sie sich erst in ihr zu realisieren vermag. Die Bedingungen für eine derartige Entwicklung sind mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gegeben,existieren unmittelbar aber nur als der geschichtlichen Situation immanente Möglichkeiten. Die Entfaltung dieser Möglichkeiten realisiert sich konkret in der Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen im Prozeß der Aneignung der Natur an die gesellschaftlichen Bedürfnisse, bzw. — in seiner abstrakten Fassung — als Wechselbeziehung zwischen den Produktionsverhältnissen und Produktivkräften. Deren Besonderheit während der sozialistischen Phase besteht darin, daß sich die Form der Wechselwirkung mit der Entwicklung ihrer Momente verändern muß. Die gesellschaftliche Entwicklung unterliegt in wachsendem Maße der bewußten Gestaltung, sowohl hinsichtlich der Naturbeherrschung, was sich im wachsenden Niveau der Produktivkräfte ausdrückt, als auch hinsichtlich der Organisierung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen. Die Einheit der zusammengehörigen Momente realisiert sich zunehmend nicht mehr spontan, sondern als vorbedachtes Resultat. Diese Veränderung ihrer Bewegungsform zeigt die sozialistische Qualität der Gesellschaft an. Die Entwicklung von der Naturwüchsigkeit zur Bewußtheit der Bewegung drückt die Vervollkommung der sie verursachenden Momente aus, die tatsächliche Herausbildung der kommunistischen Form der Gesellschaftlichkeit auf einem hohen Niveau der Naturaneignung.

Diese Besonderheit der sozialistischen Gesellschaft, die Unterwerfung ihrer eigenen Entwicklung unter die von ihr gesetzten Ziele, verbietet, von einer bestimmten, fälschlich als allgemein gültig anerkannten Wechselbeziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften aus die Analyse zu beginnen. W/W machen hier zwei prinzipielle Fehler: sie unterstellen nicht nur eine falsche Struktur der Beziehung, wenn sie von der Determination der Produktionsverhältnisse durch die Produktivkräfte ausgehen, sie unterstellen auch eine stabile Form dieser Beziehung und haben damit eine Voraussetzung gemacht, die der Besonderheit einer sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich widerspricht.

Die allgemeinen Bestimmungen, die der Analyse der sozialistischen Gesellschaft als Leitfaden dienen können, reduzieren sich also auf die einfache Anweisung, Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte als Momente einer sich entwickelnden Einheit, der Produktionsweise, zu untersuchen. Darüberhinausgehende Bestimmungen betreffen den historischen Stellenwert dieser Gesellschaft. Sie lassen sich auf Grundlage der Kenntnis der Bewegungsgesetze des Kapitals und der sich entwickelnden Gesellschaftlichkeit der Arbeit samt ihren gegenständlichen Bedingungen grob umreißen. Die Gesellschaft kommt im Laufe ihrer Entwicklung unter der kapitalistischen Form zu einem Bewußtsein ihrer selbst und sie beginnt mit der Aufhebung des Kapitalverhältnisses, sich bewußt zu sich selbst zu verhalten,

d.h. sich ihre eigenen Ziele zu setzen und sie zielgerichtet zu verwirklichen. Dieser Übergang aus der Naturwüchsigkeit in die Bewußtheit kann bereits unter noch bestehenden kapitalistischen Bedingungen als Charakteristikum der sozialistischen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung formuliert werden. Die sozialistische Qualität einer Gesellschaft muß sich also in ihrer Entwicklung erweisen, nicht in der Reproduktion eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. Darin unterscheidet sie sich von der kapitalistischen Gesellschaft, und darin ist auch die Besonderheit des analytischen Zugangs zu ihr begründet.

Der hier formulierte Leitfaden besitzt einen zu allgemeinen Charakter, um unmittelbar die Untersuchung konkreter Prozesse anleiten zu können. Andererseits kann er in dieser Allgemeinheit nur formuliert werden, weil er Strukturen benennt, die auch in den konkreten Formen existieren. Er leitet die Analyse an, indem er „auffordert", die verschiedenen, konkreten Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion als Einheit zweier Momente zu erkennen.

Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion ist die Verausgabung von gesellschaftlicher Arbeit. Entsprechend der historischen Qualität des Sozialismus als Übergangsphase zur höheren kommunistischen Gesellschaft ist auch die sozialistische Arbeit als Durchgangsstadium charakterisiert, und zwar in doppelter Weise. Die Schaffung persönlichkeitsfördernder Arbeitsbedingungen ist die wesentliche Voraussetzung für die Herausbildung von sozialistischen Persönlichkeiten. Indem sie sich entwickeln, gestalten sie ihre Arbeitsbedingungen zunehmend unmittelbar selbst, nach ihren eigenen Zwecken. In diesem Prozeß verändert sich also nicht nur die gesellschaftlich determinierte Qualität der Arbeitsbedingungen, das Objekt, sondern auch das Subjekt. Die Realisierung dieser beiden Tendenzen ist Kennzeichen des spezifischen sozialistischen Charakters der Arbeit.

Die Kategorie Charakter der Arbeit bezeichnet die Einheit von stofflichem Inhalt und gesellschaftlicher Form der Arbeit in ihrer Veränderung. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Form zeigt sich ihre sozialistische Qualität in der Veränderung der sozialen Stellung des Arbeiters. Die Trennung zwischen leitender und ausführender Tätigkeit wird tendenziell überwunden bzw. die Einheit von Produzent und Eigentümer hergestellt. Die Verwirklichung dieser sozialen Zielsetzung ist an die Entwicklung des Arbeitsinhalts geknüpft. Er umfaßt die sich verändernden Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen, bezeichnet also das tendenzielle Heraustreten des Arbeiters aus dem unmittelbaren Arbeitsprozeß, umfaßt weiterhin die Organisation der Teilung der Arbeit, hier die Beziehung zwischen Hand- und Kopfarbeit und monotoner und schöpferischer Arbeit, und schließlich das konkret-nützliche Ziel der Arbeit.

Ein bei der Analyse der konkreten Einheit von Form und Inhalt der Arbeit wesentliches Problem ist das der „relativen Eigengesetzlichkeit der technologischen Entwicklung" mit ihren Auswirkungen auf die intendierte historisch-spezifische Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsbedingungen sind unterschieden nach „materiell-technischer Basis" und Arbeitsorganisation. Die Möglichkeiten ihrer Veränderung sind prinzipiell begrenzt durch das jeweilige Niveau der sachlichen Bedingungen der Produktion. Diese eröffnen jedoch „Spielräume" für die Gestaltung

der Arbeitsorganisation im Sinne der gesellschaftlichen Zielsetzung. Unter ihrer Voraussetzung geht es aber nicht nur um die Nutzung vorhandener Möglichkeiten, für die Gestaltung persönlichkeitsfördernder Arbeitsbedingungen, sondern auch um die Schaffung neuer Möglichkeiten durch zielgerichtete Gestaltung der materiell-technischen Basis.

Eine wesentlich bedeutsamere Schranke für die Entwicklung progressiver Arbeitsinhalte besteht in der Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um die konsumtiven Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Diese widersprüchliche Beziehung zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Gestaltung persönlichkeitsfördernder Arbeitsproduktivität hat zwar keinen prinzipiellen Charakter, sondern kennzeichnet ein bestimmtes gesellschaftliches Entwicklungsniveau. Die Zielsetzung der sozialistischen Gesellschaft, die Arbeit „erstes Lebensbedürfnis" werden zu lassen, kann nur realisiert werden, wenn die Effektivitätssteigerung der Arbeit durch die Nutzung der schöpferischen Potenzen der lebendigen Arbeit erreicht werden kann.

Die beiden zuletzt behandelten Problemkomplexe weisen noch einmal darauf hin, daß sich in dem Maße, in den sich die sozialistische Zielsetzung in den einzelnen Momenten der Arbeit realisiert, auch die Struktur ihrer Beziehungen verändert. Entsprechend der vorausgesetzten Bestimmung über den historischen Stellenwert der sozialistischen Gesellschaft realisiert eine derartige Gesellschaft ihre spezifische soziale Qualität in der Entwicklung. Dies gilt natürlich wesentlich für den Bereich der Arbeit. Die verschiedenen Formen, in denen in den real existierenden sozialistischen Gesellschaften die Arbeit verausgabt wird, müssen in ihrer Eigenschaft als Entwicklungsformen analysiert werden. Dies erfordert, die Struktur zwischen den einzelnen Momenten der Arbeit zu untersuchen, anders formuliert, den Produktionsprozeß als „lebendige Einheit" zu erkennen, die durch die lebendige Arbeit realisiert wird. Werden die einzelnen Momente voneinander isoliert oder wird die dialektische Beziehung zwischen ihnen in eine monokausale Beziehung aufgelöst — wie bei W/W — kann die Arbeit nicht mehr als Prozeß erklärt werden.

Die Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft ihrer Entwicklung ein Ziel voraussetzt, birgt für die theoretische Beschäftigung die Gefahr, daß eine konkrete Gesellschaft nicht in ihrer eigenen Zielsetzung beurteilt und an ihrer Erfüllung gemessen wird, sondern daß ihr fremde Zielvorstellungen unterschoben werden. Die Kritik formuliert dann entweder nur das Vorausgesetzte, nämlich daß die Gesellschaft ihre eigenen Ziele hat, oder sie sieht die gesamte gesellschaftliche Entwicklung nur unter der Perspektive ihres speziellen Ziels. Wird aber dieses Ziel auch als eins unter anderen tatsächlich verfolgt, erweckt dies den falschen Schein einer Übereinstimmung zwischen dem von der Gesellschaft gesetzten und dem von außen herangetragenen. Ein derartiges Verfahren ist natürlich nur durchzuhalten unter der Voraussetzung, unter der es bereits angetreten ist, nämlich einen Bereich aus der gesellschaftlichen Gesamtheit zu isolieren, z.B. die Tendenz zur Automation.

Anmerkungen

1 W. Wotschacks Kritik (SOPO 36/37) zielt im wesentlichen auf zwei Punkte. Im Mittelpunkt steht W/W's Auffassung von einer sich aus sich selbst entwickelnden Automation, der vermittelt über die Persönlichkeitsentwicklung die gesellschaftliche Entwicklung nachfolgt. Er stellt demgegenüber den determinierenden Einfluß der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkraft-Entwicklung heraus. Der zweite zentrale Einwand richtet sich gegen die Reduktion der Persönlichkeitsentwicklung auf ein Mensch-Maschine-Verhältnis.
In der Begründung seiner Position bezieht sich W. im wesentlichen auf Literatur aus der DDR, vermittelt also einen gewissen Einblick in den Stand der Diskussion, die in der DDR geführt wird und wirft von daher in Verbindung mit dem oben formulierten zweiten Einwand den Autoren vor, sie verführen gegenüber der DDR-Diskussion selektiv.

2 W/W entwickeln ihr „methodisches Rüstzeug" unter Rückgriff auf die Marxsche Methode bei der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Sie skizzieren ihren Gedankengang hier jedoch nur, sein Nachvollzug ist anhand der vorliegenden Darstellung nicht möglich. Unklar bleiben vor allem das Verfahren der „Einnahme des Standpunkts des Allgemeinen" und des Verfahrens die historische Begrenztheit der kapitalistischen Produktionsweise zu bestimmen ohne auf das Bewegungsgesetz des Kapitals „zurückgreifen" zu müssen. Bei der „Einnahme des Standpunkts des Allgemeinen" setzen sie die Kenntnis des Allgemeinen der Analyse des Besonderen voraus und bei der Erkenntnis der „Elemente der Zukunft" den Blick auf die Zukunft. Offenbar gehen die Autoren bei alledem von dem „uralten Traum der Menschheit" aus, relativieren von da aus die kapitalistische Produktionsweise „transsozial" und finden als Ergebnis dieser „Traumdeutung" das von ihnen vorausgesetzte wieder, nämlich die historische Begrenztheit der kapitalistischen Produktionsweise.
Auf die zugrundeliegende Kapitalinterpretation kann hier nicht eingegangen werden. Hier soll lediglich gezeigt werden, daß der vorliegende Ansatz, den Prozeßcharakter der Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit und der Gesellschaft zu erfassen, ungeeignet ist.

3 Das „Widerspruchsdenken" hat seine eigene Geschichte. Sein historischer Grund ist die „Widerspruchslehre": „So ließe sich die Widerspruchslehre schreiben: als Kunde Haarrisse an der Oberfläche als Ausdruck eines mächtigen, die Entwicklung potentiell beschleunigenden Gegensatzes im Kern zu erkennen, und schließlich — praktisch gewendet — als Kunde, den Hebel richtig anzusetzen" (SOPO 40/88/89). Obwohl der Kundige auch schon den „Hebel richtig anzusetzen" weiß, mußte die Kunde doch erst mal gewendet werden, um im praktischen Kampf Verwendung finden zu können. Marx hat's gemacht, und aus der Kunde wurde die „materialistische Dialektik als Entwicklungslehre" (40/89). Die Lehre resultiert in Anweisungen und verrät damit ihre Entstehung aus der Kunde: „Als bisherige methodische Analyseinstrumente wurden die Einnahme des Standpunkts des Allgemeinen, sowie die von diesem Standpunkt aus erfolgende bestimmte Negation des Besonderen gegenüber dem Allgemeinen aufgewiesen und zur Anwendung empfohlen" (40/93). Das „Allgemeine" ist die „lebensnotwendige Arbeit" (93). Mit Hilfe der bestimmten Negation schafft man es dann, vom Standpunkt des Allgemeinen aus „mit Blick auf das Zukünftige die Elemente dieser Zukunft in dem Gegenwärtigen aufzudecken" (ebd.). Der Blick auf das Zukünftige ist träumerisch, das Zukünftige ist nämlich der schon oft benannte „uralte Traum der Menschheit" (vgl. 40/93). So entwickelt man zuerst denn auch die „denkbare Perspektive", und sie erst zur realen Perspektive, wenn sie in der Entwicklung der gesellschaftlichen Wirklichkeit aufgespürt werden kann" (40/93).

4 Als typischer Vertreter derartiger DDR-Analysen präsentiert sich Alex Bust-Bartels (PROKLA 27, S. 41 ff). Er hat die sozialökonomische Qualität der DDR bereits beurteilt, bevor er seine „Analyse" beginnt. Maßstab seines Urteils ist seine eigene Vorstellung von DEM Sozialismus. Die DDR erfüllt nicht seine persönlichen Sozialismus-Kriterien. Weil aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, kann er sich nicht entschließen, sie als kapitalistisch zu bezeichnen. Mit der Bestimmung „nachkapitalistisch" zieht er sich vorerst aus der selbstgeknüpften Schlinge, bleibt dann aber doch in ihr hängen, da er sich den Widerspruch zwischen den Zielsetzungen Steigerung der Arbeitsproduktivität einerseits und Entwicklung der Arbeitsbedingungen andererseits nicht anders erklären kann als aus der Existenz irgendwelcher, die Interessen der Werktätigen verratenden Hintermänner. Dem Widerspruch gegenüber muß er hilflos bleiben, weil er die Gesellschaft nicht in ihrer Entwicklung begreifen kann. Dies hat unter anderem seinen Grund in der Isolierung der verschiedenen, von ihm untersuchten Bereiche gegeneinander.
R. Rilling kritisiert Bust-Bartels in SOPO 42/115 ff. Er macht auf die „Unlogik" aufmerksam, der nachkapitalistischen DDR eine kapitalistische Arbeitsorganisation unterzuschieben. Er benennt hier einen typischen Fehler, thematisiert ihn aber leider nicht.

Hans Heinz Holz

Über den Ertrag der Philosophie Ernst Blochs für den Marxismus

1.

Die Frage nach dem Ertrag der Blochschen Philosophie für den Marxismus ist seit Jahren überfällig; nun nach dem Tode des Philosophen stellt sie sich umso dringlicher, als verschiedenste und zum Teil durchaus gegensätzliche Richtungen glauben, sein Erbe für sich reklamieren zu dürfen. Es genügt heute nicht mehr, einfach jene „Domestikationsversuche" zurückzuweisen, die den entschiedenen Kämpfer für eine kommunistische klassenlose Gesellschaft auf einen christlichen Humanismus oder sozialdemokratischen Reformismus zurückstutzen wollen[1]. Vielmehr kommt es darauf an, Blochs Ort in der geschichtlichen Bewegung der Ideologien des 20. Jahrhunderts positiv zu bestimmen.

Dieser Aufgabe steht erschwerend entgegen, daß seit 1956 die Beziehung zwischen Bloch einerseits und den Vertretern marxistischen Philosophierens andererseits nachhaltig gestört war. Es ist hier nicht die Gelegenheit, die objektiven Widersprüche herauszuarbeiten, die 1956 und danach in der DDR zu einer Kritik am Werk Blochs führten, die ihrem Gegenstand mindestens der Form nach unangemessen war[2]. Der Sache nach wurde außer acht gelassen, daß Bloch immerhin während der antifaschistischen Kampfzeit unbestritten als einer der führenden Theoretiker des Marxismus anerkannt und geschätzt worden war, daß er in jenen Jahren konsequent die Partei der Sowjetunion ergriffen hatte und dann einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der DDR leistete, der 1955 durch die Verleihung des Nationalpreises und andere Ehrungen auch gewürdigt worden war.

Hingegen hätte auch unabhängig von der Krise des Jahres 1956 Blochs Selbstverständnis und Anspruch, in authentischer Weise die philosophische Intention des Marxismus einzulösen, zu Konflikten führen müssen; denn die vom Marxismus intendierte Theorie-Praxis-Einheit kann sich nicht in einem, sei es auch noch so universalen und genialen Oeuvre verwirklichen, sondern nur im politischen Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Avantgardepartei herstellen; gerade dies ist der Sinn der Leninschen Parteitheorie, derzufolge allein die kommunistische Partei der Ort der historischen Wahrheit sein kann.

Lenins Konsequenz ist von Bloch auch während der längsten Zeit seines Lebens nicht bezweifelt worden. Desungeachtet stellte er sich in seiner philosophischen Selbsteinschätzung sozusagen außerhalb des Geschichtsprozesses — wenigstens insoweit, als er den unaufhebbaren Abstand zwischen der relativen Wahrheit im historischen Jetzt und der absoluten Wahrheit durch die Kategorie des *Vorscheins* zu überbrücken versuchte. Auf die Philosophie, die sich der Produktionsbedingungen der Antizipation vergewissern kann, muß dann ein Glanz des Absoluten fallen; sie restituiert den Typus und Geltungscharakter der klassischen Metaphysik.

Dieser Widerspruch ist wiederum nicht zufällig und individuell. In ihm zeigt sich vielmehr die Antinomie an, die darin liegt, den Marxismus in der Weise traditioneller Systemphilosophie aneignen und ausdrücken zu wollen, deren Aufhebung er doch gerade ist. Die prinzipielle Disparatheit zum Beispiel eines Spinoza, Kant oder Hegel zum Marxismus wird hierbei verdeckt. Doch kann andererseits auch eine marxistische Philosophie *als Philosophie* sich dem in dieser Tradition liegenden Maß nicht entziehen und muß also zu sich selbst immer in ein aporetisches Verhältnis geraten, das kritisch aufzuheben ein wesentliches Moment ihrer selbst ist. Blochs Bemühung um die Figur des „offenen Systems„[3] und in diesem Zusammenhang sein Rückgriff auf irrationalistische Traditionen (von der Gnosis bis zu Schelling) reagieren auf diese philosophische Situation mit dem gesamten Instrumentarium der Philosophiegeschichte[4].

Dies sei vorausgeschickt, um mehrerlei deutlich zu machen:

1. Selbstverständlich geht es nicht an, Bloch umstandslos dem Marxismus zuzuschlagen[5]; ebensowenig aber kann man ihn einfach der nicht-marxistischen Philosophie zurechnen oder ihn als „Revisionisten" abqualifizieren[6].

2. Die spezifische Aussagekraft und Wahrheit der Blochschen Philosophie erwächst aus ihrer Stellung in einer Übergangszeit und aus ihrer eindeutigen Parteinahme für den Kommunismus.

3. In dieser ihrer historischen Position bringt sie an sich selbst Widersprüche zutage, die der Philosophie anhaften, insoweit sie in der ihrer Überlieferung entstammenden Form der Theorie Ausdruck des proletarischen Klassenkampfs wird; indem sie dies tut, stellt sie sich selbst als ein philosophisches Problem dar, nämlich als das der Systemform von Philosophie überhaupt.

4. Die Blochsche Philosophie exponiert Probleme, die sich einer marxistischen Philosophie stellen, die auf das ihr eigentümliche Theorie-Praxis-Verhältnis reflektiert.

Unter der Voraussetzung, daß die gemäss den Punkten 1 und 2 zu treffenden Unterscheidungen vollzogen sind (was hier für das Folgende unterstellt wird, um zum engeren Thema zu kommen), können die unter Punkt 3 und 4 aufzuwerfenden Fragen so behandelt werden, daß sie für die Ausarbeitung marxistischer Positionen in der Philosophie ertragreich sind. Dieser Ertrag soll hinsichtlich einiger Grundzüge angedeutet werden. Dabei gehe ich davon aus, daß dieser Ertrag sowohl in der Art liegt, wie Blochs Philosophie *als Philosophie*, d.h. in der Weise ihrer Problementfaltung und Systematik, die Übergangszeit reflektiert, als auch in philosophischen Fragen, die die Struktur des wissenschaftlichen Sozialismus betreffen.

2.

Seit der ersten Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Marx und Engels gehörte es zu den sich immer wieder stellenden Aufgaben marxistischer Theorie, eine von Fall zu Fall begründete Abgrenzung sowohl gegen einen spontaneistischen Subjektivismus wie gegen einen ökonomistischen (letzten Endes fatalistischen, antirevolutionären) Determinismus zu vollziehen. Das heißt: im Rahmen des historischen Materialismus, der die Gesetzlichkeit geschichtlicher Entwicklungen feststellt, ist

die Rolle des Subjekts, der Wirkungsgrad des subjektiven Faktors zu bestimmen. Anders gesagt: was heißt im historischen Materialismus Freiheit und wie setzt sie sich innerhalb gesellschaftlicher Bedingtheiten durch?

Die klassische marxistische Fassung des Freiheitsproblems betont die Verankerung der Freiheit in der Notwendigkeit: „Die marxistisch-leninistische Philosophie versteht unter Freiheit die auf der Erkenntnis der objektiven Gesetze beruhende wachsende Herrschaft der Menschen über die Natur und den Gesellschaftsprozeß" (*Grundlagen* 1976, Seite 266). Indessen darf dies nicht so verstanden werden, als ob Freiheit nur in der bewußten Verwirklichung einer unausweichlichen Entwicklungslinie bestehe. Vielmehr gehört dazu, daß innerhalb dieser Entwicklungslinie verschiedene, ja gegensätzliche Tendenzen bestehen; welche von ihnen Wirklichkeit werde, ist (sicher nicht allein, aber *auch*) durch die Tätigkeit der historischen Subjekte mitbestimmt. 1933 mußte der Nationalsozialismus nicht unvermeidlich in Deutschland zur Macht kommen; Allende mußte nicht notwendig einer vom CIA gesteuerten Verschwörung zum Opfer fallen; aber auch der Sieg der kubanischen Revolution war nicht zwangsläufig. Die Beispiele zeigen, daß jeweils gegenläufige Strömungen und Kräfte miteinander rangen und daß es keineswegs von vornherein entschieden war, wer die Oberhand behalten würde. Ohne diesen Spielraum, in dem selbst dem Individuum, mehr noch Gruppen und in letzter Instanz Klassen das Gewicht zukommt, den Lauf der Geschichte mitzubedingen, gäbe es keinen politischen Kampf für gesetzte Ziele und keinen Plan für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Drei Konzeptionen scheinen sich bei der Bestimmung der Rolle des subjektiven Faktors zu überschneiden. Erstens ist dies die in jedes wissenschaftliche Erklärungsmodell eingehende Voraussetzung, innerweltliche Fakten seien aus einem Determinationszusammenhang herleitbar (möge dieser schließlich auch die nur transempirisch konstruierbare Welt im ganzen sein). Zweitens ist dies die für jede Entscheidungstheorie wie für jedes tatsächliche Handeln unerläßliche Annahme, es gäbe "offene Situationen", die erst durch den Eingriff von Subjekten in der einen oder anderen Weise bestimmt würden. Und drittens ist dies die eine Vermittlung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stiftende Hypothese, ein invariantes, obschon nur unvollständig ausgemachtes Ziel der Menschheitsgeschichte könne erreicht oder verfehlt, jedenfalls aber erstrebt werden und sei das als Letztbegründung zu Rate zu ziehende Kriterium für Handlungsentscheide. Die erste Konzeption schließt einen Begriff von Welt als eines abgeschlossenen oder doch prinzipiell abschließbaren Systems ein; die zweite zerreißt entweder transzendentalphilosophisch die Einheit von Natur und Menschenwelt oder muß die Welt insgesamt als fragmentarisch verstehen; die dritte beruht auf der Annahme eines wahren, wenngleich noch nicht voll herausgekommenen Wesens des Menschen, mindestens des Menschen.

Geschichtsphilosophisch deskriptiv läßt sich mit der Dialektik von objektiven Bedingtheiten und subjektivem Faktor befriedigend arbeiten, ohne auf diese ontologischen Implikationen eingehen zu müssen; es kann dann durchaus gelingen, ein Modell gesellschaftlicher Prozesse zu entwerfen, das auch noch deren formationsspezifische Varianten abbildet[8]. Spätestens jedoch in der Auseinandersetzung mit subjektivistischen Theorien und spontaneistischen Praktiken, also in einem wesentlichen

Zusammenhang des ideologischen Klassenkampfs[9], wird der Subjektbegriff auf die in ihn eingegangenen Momente und ihre innere Kohärenz oder Kompatibilität hin abgeklopft werden müssen.

Hier führt nun die Philosophie Blochs, gerade auch da, wo sie sich in Aporien verwickelt[10], auf zentrale Punkte einer ontologischen Fundierung der Subjektivität. Bloch benennt das anthropologische Feld, auf dem Subjektivität entspringt[11] — wenngleich zu ihrem Ursprung mehr gehört als nur dies, nämlich die gesellschaftliche Produktion. Daß Bloch in diesen Abschnitten seines Hauptwerks, wo er den Aufbau der Subjektivität von unten her vornimmt, sich von der bürgerlichen Philosophietradition dazu verleiten läßt, das Individuum als Ausgangspunkt zu nehmen, leitet ihn später auf einen Weg, der dem marxistischen Menschenverständnis sich nur asymptotisch zu nähern vermag; andererseits erlaubt ihm dieser Ansatz aber auch, die Einbettung des Menschlich-Gesellschaftlichen in die Natur und deren Dialektik konsequent beizubehalten und die von Lukacs' „Geschichte und Klassenbewußtsein" ausgehenden subjektiv-idealistischen Konstitutionstheorien zu meiden, die die Welt nur als Produkt der gesellschaftlichen Arbeit gelten lassen wollen. Daß Zielvorstellungen in die Grundverfassung menschlichen Verhaltens eingehen, bringt ihn objektiv auf die Strukturen des Noch-Nicht, subjektiv auf das Wesen der Antizipation und in beiderlei Hinsicht auf den objektiv-subjektiven Charakter des Seinsmodus Möglichkeit[12]: Wie ein Landvermesser steckt Bloch ein kategoriales Gebiet ab, in dem eine marxistische Philosophie graben und schürfen muß, um sich zu explizieren.

Dabei ergeben sich in der Tat zentrale philosophische Probleme. Eine Welt, die als In-Möglichkeit-Sein (dynamei on) gefaßt wird — und so muß sie gefaßt werden, wenn sie als Prozeß begriffen werden soll — impliziert ein besonderes Verhältnis des Jetzt zur Zukunft und zu einer unendlich iterierbaren Reihe von Zukunftsrealisationen. Es liegt nahe, (wie Bloch es tut) die Spannung Wirklichkeit-Möglichkeit in eine Gradation des Seins aufzulösen, allerdings mit allenthalben auftretendem „Umschlag" im Kontinuum, also mit Diskontinuitäten im Kontinuierlichen. Sinn und Funktion von Empirie und Spekulation müssen bedacht werden. Daß das Grundfragen der Dialektik sind, liegt auf der Hand. Und sie müssen in dem Begriff aufgehoben sein, der einer sich selbst begreifenden Praxis inhärent ist.

3.

Eng mit dem Problem der Konstitution und Rolle des historischen Subjekts ist die Frage verknüpft, in welcher Weise die Gegenwart mit ihrer Vergangenheit vermittelt ist und was an Vergangenem in der Gegenwart fruchtbar weiterwirkt. Nur für bewußte und freie Wesen, die sich zu ihrer eigenen Biographie und vor allem zur Geschichte der Gattung im allgemeinen und der gesellschaftlichen Einheit, der sie angehören, im besonderen verhalten können, ist diese Frage sinnvoll zu stellen. Nur Subjekte vermögen Traditionen anzunehmen und sie weiterzubilden oder sie zu verwerfen. Die Einbettung des Hier und Jetzt in Traditionszusammenhänge macht das aus, was man Kultur nennt, und bewirkt die Spezifik nationaler und regionaler Kulturen und deren Verflechtung in Kulturkreisen. Relevant wird hier die richtige Bestimmung des Verhältnisses von Basis

und Überbau. Denn die große Masse der Kultursubstanz gehört zu den Überbaugestaltungen, die ganz offenkundig auch dann noch Bedeutung behalten, wenn die sie hervorbringende Basis längst verschwunden ist. Und zwar liegt diese Bedeutung keineswegs nur in der Erinnerung an ein zurückliegendes und überwundenes Stadium der Gattungsgeschichte (so wie Individuen sich an ihre eigene Kindheit erinnern), sondern durchaus in einer unmittelbaren Betroffenheit, die wir zum Beispiel verspüren, wenn wir die „Antigone" des Sophokles lesen oder eine altägyptische Königsstatue betrachten. Was sagt uns die kulturelle Objektivation einer ganz anderen Zeit und Gesellschaftsformation? Und warum sagt sie uns überhaupt etwas? Welches unmittelbare politische Gewicht die Aneignung der Inhalte und Werte der gesamten kulturellen Überlieferung und die kritische Auseinandersetzung mit ihr besitzt, hat in der Situation des Kampfes gegen den Faschismus der VII. Weltkongreß der Komintern klar herausgearbeitet[13].

Natürlich kann man sich darauf beschränken, die vielfältigen Fäden, die uns mit der Vergangenheit verknüpfen als Momente des Fortdauerns von Institutionen, des Anknüpfens an Früheres durch Lernprozesse (Bildung) und durch Freilegung von Bedingungsketten, die zum Heute führen (historische Erkenntnis) und der ideologischen Verselbständigung (Fetischisierung) des Überbaus zu verstehen; damit würden die historischen Entstehungsprozesse von Traditionen sicher weitgehend durchsichtig gemacht. Desungeachtet bleibt jedoch die Frage nach dem *Geltungscharakter* des Überlieferten bestehen, demgemäß wir es als Erbe antreten können. An dieser Stelle setzt Bloch ein.

Es muß, so stipuliert er, in den Hervorbringungen aller Zeiten Unabgegoltenes gegeben haben, also Inhalte, die nicht nur die Wirklichkeit der jeweiligen Epoche und ihre tatsächliche gesellschaftliche Verfassung abbildeten, sondern positive, unverwirklichte Möglichkeiten des Humanum aussprachen, antizipierten, erstrebten. Die Fähigkeit vernünftiger Lebewesen, Alternativen zur puren Faktizität zu ersinnen und sich spekulativ auf das Ganze und Vollkommene zu beziehen, schließt einen utopischen Kern ein, der über jede gegebene Situation hinaus bedeutungsvoll bleibt. Nun bezieht sich Antizipation ja nicht auf beliebig Ausgedachtes, auf bloße Phantasie und „wishful thinking", sondern auf Möglichkeiten, für deren Realisierung Bedingungen angegeben werden, die ihrerseits herstellbar sind, wenn auch noch nicht genau gesagt werden kann, wie dies geschehen möge. Wo Modelle von Ganzheit und Vollkommenheit oder von Tiefe und unendlichem Horizont entworfen werden, wie zum Beispiel in der Philosophie und in der Kunst, hat auch gerade die *Form*, die Systemform der Philosophie und die Werkform der Kunst, einen utopischen Sinn, nämlich Repräsentation des letzten Ziels zu sein; weshalb gerade an diesen Objektivationen des Geistes ein besonders deutlich hervorstechendes Erbe aktiviert werden kann[14]. Hier führt Bloch den Modellbegriff ein, jedoch nicht in einem subjektiv-idealistischen erkenntnistheoretischen Sinn, sondern als ontologische Kategorie: „Alle echten Gestalten sind gerade als echte das vermehrend-vermehrte Mehr über der Summe ihrer Teile wie ihrer selbst, sonach einzig Spannungsfiguren, Tendenzfiguren eines Unterwegs, also auch Auszugsgestalten ihrer selbst. Anders wiederholt, mit nun vertraut-bewährtem Begriff, sie sind objekthaft-experimentelle Realmodelle jenes wahren Totum, das erst im Schwange steht" (*Gesamtausgabe 13*, Seite 327). Das heißt: alles, was in der Welt Gestalt wird, ist noch

nicht das Ganze (als welches es erst, nach Hegels Grund-Satz in der „Phänomenologie des Geistes" das Wahre wäre), wohl aber eine unvollständige und verkürzte Repräsentation, die auf das Ganze vorausweist. Und eben darum ist alle Geschichte erbträchtig.

Man sieht, daß diese Theorie des Erbes aufs engste mit der Konzeption des subjektiven Faktors verknüpft ist, die sich wiederum auf die Fundamentalität und Universalität der Kategorie Möglichkeit stützt und von daher in dem Kategoriengefüge Latenz-Tendenz-Novum-Totum den Umkreis welthaft vermittelter, aus der Dialektik der Natur entspringender Subjektivität zu markieren versucht[15]. Erbe meint immer Geschichtliches und ist mithin selbst eine Kategorie des subjektiven Faktors.

4.

Schließlich sei, nach Subjektfaktor und Erbe, noch ein dritter Komplex angesprochen, der vielleicht heikelste: Blochs Verhältnis zum Irrationalismus. Gerade da liegen die gefährlichsten Zweideutigkeiten, die dem Vorwurf, Bloch lehre eine Heilsreligion, Nahrung gegeben haben: und doch gibt es da auch ein in der Nachfolge der Aufklärung häufig verdrängtes Problem. Ein instruktives Zeugnis dafür ist Georg Lukacs' „Zerstörung der Vernunft" — dieses wichtige Buch, durch das eine Generation nach dem 2. Weltkrieg zur Bewältigung präfaschistischer Ideologien geführt wurde, aufmerksam gemacht wurde auf die weltanschaulichen Einbruchstellen der Unmenschlichkeit —; daß im Irrationalen auch verborgene Kräfte einer plebejischen Tradition liegen, daß das Irrationale überhaupt auch ein Indiz für offene Fronten in der Entwicklung der Menschenwelt ist, an denen Noch-Nicht-Bewußtes, Noch-Nicht-Seiendes sich ankündigt, fällt aus Lukacs' aufklärerischem Ansatz heraus. Bloch hatte dagegen schon früh — vor 1933 — darauf gepocht, daß dem Klassenfeind nicht die ungeformten, vorwissenschaftlichen Hoffnungen der Menschheit und ihre Symbole überlassen werden dürften[16].

Die mehr taktisch-propagandistische Argumentationsrichtung in *„Erbschaft dieser Zeit"* — nach dem Muster, daß das Reich des Irrationalen „militärisch besetzt und dialektisch verwandelt" werden müsse, „statt es bloß auszukreisen" (Seite 66) — läßt allerdings das Grundsätzliche ungeklärt. Wichtiger und programmatischer ist ein Satz wie der folgende: „Vernunft ist und bleibt das Instrument der Wirklichkeit, freilich jedoch konkret-materialistische Vernunft, die dem Ganzen der Wirklichkeit gerecht wird; folglich auch ihren komplizierten und phantasievollen Bestandteilen" (Seite 149). Gibt es ein weit in die Zukunft vorausweisendes Moment an der Gegenwart, so wird an diesem das Zukünftige noch nicht klar, ausstrukturiert und wohl begründet erscheinen, sondern als Inhalt wild gemischter Ahnungen, Träume, Phantasiegebilde — die nähere Zukunft dann als Inhalt fest umrissener Pläne. Die verworrenen Imaginationen einfach unbeachtet zu lassen, sie zu verwerfen und zu verdrängen, heißt die Menschen von ihrem Unbewußten und seiner potentiell progressiven (obschon leicht verführbaren, pervertierbaren) Funktion abzusperren; das heißt auch: sie den Verführern zutreiben. Die Welt als ein In-Möglichkeit-Sein, mit einem Kern von Wirklichkeit und sich abschattenden Rändern von Latenz und Noch-Nicht-Sein, erzeugt auch Bewußtseinstufen als ihr Abbild, die von den (Leibnizisch gesprochen) „perceptions confuses" bis zu den

radikalem Gewand. — Auf den Zusammenhang von Blochs „Erbschaft dieser Zeit" mit dem VII. Weltkongreß hat Silvia Markun, Seite 45 ff, hingewiesen.

14 Es ist von einer solchen Konzeption her einsehbar, warum Bloch stets grundlegend und extensiv auf den Bestand an kulturellen Überlieferungen Bezug nahm, wenn er seine eigenen philosophischen Konzeptionen vortrug.

15 Blochs letztes systematisches Werk, Experimentum Mundi, Gesamtausgabe Band 15, unternimmt es, dieses Kategoriengefüge zusammenhängend zu entwickeln. Das Mißverständnis, hier handele es sich um ein Alterswerk, das Früheres bloß repetiere, hat bisher eine angemessene Auseinandersetzung blockiert. Wer nach dem Ertrag der Blochschen Philosophie für den Marxismus fragt, wird indessen auf diese Kategorienlehre besonders achten müssen.

16 Vgl. Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit, Gesamtausgabe Band 4, Seite 148: „Ökonomische Unklarheit, kleinbürgerlicher Muff und mystizistischer Nebel gehen gewiß trefflich zusammen; eines steht dem anderen bei. Aber deshalb brauchen ökonomische Klarheit und Kritik des metaphysischen Scheins noch nicht den gesamten Umfang und Inhalt der irrational bezeichneten Gehalte a priori zu desavouieren. Das hatte zu Voltaires Zeiten einen revolutionären Sinn, heute aber dient es, wie der deutsche Effekt erwiesen hat, fast ausschließlich der Gegenrevolution".

17 Hierfür sind die Diskussionsbeiträge beim 2. Bremer Symposium für Wissenschaftsgeschichte, 26.-29. Juni 1977, wichtig. Siehe Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution.

Literaturverzeichnis

Bürgerliche Gesellschaft und theoretische Revolution, Köln 1978.
Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin (DDR) 1956.
Ernst Blochs Revision des Marxismus, Berlin (DDR) 1957.
Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin (DDR) 1977.
Materialien zu Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung", Frankfurt am Main, 1978.
Cagin, Boris A., Der Subjektive Faktor, Köln 1974.
Benjamin, Walter, Gesammelte Schriften, Band I, Frankfurt am Main, 1974.
Bloch, Ernst, Gesamtausgabe, Frankfurt am Main 1959 ff.
Garaudy, Roger, Die Freiheit als philosophische und historische Kategorie, Berlin (DDR) 1959.
Holz, Hans Heinz, Logos spermatikos, Darmstadt und Neuwied 1975.
Holz, Hans Heinz, Die abenteuerliche Rebellion, Darmstadt und Neuwied 1976.
Holz, Hans Heinz, Hat der Terrorismus eine theoretische Basis?,
Blätter für deutsche und internationale Politik 1978, Heft 3, Seite 317 ff.
Lukacs, Georg, Die Zerstörung der Vernunft, Werke Band 9, Darmstadt und Neuwied 1974.
Mann, Thomas, Politische Reden und Schriften, Band 2, Frankfurt am Main 1968.
Marcuse, Herbert, Kultur und Gesellschaft Band 1, Frankfurt am Main 1965.
Markun, Silvia, Ernst Bloch, Reinbek bei Hamburg 1977.
Rosental, M.M. und Schtraks, G.M., Kategorien der materialistischen Dialektik, Berlin (DDR) 19.

Volker Gransow

Schönheit durch Mitbestimmung?

Ein Tagungsbericht mit Fußnoten*

> Von zwei Dingen eines: entweder lassen Sie uns
> Zyperwein trinken und schöne Mädchen küssen, also
> nur dem gewöhnlichen Genußegoismus huldigen, —
> oder aber, wenn wir von Staat und Sittlichkeit
> sprechen, so lassen Sie uns alle unsere Kräfte
> der Verbesserung des dunklen Loses der unend-
> lichen Mehrheit des Menschengeschlechtes weihen,
> aus deren nachtbedeckten Fluten wir Besitzende
> nur hervorragen wie einzelne Pfeiler, gleichsam
> um zu zeigen, wie dunkel jene Flut, wie tief ihr
> Abgrund sei.
>
> Ferdinand Lassalle, Die indirekte Steuer
> und die Lage der arbeitenden Klasse

> Er sagte auch: „Du gierst nach überfluß,
> schlaraffenländern ohne heldentum!
> Du schreist nach Lust! Ich will die welt verändern!"
> Da sagte ich: „Nun gut. Jedoch: warum?"
>
> Andreas Reimann, Von der genügsamkeit

„Schönheit durch Mitbestimmung?" — so überschrieb die niedersächsische Nordwest-Zeitung kürzlich einen Bericht über eine kulturpolitische Diskussion in Oldenburg. Die auf den ersten Blick etwas albern wirkende Frage weist auf die Problematik nicht nur der betreffenden Diskussion, sondern auch der hier vorzustellenden Tagung: Die Vermittlung des Kampfes für eine Gesellschaft, in der entwickelte Individuen ihr gesellschaftliches Leben selbst bestimmen, mit dem konkreten Verhalten in einer Gesellschaft, die gleichzeitig technologischen Fortschritt und kulturelle Verelendung produziert. Geradezu klassisch formulierte dazu der junge Lukacs: „Die Politik ist das Mittel, die Kultur das Ziel"[1]. Ein solches Mühen um gesellschaftliche Veränderungen stellt hohe Forderungen an die Wissenschaft — theoretisch und empirisch. Die Tagung des IMSF in Frankfurt war der erste Versuch hierzulande, solche Fragen zwischen Wissenschaftlern und „Praktikern" zu erörtern. Ein wesentliches Element der Konferenz war die Diskussion des Kulturbegriffes, ob er „weit" oder „eng" sein müsse, ob man sich auf „kulturelle Aspekte" konzentrieren solle, wie wichtig Genüsse seien. Da ich meine, daß es sehr schwer ist, diese Diskussion zu referieren, ohne wenigstens fragmentarisch auf ihre kulturellen und kulturtheoretischen Hintergründe einzugehen, wird dies ein Bericht „mit Fußnoten", mit kleinen Ergänzungen und Anmerkungen.

Zunächst zur kulturpolitischen Situation in der Bundesrepublik und Berlin(West):

*Zur Tagung „Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse" des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main am 22. und 23.10.1977

Kapitalismus durch die Bewegung des Kapitalverhältnisses und den Staat vermittelt. Die Entfaltung kultureller Bedürfnisse geschieht im widersprüchlichen Prozeß der Überwindung des Warenfetischismus. „Die Organisationen der Arbeiterklasse spielen eine erhebliche Rolle bei der Herausbildung klassenbewußter Genußfähigkeit".

Von diesem Ansatz her beleuchtete Hillgärtner dann einige Gebiete, die auch Themen der Arbeitskreise waren: 1. Probleme kommunaler Kulturarbeit. 2. Demokratisierung der Kunstvermittlung. 3. Die Rolle der Arbeiterorganisationen bei der Entwicklung der Kultur der Arbeiterklasse. 4. Arbeit und Kultur.

Wenn ich im folgenden über die Arbeitskreise berichte, dann ist der unterschiedliche Umfang des jeweiligen Reports der Tatsache geschuldet, daß ich nur an einen Arbeitskreis teilnehmen konnte, nicht der Qualität der Diskussion. Ich stütze mich bei den Bemerkungen zu den eben unter 1 — 3 aufgeführten Gruppen auf die Berichte im Plenum. Der Arbeitskreis „P r o b l e m e k o m m u n a l e r K u l t u r a r b e i t" befaßte sich nicht weiter mit begrifflichen Fragen, sondern setzte den weiten Kulturbegriff einfach voraus und behandelte dann praktische Erfahrungen kommunaler Kulturarbeit nicht nur im Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, nicht nur in Bürgerinitiativen oder bei Stadtteilfesten, sondern auch mit Schützenvereinen oder Vereinen für Heimatpflege.

Generell stellte Kurt E i c h l e r für den Arbeitskreis fest, daß kommunale Kulturarbeit sehr erschwert würde durch Mittelsperre, Versuche von Zensur und „Rationalisierungsbestrebungen", denen offensiv geantwortet werden müsse durch „konkrete Utopien", Eichler machte deutlich, daß ein zentrales Problem die Jugendkulturarbeit ist. „Das heutige Problem der Jugendpolitik ist die mangelnde Freizeitmöglichkeit für Jugendliche".

Auch der Arbeitskreis „D e m o k r a t i s i e r u n g d e r K u n s t" konstatierte große Schwierigkeiten für praktische fortschrittliche Kunstpolitik, diskutierte aber vorwiegend allgemeinere Punkte wie das Interesse der Arbeiterklasse an der Kunst und die Funktionen der Kunst für die geistige und emoktionale Entwicklung der Arbeiterklasse. Durch ein Referat von André M ü l l e r wurde herausgearbeitet, daß die Geschichte der Beziehung Arbeiter-Kunst sehr lang ist — zum Erstaunen mancher Teilnehmer, die einen starken Bezug von künstlerischen Arbeiter-Aktivitäten zur Studentenbewegung von 1967/68 angenommen hatten.

Andere Referate informierten über das Musikverhalten Jugendlicher oder Arbeiterkonzerte der DKP und Bildungsarbeit der IG Metall. Solche Themen bildeten einen Schwerpunkt der Beratungen des Arbeitskreises über *D i e R o l l e d e r Arbeiterorganisationen,* während der zweite Schwerpunkt der Diskussion des Kulturbegriffs gewidmet war. Thomas M e t s c h e r (Bremen) unterstrich hier die Möglichkeiten des Bündnisses von Intelligenz und Arbeiterschaft auf kulturellen Gebieten und wandte sich gegen eine schematische Verwendung der Formel „zweite Kultur", während Wolfgang F. H a u g (Berlin(West) die Unterschiede darlegte, die zwischen einem soziologischen Begriff von Arbeiterkultur und einer „Kultur im Sinne der Arbeiterklasse" bestünden.

In „meinem" Arbeitskreis „ A r b e i t u n d K u l t u r" fiel die starke Beteiligung von Soziologen auf, die gründlich über ihre empirische Arbeit informierten. Theo W e i m a n n (Groningen/Niederlande) schilderte sehr instruktiv Untersuchungen über die physische und nervliche Belastung bei Schichtarbeitern im öffentlichen

Verkehrswesen und gab wesentliche methodische Hinweise zur Zusammenarbeit mit Arbeitnehmern bei Vorhaben dieser Art. Christine P r e i s s' (München) Beitrag handelte von der Situation der Angestellten vor dem Hintergrund des schnellen Ansteigens der Angestellten-Arbeitslosigkeit. Johanna H u n d (München) entwickelte in ihrem Beitrag sehr deutlich die Ambivalenz der „Humanisierung der Arbeit" vor dem Hintergrund einer Unternehmerstrategie der „Schaffung des motivierten Arbeiters". Neue Strategien der Unternehmer diskutierte auch Silke W e n k (Berlin(West)) in einem Vortrag über empirische Erfahrungen mit der Kunstvermittlung im Betrieb, wo sie ermittelt hat, daß von 100 befragten Betrieben immerhin 60% Kunst in Arbeitern zugänglichen Räumen ausstellen.

Neben diesen Beiträgen zum „Produktionsbereich" wurden von Susanne S c h u n t e r — K l e e m a n n (Bremen) und mir Überlegungen zum „Freizeitbereich" vorgetragen, in denen einerseits die These „Entfremdung durch Freizeit" kritisiert wurde, andererseits nachgewiesen wurde, daß die These von der Freizeitgesellschaft empirisch kaum haltbar ist. Den Versuch einer Vermittlung von Produktion und Reproduktion unternahmen Ditmar B r o c k und Hans-Rolf V e t t e r (München) mit einer Analyse des Lohnrahmentarifs II in Nordbaden/Nordwürttemberg, der etwa bestimmt, daß die Arbeitsgestaltung die Abwechslungsarmut der Fließ-, Fließband- und Taktarbeit abzumildern hat. Während ich mich freute, daß in diesem Arbeitskreis relativ viel empirische Sozialforschung geboten wurde, war ein deutliches Murren bei anderen Mitgliedern dieser Gruppe zu bemerken: Alles Soziologie — wo bleibt die Kultur? Nach dem „offiziellen" Ende des Arbeitskreises wurder dann beim Äpfelwein weiter gemurrt — und tatsächlich hatten wir eine genauere Diskussion der Begriffe „Arbeit" und „Kultur" und der Beziehung von beiden „nur" „praktisch" geführt. So war nicht zu vermeiden (und sollte auch gar nicht vermieden werden), daß das Plenum am nächsten Morgen mit der Frage konfrontiert wurde: Was ist Kultur?

Darauf ist einen Antwort im dalli-dalli-Verfahren sicher unbefriedigend, gerade weil man auf mehrere hundert Kultur-Definitionen zurückgreifen kann[12]. Thomas Metscher und Wolfgang Fritz Haug machten sich denn auch ihr Mühen um eine Antwort nicht leicht. M e t s c h e r warnte vor einem Begriff von Kultur im weiten, ganz weiten Sinn, wo die Spezifik des Gegenstandes verlorengehe, wo „man sich darüber unterhalten muß, gehört die Atombombe und dieses oder jenes zur Kultur". Er warnte vor der Gleichung: weit — marxistisch, eng — bürgerlich. Mehrere Beispiele aus der Literatur ließen sich gegen diese Gleichsetzung anführen, Z.B. Joachim Ritter für einen weiten bürgerlichen, Alfred Kurella für einen eher engen marxistischen. Er schlug vor, statt eines allzuweiten Kulturbegriffs a) den Begriff der Kultur an den Begriff der Humanität zu binden und b) Kernbereiche der Kultur zu definieren.

Zur Beziehung Kultur-Humanität führte er aus, daß diese Bindung zum einen bündnispolitisch wertvoll sei, zum anderen aber genuin marxistisch sei, daß man an Marx anknüpfen könne, in den „Grundrissen und im Kapital, wo die Vorstellungen entwickelt werden, daß der Kulturprozeß, der historische Prozeß, einen bestimmten Aspekt hat, den ich als Kulturbildungsprozeß bezeichne, die Bestimmungen des

Gattungsvermögens des Arbeiters im Arbeitsprozeß, Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen." Als Kernbereiche der Kultur nannte Metscher das Bildungswesen, die Informations- und Unterhaltungsindustrie, Philosophie und Wissenschaft, Sport und dann „Kunst — (es) gehört die Entwicklung des ästhestischen Sinns zentral in den Kernbereich kultureller Prozesse". Leider konnte Zeitgründen nicht mehr über diese wichtigen Argumente diskutiert werden. Meines Erachtens sind hier folgende Punkte diskussionswürdig:

1. Das Argument, daß auch bürgerliche Wissenschaftler mit dem weiten Kulturbegriff operieren. Hier ist zu fragen, ob nicht Beziehungen vorliegen zwischen dem weiten Kulturbegriff des aufsteigenden Bürgertums und der anschließenden Verengung im 19. Jahrhundert. Dabei scheint mir die Verengung im 19. und 20. Jahrhundert deutlich zumindest schichtspezifischen Interesse zu liegen, wenn z.B. Karl Mannheim glasklar formuliert, eine soziologische Betrachtung der Kultur habe von der Lage derer auszugehen, die Kultur schaffen, d.h. von der Intelligenzschicht[13]. Da ist doch Brechts bekannte Frage eines lesenden Arbeiters berechtigt: Wer erbaute das siebentorige Theben?

2. Der Kulturbegriff im „Kapital" und den „Grundrissen". Bekanntlich hat noch niemand Marx und Engels eine ausdifferenzierte Kulturtheorie nachweisen können (und Metscher will das ja auch nicht). Andererseits bieten die Werke von Marx zahlreiche wichtige Anknüpfungspunkte, wie Metscher richtig sagt. Freilich sind auch andere Lesarten als seine möglich. So zitiert Marx im Nachwort zur zweiten Auflage des „Kapital" zustimmend eine Rezension von J.J. Kaufmann, in der dieser über die Methode des „Kapital" schreibt, „das die Kritik, deren Gegenstand die Kultur selbst ist, weniger als irgend etwas andres, irgend- eine Form oder irgendein Resultat des Bewußtseins zur Grundlage haben kann."[14]

3. Die Kernbereiche. Die Schwierigkeit mit den Kernbereichen ist die, daß zunehmend Prozesse wie die Automatisierung oder die zunehmende Verschränkung von Arbeit und Freizeit genaue Abgrenzungen oft willkürlich erscheinen lassen. Und immerhin spricht ja viel für die Meinung, daß erst diese Prozesse zur relativen Etablierung des „weiteren" Kulturbegriffs in der internationalen marxistischen Diskussion und darüber hinaus geführt haben.

Wolf H a u g lieferte einen sehr anregenden Beitrag zur Diskussion, in dem er sich sowohl auf Metscher als auch auf Maase und Hillgärtner bezog. Er kritisierte zunächst Maases These von Kultur als Zusammenhang der Lebensbedingungen (siehe oben) mit dem Argument, daß hier Kultur und Historischer Materialismus den gleichen Gegenstand bekämen. „Warum brauchen wir über die Begriffe des historischen Materialismus (hinaus), unter denen der Begriff Kultur von unseren Klassikern zumindest nicht vorgesehen war, warum brauchen wir dazu noch den Kulturbegriff, wo ist eigentlich nun genau die entscheidende Differenz?"

Hingegen fand er es sinnvoll, auf Hillgärtners Überlegungen zum Aspektcharakter der Kultur und dem zentralen Moment des Genusses aufzubauen. Dazu fragte er: „Wie steht es mit dem Verhältnis von kämpferischer Anstrengung und Genuß? Ist das ein feindlicher Gegensatz oder besteht etwa der Gegensatz gar nicht?"

Mit einer Geschichte von Brecht gab Haug die Antwort: Nein, das ist kein feindlicher Gegensatz. Daran schloß er den Gedanken an, „den kulturellen Aspekte von den Lebenszwecken her zu bestimmen." Damit grenzte er sich s.E. von Dietrich Mühlberg ab, dessen Aufsatz zur wissenschaftlichen Kulturauffassung[15] von ihm scharf kritisiert wurde. Er bemerkte, daß Mühlbergs Definition von Kulturauffassung eine „Definition der Ideologie ist, und zwar die exakte. Damit ist aber das spezifisch kulturelle verschwunden." Zudem kritisierte er Mühlbergs Ausführungen über „professionelle Ausarbeiter" der Kulturauffassung.

Viel richtiger war für Haug Gramscis Begriff des „organischen Intellektuellen", den er so umschrieb: Wir sollten „hineingehen in die Kulturprozesse der Massen und dort unterstützend verallgemeinernd-verwissenschaftlichend am Kulturprozeß der Massen teilnehmen, nicht so, daß in der Arbeitsteilung ein neuer Spezialist entsteht, sondern die Massen selber befähigt werden, diese ihre Prozesse in die eigene Hand zu nehmen." Zusammenfassend bezeichnete er Kultur als den Aspekt menschlicher Beziehungen, „insofern Menschen sich in ihren Aktivitäten als sinnvoll und sinnlich genießbar einrichten". Wichtig war ihm die Unterscheidung von objektiven Kulturbedingungen und subjektiver Kultur „für jede Möglichkeit des Eingriffs in kulturelle Prozesse". Schließlich sagte er, daß sich Kulturpolitik auf die Schaffung von Bedingungen der Selbsentfaltung konzentrieren und Administrationismus und Edukationismus vermeiden müsse.

Gerade in den letzten Punkten stimme ich Haug voll zu. Schwierigkeiten habe ich aber mit zwei anderen Teilen seines Vortrags. 1. Die Mühlberg-Diskussion. Ich meine, daß Mühlberg in der Tat wichtig für unsere kulturtheoretischen Auseinandersetzungen ist, daß Haug sich freilich mit der Konzentration auf d i e s e n Aufsatz vergriffen hat. Einmal scheint Haug gelegentlich zu übersehen, daß Mühlberg nicht Kultur, sondern Kultur*auffassung* als Ideologie betrachtet. Zum anderen kann die Darstellung jener professionellen Ausarbeiter von Kulturauffassung als Schilderung sozialer Wirklichkeit verstanden werden, nicht unbedingt als kulturpolitische Zielvorstellung. Andere Arbeiten Mühlbergs mit eher kulturrevolutionären Impetus[16] wären da — nicht nur für Haug — lohnender gewesen.

2. Der kulturelle Aspekte Genuß. Mir ist nicht ganz ersichtlich, inwiefern damit die Nachteile des weiten Kulturbegriffs vermieden werden, zumal Haugs Formulierung „den kulturellen Aspekt von den Lebenszwecken her bestimmen" jedenfalls nicht klarer wirkt als Maases Satz von den Lebensbedingungen. Gerade der Begriff Genuß kann zu der von Hillgärtner und Haug selbst beklagten „Faszination des Ästhetischen" insofern führen, als man zwar dem Kulturbegriff „ohne Ufer" entronnen ist, sich aber in einer Sackgasse namens „Ästhetik" wiederfindet — und wenn Marx Treffliches zum „Genuß" vermerkt hat.[17] Mir scheint es eher erfolgversprechend zu sein, wenn man einen weiten Kulturbegriff im Sinne Maases differenziert nach objektiver und subjektiver Kultur (und damit die völlig unnötige Trennung materiall/geistig vermeidet). Daran müßte sich weniger eine Schablonisierung nach erster und zweiter Kultur anschließen, sondern konkrete empirische Untersuchungen aller zu verändernden

Lebensbedingungen (daher die Weite des Kulturbegriffs), die von Historikern, Soziologen, Politologen, Kunstwissenschaftlern, Biologen, Ergonomen und wahrscheinlich noch anderen interdisziplinär unternommen werden sollten (nur keine „Kulturwissenschaft"). Damit könnten z.B. für die gewerkschaftliche Kulturpolitik Materialien aufbereitet werden zu 1. Perspektiven wissenschaftlich-technischer Entwicklung und ihren Konsequenzen (z.B. Automation — Qualifikation — Dequalifikation). 2. Betrieblicher Kulturarbeit (z.B. „Humanisierung der Arbeitswelt"). 3. Außerbetrieblicher Kulturarbeit (z.B. Weiterbildung, Gewerkschaftspresse, gewerkschaftliche Kunstpolitik). Und immerhin gibt es ja für all dies zumindest erste Ansätze.

Ich hoffe, daß aus diesem Bericht zu ersehen war, daß solche Diskussionen um Kultur und Kulturtheorie kein Streit um Kaisers Bart sind[18], sondern aus der sozialen Wirklichkeit entstehen und auf sie einzuwirken suchen. In diesem Sinn war die Tagung nützlich. Daß Probleme der Vermittlung von Theorie und Praxis entstehen würden, konnte niemand überraschen, der sich ein bißchen mit der Sache befaßt hat. Daher ist mir auch das Nörgeln mancher Teilnehmer in dieser Frage nicht ganz verständlich, denn demokratisch-sozialistische Kulturpraxis und -theorie sind eben hierzulande relativ unentwickelt.

Für wünschenswerte weitere Tagungen würde ich neben stärkerer innerer Differenzierung in der Themenstellung sowie stärkerer Auseinandersetzung mit etablierten bürgerlichen Positionen empfehlen: 1. Einladung an ausländische Kollegen; wir haben viel zu lernen z.B. von italienischer kommunaler Kulturarbeit. 2. Einbeziehung auch von Teilnehmern, die weniger in der Tradition des Marxismus-Leninismus stehen als die meisten bei dieser Tagung: Vertreter der „Neuen Linken" (z.B. der Kreis um „Ästhetik und Kommunikation") und der sozialdemokratischen (besonders kommunalen) Kulturpolitik — wenn es möglich ist. Damit würde das Gespräch zwar nicht weniger mühsam; es könnten aber Ansätze alternativer Kulturarbeit umfassender ins Blickfeld genommen werden.

Volker Gransow

Anmerkungen

1 Zitiert nach David Kettler, Marxismus und Kultur. Mannheim und Lukacs in der ungarischen Revolution 1918/19, Neuwied/Berlin 1967, S. 5.
2. Vgl. Manfred Bosch (Hg.), Kulturarbeit. Versuche und Modelle demokratischer Kulturvermittlung, Frankfurt 1977.
3 Z.B. Kaspar Maase, Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, Köln
4 Wulf D. Hund/Dieter Kramer, Für eine materialistische Theorie der Kultur, in: SOPO 29/1974.
5 „Objektive Kultur wäre ... die Gesamtheit der schöpferischen Möglichkeiten, die sich einer Gesellschaft als Kulturleistung vergangener Generationen bietet, die subjektive Kultur wäre die Fähigkeit der gesellschaftlichen Individuen, die objektive Kultur anzueigenen und schöpferisch weiterzubilden." Dietrich Mühlberg, Zur marxistischen Auffassung der Kulturgeschichte, Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 9/1964, S. 1042.
6 in Ästhetik und Kommunikation 24/1976.
7 Raymond Williams, Culture an Society, Harmondsworth.

8 Renate Karolewski, Zu einigen Voraussetzungen kulturpolitischer Konzeptionen kommunistischer Parteien in entwickelten kapitalistischen Ländern, Phil. Diss., Humboldt-Universität Berlin vom 11.2.1976.
9 „Kultur der Arbeiterklasse", Marxismus-Digest 31/1977.
10 Sabine Kebir, Auf dem Wege zur Volksfront. Zur Kulturkonzeption Antonio Gramscis, in: Weimarer Beiträge 8/1975.
11 Im Damnitz-Verlag, München.
12 Siehe J. Niedermann, Kultur. Werden und Wandlungen eines philosophischen Begriffs und seine Ersatzbegriffe von Cicero bis Herder, Firenze 1941; A. L. Kroeber/Clyde Kluckhohn, Culture. A Critical Review of Concepts and Definitions, New York.
13 Karl Marx, Das Kapital. Band 1, MEW 23, S. 26.
13 Karl Mannheim, Man and Society, London 1946, S. 81.
14 Karl Marx, Das Kapital. Band 1, MEW 23, S. 26.
15 Dietrich Mühlberg, Zur weitern Ausarbeitung unserer wissenschaftlichen Kulturauffassung, in: Weimarer Beiträge 7/1977.
16 Z.B. ders., Zur Diskussion des Kulturbegriffs, Weimarer Beiträge 1/1976.
17 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 599.
18 Allerdings war es schon beim historischen Streit um des Kaisers Bart so, daß nicht entscheidend war, ob die im Mittelalter den römischen nachgeprägten Münzen Caesar mit oder ohne Bart zeigten, sondern wie groß ihr Gewicht war.

Literaturbericht

Christoph Butterwegge: Probleme der marxistischen Staatsdiskussion, 220 S., DM 12,80, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977

Butterwegge stellt den Entwicklungsgang der marxistischen Staatstheorie von Marx und Engels bis zur gegenwärtigen Staatsdiskussion in seinem Zusammenhang und in einer, in bezug auf die marxistische Staatstheorie, originellen Vorgehensweise dar, die eine ganze Reihe guter Gedanken ans Licht bringt.

Im ersten Teil entwickelt er den Aufbau einer Staatstheorie bei Marx und Engels. D.h. er gliedert die Fülle der staatstheoretischen Elemente, die wir bei Marx und Engels finden und bringt sie in ihren entstehungsgeschichtlichen und ihren problembezogenen Zusammenhang. Es ist gewissermassen eine Entstehungsgeschichte des historischen Materialismus, spezifisch bezogen auf das Verhältnis von Gesellschaft und Staat. Ausgangspunkte sind die Auseinandersetzungen mit Hegel und Feuerbach und die frühen Untersuchungen der marxistischen Klassiker. In ihnen entstehen jene Elemente der marxistischen Staatstheorie, in denen die dialektischen Momente im Wesen des Staates untersucht und festgehalten werden. In den Spätschriften von Marx und Engels tritt dagegen der Instrumentalcharakter des Staates stärker hervor. Ausgangspunkt der Untersuchungen sind hier die Klassenkämpfe in Frankreich. /36f./ Im Gegensatz zur gängigen Marxinterpretation, stellt B. die Marx'schen Früh- und Spätschriften nicht gegeneinander, sondern bringt sie in einen entstehungsgeschichtlichen Zusammenhang, der sie zugleich als komplementäre Elemente einer einheitlichen Staatsauffassung ausweist. B. zeigt auch einen anderen Zusammenhang: Die Kritik an Hegels Staats- und Rechtsphilosophie bringt Marx zur Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus — der Staat ist nur als Überbauelement über die ökonomische Basis zu begreifen — und die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus bringt ihn zur Erforschung des Aufbrechens und der Verlaufsformen sozialer Konflikte, zur Einordnung der modernen Arbeiterbewegung in den Rahmen dieser Kämpfe und zur Ableitung taktischer und strategischer Grundprinzipien des revolutionären Sozialismus. Es schält sich also ein Gesamtzusammenhang heraus, in dem die verschiedenen Elemente der Marx'schen Staatstheorie ihren ganz bestimmten Platz haben und der sie verbindet und zur tragenden Grundstruktur der marxistischen Staatstheorie werden läßt. /35ff./ Das wird auch im nächsten Abschnitt deutlich.

Dieser zweite Teil ist der Weiterentwicklung der Marx'schen Staatstheorie durch Lenin gewidmet. B. stellt hier, hochinteressant, unmittelbar den Zusammenhang einerseits zu Marx und Engels her, und andererseits zu den Veränderungen im Beziehungsgefüge von Ökonomie und Politik, im Spannungsfeld von Bewußtheit und Spontaneität usw., wie sie sich aus dem Übergang zum Imperialismus ergeben. Es entsteht gewissermassen ein Bild des veränderten Gesamtzusammenhanges in der gesellschaftlichen Ordnung des Kapitalismus, wie es einerseits aus dem Monopol, andererseits aber auch aus dem Eintritt in die Übergangsphase zum Sozialismus, in die Epoche der sozialen Revolutionen entspringt. Das betrifft den gesamten ideologischen

und politischen Komplex des Uberbaues über die neue Ökonomik und beinhaltet also auch den Gesamtzusammenhang von der imperialistischen Ideologie und Organisation der Macht bis zur Revolution und zum Aufbau des Sozialismus, einschließlich der Bündnisfragen, der Rolle des Klassenbewußtseins, der Funktionen der Arbeiterpartei unter diesen Bedingungen, der Organisation der Arbeitermacht usw. /71ff./ Daß diese Zusammenhänge nicht so nahtlos hergestellt werden, wie hier geschildert, liegt an der unzureichenden Leninrezeption hierzulande und an der noch ausstehenden systematischen marxistischen Staatsableitung. Dennoch ist es beachtlich, wie die verschiedenen Seiten der Problematik von B. in Zusammenhang gebracht werden.

Der 3. Abschnitt beschäftigt sich mit der gegenwärtigen Staatsdiskussion. Klugerweise zerfasert B. die Diskussion nicht, sondern er beschränkt sich auf die wichtigsten Beiträge, die er, seiner Konzeption entsprechend als Entwicklungsschritte der Theorie ordnet; behandelt werden die Arbeiten von Müller/Neusüss, Altvater, Läpple, Hirsch, Projekt Klassenanalyse, Flatow/Huisken, Blanke/ Jürgens/Kastendiek und der Theorie des staatmonopolistischen Kapitalismus. Völlig zu Recht weist er der SMK-Theorie einen gesonderten Platz zu. Nicht nur, weil er sie für die wesentlichste Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie hält, sondern weil sie aus ganz anderen Diskussions- und Problemzusammenhängen entstanden ist. Sie knüpft unmittelbar an den staatstheoretischen Auffassungen von Marx, Engels und Lenin an und sie untersucht den Staat ausgehend von dem Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik, wie es sich unter den heutigen Bedingungen darstellt. /151ff./ Auch die Beiträge von Müller/Neusüss bis zum Projekt Klassenanalyse werden als Beiträge zur Entwicklung der marxistischen Staatstheorie gewürdigt. Allerdings wünschte man sich hier eine differenziertere Darstellung. B. kritisiert zu polemisch und setzt diesen Beiträgen zu abrupt die Theorie des SMK entgegen. Es fehlen ein wenig die verbindenden Glieder und andererseits wünschte man sich auch die politischen Konsequenzen fehlender Weiterentwicklung kurz umrissen. Dabei wird die Frage schon angeschnitten, denn B. zeigt, wenn auch nicht in aller Schärfe der Konturen, wie sich die Entwicklung der Diskussion hierzulande schließlich teilt: Mit Hirsch in Richtung auf die SMK-Theorie. Mit Flatow/Huisken zu den Plattheiten des Allgemeininteresses und der Sozialpartnerschaft, denen der Klassencharakter des Staates aufgepfropft werden muß. Mit Blanke/Jürgens/Kastendiek zur theoretischen Fundierung des Reform-Sozialismus, in dem der Staat nur ganz vorübergehend Klassencharakter enthält und ihn sofort wieder zu verlieren beginnt, wenn die Arbeiter die Institutionalisierung bestimmter eigener Interessen erzwingen können, faktisch also schon mit der gesetzlichen Begrenzung des Arbeitstages.

Im großen und ganzen hat das Büchlein Handbuchcharakter. Sicherlich hätte manches in ihm besser gewichtet und herausgearbeitet werden können. Dennoch schlägt man gern in ihm nach, um sich über bestimmte Ansätze kurz zu informieren und man wünscht sich ein zweites Bändchen, in dem die neuere Diskussion verarbeitet wird.

Robert Katzenstein Berlin(West)

Dominique Lecourt: Lenins philosophische Strategie. Von der Widerspiegelung (ohne Spiegel) zum Prozeß (ohne Subjekt). Frankfurt/ Berlin(West)/ Wien, 1975

In der gegenwärtigen wissenschaftstheoretischen Debatte zeichnet sich ein Trend ab: der Trend zum Bruch mit einer Wissenschaftsphilosophie, die nach allgemeinen Regeln sucht, deren Befolgen das *Kriterium* und die *Garantie* jeglicher Wissenschaft wäre. Dem entspricht eine Hinwendung zur Geschichte konkreter wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse. Diese Tendenz scheint vor allem zwei wissenschaftstheoretischen „Richtungen" gemeinsam zu sein: der *„diachronen Wissenschaftstheorie"* um Kuhn, Feyerabend u.a.[1] und der *„französischen Epistemologie"*, mit der man gewöhnlich Namen wie Bachelard, Canguilhem und, auf marxistischer Seite, Althusser, Lecourt verbindet[2].

Aber die Differenzen sind erheblich; sowohl zwischen beiden vermeintlichen „Schulen" als auch „innerhalb" derselben. Während Feyerabend und Kuhn mit ihrer These, wissenschaftliche Theorien seien in Hinblick auf ihren „Wahrheitsgehalt" nicht miteinander vergleichbar (inkommensurabel), da sie weder in der „objektiven Realität" noch in einer „neutralen Metasprache" (vgl. Popper) ein gemeinsames Maß fänden, in einen Relativismus verfallen, der — um es mit Lenin zu sagen — in „spießerhafte, philiströse, feige Toleranz gegenüber der Lehre von Waldteufeln, Hausgeistern, katholischen Heiligen und ähnlichen Dingen" abzugleiten droht (vgl. LW 14, S. 122), plädieren Autoren wie Althusser und Lecourt für eine *Epistemologie im Historischen Materialismus,* die der Geschichte der wissenschaftlichen Erkenntnisse Rechnung trägt, ohne sie in *erkenntnistheoretischen „Garantien"* oder in *agnostizistischem Relativismus* aufzulösen. Schon deshalb lassen sie sich nicht einseitig als „Schüler" Bachelards verstehen.

Welche Bedeutung hat die Philosophie und speziell Lenins Philosophie für ein solches Projekt? Lecourt stellt diese Frage in einer Untersuchung über die beiden phil. Hauptwerke Lenins: „Materialismus und Empiriokritizismus" (ME) und „Philosophische Hefte" (PH). Entgegen der weitverbreiteten Auffassung, Lenins *Widerspiegelungstheorie* in ME wolle — als universale Methode der Erkenntnis der „objektiven Dialektik der Natur" — Erkenntnisgarantien im o.g. Sinne ontologisch festsetzen, zeigt er im 1. Teil seines Buches, daß Kategorien wie *Widerspiegelung"* und *„materialistische Erkenntnistheorie"* hier gerade die gegenteilige Funktion haben: Sie sollen kein fiktives System errichten, in dem die Frage nach dem Grund der *Wahrheit von Erkenntnis überhaupt* (definiert als Übereinstimmung zwischen erkennendem Subjekt und zu erkennendem Objekt) „beantwortet" wird. Schon das Stellen dieser Frage heißt, das „Sein" dem „Bewußtsein" unterordnen. Denn die Form des (zur Erkenntnis *der* Wahrheit notwendigen) Bewußtseins soll hier von der Philosophie entschieden werden, ohne daß die vergangene und zukünftige *Produktion* konkreter Erkenntnisse in den Einzelwissenschaften dabei in Rechnung gestellt würde: Die idealistischen Erkenntnistheorien sichern sich ihre ideologische *Geschlossenheit* also dadurch, daß sie sich gegenüber der *Praxis* der Einzelwissenschaften *verschließen.* Anders Lenin: indem er die These vom *Primat der Materie* über das Denken derjenigen über die *Möglichkeit objektiver Erkenntnis* voranstellt (These 1 hat Primat über These 2) behauptet er die prinzipielle Unabgeschlossenheit der Erkenntnis, die prinzipielle Uneinholbarkeit *„der"* Materie durch die Erkenntnis. Entsprechend soll die Kategorie

der *Widerspiegelung* keine Theorie *der* Erkenntnis begründen, sondern „lediglich" die Möglichkeit wissenschaftliche Untersuchungen über den „Mechanismus und die Geschichte" (Lec., 38) der Produktion von Erkenntnissen *eröffnen*. Lec. spricht deshalb von einer *„Widerspiegelung ohne Spiegel"*. Als spezifische Form von Produktion, von Praxis ist „Widerspiegelung" *„mehr"* als der bloß passive Reflex eines Spiegelbildes und gleichzeitig *„weniger"*: als nie abgeschlossener *Prozeß* liefert sie keine Kopie ihres Objekts, sondern bleibt stets einer weiteren Präzisierung fähig.

Die Kategorie des *Prozesses* steht im Mittelpunkt der Lenin'schen Hegellektüre. Hegels Bedeutung für Lenin besteht nach Lec. darin, daß seine „Logik" mit der Problematik einer Theorie *der* Erkenntnis brechen will. Mit Hegel insistiert Lenin folglich auf der Prozessualität des Wissens, um ihn jedoch dort zu kritisieren, wo dieser selbst inkonsequent wird und die Kategorie *des* Subjekts in Gestalt der absoluten Idee, die dem Prozeß seinen teleologischen Gang vorschreibt, restauriert. Ein materialistisches „Pendant" hierzu hat Lec. in Lenins PH nicht entdeckt. Wenn er im Zusammenhang mit Lenins Prozeßbegriff im Sinne Althussers von einem *„Prozeß ohne Subjekt"* spricht, versucht er eine Brücke zwischen ME und den PH zu schlagen: Die Widerspiegelung ohne Spiegel realisiert sich in einem Prozeß, der sich nicht durch die philosophische Hypostasierung *des* Subjekts *der* Geschichte limitieren läßt.

Dieser Versuch, eine „absolute Grenze" der Wissenschaft zu setzen, kennzeichnet auch die Philosophien Machs, Ostwalds, Poincares u.a., die Lenin in ME angreift. Mit dieser Kritik setzt sich Lec. im 2. Teil seines Buches auseinander. Auf die damalige „Krise" der Physik (Entdeckung des 2. Satzes der Thermodynamik, Anfänge der Relativitätstheorie) und der damit verbundenen Problematisierung des bis dato geläufigen physikalischen Materiebegriffs reagieren diese Naturwissenschaftler mit einer „spontanen Philosophie" (Althusser), die mit der Formel *„die Materie verschwindet"* den Dialektischen Materialismus für überholt erklärt. Lec. versucht zu zeigen, daß Lenin bei seiner Widerlegung dieses Satzes nicht für eine bestimmte Form des *wissenschaftlichen Begriffs* von Materie, nicht für die ideologische Festschreibung eines bestimmten wissenschaftsgeschichtlichen Status quo, sondern ausschließlich für die *philosophische Kategorie* der Materie Partei ergreift. Gerade das unterscheidet ihn von den Empiriokritizisten, die meinen, mit dem Hinfälligwerden eines bestimmten wissenschaftsgeschichtl. überholten Begriffs von Materie sei der Materialismus als Philosophie widerlegt. Die philosophische Kategorie der Materie hat nach Lenin nur eine „einzige 'Eigenschaft' ..., objektive Realität zu sein, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren" (LW 14, S. 260). Ihre Funktion entspricht also der der Widerspiegelungsthese: gegen jeden Versuch, einen wissenschaftlichen Begriff „über seinen Geltungsbereich hinaus in Form eines ideologischen Terminus auszudehnen" (Lec., 99) (Beispiel: Ostwalds „Energetismus") soll die These vom Primat der Materie auf den „unendlichen Charakter der Produktion wissenschaftlicher Begriffe" verweisen, ohne dabei in den Agnostizismus eines unerkennbaren „Dinges an sich" abzugleiten: „Die Materie" ist erkennbar, aber ihre Erkenntnis bleibt auch in Zukunft Aufgabe der Wissenschaften. Der Philosophie steht es, so Lecourt, nicht an, sich anheischig zu machen, die Wissenschaften dabei zu bevormunden: Sie kann sie dogmatisch behindern, oder ihnen freie Bahn schaffen helfen, indem sie sie gegen jeden dogmatischen Anspruch

idealistischer Philosophie verteidigt. Daß diese Verteidigung eine *politische* Aufgabe ist, zeigt nicht allein die Geschichte des Historischen Materialismus.

Zwei Einwände gegen Lecourts Thesen zeigen aber gerade die Brisanz an, die nach wie vor Lenins philosophischem Beitrag zukommt.

1. Die vorliegende Lenin-Interpretation ist ekletizistisch. Es lassen sich bei Lenin genügend Stellen finden, die eine ontologische Variante der Lenin-Interpretation belegen. Zweifellos, Lecourt vertritt die Auffassung, daß die meisten dieser Passagen in Lenins philosophischen Texten insbesondere einen *strategischen* Stellenwert haben. Demnach stützt sich Lenin vorübergehend auf gegnerische Positionen (Diderot, Hegel), um sie schließlich „von innen her aufzulösen" (Lec.37). Aber selbst wenn dieses Verfahren letztlich kaum alle philologischen Einwände entkräften kann, Lecourts Ansatz wird in der Lenin-Forschung erst noch produktiv gemacht werden müßen.

2. Wenn die Philosophie nur noch *Funktionen* in bezug auf die Wissenschaften ausübt (Verteidigung, Behinderung), die letztlich ideologisch-politischer Natur sind, wie ist es dann um ihren Wahrheitsanspruch bestellt? Wird sie nicht zu einem rein strategischen Unternehmen, welches in einen „Politizismus" abgleitet, wenn sie sich Aussagen über *die* Erkenntnis, *die* Wahrheit, *die* Wissenschaft verweigert? Wie kann sie im Einzelfall das Wissenschaftliche vom Unwissenschaftlichen unterscheiden, wie ihre Aufgabe, die Wissenschaften zu verteidigen, noch begreifen und erfüllen? Dieses Problem in der Auseinandersetzung mit den Wissenschaften zu „lösen", ist die ständige Aufgabe der marxistischen Philosophie. Sie muß, wie es Lenin ausdrückt, *„unbestimmt"* genug sein, die Verwandlung der Wissenschaft in ein Dogma zu verhindern, um abzuwehren, daß sie selbst zum Dogma wird; und gleichzeitig *„bestimmt"* genug, die Erkenntnisse der Wissenschaften *als solche* von den Lehren über Waldteufel und Hausgeister offensiv zu unterscheiden.

Clemens Kammler

Anmerkungen

1 I. Lakatos/A. Musgrave, Hrsg. Kritik und Erkenntnisfortschritt, Braunschweig 1974
W. Diederich, Hrsg. Theorien der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt 1974

2 D. Lecourt, Kritik der Wissenschaftstheorie, Berlin(West) 1975 W. Rahden, Epistemologie und Wissenschaftskritik in: Chr. Hubig/ W. von Rahden, Hrsg. Konsequenzen kritischer Wissenschaftstheorie, Berlin(West)/New-York 1977

Summaries

R. Geffken, Gewerkschaften und Arbeitsrecht

Die Entstehung der Gewerkschaften im dialektischen Zusammenhang von Kampf und Organisation wird kurz gezeigt. Von der ökonomischen Ausgangslage her wird die Funktion der Gewerkschaften und die Entstehung des Arbeitsrechts behandelt; dabei auch die klassenbedingte dialektische Rückkopplung in diesem Prozess, d.h. die Entwicklung der „Betriebsverfassung" als Integrationsstrategie des Unternehmertums und die notwendige Einordnung der Betriebsräte in den gewerkschaftlichen Zusammenhang. Funktion und Inhalt des Arbeitsrechts werden gezeigt, an den Erfordernissen des gewerkschaftlichen Kampfes gemessen und die Notwendigkeit einer Dominanz der Praxis — auch im juristischen Vorgehen — herausgearbeitet.

W. Schwarz, Viel Lärm um Nichts

Die Marxkritiker vergleichen den Profit des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nach der Umwandlung der Werte der vorausgesetzten Produktions- und Lebensmittel in Produktionspreise mit dem Mehrwert des Kapitals vor der Wert-Preis-Transformation der Produktionsfaktoren. Die dann zurecht festgestellte Abweichung zwischen Profit- und Mehrwertsumme spricht aber nicht gegen Marx, sondern ist eine Banalität. Denn einzig sinnvoll darf der Profit des umdisponierten Kapitals mit dem Mehrwert eben dieses umdisponierten Kapitals verglichen werden — nicht mit dem Kapital, das zu Werten einkauft, weil dieses Kapital überhaupt nicht existiert. Hinter diesem Fehler steckt der begriffliche Irrtum, daß ein Kapital nicht mehr aus Werten bestünde und keinen Mehrwert mehr produziere, wenn die Preise seiner produktiven Faktoren von ihren Wertgrößen abweichen.

R. Katzenstein, Wert und Preis

Die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen führt zwangsläufig zu einer Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise. Es ist die am Profit orientierte Kapitalwanderung, über die sich die Transformation der Werte in Produktionspreise vollzieht. Die bisherige Diskussion um das Transformationsproblem hat in ihren Gleichungssystemen diesen *Inhalt* des Prozesses der Ausbildung des Produktionspreises nicht erfaßt. Sie erfaßt nicht die Ausbildung der Durchschnittsprofitrate über die Kapitalwanderung, sondern was sie erfaßt, das ist die Bewegung der Marktpreise, bei der die Preissumme der Waren notwendig von ihrer Wertsumme abweichen muß. Sie erfaßt damit aber auch eine Form der Mehrwertumverteilung, die real eine große Rolle spielt. Das gilt insbesondere für den Monopolkapitalismus und es ist zu fragen, ob mit diesem Gleichungssystem nicht der Zusammenhang zwischen Monopol bzw. staatsmonopolistischem Kapitalismus und Inflation erfaßt wird.

R. Bayreuther, Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation)

Der Beitrag zeigt auf, daß Preissteigerungen in der Krise nur erklärbar sind, wenn die Einschränkung der Preiskonkurrenz selbst zur Begründung herangezogen wird. Der Autor vertritt weiter die Auffassung, daß die autonomen Preissteigerungen ergänzt werden von einem davon zu unterscheidenden Geldentwertungsprozeß und erst beide Prozesse heutige Inflationen hervorbringen.

H.W. Franz/S. Tovar, Spanien: Politik im Übergang von der Diktatur zur Demokratie

Im Sommer 1976 verlor die demokratische Opposition die Initiative im Prozeß des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Spanien. Die neue Situation demokratischer Freiheiten bei gleichzeitigem Fortbestand des frankistischen Staatsapparates schuf besondere Bedingungen des Politik-Machens in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise, in der sowohl die bürgerlichen Kräfte als auch die der Arbeiterbewegung um die politische Führung kämpfen.

M. Ellwardt, Sozialdemokratische Staatstheorien

Die Integrationskraft des sozialliberal-integrativen Reformismus gegenüber dem sozialistischen Reformismus in der Staatsfrage ergibt sich aus folgenden Gesichtspunkten: 1) Der sozialistische Reformismus bezeichnet als vorrangige Ausgangsbasis seiner Staatsanalyse das Kräfteverhältnis zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Als Kategorie der subjektiven Aktion der Klassen kann diese Kategorie nicht die innere Widersprüchlichkeit des Staates erfassen, die sich widerspiegelt in der Wandlung der Form des Staates zum Staat des Monopolkapitals und gegründet ist in der Eigentumskategorie. Daraus resultiert die weitgehende Distanz des Reformsozialismus gegenüber dem Problem der Machtfrage als qualitativer Veränderung der Gesellschaftsordnung und gegenüber den sozialen Faktoren und Inhalten der Umwälzung. 2) Aus der Subjektivität der Einschätzung des Staates ergeben sich Anknüpfungspunkte zum sozialliberal-integrativen Reformismus, der ebenfalls (in noch stärkerem Maße) von einer subjektiven Bestimmung der Rolle des Staates ausgeht. Bei beiden Richtungen wird der Staat als Ausdruck der Machtkämpfe (gesellschaftlicher Gruppen oder Klassen) angesehen. Auf dieser Grundlage ergeben sich die Folgerungen im OR'85.

Ch. Butterwegge, Hegemonie und / oder Diktatur des Proletariats

Der Beitrag thematisiert Probleme der westdeutschen Gramsci-Rezeption, insbesondere die Tendenz zur Ersetzung des Terminus „Diktatur des Proletariats" durch den Hegemoniebegriff und die Subsumtion gesellschaftlicher, „privater" Institutionen, wie Familie, Kirche, Schule usw., unter den Begriff der „ideologischen *Staats*apparate" (Althusser/Poulantzas). Die Kritik des Autors richtet sich primär nicht gegen Gramsci, sondern bezieht sich im wesentlichen auf eine Gramsci-Rezeption, die übersieht, daß der Mitbegründert der IKP die Unterschiede zwischen bürgerlicher und politischer Gesellschaft, die zusammen den „integralen Staat" bilden, durchaus für relevant erachtete, und beide nur aus analytischen Gründen zusammenfaßte, wie auch Hegemonie und Diktatur des Proletariats sich bei ihm wechselseitig ergänzten.

J. Huss, Die Automation — Geburtshelfer des Sozialismus

In seinem ersten Teil nimmt der Aufsatz Bezug auf eine in SOPO 36, 40, 41 veröffentlichte Position zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten. Die dort behauptete ausschließliche Bedeutsamkeit der Automation für die Persönlichkeitsentwicklung wird in Frage gestellt und auf ein spezifisches Vorverständnis der Wechselbeziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften zurückgeführt.

Im zweiten Teil wird der aus der Kritik der oben genannten Aufsätze entwickelten Fragestellung nachgegangen: Können der Untersuchung einer konkreten Gesellschaft allgemeine Bestimmungen, Aussagen der „materialistischen Geschichtsauffassung" vorausgesetzt werden? In welchen Sinne dienen sie als Leitfaden zur Analyse einer sozialistischen Gesellschaft?

H.H. Holz, Über den Ertrag der Philosophie Ernst Blochs für den Marxismus

Im Werk Ernst Blochs ist eine der umstrittensten marxistischen Positionen unserer Tage formuliert, die zu vielfältigen, zum Teil gegensätzlichen Bemühungen sein Erbe anzutreten, geführt hat. Die Voraussetzungen dafür liegen in bestimmten philosophischen Grundannahmen, die der Verfasser analysiert: Blochs Theorie des historischen Subjekts, der Dialektik von Tradition und Erbe, der utopisch-visionären Konzeption historischer Entwicklung. Indem die Vielfältigkeit der Rezeption in der Philosophie Blochs als in der Sache liegende nachgewiesen, die für die marxistische

Diskussion der Gegenwart unverzichtbare Elemente herausgestellt werden, leistet der Verfasser einen kritischen und orientierenden Beitrag zur Wirkungsgeschichte Ernst Blochs.

A. Mazzone, Der Kapitalfetischismus

Der für dieses Heft angekündigte, zusammenfassende und abschließende dritte Teil von A. Mazzones Beitrag zur materialistischen Ideologietheorie mußte aus technischen Gründen verschoben werden.

Errata SOPO Heft 43/1978

Wir bitten den Leser, in SOPO 43 folgende Satzfehler zu berichtigen.

Bei Peter, Monopol und Planmäßigkeit, muß es richtig heißen:
S. 30, 10. Zeile von oben: „da dieser schon"
S. 34, 12. Zeile von oben: „eine örtliche Störung"
S. 38, 19. Zeile von oben: „begriffenes Handeln"
S. 40, 15. Zeile von oben: „Verhalten an Automaten"
S. 41. 12. Zeile von unten: „von einem kommunistischen Gemeinwesen"
S. 42, 21. Zeile von oben: „im Sozialismus erst Elemente"
S. 43, 8. Zeile von unten: „Elementen zweier entgegengesetzter"
S. 44, 10. Zeile von oben: „des gesellschaftlichen Zusammenhangs"
S. 47, 10. Zeile von oben: „Moment des Reproduktionsprozesses des Einzel — und Gesamtkapitals"
S. 50, 10. Zeile von oben: „Perzeptionsanalyse", 20. Zeile von oben: „Stabilisierung"
S. 51, Fußnoten 8: MEW 25, S. 898 — 917

Bei Gransow/Gransow, Ursprünge der politischen Ökonomie des Sozialismus, muß es richtig heißen:
S. 55, 5. Zeile von unten: „die verbreitete Antipathie"
S. 74, Fußnote 120: a.a.O. S. 357

Bei Mazzone, Kapitalfetischismus (II), muß es richtig heißen:
S. 88, 2. Zeile von unten: „von der Arbeitskraft in Bewegung"
S. 91, 11. Zeile von oben: „von den 'wirklichen Lebensverhältnissen' zu"
S. 94, mitte: „Selbstbegründung in der Identität des 'Identischen und Nichtidentischen' nur eine Seite ist, und das Problem vielmehr darin liegt, warum und wie diese unabdingbar wurde, um"
S. 100, 1. Zeile von oben: „daher wirkt sie als Matrix konkreter, mithin auch ideologisch-bewußter subjektualer Klassenverhältnisse."
S. 103, Fußnoten 86: „relativistische 'Zerstörung'"

Bei Bader, Juristische Staatsideologie, muß es richtig heißen:
S. 106, 8. Zeile von unten: „konstitutives juristisches Verhältnis, dessen materielle Wirkungen solange unumgänglich sind"
S. 107, 8. Zeile von oben: „Frage, die allein den Weg marxistischer Kritik des Naturrechts eröffnet, warum"
S. 110, 2. Absatz, 6. Zeile von oben: „daß ein Herrschaftsverhältnis nicht auf Dauer"

Bei Weißbach, Arbeitsmarkt und strukturelle Arbeitslosigkeit, muß es richtig heißen:
S. 127, 8. Zeile von unten: „Betrachtungsweise"

Autorenverzeichnis

Reinhard Bayreuther
Jg. '48, Dipl.Pol., Lehrbeauftragter am FB 15 (Politische Wissenschaft) der FU Berlin(West)

Christoph Butterwegge
Jg. '51, Dipl.-Sozialwissenschaftler, z.Z. Doktorand an der Universität Bremen

Michael Ellwardt
Jg. '49, Diplom-Soziologe, Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Uni Marburg

Hans-Werner Franz
Jg. '47, Diplom-Übersetzer und Doktorand an der FU Berlin(West)

Rolf Geffken
Jg. '49, Rechtsanwalt, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg.

Volker Gransow
Jg. '45, Dr.phil., Dipl. Pol., Wiss. Assistent für Politikwissenschaft an der PH Bielefeld

Hans Heinz Holz
Jg. '27, Prof. Dr., Fachrichtung Philosophie an der Universität Marburg

Jürgen Huss
Jg. '41, Diplom-Volkswirt, Assistent am Institut für Sozologie der FU Berlin(West)

Robert Katzenstein
Jg. '28, Dr. rer.oec.habil., leitender Redakteur der SOPO, Berlin(West)

Winfried Schwarz
Jg. '48, Dr.phil., Dipl.Soz., Lehrbeauftragter an der Universität Frankfurt, freier Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

Santiago Tovar
Jg. '49, Diplom-Volkswirt und Doktorand an der FU Berlin(West)

Dr. Erhard Meueler in »Entwicklungspolitik«:

»Das Sachbuch des Jahres«

Wolfgang Lindig/Mark Münzel
Die Indianer
Kulturen und Geschichte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas.
Großformat mit zahlreichen Karten und Abbildungen im Text.
346 S., Leinen mit Schutzumschlag, DM 48,–

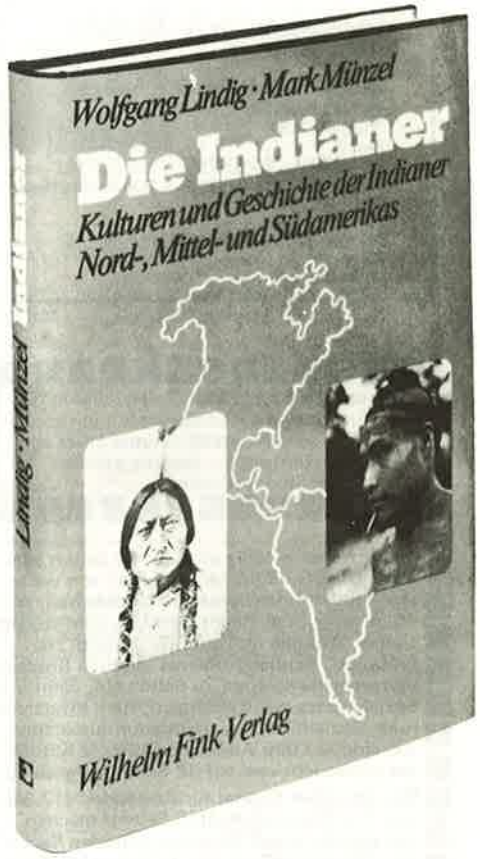
„Eine aufschlußreiche, hochinstruktive, ungemein facettenreiche Bestandsaufnahme, die wie keine andere Publikation der zur Zeit über den Buchmarkt rollenden Indianerwelle geeignet ist, die weißen Flecken auf der Landkarte unseres Indianerwissens zu beseitigen. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, ein ethnologisches Glossar, das zum Beispiel so schwierige Vokabeln wie „Compadrazgo" oder „Uxori-Matrilokalität" erklärt, und ein detailliertes Register erleichtern den Umgang mit dem bei aller Wissenschaftlichkeit außerordentlich lesbar geratenen Buch."
(Rudolf Pörtner in Westermanns Monatshefte)

„Hervorzuheben sind beim umfassend orientierenden Werk von Lindig und Münzel auch die ausgezeichneten Abbildungen: nicht nur läßt die Qualität des Bildmaterials nichts zu wünschen übrig; es wird auch mit Sorgfalt und didaktischem Geschick in einen wirklich sinnvollen und erhellenden Bezug zum Text gestellt."
(Urs Bitterli in Neue Zürcher Zeitung)

„Das Buch ist ohne jeden Vorbehalt zu empfehlen: einmal dem Laien, für den es ja geschrieben ist, zum anderen aber auch dem Fachmann wegen seines aktuellen Bezugs und seiner modernen Methodik, der in den USA begründeten Ökosystemforschung."
(Ethnologia Americana)

„Eine weltweite Unkenntnis der Kulturen und Geschichte der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika decken die Autoren Wolfgang Lindig und Mark Münzel auf mit einem so faktenreichen Sachbuch, daß der Leser glaubt, seit Kolumbus über Indianer lediglich Gerüchte vernommen zu haben."
(Münchner Merkur)

„‚Die Indianer' ist ein Buch, das es im deutschsprachigen Raum in dieser Geschlossenheit bisher noch nicht gab. Dafür und auch für das im Buch offen zutage tretende Engagement der Autoren für die indianischen Rechte ist den Autoren und dem Verlag zu danken."
(Frankfurter Allgemeine Zeitung)



„Ein Buch, das eine der dunkelsten Seiten unserer Zeit mutig enthüllt."
(Süddeutsche Zeitung)

Wilhelm Fink Verlag Nikolaistraße 2 8000 München 40

Ullstein Materialien

Wissenschaft im Taschenbuch

JACQUES DROZ (HRSG.)
GESCHICHTE DES SOZIALISMUS
Band I
DAS UTOPISCHE DENKEN BIS ZUR INDUSTRIELLEN REVOLUTION
[3093] DM 12.80
Band II
DER UTOPISCHE SOZIALISMUS BIS 1848
[3107] DM 12.80
Band III
SOZIALISMUS UND ARBEITERBEWEGUNG BIS ZUM ENDE DER I. INTERNATIONALE
[3122] DM 12.80
Band IV
DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN EUROPAS:
Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande
[3143] DM 12.80
Band V
DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN EUROPAS:
Frankreich
[3169] DM 12.80
Band VI
DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN EUROPAS:
Italien, Spanien, Belgien, Schweiz
[3190] DM 9.80
Band VII
DIE SOZIALISTISCHEN PARTEIEN EUROPAS:
Großbritannien, Rußland, Balkanländer
[3206] DM 9.80
Band VIII
DER SOZIALISMUS IN AMERIKA, ASIEN, AFRIKA
[3226] DM 9.80
Band IX
SOZIALISMUS, ZWEITE INTERNATIONALE UND ERSTER WELTKRIEG
[3245] DM 9.80
Band X
DIE SOWJETISCHE WELT
[3341] DM 9.80

Weitere Bände in Vorbereitung.
Gesamtverzeichnis aller Titel in jeder Buchhandlung.

Der **sozialkompaß 78** ist das Handbuch für die Studentin und den Studenten in der BRD. Der **sozialkompaß 78** informiert auf 256 Seiten umfassend über die sozialen Rechte der Student(inn)en.

sozial kompaß 78

Im einzelnen erfährt man auf 80 Seiten alles übers **BAföG 78** und auf 8 Seiten von weiteren **Studienfinanzierungsmöglichkeiten**. Auf 16 Seiten gibt es Rechtshinweise zum studentischen **Wohnen** und zum **Wohngeld**. Die **Prüfungs-, Studienprobleme** und die **Studienplatzvergabe** nehmen 20 Seiten ein. Sämtliche **Sozialgesetze** wie Kindergeld, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, etc. sind auf ihre Anwendbarkeit für Studenten untersucht und auf 16 Seiten dargestellt.

Die speziellen Kapitel für **Ausländer** (17 Seiten) und **Studentinnen** (15 Seiten) machen den **sozialkompaß 78 zu einer runden Sache.**

Der Adressenteil mit den 40 Seiten Umfang gibt einen umfassenden Überlick über die Hochschulorte in der BRD und die am Ort befindlichen Ämter bei denen man die oben dargestellten Sozialleistungen beantragen muß.

Durch den Preis von nur **5.80 DM** meinen wir ein sozial tragbares Buch anbieten zu können.

Der **sozialkompaß 78** ist im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
VAS–Verlag für Ausbildung und Studium
Postfach 15 07 34, 1000 Berlin 15
gegen Vorkasse (5.80 DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck) erhältlich.

VorwärtsLaden bietet an

Vernunft ist immer republikanisch
342 Seiten, kartoniert
Best.-Nr. 002-03
DM 20,—

Der Bleisiegelfälscher
423 Seiten, Leinen
Best.-Nr. 002-04
DM 27,—

Der wahre Jacob
50 Jahre in Faksimiles
280 Seiten, Leinen
im Schuber
Best.-Nr. 002-02
DM 48,—

„Das sind unsere Lieder", hrsg. von Hein & Oss Kröher, mit Bildern und Zeichnungen von Gertrude Degenhardt,
Europäische Verlagsanstalt, 431 S., DM 49,80, Leinen
Best.-Nr. 002-06

Die hier gesammelten Lieder sind Ausdruck von Protest und Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Lieder der 48er Revolution, der Arbeiterbewegung, Songs von Brecht, Eissler und Dessau, von Theodorakis oder Carlos Puebla, von Degenhardt, Biermann, Wader u. a.

Im VorwärtsLaden weiter erhältlich

Vorwärts 1933
Originalnachdruck
Best.-Nr. 001-01 / DM 3,80

Stamokap und Godesberg
Best.-Nr. 001-02 / DM 4,80

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal
Best.-Nr. 001-03 / DM 4,80

Energie, Beschäftigung, Lebensqualität
Best.-Nr. 001-04 / DM 25,— + 2,— DM Versandkosten

SPD-Jahrbuch 1975/77
Best.-Nr. 001-11 / DM 25,— + 2,— DM Versandkosten

SPD-Jahrbuch 1975/77 für SPD-Mitglieder:
Best.-Nr. 001-12 / DM 20,— + 2,— DM Versandkosten

Vorwärts Faksimileband
Best.-Nr. 002-01 / DM 42,—

Bitte fordern Sie unser Verlagsprogramm an!

Bestellschein
Bitte einsenden an: VorwärtsLaden, Godesberger Allee 108—112, 5300 Bonn 2, Bestellungen nur gegen Scheck, Vorkasse: auf unsere Konten bei BfG Bonn Nr. 10 196 444, BLZ: 380 101 11 oder Postscheckkonto Köln 2818 37-503 oder Nachnahme: Gebühren bezahlt Empfänger.

Expl.	Bestell-Nr.	DM	Expl.	Bestell-Nr.	DM

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

horst mahler: staatstreu in werl
hans küng: mein gott kreisky
michael siegert: fritz adlers vatermord 1916
friedrich geyrhofer: trauriges dreieck
subliteratur: untergangscommune wien
23 seiten Qliteratur: pataki kamenko/herzog
zeemann kerschbaumer zimmermann

NEUES FORVM mai/juni 1978

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Ich bestelle □ obiges Heft um öS 44 DM/sfr 6,50 □ ein Gratisprobeheft □ 1 Jahresabo um öS 320 DM/sfr 48,– (□ Student öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!) / Diese Anzeige fand ich in:
NAME ADRESSE

JÜRGENS BUCHLADEN
1 Berlin 33. Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825 NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

Autorenkollektiv
Gewerkschaftspresse als Gegenöffentlichkeit
Zur Funktion gewerkschaftlicher Publikationen in Arbeitskonflikten
160 Seiten DM 14,80

W. Jung, U. Laube
Die alleingelassenen Belegschaften
Betriebsvereinbarungen und gewerkschaftliche Tarifpolitik
168 Seiten DM 13,80

Klaus Gülden
Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise
Fallstudie über die Stilllegung eines Walzwerks
136 Seiten DM 12,80

Gesamtkatalog bestellen!

Verlag Die Arbeitswelt Körtestraße 10 1000 Berlin 61

ZEITSCHRIFT FÜR
FRANKREICHFORSCHUNG
UND FRANZÖSISCHSTUDIUM

lendemains 10

SCHWERPUNKT: VICTOR HUGO● (W. Engler ed.)

W. ENGLER	Zurück zu Victor Hugo
T. BREMER	Der edle Neger und der aufgeklärte Kolonialist in Hugo's Bug-Jargal
J. SEEBACHER	Le Nénuphar et l'Antéchrist
A. UBERSFELD	Hugo ou l'aieul infini
G. ROSA	Notre Dame de Paris
W. ENGLER	Victor Hugo, Quatrevingt-treize

DISKUSSION: BAUDELAIRE●

O. SAHLBERG	Der Neubeginn der historisch-materialistischen Erforschung Baudelaires
K. BIERMANN	Baudelaires "Petits Poèmes en prose" und die feuilletonistisch-literarischen Kleinformen im Second Empire

FRANCE ACTUELLE ●

E. GÄRTNER:	Frankreich nach den Wahlen
H.M. BOCK:	Die Presse des Parti Socialiste II

SCHWERPUNKT: GAULLISMUS● (H.M. Bock ed.)

H.M. BOCK	Gaullismus und Bonapartismus
K. BIERMANN	Gaullismus und politische Rede. Analyse der Rede de Gaulles vom 29. Juni 1968
M. SCHULER	Der Gaullismusbegriff der FKP. Entwicklung und Problemstellung

BESPRECHUNGEN● MITTEILUNGEN●

LENDEMAINS erscheint jetzt im PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

Einzelheft: DM 7,70 (im Abonnement DM 6,70; für Schüler und Studenten DM 5,70). Zu beziehen bei: PAHL-RUGENSTEIN VERLAG, Gottesweg 54, 5 Köln 51

Literatur für Medienpädagogen*

Medien

MEDIEN erscheint seit Oktober 1977 im Verlag Volker Spiess.
MEDIEN will mehr sein, als nur eine weitere Zeitschrift auf dem Medienmarkt.
MEDIEN versteht sich als aktuelles Forum für die Diskussion kommunikationspolitischer und medienpädagogischer Probleme.
MEDIEN bringt viermal im Jahr ein Themenheft, in dem ein spezielles Problem eingehend dargestellt wird.
MEDIEN läßt Betroffene und Wissenschaftler zu Worte kommen, bringt Analysen, Berichte, Informationen.
Jedes Heft von MEDIEN, von einem Fachherausgeber verantwortet, bietet neben der umfassenden Diskussion des Schwerpunktthemas und einer Bibliographie weiterführender Literatur einen umfangreichen Besprechungsteil, Berichte und Nachrichten über wichtige Veranstaltungen, Kongresse usw. sowie einen Kalender laufender Ereignisse.

Bisher erschienen folgende Themenhefte:
Heft 1
Thema: Ausgewogenheit. Beiträge zur Klärung eines kommunikationspolitischen Konzepts. Herausgegeben von J. Aufermann und K. Renckstorf.

M. Stock: „Ausgewogenheit, Sachlichkeit"– das umstrittene Grundgesetz des westdeutschen Integrationsrundfunks. – J. Aufermann: „Programmausgewogenheit" als rundfunkpolitisches Schibboleth. – H. Bessler: Zum Stand der empirischen „Ausgewogenheitsforschung". – D. Schwarzkopf: Ein Baustein-System von Fairness-Regeln. – A. Rathke: Die Waage im Hirn. – G. Börnsen: Wider die Strategie der Entmündigung. D. Roß: „Ausgewogenheit" und die Aufgabe der Massenmedien. Zum Beispiel Brokdorf. – E. Heinsen: Die Ausgewogenheit von Rundfunksendungen für das Ausland.– C. Eurich: Gegen die Dogmatisierung einer Leerformel. – J. Simon: Programmausgewogenheit. Auswahlbibliographie 1970–77. Rezensionen – Tagungen – Termine.

Heft 2
Thema: Medien in der Schule.
Herausgegeben von Holger Rust.

J. Kob: Schule und Massenmedien. –
G. Schottmeyer: Pädagogik und Medien in der Schule. – Gabrysch/Kulbe: Theoretische Ansätze zur Funktionsbestimmung von audiovisuellen Unterrichtsmedien. – K. Beutler: Das Schulbuch als didaktisches Medium. H. Oehlschläger: Praxisorientierte Medienausbildung. – H. Vogel: Urheberrechtsprobleme beim Medieneinsatz. – E.-U. Hoffmann: Das Medium Fernsehen als Dokumentationshilfe für die Elternarbeit in der Schule. – B. Bachmair: Der Bedingungszusammenhang der Verwendung audiovisueller Medien in der Schule. Bericht aus einer Schule. – R. Knebel: Lernanfänger und Medien. – J. Simon: Medien in der Schule. Auswahlbibliographie.
Rezensionen – Tagungen – Termine.

Neue Medienliteratur:

Ben Bachmair
Medien in der Schule. Analyse- und Planungsbeispiele für den Unterricht mit audiovisuellen Medien. Ca. 240 S., Pb., ca. DM 22,– (Beiträge zur Medientheorie und Kommunikationsforschung, 17)

Politische Kommunikation – Eine Einführung. Hrsg.: Projektgruppe am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität München. 232 S., Pb., DM 14,80

Karsten Renckstorf
Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung. Beiträge zur Begründung eines alternativen Forschungsansatzes. 194 S. Pb., DM 19,80 (Beiträge zur Medientheorie und Kommunikationsforschung, 16).

Garleff Zacharias-Langhans
Bürgermedium Video. Ein Bericht über alternative Medienarbeit. 86 S., Pb., DM 7,–

*Wenn Sie MEDIEN kennenlernen wollen, senden wir Ihnen gern ein Probeheft zum Preis von DM 10,– (zzgl. Porto). Das Jahresabonnement (vier Hefte) kostet DM 32,– zzgl. Porto. Schreiben Sie an den Verlag Volker Spiess, Postfach 147, 1000 Berlin 62.

Verlag Volker Spiess
Postfach 147, 1000 Berlin 62

ARGUMENT-STUDIENHEFTE SH

Mit dieser neuen Reihe im Taschenbuchformat wollen wir die Weiterentwicklung eines Diskussionszusammenhanges fördern. Grundlegende Beiträge aus vergriffenen Argument-Heften und Argument-Sonderbänden, an denen sich bereits ganze „Generationen" von Studenten und Schülern geschult haben, sollen in dieser Form für Arbeitskreise, Seminare und Schulungsgruppen greifbar gehalten werden.

Argument-Studienhefte (SH) Frühjahr 1978:

SH 1 E. Altvater, W. F. Haug, S. Herkommer, K. Holzkamp, L. Kofler, H. Wagner
Wozu „Kapital"-Studium?
48 Seiten 3,50 DM

SH 2 Friedrich Tomberg
Was heißt bürgerliche Wissenschaft?
Was heißt bürgerliche Wissenschaft? (aus: Argument 66/1971). Das Kriterium der Praxis im Streit zwischen Glaube und Wissenschaft (aus: Basis und Überbau, 1969).
30 Seiten 2,50 DM

SH 3 Margherita von Brentano
Philosophie, Theoriestreit, und Wissenschaftspuralismus
Bemerkungen zum Topos „Ende der Philosophie" (1975). Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften (aus: Argument 43/1967). Wissenschaftspuralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs (aus: Argument 66/1971).
47 Seiten 3,50 DM

SH 4 W. F. Haug
Kampagnen-Analysen (I)
Der sexuell-politische Skandal als Instrument anti-demokatischer Kampagnen (aus: Schülerladen Rote Freiheit, 1971). Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus (aus: Argument 81/1972).
89 Seiten 5,– DM

SH 5 Wolfgang Abendroth
Faschismus und Antikommunismus
Soziale Funktion und soziale Voraussetzungen des Faschismus (aus: Argument 58/1970). Zur Rolle des Antikommunismus heute (aus: Argument 87/1974).
19 Seiten 2,50 DM

SH 6 T.W. Mason, E. Czichon, D. Eichholtz, K. Gossweiler
Faschismus-Diskussion
Tim Mason: Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus (aus: Argument 41/1966). Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. (aus: Argument 47/1968). Tim Mason: Primat der Industrie? Eine Erwiderung (aus: Argument 47/1968). Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933-1945 (aus: Argument 47/1968).
75 Seiten 4,50 DM

SH 7 Heinz Jung
Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse
Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse" und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse (aus: Argument 61/1970).
34 Seiten 3,50 DM

SH 8 W. F. Haug, Klaus Völker, Wilhelm Zobl
Der Streit um Hanns Eislers „Faustus"
Wilhelm Zobl: Die Auseinandersetzung um Eislers revolutionäre Umfunktionierung des Dr. Faustus. Klaus Völker: Der positive und der negative Faust. W. F. Haug: Hans Faust und Hans Wurst in Eislers Version der Faust-Sage (alles aus: AS 5/1975).
42 Seiten 3,50 DM

SH 9 Thomas Metscher
Zur Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus
Dialektik und Formalismus. Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus am Beispiel Peter Szondis (aus: Argument 49/1968)
27 Seiten 2,50 DM

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

ARGUMENT-STUDIENHEFTE SH

SH 10 Hans Peter Dreitzel, Peter Furth, Frigga Haug
Diskussion über die Rollentheorie
Peter Furth: Nachträgliche Warnung vor dem Rollenbegriff (aus Argument 66/1971). Hans Peter Dreitzel: Soziale Rolle und politische Emanzipation. Sechs Thesen gegen Peter Furths melancholische Kritik am Rollenbegriff (aus: Argument 71/1972). Frigga Haug: Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm. Erwiderung auf H. P. Dreitzel (aus: Argument 71/1972)
56 Seiten 4,– DM

SH 11 Erich Wulff
Der Arzt und das Geld
Der Einfluß von Bezahlungssystemen auf die Arzt-Patient-Beziehung (aus: Argument 69/1971).
16 Seiten 2,50 DM

SH 12 Volkmar Sigusch
Medizinische Experimente am Menschen
(aus: AS 17/1977)
31 Seiten 2,50 DM

Im Herbst 1978 werden ausgeliefert:

SH 13 Peter Fürstenau
Zur Psychoanalyse der Schule als Institution
20 Seiten 2,50 DM

SH 14 Heinz-Joachim Heydorn und Gernot Konneffke
Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft
70 Seiten 4,50 DM

SH 15 Frigga Haug
Für eine sozialistische Frauenbewegung
ca. 48 Seiten 3,50 DM

SH16 Friedrich Tomberg
Basis und Überbau im historischen Materialismus
80 Seiten 4,50 DM

SH 17 Thomas Metscher
Ästhetik als Abbildtheorie
58 Seiten 4,– DM

SH 18 Michael Nerlich
Romanistik und Antikommunismus
mit einer Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbandes
46 Seiten 3,50 DM

SH 19 Bernd Jürgen Warneken und Klaus Dieter Lenzen
Diskussion zur Theorie literarischer Produktion
47 Seiten 3,50 DM

SH 20 W. F. Haug
Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel
24 Seiten 2,50 DM

SH 21 Axel Hauff
Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin
66 Seiten 4,50 DM

Mindestbestellung: zwei Hefte der Frühjahrsproduktion (SH 1–12). *Versandkosten:* 1,50 DM. Bei Bestellungen für mehr als 20,– DM berechnen wir keine Versandkosten. *Bestellung:* Bitte den errechneten Betrag auf das Postscheckkonto des Argument-Verlags, Postscheckkonto Berlin-West 5745-108 überweisen mit dem Vermerk: „Bestellung SH" und unter Angabe der gewünschten Nummern. *Bitte nicht vergessen:* Name und Adresse in Druckbuchstaben! *Auslieferung:* zu Beginn des Sommersemesters 1978

Argument-Verlag Tegeler Str. 6 1000 Berlin 65

Jetzt kostenlos kennenlernen:

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– /öS 200,–/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–/öS 140,–/Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

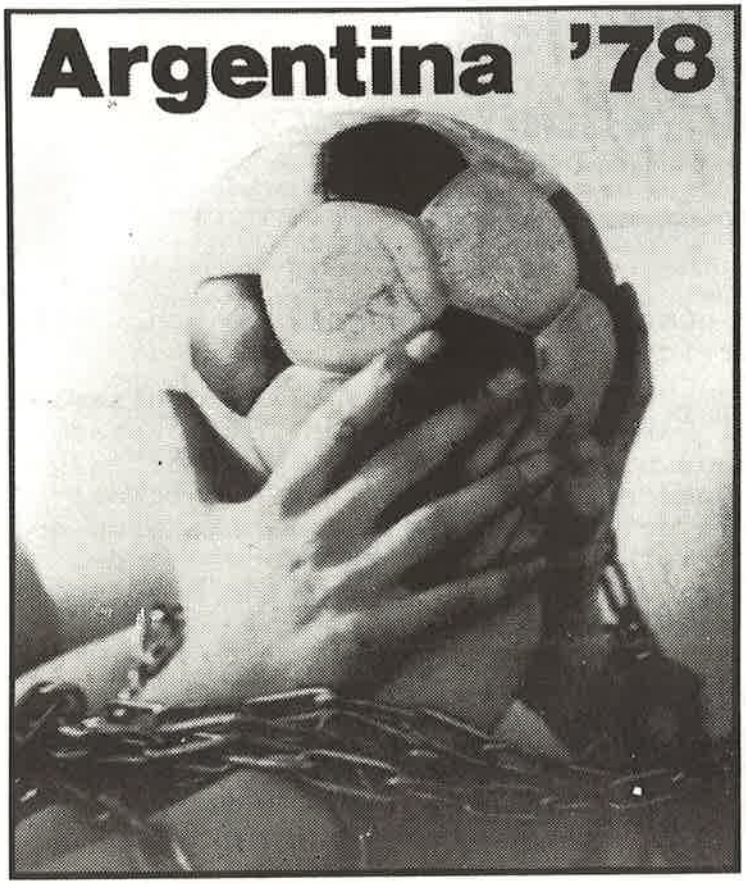
Probeexemplar anfordern!

Fordern Sie bitte sofort ein kostenloses Probeheft an.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 60

5. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West) **1. 6. 1978** **Solidaritätspreis DM 2,–**



LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN erscheinen monatlich
Jahresabonnement DM 30.-; Vorauszahlung auf das Sonderkonto des Komitees Solidarität mit Chile", Elfriede Kohut, Postscheckkonto Nr. 38 00 87-108, Berlin(West), Kennwort: Neuabo. Bezugsbedingungen für Mehrfach-Bezieher auf Anfrage.
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12, Tel. (030) 313 50 65

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

Editorial: So sieht's aus – **Argentinien:** Faschismus, Fußball, Fernsehen – **Chile:** 1. Mai –... wer die Feinde sind – **Peru:** Generalstreik und Ausnahmezustand

historia y sociedad

REVISTA LATINOAMERICANA DE PENSAMIENTO MARXISTA
FUNDADA EN 1965

SEGUNDA EPOCA

En los números 9, 10, 11 y 12 se han publicado artículos sobre:

Reforma agraria peruana; El cardenismo en México; Formas de dominación del Estado Mexicano; Lucha de clases en México: 1970-1976; Tendencias de la historia chicana; Historia del desarrollo del capitalismo en Cuba; A veinte años del XX Congreso del PCUS; R. Luxemburgo y la primera Revolución Rusa; Engels y el realismo.

hys

Revista Trimestral
Apartado postal 21-123, México 21, D.F.

Suscripción anual:

EE.UU. y Canadá	Dls.	13.00
Europa	Dls.	18.00

Das sozialistische Nachrichtenmagazin

SOZIALISTISCHE KORRESPONDENZ

Die SK bringt Informationen — Berichte — Interviews zu und über aktuelle Fragen aus dem Blickwinkel unabhängiger sozialistischer Position. Die SK bringt neben eigenen Artikeln und Exklusivbeiträgen prominenter Sozialisten — Nachdrucke aus der internationalen sozialdemokratischen und sozialistischen Presse. Die SK fühlt sich unter anderem der TRIBUNE/London und LINKS/Belgien freundschaftlich verbunden.

SK Leserdienst

Im SK-Leserdienst bringen wir SK-Sonderdrucke für SK-Leser. Das heißt, wir veröffentlichen, bzw. beschaffen längere Texte, die für SK-Leser von besonderem Interesse sind, aber nicht in vollem Umfang in der SK abgedruckt werden können, oder als zusätzliche Information für die in SK veröffentlichten Beiträge gedacht sind. In SK-Sonderdrucken fassen wir aber auch Serien zusammen, die in SK erschienen sind, um unseren Lesern die Arbeit zum jeweiligen Thema zu erleichtern.

Dieser SK-Leserdienst ist eine Dienstleistung für SK-Abonnenten. Die Auslieferung erfolgt erst nach Vergleich mit der Abo-Kartei.

Bedingungen und Perspektiven sozialistischer Arbeit in der SPD

Arbeitspapier der JUSO Wesermünde, Ergebnis eines Strategieseminars

— Sammlung aller Linken in der SPD auf gemeinsamen programmatischen Punkten und gemeinsamen Massenaktionen.

Bestell-Nr. SPD-L 2/78, Preis DM —,70. ●

Das Verhältnis von Partei, Fraktion und Regierung

Positionspapier der progressiven Abgeordneten.

MdB K. H. Hansen, der zu den progressiven Abgeordneten in der SPD-Fraktion gehört, hat zur Diskussion über das Verhältnis von Abgeordneten zu Partei, Fraktionsführung und eigener Regierung ein Arbeitspapier für die parteiinterne Diskussion verfaßt. Wir dokumentieren den Wortlaut.

Bestell-Nr. SPD-L 3/78, Preis —,40 DM. ●

Probeexemplare vom:

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 60, Postfach 606 167

KULTUR MAGAZIN

Demokratische Kunst und Kulturpolitik

Heft 8

EXOTEN, BARBAREN & KOLONIALISTEN

Exoten, Barbaren, Kolonialisten. Mit den Beiträgen "Lebende Antike" (Das Bild des nordamerikanischen Indianers in der europäischen Kunst des 18. und 19. Jahrhunderts).
"Der Eiffelturm und die Wilden" (Zur Pariser Weltausstellung von 1889).
"Kolonialismus und westeuropäische Musik"
Ein neues Gedicht. Über afrikanische Gedichte
Einsame Literatur. Überlegungen zu einer Tendenz in der jüngeren Schweizer Literatur
Portrait Miriam Cahn.

Heft 8: sFr./DM 4.50

Heft 9/10 Sommer-Doppelnummer

Berichte und Reportagen zur Situation an den Theatern in Basel und Luzern
Rock-Musik und Warenästhetik
Progressive Mundart
Interview mit dem Liedermacher Martin Heiniger und weitere Berichte, Reportagen, Portraits

Heft 9/10: sFr./DM 5.80

Abonnement 2. Jahrgang (Nr. 7 - 12): sFr./DM 30.–

Bestellungen bei:
KULTURMAGAZIN, Postfach 3188, Ch-3000 Bern 7

Rechts- oder Polizeistaat?

"Überall Grundrechte, Bekenntnisse zu Menschenwürde und freiheitlichen Prinzipien, die durch das, was ich in 23 Anwaltsjahren erlebt habe, Lügen gestraft und als Spielmaterial für pathetische Sonntagsredner entlarft worden sind.
Wie lange wird man noch die Rolle eines Verteidigers in politischen Strafprozessen übernehmen können, ohne sich des Betrugs an denen schuldig zu machen, die noch an den Rechtsstaat glauben ?"

320 Seiten
DM 22,-

Flugblätter
Plakate Schrift Druck Info-Stand

Florian Maderspacher
Harald Winzen

Gegen-Öffentlichkeit

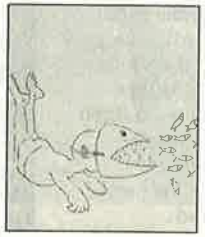
Medienhandbuch für Bürgerinitiativen, Gruppen, Schülerzeitungen u.a. DM 10,-

vsa VSA Verlag GmbH
Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26

Wenn einer sich pardon kauft, dann kann er was erleben.

Ein Foto-Magazin

Eine Programm-Zeitschrift


Ein Blatt für Tierfreunde

Ein Oppositionsblatt

Eine Humor-Zeitschrift

Eine Sport-Illustrierte

Ein Freizeit-Magazin

Einen Industrie-Kurier

Eine Bürger-Gazette

Ein Koalitions-Papier

Ein Musik-Magazin

Ein Männer-Magazin

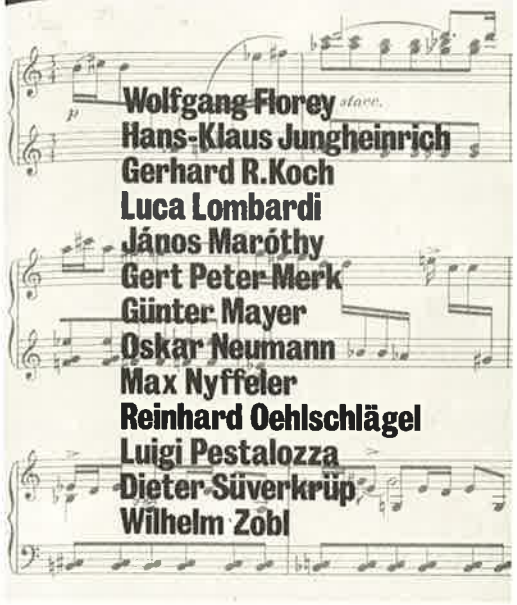
pardon ist nämlich 12 Zeitschriften!

Soeben neu erschienen in der Reihe –

MARXISTISCHE ÄSTHETIK + KULTURPOLITIK

Jungheinrich · Lombardi

MUSIK IM ÜBERGANG



Von der bürgerlichen zur sozialistischen Musikkultur.
(184 Seiten, Broschur, DM 24,–)

Welche Zukunft hat die Musik?

Sachkundige Autoren aus der Bundesrepublik, Italien und Österreich, der DDR und Ungarn machen Vorschläge für eine demokratische Musikkultur – aus der Praxis für die Praxis.
Komponist, Pädagoge, Liedermacher, Kritiker, Organisator im Musikleben, Wissenschaftler – die Mitarbeiter bringen ihre vielfältigen wichtigen Erfahrungen ein.
International ist der Gesichtskreis, unterschiedlich sind ästhetische und politische Positionen, gemeinsam ist die Überzeugung: Künstler und Publikum zusammen schaffen den Übergang zu einer Musikkultur, die wirklich Zukunft hat.

Die Herausgeber: Hans-Klaus Jungheinrich, Kritiker und Publizist, Musikredakteur der ›Frankfurter Rundschau‹. – Luca Lombardi, Komponist und Musikwissenschaftler, Professor in Pesaro.

Außerdem neu.

Berthold Beiler

WELTANSCHAUUNG DER FOTOGRAFIE

(192 Seiten, 46 Abbildungen, Broschur, DM 12,–)

Berthold Beiler (1915–1975) war der führende Theoretiker der Fotografie in der DDR.

In ›Weltanschauung der Fotografie‹ sind die auch für die Bundesrepublik besonders aktuellen Abschnitte aus Beilers wichtigsten Publikationen zusammengefaßt. Kein Buch für Anhänger einer von der Fotoindustrie geförderten ›Hobbyknipserei‹, sondern für Fotografen, die die Kamera als ›Auge der Klasse‹, als eine Waffe für die gesellschaftliche Auseinandersetzung benutzen wollen.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei –
Damnitz Verlag GmbH
Hohenzollernstraße 144
8000 München 40
Tel. 089 - 301015/16

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

A 4846 FX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

Hier
könnte Ihr Name stehen
und der Briefträger bringt
Ihnen die SOPO ins Haus.
JAHRESABO (4 HEFTE) DM 36.-
Bestellungen bitte an den Verlag

Exklusiv auf „pläne"-Platten!

Carlos Puebla:
TRAIGO DE CUBA UN CANTAR
Best.-Nr. G-8-2016

Silvio Rodríguez:
DIAS Y FLORES
Best.-Nr. G-8-2015

Carlos Puebla:
SOY DE PUEBLO
Best.-Nr. G-8-2017

Grupo de Experimentacion Sonora ICAIC:
¡CUBA VA!
Best.-Nr. G-8-2018

Gesamtverzeichnis anfordern. Kostenlos. Kennwort SOPO bitte angeben!

pläne

Verlag „pläne" GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1
Tel. 0231 / 81 89 25